

ARBEIT UND WIRTSCHAFT IN BREMEN Ausgabe 30 / September 2019

Kevin Wolnik, André Holtrup, Günter Warsewa

Der Bremer Erwerbstätigkeits- atlas

– Zur Strukturierung des
Erwerbssystems im Lande Bremen

Kevin Wolnik/André Holtrup/Günter Warsewa

Reihe Arbeit und Wirtschaft in Bremen 30 | 2019

Der Bremer Erwerbstätigkeitsatlas
- Zur Strukturierung des Erwerbssystems
im Lande Bremen

Konzipierung und Analysen des „Bremer Erwerbstätigkeitsatlas“ gefördert durch die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds sowie durch die Arbeitnehmerkammer Bremen. Wir danken den Vertretern der Mittelgeber für ihre fortlaufende konstruktive und hilfreiche Begleitung des Forschungsprozesses.



Die Senatorin für Wirtschaft,
Arbeit und Europa



Freie
Hansestadt
Bremen

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	3
Abbildungsverzeichnis	4
Tabellenverzeichnis	4
1. Wozu ein „Bremer Erwerbstätigkeitsatlas“?	7
1.1 Erwerbsarbeit – noch immer zentral.....	7
1.2 Muster in der neuen Unordnung?	8
1.3 „Bipolare Heterogenisierung“ als Interpretationsfolie	8
1.4 Erwerbsintegration und soziale Lage	10
1.5 Der „Bremer Erwerbstätigkeitsatlas“ – Was ist das?	11
1.6 Zum Aufbau dieses Berichts	12
2. Design und Methodik: Entwicklung eines Integrationsindexes	13
2.1 Normalität von Erwerbsarbeit	13
2.2 Mikrozensus – amtliche Statistik als valide Datenquelle	14
2.3 Konstruktion eines Indexes zur Erwerbsintegration: der Integrationsindex	17
2.4 Methodische Adjustierungen und Entscheidungen	24
3. Erwerbstätigkeitsatlas	27
3.1 Struktur der Erwerbsintegration in Bremen.....	27
3.2 Struktur der Integrationsklassen – Wer ist prekär, normal, privilegiert erwerbstätig?	36
3.3 Erwerbsintegration in den Wirtschaftsbranchen.....	46
3.4 Regionale Differenzen der Erwerbsintegration	65
3.5 Erwerbsintegration, Haushalt und soziale Lage	73
4. Fazit	81
5. Literaturverzeichnis	86
Anhang	92

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die Landkarte der Integration in das deutsche Erwerbssystem: „Bipolare Heterogenität“	10
Abbildung 2: Grundgesamtheit im Bremer Erwerbstätigkeitsatlas	15
Abbildung 3: Klassen der Erwerbsintegration (Stand 2015).....	29
Abbildung 4: Integrationsklassen im Zeitvergleich	30
Abbildung 5: Erwerbsintegration 2002 und 2015	34
Abbildung 6: Mittlerer Einkommens- und Erwerbsstatus (Median) in den Branchen 2015	47
Abbildung 7: Verteilung der Integrationsklassen nach Branchen in Bremen 2015 (Aggregation von privilegiert und exklusiv)	53
Abbildung 8: Verteilung der Integrationsklassen nach Branchen in Bremen 2002 (Aggregation von privilegiert und exklusiv)	55
Abbildung 9: Verteilung der Integrationsklassen nach Bundesländern 2015*	67
Abbildung 10: Entwicklung der Integrationsklassen in den Stadtstaaten 2012 bis 2015	68
Abbildung 11: Erwerbsstruktur im Großstädtevergleich 2015 („privilegiert“ und „exklusiv“ aggregiert).....	69
Abbildung 12: Entwicklung der individuellen Erwerbssituation und der sozialen Lage 2002 zu 2015.....	75
Abbildung 13: Integrationsklassen nach Lebensform („privilegiert“ und „exklusiv“ aggregiert)	77
Abbildung 14: Die Basisstruktur der Erwerbsintegration in Bremen 2015.....	82
Abbildung 15: Verteilung der Integrationsklassen der unterschiedlichen Einkommens-Varianten.....	98
Abbildung 16: Vergleich der Klassenverteilung für unterschiedliche Lokationen/Bezugsebenen	112
Abbildung 17: Klassenverteilung nach Qualifikation des Haupteinkommensbeziehers	113
Abbildung 18: Klassenverteilung nach Geschlecht des Haupteinkommensbeziehers	113
Abbildung 19: Ergebnis der latenten Klassenanalyse/abhängig Beschäftigte.....	120
Abbildung 20: Ergebnis der latenten Klassenanalyse/Selbstständige	122

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Operationalisierung des Normalarbeitsverhältnisses (Mückenberger 1985).....	13
Tabelle 2: Operationalisierung der Indikatoren des Normalarbeitsverhältnisses im Mikrozensus	16
Tabelle 3: Taxierung der Einkommensdimension.....	18
Tabelle 4: Taxierung des Erwerbsstatus für abhängig Beschäftigte.....	19
Tabelle 5: Taxierung des Erwerbsstatus für Selbstständige	21
Tabelle 6: Klassifizierung des Integrationsindex	25
Tabelle 7: Basisdaten zum Integrationsindex.....	27
Tabelle 8: Einteilung des Gesamtindex in Integrationsklassen 2015.....	27
Tabelle 9: Veränderungen des Einkommens- und Erwerbsstatus zwischen 2002 und 2015.....	31
Tabelle 10: Kombination des Erwerbsstatus mit dem Einkommensstatus (in Prozent)	33
Tabelle 11: Struktur der Integrationsklassen nach sozialstrukturellen Merkmalen 2015	37
Tabelle 12: Verteilung der Geschlechter in den Integrationsklassen nach Arbeitszeit	39
Tabelle 13: Durchschnittliche Erwerbsintegration nach Geschlecht und Arbeitszeit	39
Tabelle 14: Veränderung der Integrationsklassen nach sozialstrukturellen Merkmalen im Zeitverlauf	42
Tabelle 15: Ergebnisse der logistischen Regressionsanalyse	44

Tabelle 16: Ranking der Branchen 2015	48
Tabelle 17: Ranking der Branchen 2012	49
Tabelle 18: Ranking der Branchen 2002 (nur vergleichbare Branchen).....	51
Tabelle 19: Typologie hinsichtlich Prekarität und Privilegierung der Branchen in Bremen 2015	52
Tabelle 20: Index-Werte nach Branchen und Erwerbstyp 2015	57
Tabelle 21: Index-Werte nach Branchen und Erwerbstyp 2012	57
Tabelle 22: Index-Werte nach Branchen und Erwerbstyp 2002	58
Tabelle 23: Qualifikationsstruktur und Indexwerte in den Branchen 2015	59
Tabelle 24: Geschlechterstruktur und Indexwerte in den Branchen 2015	60
Tabelle 25: Struktur und Indexwerte in den Branchen nach Arbeitszeitumfang 2015	61
Tabelle 26: Synopse zu den Ergebnissen der branchenbezogenen Regressionsanalysen	63
Tabelle 27: Tendenzen der Erwerbsintegration nach Bundesländern 2015	65
Tabelle 28: Mittlere Indexwerte nach sozialstrukturellen Merkmalen für Bremen und das Bundesgebiet	71
Tabelle 29: Vergleich der mittleren Indexwerte erwerbsbezogener Merkmale in Bremen und auf Bundesebene	72
Tabelle 30: Mittlere Haushaltsindexwerte nach Lebensform	76
Tabelle 31: Haushaltsklassen und Erwerbsarrangements in Paarhaushalten mit Kindern	78
Tabelle 32: Haushaltsklassen und Erwerbsarrangements in Paarhaushalten ohne Kinder	79
Tabelle 33: Kompensation in Paarhaushalten	80
Tabelle 34: Gegenüberstellung der Einkommensvariablen auf der Individualebene	96
Tabelle 35: Vor- und Nachteile unterschiedlicher Einkommensvarianten	97
Tabelle 36: Median- und Mittelwerte der Einkommensvarianten nach sozialen Merkmalen	97
Tabelle 37: Index-Tendenzen vor und nach der Imputation	99
Tabelle 38: Logik der Imputationsevaluierung anhand eines fiktiven Beispiels	99
Tabelle 39: Vergleich von multipler und Mittelwertimputation	100
Tabelle 40: Plausibilitätstest zur Vergleichbarkeit von abhängig Beschäftigten und Selbstständigen anhand fiktiver Personen	101
Tabelle 41: Basisdaten zum Integrationsindex	102
Tabelle 42: Verteilung der dem BEA zugrunde liegenden Einzelindikatoren	103
Tabelle 43: Ergebnisse der logistischen Regressionsanalysen für männliche Erwerbstätige	105
Tabelle 44: Ergebnisse der logistischen Regressionsanalysen für weibliche Erwerbstätige	106
Tabelle 45: Ranking der Branchen 2002 (alle Branchen)	107
Tabelle 46: Qualifikationsstruktur und Indexwerte in den Branchen 2002 (alle Branchen)	107
Tabelle 47: Geschlechterstruktur und geschlechtsbezogene Indexwerte in den Branchen 2002 (alle Branchen)	108
Tabelle 48: Struktur und Indexwerte in den Branchen nach Arbeitszeitumfang 2002 (alle Branchen)	108
Tabelle 49: Ergebnisse der Regressionsanalysen für das verarbeitende Gewerbe	109
Tabelle 50: Ergebnisse der Regressionsanalysen für den Bereich Handel (inkl. Kfz-Reparatur)	109
Tabelle 51: Ergebnisse der Regressionsanalysen für den Bereich Verkehr und Lagerei	110
Tabelle 52: Ergebnisse der Regressionsanalysen für den Bereich wirtschaftliche Dienstleistungen	110
Tabelle 53: Ergebnisse der Regressionsanalysen für den Bereich Gesundheit und Soziales	111
Tabelle 54: Erwerbskonstellationen in Paarhaushalten der prekären Haushaltsklasse	114
Tabelle 55: Erwerbskonstellationen in Paarhaushalten der gefährdeten Haushaltsklasse	114
Tabelle 56: Erwerbskonstellationen in Paarhaushalten der gesicherten Haushaltsklasse	115

Tabelle 57: Erwerbskonstellationen in Paarhaushalten der gehobenen Haushaltsklasse	115
Tabelle 58: Erwerbskonstellationen in Paarhaushalten der privilegierten Haushaltsklasse	116
Tabelle 59: Erwerbskonstellationen in Paarhaushalten der exklusiven Haushaltsklasse	116
Tabelle 60: Übersicht über die Indikatoren der latenten Klassenanalyse	117
Tabelle 61: Modellparameter der Klassenlösungen für abhängig Beschäftigte	118
Tabelle 62: Klassenbedingte Antwortwahrscheinlichkeiten/abhängig Beschäftigte	119
Tabelle 63: Soziale Merkmale der Klassen/abhängig Beschäftigte	120
Tabelle 64: Modellparameter der Klassenlösungen für Selbstständige	121
Tabelle 65: Klassenbedingte Antwortwahrscheinlichkeiten/Selbstständige	122
Tabelle 66: Soziale Merkmale der Klassen/Selbstständige	123

1. Wozu ein „Bremer Erwerbstätigkeitsatlas“?

1.1 Erwerbsarbeit – noch immer zentral

Ein „Ende der Arbeitsgesellschaft“ wurde schon häufig proklamiert (zunächst und prominent: Dahrendorf 1982). Gemeint ist damit in der Regel, dass mit einem durch technischen Fortschritt dramatisch wegbrechenden Volumen an Erwerbsarbeit (Gorz 1989; Rifkin 1995) auch der gesellschaftliche Stellenwert von Erwerbsarbeit abnehme. Bisher jedoch haben sich solche Prognosen nicht bewahrheitet. Erwerbsarbeit war und ist für die meisten Menschen von herausgehobener Bedeutung für Reputation, individuelle Identität und – nicht ganz unwichtig – von Einkommen, sozialer und biografischer Sicherheit sowie damit auch Konsum- und Teilhabechancen geblieben. Art und Ergebnis gesellschaftlicher Integration werden noch immer maßgeblich über Erwerbsarbeit bestimmt.

Mit vielschichtigen Veränderungen in Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft haben sich dennoch in den letzten Jahrzehnten die grundlegenden Funktionen und Bezüge von Erwerbsarbeit gewandelt. Die Trias von Normalarbeitsverhältnis, Normalbiografie und Normalfamilie bildete bis in die 1970er-Jahre hinein ein institutionelles Gerüst, das sowohl die Erwerbsbedingungen als auch die daran geknüpfte soziale Lage relativ stark standardisierte und das Ausmaß sozialer Ungleichheit begrenzte (Dingeldey et al. 2015a). Ausbildung und Beruf sorgten in der Regel für verlässliche Positionen in der gesellschaftlichen Sozialstruktur und waren mit jeweils subjektiv erwartbaren Niveaus dauerhafter Einkommen und typischen Karriereverläufen unterlegt.

Diese fordistische Ordnung der prosperierenden Nachkriegsjahrzehnte ist seit den 1980er-Jahren immer weiter unter Druck geraten. Fortschreitende Globalisierung und Tertiarisierung sowie eine insgesamt nachlassende Produktivitätsentwicklung haben sich in der ökonomischen Struktur niedergeschlagen. Gleichzeitig haben Prozesse soziokultureller Modernisierung für die Individualisierung, Pluralisierung und damit Auflockerung von Lebensformen, Lebensstilen und Biografien gesorgt. Die standardisierten und standardisierenden Vorstellungen von Normalarbeitsverhältnis, Normalbiografie und Normalfamilie sind überdies in mancherlei Hinsicht in Widerspruch zu den erhöhten ökonomischen und soziokulturellen Flexibilitätsbedarfen geraten. Anhaltende Massenarbeitslosigkeit, stetige Zunahme von prekärer Beschäftigung (geringfügig Beschäftigte, „working poor“, Befristungen, Leiharbeit, Soloselbstständige etc.), mangelnde Flexibilität und Optionalität von Arbeitsmärkten, Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen deuten darauf hin, dass der ehemals weitgehend akzeptierte institutionelle Ordnungsrahmen des Erwerbssystems den neuen Bezügen zwischen Arbeit und Gesellschaft in der postfordistischen Ära zunehmend weniger gerecht werden konnte und kann.

In den letzten Jahrzehnten sind daher vielfältige Bemühungen zu beobachten, das deutsche Erwerbssystem zu reformieren und an die veränderten Bedingungen anzupassen. Sie betreffen das gesamte Spektrum von der Arbeitsmarkt- und Sozialgesetzgebung, den kollektiven Arbeitsbeziehungen bis hin zu betrieblichen Beschäftigungspolitiken und Fragen der Arbeitsorganisation. Diese vielfältigen Maßnahmen haben insgesamt zwei eng miteinander verschränkte Entwicklungsdynamiken zur Folge: In einer horizontalen Dimension verliert das institutionelle Arrangement des Erwerbssystems, d.h. das Zusammenspiel von Arbeitsmarkt, Arbeitsrecht, Arbeitsorganisation, Tarifsystem und Arbeitsbeziehungen, Sozialversicherungen, Kammern, Verbänden, zuständigen Behörden etc., seine Kohärenz und damit seine standardisierenden und verallgemeinernden Wirkungen. Dazu hat beigetragen, dass in einer vertikalen Dimension Regulierungs- und Entscheidungskompetenzen von den Institutionen des Sozialstaats auf untergeordnete Ebenen wie Betrieb, Haushalt und Individuum verlagert wurden.

Im Ergebnis dieser Prozesse deutet sich an, dass (1.) die Beschäftigungsbedingungen für alle Erwerbstätigen vielfältiger und heterogener werden, dass (2.) Berufsbiografien instabiler und weniger planbar werden und dass (3.) die Bewältigung von Risiken in Arbeit, Beschäftigung und Berufsverlauf in erheblichem Maße neue und zusätzliche Anstrengungen der Individuen, Haushalte und Familien erfordert. Insgesamt wird hierdurch eine Entstandardisierung von Erwerbsarbeit und sozialer Lage bewirkt. Rechte, Ansprüche und Chancen bei der Ausgestaltung von Erwerbsarbeit sind zunehmend von unterschiedlichen Bedingungen in Branchen und Betrieben abhängig oder davon, welche individuellen oder kollektiven Ressourcen aktiviert werden können (Dingeldey et al. 2015). Für einige Arbeitnehmergruppen kann das zu einer Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und zur Vermehrung von privilegierten Formen der Erwerbsintegration führen; in anderen Teilen ist jedoch festzustellen, dass durch die Heterogenisierung von Arbeit und die Ausweitung von prekären und gefährdeten Klassen der Erwerbsintegration die Verbreitung von Risikolagen und Armutsgefährdungen befördert werden. Mit dem Fortschreiten dieser Prozesse werden mithin die Voraussetzungen für die soziale Integration durch Arbeit insgesamt infrage gestellt.

1.2 Muster in der neuen Unordnung?

Die aktuellen Entwicklungen des Erwerbssystems und ihre mittel- bis langfristigen Folgen sind bisher in mehrfacher Hinsicht kaum umfassend greifbar: Zwar ist mittlerweile eine breite Palette von Studien zu einzelnen Beschäftigungsformen, ihrer Verbreitung, betrieblichen Einsatzlogiken, spezifischen Risiken und Betroffenheiten zu verzeichnen. Diese Arbeiten vermitteln wichtige Detailkenntnisse, decken aber kaum systematisch die gesamte Entwicklung des Beschäftigungssystems ab und sind wenig geeignet, übergreifende Muster zu identifizieren. Ähnliches gilt für die zahlreichen Einzelstudien zu Branchen, Arbeitsmarktsegmenten, Berufen, Regionen, Qualifikationsstufen, Altersgruppen, Erwerbsstatus, Geschlecht etc., die – häufig auch mittels komparativer Vorgehensweisen – jeweils spezifische Einsichten vermitteln. Gerade weil sie sich aber nicht in einen einheitlichen Bezugsrahmen einfügen und recht unterschiedliche inhaltliche und methodische Zuschnitte haben, vergrößern auch sie den Eindruck von Unübersichtlichkeit der Beschäftigungsstrukturen und -entwicklungen eher, als dass sie ihn verkleinern. Die diversen Interpretationen stellen sich zudem nach wie vor recht uneinheitlich dar und insofern ist der Befund einer „neuen Unordnung“ (Oppen 2011: 3) nicht verwunderlich, in dem sich Ungleichzeitigkeiten und Branchendifferenzen, unterschiedliche unternehmerische Strategien und betriebliche Organisationsformen ebenso widerspiegeln wie Unterschiede zwischen Beschäftigtengruppen, z.B. nach Geschlecht, Qualifikations- oder Bildungsniveau.

Auf der anderen Seite werden die unterschiedlichen Befunde von einigen AutorInnen sehr weitgehend zusammengefasst und zeitweilig sogar noch durch soziokulturelle Prozesse, wie etwa die Herausbildung neuer verallgemeinerter Arbeits- und Sozialcharaktere ergänzt. Aufgrund der (tatsächlichen oder vermeintlichen) Gemeinsamkeiten und übergreifenden Charakteristika postfordistischer Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen sowie ihrer individuellen Deutung und Verarbeitung erscheinen dann die aktuellen und/oder zukünftigen ArbeitnehmerInnen z.B. als die „flexiblen Menschen“ (Sennett 1998, 2005), „Arbeitskraftunternehmer“ (Voß/Pongratz 1998), „die Zeitflexiblen“ (Castells 2001) oder als „Wissensarbeiter“ (Deutschmann 2002). In der Regel schaffen derart grobe Verallgemeinerungen allerdings wenig Klarheit über den Geltungsbereich bzw. die Reichweite der beschriebenen Entwicklungen oder der darauf bezogenen Interpretationen.

Unklar bleibt bislang also, ob sich aus all diesen Differenzierungen, den divergierenden Reform- und Regulierungsansätzen, den variierenden betrieblichen Handlungskontexten und den unterschiedlichen sozialen Lagen und individuellen Präferenzen ein neues Strukturmuster ergeben wird. Obwohl die Anfertigung einer neuen „heterogene(n) Landkarte der Arbeit“ schon zu Beginn der 2000er-Jahre prominent eingefordert (Sauer 2001: 8; Schumann 2002: 17) und einige Versuche in dieser Richtung unternommen wurden (Matuschek et al. 2002), steht eine systematische und kategorial befriedigende Sortierung der empirisch fraglos vorhandenen Differenzierungen immer noch aus (Kleemann 2012).

Angesichts dieser Ausgangslage besteht ein wesentlicher Zweck der Arbeiten an einem „Erwerbstätigkeitsatlas“ darin, auf der Basis des vorliegenden Wissens plausible Annahmen über die Entwicklung des Erwerbssystems und neue Muster der Erwerbsintegration in Deutschland zu formulieren und diese Annahmen für eine konkrete Untersuchungsregion empirisch zu überprüfen.

1.3 „Bipolare Heterogenisierung“ als Interpretationsfolie

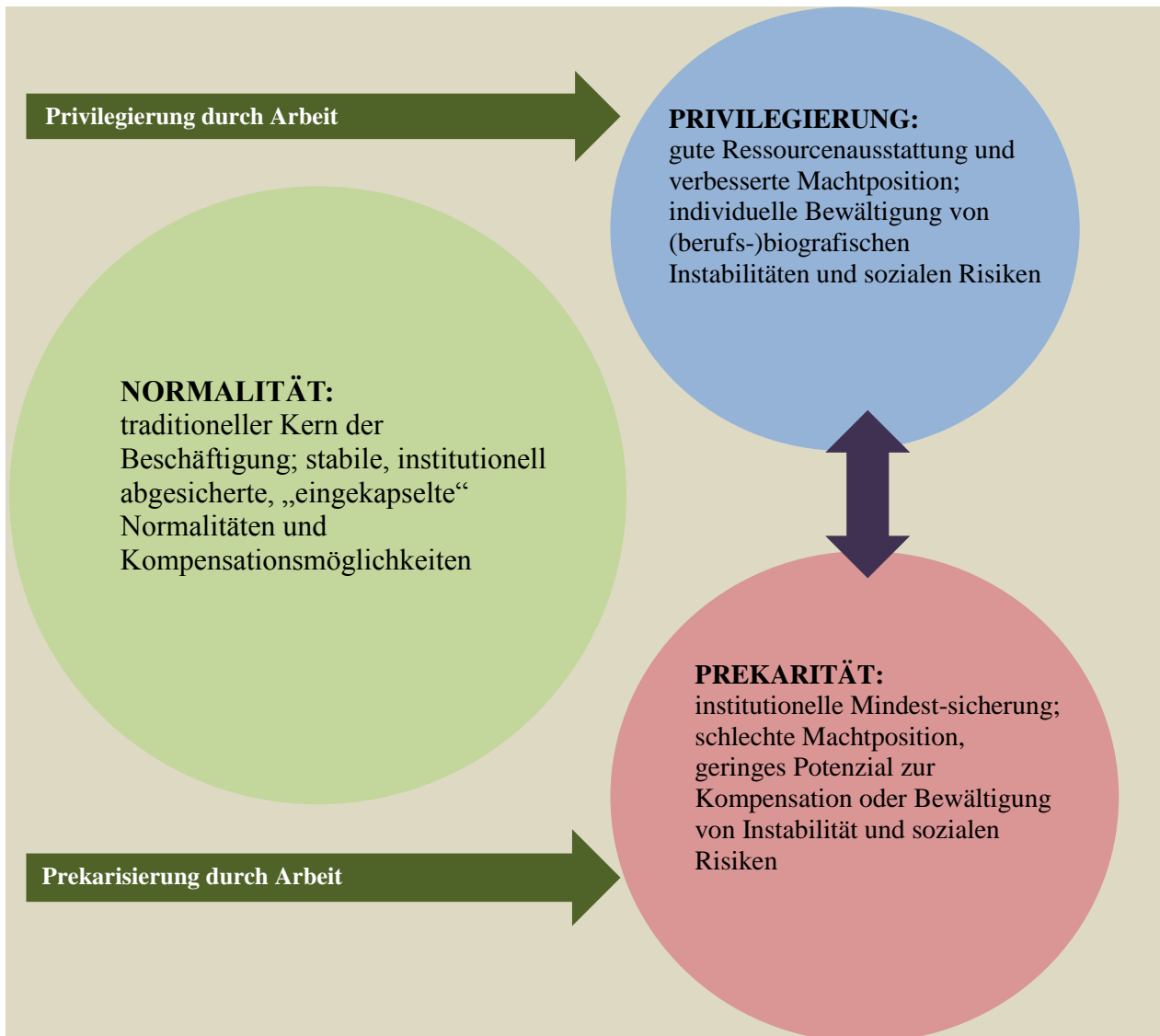
Die Qualität der individuellen Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse hängt in wachsendem Maße nicht nur von den konkreten Bedingungen der Branchen und Betriebe ab, sondern auch von den zur Verfügung stehenden individuellen und kollektiven Ressourcen. So sind auf der einen Seite in Wirtschaftssektoren mit ausgebauten kollektiven Organisationen und starker Durchsetzungsfähigkeit von Interessenvertretungen noch immer attraktive Erwerbskonditionen zu erkennen. Auch Beschäftigtengruppen mit nachgefragten Qualifikationen sind in der Lage, ihre Interessen gut zu realisieren. Aufgrund der nachlassenden Kraft allgemeiner staatlicher und korporativer Regulierungen sind auf der anderen Seite aber auch vermehrt Erwerbstätigengruppen zu erkennen, die deutliche Abstriche bei Einkommen, Beschäftigungsstabilität etc. hinnehmen müssen. Es ist zu vermuten, dass sich die entstehende Schere zwischen privilegierten und prekären Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen weiter öffnet und sich somit ein Prozess der „bipolaren Heterogenisierung“ (Dingeldey u.a. 2015b) verstärkt.

Die These einer „bipolaren Heterogenisierung“ geht mithin von einem nach wie vor starken Kern der Erwerbsbevölkerung aus, dessen Arbeits- und Lebensbedingungen auch weiterhin durch traditionelle Institutionen und die von ihnen geprägten Normalitäten – Normalarbeitsverhältnis, Normalfamilie und Normalbiografie – bestimmt sind. Allerdings trocknet dieser Kernbereich aus, weil sich die nachrückenden Erwerbsgenerationen zu größeren Teilen auf die wachsenden Segmente der prekären und der privilegierten Beschäftigung verteilen. Etliche

Indizien wie etwa die Lohnentwicklung (Groß 2015) oder die Re-Organisation kollektiver Interessenvertretung (Dombois/Holtrup 2015), die betrieblichen Bedingungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Goedicke/Ellenberger 2015), die Veränderung von betrieblichen Karrierewegen (Heisig 2015) oder auch die impliziten Tauschangebote bei instabilen Beschäftigungen (Krause/Köhler 2015) verweisen auf jene zunehmende Polarisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Richtung Privilegierung einerseits und in Richtung Prekarisierung andererseits.

Hierdurch entstehen – bildlich gesehen – auf einer Landkarte der Erwerbsarbeit drei große Kontinente: Erstens der Kontinent der herkömmlichen Normalbeschäftigung, der nach wie vor und im Wesentlichen nach dem ehemaligen fordistischen Muster der Erwerbsintegration funktioniert und der dadurch schrumpft, dass immer weniger Beschäftigungsverhältnisse diesem Muster entsprechen. Zweitens der Kontinent der prekären Beschäftigung, der durch unterschiedliche Kumulierungen und Mischungen von geringer Entlohnung, atypischer und unsicherer Erwerbsarbeit charakterisiert ist. Schließlich wächst – drittens – ein Kontinent der Privilegierung, in dem sich hohe Einkommen vorfinden lassen, die sich teilweise mit hoher Beschäftigungsstabilität zu hervorragenden Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen verbinden. Die Kontinente der Prekarität und der Privilegierung sind bislang noch kleiner als der Kontinent der Normalbeschäftigung, aber es könnte sein, dass sich dieses Verhältnis in Zukunft zusehends umkehrt. Das ist nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen, dass die verschiedenen Kontinente durchaus funktional und sozial aufeinander bezogen sind (Dörre 2009; Warsewa 2015). Die hochflexible Beschäftigung des prekären Kontinents dient zum Beispiel dazu, Risiken aus den anderen beiden Kontinenten auszulagern und die dort vorzufindenden Erwerbssituationen zu stabilisieren. Auch ermöglichen die schlecht entlohnten haushalts- und konsumbezogenen Dienstleistungen des prekären Kontinents überhaupt erst den aufwendigen Lebensstil, der teilweise in den besser situierten Zonen praktiziert wird.

Insgesamt ist angesichts der vorliegenden Befunde zu erwarten, dass Vielfalt und Heterogenität stark ausgeprägt sind und im Zeitverlauf noch anwachsen – bei sich verstärkender Polarisierung zwischen den Randpositionen der Privilegierung und der Prekarität. Alle drei Kontinente dürften zudem in sich in Kern- und Randzonen differenziert sein. Diese Landkarte der Arbeit präziser zu bestimmen und ihre Konturen für eine reale Region, das Bundesland Bremen, zu vermessen, ist Ziel des Erwerbstätigkeitsatlas.

Abbildung 1: Die Landkarte der Integration in das deutsche Erwerbssystem: „Bipolare Heterogenität“

Quelle: Eigene Darstellung

1.4 Erwerbsintegration und soziale Lage

Erwerbsarbeit und Beruf werden also heterogener, vielfältiger und unkalkulierbarer in ihren sozialen Wirkungen und dort, wo diese Wirkungen sich als Risiken manifestieren, müssen die einzelnen Erwerbstätigen individuelle Ressourcen und individuellen Einsatz mobilisieren, um diesen Risiken zu begegnen. Das gelingt – in Abhängigkeit von individuellen Merkmalen – den einen besser und den anderen schlechter. Deshalb ist nicht nur zu untersuchen, wie die Erwerbsintegration strukturiert ist, sondern auch wie der Zusammenhang zwischen Arbeit bzw. Erwerbsintegration und sozialer Lage aussieht, unter welchen Bedingungen prekäre Erwerbsintegration zu sozialem Abstieg, Armut und Exklusion führt bzw. unter welchen Bedingungen dies nicht der Fall ist. Gleiches gilt für den Zusammenhang von privilegierter und exklusiver Erwerbsintegration mit herausgehobenen und exklusiven Soziallagen.

Auf welche Weise und in welchem Umfang unterschiedliche Erwerbsoptionen zu Exklusivität kumulieren oder sich umgekehrt zu erheblichen Risiken und sozialer Exklusion summieren, hängt dabei von zahlreichen Faktoren ab, deren Verteilung und Wirksamkeit unter den gegenwärtigen Bedingungen bislang kaum systematisch analysiert wurden. In dem Maße, in dem die Verantwortung und Zuständigkeiten für die Bewältigung sozialer Risiken auf niedrigere Ebenen verlagert werden, werden individuelle Entscheidungen und Strategien wichtiger. Die tatsächliche

soziale Lage einzelner Individuen wird somit zu einer abhängigen Variablen der für solche Strategien mobilisierbaren Ressourcen. Deren Vorhandensein ist in erster Linie an individuelle Merkmale wie Geschlecht, Alter, Familienstand, vor allem aber Beruf, Bildung und Qualifikation gebunden. Insbesondere scheint der Haushaltskontext, d.h. die familiäre Situation und die Erwerbskonstellation im Haushalt von wachsender Bedeutung zu sein: Merkmale wie Haushalts- und Familientyp können sich als Kompensations- und Sicherungszusammenhang auswirken; können aber auch individuelle soziale Risikolagen verstärken und befördern.

1.5 Der „Bremer Erwerbstätigkeitsatlas“ – Was ist das?

Da davon auszugehen ist, dass hinsichtlich der systematischen Bedingungen für und Folgen von individueller Erwerbsintegration zahlreiche regionale Strukturmerkmale eine wichtige Rolle spielen, sind die dargestellten Zusammenhänge von besonderem Interesse auf der Ebene einzelner Regionen. Insbesondere auf dieser Ebene sind zudem Hinweise und Informationen für eine evidenzbasierte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, wie auch für weitere Maßnahmen der ungleichheitsrelevanten Sozial-, Familien- und Bildungspolitik gefragt. Insbesondere durch die Verknüpfung von Daten zur individuellen Arbeitsbiografie, Arbeitsmarktintegration und Beschäftigungssituation mit Daten zur Familien- und Haushaltskonstellation kann der Erwerbstätigkeitsatlas systematische Analysen des Zusammenhangs von Arbeit und sozialer Lage liefern, die angesichts der besonderen Problemlagen im Land Bremen von besonderem Interesse sind. Neben den allgemeinen Entwicklungen des deutschen Erwerbssystems (s.o.) wirken sich hier anhaltende Strukturwandelprobleme unter anderem in besonderen Schwierigkeiten bei der Arbeitsmarktintegration und in der Folge in überdurchschnittlichen Ausprägungen von sozialen Problemlagen aus. Die Haushaltsnotlage des Landes Bremen trägt zudem erheblich dazu bei, dass arbeitsmarkt- und sozialpolitische Gegen- und Kompensationsmaßnahmen nur begrenzt möglich sind.

Zu vielen der hier angesprochenen Einzelthemen liegen – durchaus auch auf regionaler Ebene – zahlreiche Datensammlungen und Analysen vor: Der Arbeitsmarktmonitor der Bundesagentur für Arbeit liefert ebenso wie die Publikationen des Statistischen Landesamtes Bremen aktuelle und detaillierte Informationen über die regionale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsentwicklung; die jährlichen „Berichte zur sozialen Lage“ der Arbeitnehmerkammer Bremen dokumentieren mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen die Entwicklung von Arbeits- und Lebensbedingungen der ArbeitnehmerInnen im Land Bremen. Ergänzt werden diese periodischen Studien durch speziellere Analysen wie z.B. die Reihe zum „Strukturwandel in Bremen“ (Arbeitnehmerkammer 2015) oder die Berichterstattung zur Entwicklung von Armut und Reichtum in Bremen (Freie Hansestadt Bremen; Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport 2015). Durch diese und weitere Arbeiten werden wertvolle Basisinformationen für viele Zwecke bereitgestellt.

Dennoch sind die vorliegenden und aufbereiteten Daten in mehrfacher Hinsicht – insbesondere wenn es um evidenzbasierte Hinweise für politische und administrative Zwecke geht – begrenzt. Vielfach arbeiten die Darstellungen und Analysen lediglich mit Daten zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten oder sogar nur einer Teilmenge aus dieser Gruppe, die allgemeinen Statistiken lassen überdies keine Verknüpfungen von individuellen Merkmalen zu. Auf diese Weise ist es kaum möglich, den Zusammenhängen zwischen individueller Erwerbsintegration und realer sozialer Lage systematisch nachzugehen. Zu vielen dieser Fragen gibt es daher lediglich mehr oder weniger begründete Vermutungen, nur wenig differenzierte Erkenntnisse oder verlässliche Darstellungen quantitativer Verhältnisse, die es mit größerer Sicherheit erlauben würden, problematische Zusammenhänge und Entwicklungen zu erkennen, Defizite zu identifizieren, Prioritäten und Handlungsoptionen zu beurteilen sowie Hypothesen für vertiefende qualitative Studien zu entwickeln. Etliche der so benannten Defizite werden durch den „Erwerbstätigkeitsatlas“ ausgeräumt und unter politisch-praktischen Gesichtspunkten wird somit eine Informationsbasis geschaffen, die eine zielgenauere Unterstützung von benachteiligten Beschäftigten- bzw. Bevölkerungsgruppen ermöglicht.

Insgesamt werden aus dieser Problembeschreibung folgende Fragestellungen abgeleitet:

I. Zur Strukturierung der individuellen Erwerbsintegration

- Welchen Umfang und welche innere Struktur besitzen die Kontinente der „Normalität“; der „Privilegierung“ und der „Prekarität“?
- Welche Gruppen von Erwerbstätigen sind in welchem Umfang in den einzelnen Segmenten vertreten (nach individuellen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Qualifikation)?
- Wie entwickeln sich die verschiedenen Kontinente der Erwerbsintegration im Zeitverlauf?

II. Zum Zusammenhang mit der regionalen Wirtschaftsstruktur

- Wie hängt die Struktur der Erwerbstätigkeit mit der Branchenstruktur zusammen?
- Inwieweit unterscheidet sich die regionale Erwerbsstruktur von anderen Gebietseinheiten (Bund, Länder, Großstädte)?

III. Zum Zusammenhang von Erwerbsintegration und sozialer Lage

- Welche Zusammenhänge zwischen dem arbeitsbezogenen Prekaritätsgrad und der sozialen Lage bzw. dem Armutsrisiko lassen sich feststellen?
- Unter welchen Bedingungen werden Vor- bzw. Nachteile der Erwerbsintegration durch andere nicht erwerbsbezogene Faktoren (Familientyp, Erwerbskonstellation im Haushalt) kompensiert oder umgekehrt verstärkt?

1.6 Zum Aufbau dieses Berichts

Im Folgenden werden zunächst das methodologische Konzept des Bremer Erwerbstätigkeitsatlas dargestellt und inhaltliche Entscheidungen bei der Konstruktion des grundlegenden Integrationsindex begründet (Kapitel 2). Daran anschließend wird ein Gesamtbild der Topologie der Erwerbstätigkeit im Land Bremen entworfen (Kapitel 3.1) und die Zusammensetzung der verschiedenen Klassen der Erwerbsintegration nach sozialstrukturellen Merkmalen analysiert (Kapitel 3.2). Die Situation und Entwicklung der Erwerbsintegration in den Wirtschaftsbranchen ist Gegenstand des Kapitels 3.3; dem regionalen Vergleich der Erwerbssituation in Bremen mit der Bundesebene, den Bundesländern und ausgewählten Großstädten widmet sich das Kapitel 3.4. Eine Analyse des Zusammenhangs von Erwerbsintegration und der sozialen Lage wird schließlich in Kapitel 3.5 vorgenommen, in dem Haushaltskontexte und die darin praktizierten Erwerbsarrangements berücksichtigt werden.

Abschließend werden die wesentlichen Ergebnisse zusammengefasst und kontextualisiert (Kapitel 4).

2. Design und Methodik: Entwicklung eines Integrationsindexes

2.1 Normalität von Erwerbsarbeit

Voraussetzung für die Annahme einer „bipolaren Heterogenität“ der Erwerbsintegration, d.h. des stetigen Wachstums der Zonen der Privilegierung und der Prekarität bei simultaner Schrumpfung der Normalitätszone, ist ein bestimmtes Verständnis von „Normalität“. Dieses Verständnis liegt dem Design der Studie und der methodischen Vorgehensweise zugrunde. Bezogen auf die Gestaltung des Erwerbssystems ist Beschäftigung als „normal“ zu verstehen, wenn diese abhängig, sozialversicherungspflichtig und kontinuierlich als Vollzeitverhältnis in einem Großbetrieb stattfindet. Diese verhältnismäßig umfassende Definition des „Normalarbeitsverhältnisses“ (Mückenberger 1985) ist seit den 1980er-Jahren vielfach diskutiert worden.¹ Die Verteilungs-, Schutz- und Sicherungswirkungen des so beschriebenen Normalarbeitsverhältnisses galten selbstverständlich zu keiner Zeit wirklich für alle ArbeitnehmerInnen; dennoch stellten die darin enthaltenen Normen als „realitätsprägende Fiktion“ eine Normalität her, an der sich bis etwa in die 1980er-Jahre Unternehmen wie ArbeitnehmerInnen, aber auch Institutionen wie z.B. die Arbeitsgerichte orientierten. Die in Tabelle 1 aufgeführten Begriffsverständnisse sind mithin insofern von Bedeutung, als sie die Grundlage für die quantitative und objektive Bestimmung dessen abgeben, was als „Normalität“ verstanden werden soll. Dies bildet zugleich die Referenzfolie, um Prozesse der Privilegierung und Prekarisierung zu erfassen.²

Tabelle 1: Operationalisierung des Normalarbeitsverhältnisses (Mückenberger 1985)

Merkmale des Beschäftigungsverhältnisses	Operationalisierung durch Indikatoren
abhängig beschäftigt	nicht selbstständige Arbeit als Arbeiter, Angestellte, Beamte etc.
sozialversicherungspflichtig	volle Integration in die sozialen Sicherungssysteme
kontinuierlich	unbefristetes, andauerndes Arbeitsverhältnis
Vollzeitverhältnis	Arbeitsverhältnis mit maximaler (tariflicher) Stundenzahl pro Woche
im Großbetrieb	gemessen an der Betriebsgröße

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Mückenberger (1985)

Selbstverständlich sind daran dann auch die zahlenmäßigen Größenordnungen jener Erwerbsbereiche geknüpft, die als nicht normal und in irgendeiner Form als abweichend nach oben oder unten, das heißt als „prekär“ oder „privilegiert“ gelten können bzw. müssen. Dabei ist zu beachten, dass nicht jede Abweichung von einer definierten Normalität gleichbedeutend mit Privilegierung oder Prekarisierung ist. Der jeweilige Grad von Prekarität oder Privilegierung ergibt sich stattdessen aus der Kumulierung von Abweichungen in den einzelnen Kriterien des Normalarbeitsverhältnisses. Diese Kriterien besitzen überdies den forschungspragmatischen Vorteil, dass sie mithilfe von eindeutigen Indikatoren abgebildet werden können und sich für eine quantifizierende Analyse eignen. Als normativer Ausgangspunkt bzw. als Grundlage für den Erwerbstätigkeitsatlas wird daher hier das Normalarbeitsverhältnis in seiner ursprünglichen Definition gewählt.

¹ Änderungsvorschläge der Definition sind in der Literatur zu finden. Diese weiten die Definition entweder erheblich aus oder schränken diese zu sehr ein (Kress 1998; Brinkmann et al. 2006).

² Kraemer (2008) versteht Prekarität nicht ausschließlich als objektive Abweichung vom Normalzustand. Vielmehr gälte es auch eine sinnhaft-subjektbezogene, sozialkommunikative Dimension zu berücksichtigen (S. 80). Die subjektive Ebene wird in unserem Ansatz jedoch nicht berücksichtigt werden können.

Der Bremer Erwerbstätigkeitsatlas soll nicht nur das Verhältnis zwischen Normalarbeit, Privilegierung und Prekarisierung bei den abhängig Beschäftigten illustrieren. Mit denjenigen Personen, die in Selbstständigkeit erwerbstätig sind, existiert eine Gruppe, deren Größe sich vor allem in den vergangenen Dekaden deutlich erhöht hat und einen nicht unerheblichen Anteil am Erwerbssystem in Deutschland ausmacht (Schulze-Buschhoff 2007). Selbstständige entziehen sich der Logik des Normalarbeitsverhältnisses. Wenn diese Gruppe in die Analyse einbezogen werden soll, müssen für sie angepasste Kriterien und Indikatoren verwendet werden, die trotz unterschiedlicher Bedingungen der Erwerbsintegration eine möglichst große Vergleichbarkeit gewährleisten (zur genauen Operationalisierung beider Gruppen siehe den Abschnitt 2.3).

2.2 Mikrozensus – amtliche Statistik als valide Datenquelle

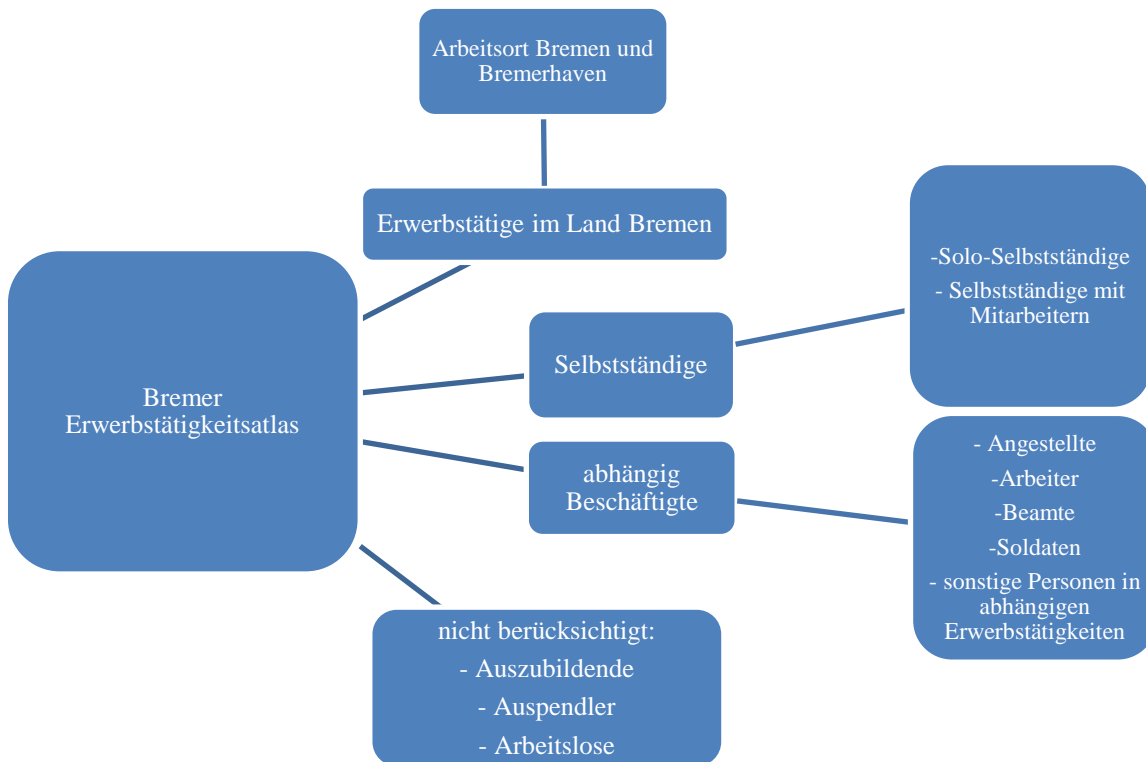
Der Anspruch an das Datenmaterial zur Umsetzung des Forschungsvorhabens umfasst insgesamt drei Hauptaspekte: a) Vorhandensein von Indikatoren entsprechend unseres Verständnisses von Normalität nach der Definition von Mückenberger (1985); b) Repräsentativität bzw. eine ausreichend hohe Fallzahl für das Land Bremen, um die Analysen auch nach sozialen Merkmalen durchführen zu können sowie c) Möglichkeit zur Berücksichtigung von Individual-, aber auch Haushaltsdaten, die Rückschlüsse auf die soziale Lage erlauben. All diese Kriterien erfüllen die Mikrozensus-Daten der Statistischen Ämter des Bundes und Länder.³

Für den Bremer Erwerbstätigkeitsatlas werden insgesamt drei Mikrozensusreihen verwendet: 2002, 2012 sowie 2015. Ein Vorteil, den der Mikrozensus mit sich bringt, ist die Konstanz der Erhebungssiteme im Zeitverlauf. Bis auf eine Ausnahme – Leiharbeit wurde erstmals im Mikrozensus 2006 erhoben⁴ – sind die für den Ansatz relevanten Erhebungsinstrumente gleich geblieben. Die Wahl der Zeitpunkte basiert auf der Überlegung, dass mit den 2002er Daten ein Zeitpunkt gewählt wird, der vor der Implementation der Hartz-IV-Reformen liegt; der 2012er-Datensatz verdeutlicht das Bild nach der Finanzkrise von 2007 bis 2009/10 und die 2015er Daten sind die aktuellsten Daten, die der Forschung zur Verfügung stehen.

Die Grundgesamtheit des Bremer Erwerbstätigkeitsatlas sind alle Erwerbstätigen, die als Arbeitsstätte das Bundesland Bremen angegeben haben – also Erwerbstätige in den Städten Bremen und Bremerhaven. Hier ist nochmals zu betonen, dass es grundsätzlich nicht um das Wohnortprinzip geht. Entsprechend bedeutet das auch, dass sowohl Einwohner Bremens als auch Einpendler die Grundgesamtheit bilden, sobald ihre Arbeitsstätte im Land Bremen liegt. Dies betrifft alle erwerbstätigen Personen in Voll- oder Teilzeit, in befristeten oder geringfügigen Beschäftigungen sowie in Leiharbeit. Zu diesen Personen zählen ebenfalls Beamte, Soldaten und Personen in selbstständiger Tätigkeit. Auszubildende sind hier jedoch nicht enthalten. Aufgrund einer teilweise geringen Ausbildungsvergütung würden diese Beschäftigungsverhältnisse die Gesamtrechnung negativ beeinflussen – obwohl Ausbildungen prinzipiell als wünschenswert anzusehen sind. Abbildung 2 illustriert die Grundgesamtheit in der Übersicht.

³ Als repräsentative Haushaltsbefragung stellt der Mikrozensus seit 1957 die amtliche Statistik dar (vgl. Statistisches Bundesamt 2018). Mittels statistischer Zufallsauswahl wird eine repräsentative Auswahl von einem Prozent der Haushalte ermittelt. Die inhaltliche Schwerpunktsetzung des Mikrozensus bezieht sich sowohl auf die wirtschaftliche Lage als auch auf die sozialen Hintergründe der jeweiligen Haushalte. Um die Repräsentativität zu wahren und Informationen aller in den ausgewählten Haushalten Personen zu ermitteln, unterliegen die Respondenten in Mikrozensusumfragen einer Auskunftspflicht.

⁴ Zur Integration von Leiharbeit in den Mikrozensus als Befragungssitem (ab Jahrgang 2006) siehe auch https://www.destatis.de/DE/Publikationen/STATmagazin/Arbeitsmarkt/2008_03/Arbeitsmarkt2008_3.html.

Abbildung 2: Grundgesamtheit im Bremer Erwerbstätigkeitsatlas

Quelle: Eigene Darstellung

Den Analysen liegt eine Fallzahl von 3.346 Erwerbstätigen (MZ 2015) zugrunde. Diese Fallzahl wird in einem Analysebereich um Personen erweitert, die in Haushalten mit Erwerbskontext Bremen leben. Hier interessiert demnach nicht mehr die Individualebene der in Bremen arbeitenden Personen. Es wird versucht, Rückschlüsse auf die soziale Lage unter Berücksichtigung der Haushalte zu ziehen, in denen mindestens eine Person im Land Bremen erwerbstätig ist. Somit können dann auch – ausschließlich in diesem speziellen Auswertungsstrang – Nichterwerbspersonen sowie Erwerbstätige in anderen Bundesländern in die Analysen mit einfließen, wenn sie in einem Haushalt mit Bremenbezug leben. Dann erweitert sich die Fallzahl für die Analysen auf 5.897 (MZ 2015).

Insgesamt erlaubt der Erwerbstätigkeitsatlas damit also differenzierte Analysen zur Gesamtstruktur der Erwerbstätigkeit im Land Bremen sowie deren Auswirkungen auf die soziale Lage der dadurch versorgten Haushalte.

Wie eingangs beschrieben, enthalten die Mikrozensus-Daten die für das Forschungsvorhaben relevanten Items. Tabelle 2 zeigt, welche Indikatoren im Mikrozensus genutzt werden, um ein „Normalarbeitsverhältnis“ bzw. um einen Integrationsindex abzubilden.⁵

⁵ Dabei beziehen wir uns auf den Mikrozensus 2015. Im Mikrozensus 2012 liegen zwar dieselben Variablenbezeichnungen vor; im Mikrozensus 2002 sind jedoch andere Variablennamen für diese Items enthalten.

Tabelle 2: Operationalisierung der Indikatoren des Normalarbeitsverhältnisses im Mikrozensus

Theoretischer Bezugsrahmen	Operationalisierung	Variablen im Mikrozensus
Erwerbsstatus		
Erwerbsform	Arbeit im Angestellten- bzw. Beamtenverhältnis; auch Differenzierung abhängig Beschäftigte und Selbstständige	ef117=Stellung im Beruf
Sozialversicherungspflichtig	Soziale Sicherungssysteme	ef160=Geringfügige Beschäftigung
Vollzeitverhältnis	Maximale Stundenzahl pro Woche	ef131=Stunden pro Woche
Kontinuierlich I - Vertrag	Unbefristetes Arbeitsverhältnis bzw. dauerhafte Tätigkeit	ef124 und ef125 =Fristigkeit/ ef177=Leiharbeit
Kontinuierlich II - Betrieb		ef127= Dauer Betriebszugehörigkeit
im Großbetrieb	Gemessen an der Betriebsgröße	ef122=Betriebsgröße
Einkommensstatus		
Einkommen	Einkommen aus Erwerbsarbeit	ef436=persönliches Nettoeinkommen

Quelle: Eigene Darstellung nach FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site)

Zunächst wird eine Unterscheidung getroffen, welche Erwerbsform vorliegt. Dies geschieht über die Variable ef117, welche nach der Stellung im Beruf Differenzierungen zulässt. Hier ist es möglich, zwischen abhängig Beschäftigten und Selbstständigen zu differenzieren. Hier ist anzumerken, dass sich die folgenden Erläuterungen auf abhängige Beschäftigung beziehen. Selbstständige Tätigkeiten weichen von der Normalität der abhängig Beschäftigten ab und werden daher gesondert behandelt (siehe unten).

Im Kontext abhängiger Erwerbstätigkeit findet sozialversicherungspflichtige Beschäftigung Berücksichtigung über die volle Integration in die sozialen Sicherungssysteme. Pauschalabgaben erfolgen bei der geringfügigen Beschäftigung (ef160) und werden entsprechend berücksichtigt. Ein Vollzeitverhältnis ist laut Definition charakteristisch und könnte durch die maximale Stundenarbeitszeit pro Woche berücksichtigt werden. Da das Einkommen jedoch mit der Anzahl der Stunden korreliert, würde eine Berücksichtigung der Vollzeit dazu führen, dass Einkommenseffekte sowohl im Erwerbsstatus als auch in der Einkommensdimension vorliegen. Aus diesem Grund spielt die Variable „Stunden pro Woche“ für die Indexbildung keine Rolle; jedoch wird diese in späteren Analysen als Differenzierungsmerkmal bzw. Kontrollvariable verwendet. Charakteristisch für ein Normalarbeitsverhältnis ist jedoch die Kontinuität. Dies entspricht einer vertraglich geregelten unbefristeten Tätigkeit sowie einer langen Verweildauer beim gegenwärtigen Arbeitgeber. Im Mikrozensus liegen Informationen zur Befristung vor (ef124). Der Befristungshorizont in Monaten (ef125) ist ebenfalls in einer gesonderten Variablen enthalten. Die Verweildauer beim gegenwärtigen Arbeitgeber wird durch die Variable ef127 abgebildet. Hier wird in Jahren erfasst, wie lange das gegenwärtige Arbeitsverhältnis bereits andauert. Zudem wird mit der Variablen ef177 das Thema Arbeitnehmerüberlassung berücksichtigt. Hier spiegelt sich eine weitere – vertragliche – Abweichung vom Normalarbeitsverhältnis wider. Der Aspekt „Großbetrieb“ wird von uns dahingehend interpretiert, dass sich hier eine höhere Beschäftigungsstabilität durch die Betriebsgröße ergibt. Die Variable ef122 enthält entsprechende Information bezüglich der Anzahl der Personen im Betrieb.

Selbstständige Tätigkeiten unterscheiden sich von abhängiger Beschäftigung vor allem dadurch, dass kein Abhängigkeitsverhältnis zu einem Arbeitgeber besteht. Um für die Selbstständigen einen Erwerbsstatus zu erstellen, besteht die Möglichkeit, die Indikatoren „Dauer der selbstständigen Tätigkeit“ sowie „Anzahl der Mitarbeiter im Betrieb“ in die Analyse aufzunehmen.

Der Erwerbsstatus steht demnach für das Maß an Beschäftigungsstabilität und somit auch für ein Maß an Einkommenssicherheit. Aber nicht nur die Stabilität hinsichtlich der Erwerbstätigkeit, sondern ebenfalls die Höhe des generierten Einkommens ist für eine objektive Bewertung von Erwerbstätigkeit von hoher Relevanz. Die Einkommensdimension wird über die Variable (ef436) berücksichtigt, die unter anderem das erzielte Nettoeinkommen aus der Erwerbstätigkeit angibt. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die jeweiligen Erwerbsstatus von Selbstständigen und abhängig Beschäftigten mit dem Einkommen verknüpft werden, um somit ein Konstrukt zu erhalten, welches als Maß bzw. Index für die Erwerbsintegration im Land Bremen steht. (Die

Zusammenhänge zwischen methodischen Konstruktionen und inhaltlichen Analysen werden im Anhang I genauer erläutert).

2.3 Konstruktion eines Indexes zur Erwerbsintegration: der Integrationsindex

Ein Charakteristikum des Bremer Erwerbstätigkeitsatlas ist die Entwicklung einer eigenen Methodik zur Erfassung objektiver erwerbsbezogener Integration, die es am Ende ermöglicht, eine Bewertung der individuellen Erwerbsposition und der sozialen Lage des Haushalts vorzunehmen. Im Zentrum steht dabei ein Index, durch den anhand einer Maßzahl das Ausmaß an erwerbsbezogener Normalität, Prekarität und Privilegierung erfasst wird. Dieser Index dient in den Analysen als Grundlage – u.a. für die Bildung von Integrationsklassen oder eine am Median orientierte, hierarchische Gruppierung der Indexwerte.⁶

Zunächst ist aus den jeweiligen Einzelindikatoren ein Index – jeweils für die Selbstständigen und abhängig Beschäftigten – zu konstruieren. Mathematisch gesehen lassen sich die Indikatoren problemlos miteinander verknüpfen. Jedoch würde die Beibehaltung der UrsprungsCODIERUNG die Interpretierbarkeit der Skala erschweren. So bedarf es zunächst einer Taxierung der Einzelindikatoren nach einer bestimmten Logik.⁷ Grundlage für den Index bilden die beiden Hauptdimensionen: das Einkommen und der Erwerbsstatus. Das Einkommen liegt als Einzelvariable vor. Hier ist zunächst keine Verknüpfung mit anderen Indikatoren vorgesehen. Der Erwerbsstatus besteht aus den Indikatoren Fristigkeit, geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit, Betriebsgröße und Dauer der gegenwärtigen Beschäftigung. Damit diese Indikatoren miteinander verknüpft werden, erfolgt eine Taxierung, die sich am Grad der Abweichung vom Normalarbeitsverhältnis orientiert. Die Taxierung wird anhand des bisherigen wissenschaftlichen Forschungsstandes hinsichtlich des Aspektes Beschäftigungsstabilität vorgenommen.

Taxierung der Einkommensdimension

Einkommensangaben liegen im Mikrozensus meistens in einer anonymisierten Form vor, in dem 24 Einkommensgruppen mit unterschiedlichen Einkommensintervallen skaliert sind.⁸ Die 24 Einkommensgruppen eignen sich nicht sehr gut, um später mit dem Erwerbsstatus mathematisch verknüpft zu werden. Die Einkommensgruppen werden daher nach einer bestimmten Logik in Indexwerte umgerechnet. Orientierungspunkt ist eine Skala mit einem Range von 10 bis quasi 0, bei der der Medianwert des Einkommens den Wert 5 annehmen soll. Zunächst ist es jedoch ratsam, aus den Einkommensgruppen anhand der Maximum- und Minimumwerte den Gruppenmittelwert zu ermitteln – u.a. nach Vorbild von Fritschetal (2015) oder Hotze (2015). Anschließend erfolgt eine Wertzuweisung der Einkommensgruppenmittelwerte in Index-Werte. Dies erfolgt über folgende Formel:

$$TEINK=(GM/MW)*ZV.$$

TEINK= Taxierung des Einkommenswertes

GM= beobachteter Gruppenmittelwert

MW= Medianwert

ZV= Zentrum der Verteilung bzw. Skalenwert 5

⁶ Eine Übersicht über die Verteilung der Einzelindikatoren in Ursprungsform findet sich in Anhang III.

⁷ Lampert et al. (2013) bilden – als Beispiel für ein vergleichbares Vorgehen – einen Index des sozioökonomischen Status anhand von drei Indikatoren – Schulbildung, Berufsstatus und Nettoäquivalenzeinkommen. Diese Indikatoren wurden vor der Indizierung jeweils auf eine 7er-Skala taxiert und dann additiv miteinander verknüpft, sodass am Ende des Forschungsprozesses eine metrische Variable vorliegt.

⁸ Die hiermit verbundenen Schwierigkeiten bzw. Analyserestriktionen haben u.a. Stauder und Hüning (2004) sowie Boehle (2015) thematisiert.

Der Medianwert der Einkommensdimension in Bremen liegt 2015 bei 1.600 Euro. Entsprechend sieht die Taxierung nach dieser Rechnung wie folgt aus:

Tabelle 3: Taxierung der Einkommensdimension

Kategorie	Minimum in €	Maximum in €	Gruppenmittelwert	Indizierungswert nach Formel (GM/MW) * ZV
1	0	150	75	0,234
2	150	300	225	0,703
3	300	500	400	1,25
4	500	700	600	1,875
5	700	900	800	2,5
6	900	1.100	1.000	3,125
7	1.100	1.300	1.200	3,75
8	1.300	1.500	1.400	4,375
9	1.500	1.700	1.600	5
10	1.700	2.000	1.850	5,781
11	2.000	2.300	2.150	6,718
12	2.300	2.600	2.450	7,656
13	2.600	2.900	2.750	8,593
14	2.900	3.200	3.050	9,531
15	3.200	3.600	3.400	10,625
16	3.600	4.000	3.800	11,875
17	4.000	4.500	4.250	13,281
18	4.500	5.000	4.750	14,843
19	5.000	5.500	5.250	16,406
20	5.500	6.000	5.750	17,968
21	6.000	7.500	6.750	21,093
22	7.500	10.000	8.750	27,343
23	10.000	18.000	14.000	43,75
24	mehr als 18.000	18.000		56,25

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Wie aus Tabelle 3 ersichtlich wird, ist bereits ab 3.200 Euro ein Wert von 10 erreicht. Dieser Aspekt ist nicht zufällig, sondern bewusst durch die Formel „proviziert“. Hintergrund ist hierfür, dass das Einkommen über den Wert 10 hinausgehen soll, um somit eine kompensatorische Wirkung auf den Erwerbsstatus zu haben. Um ein Beispiel zu geben: Weist eine Person im Erwerbsstatus Abweichungen vom Normalarbeitsverhältnis auf, generiert jedoch aus der Erwerbstätigkeit ein überdurchschnittlich hohes Einkommen, dann kann das Einkommen in der Berechnung Risiken ausgleichen, die mit einem geringen Erwerbsstatus einhergehen. In Zahlen ausgedrückt bedeutet dies, dass ein Einkommen ab 3.200 Euro einen unsicheren Erwerbsstatus kompensieren kann. So ist es denkbar, dass eine Person einen Erwerbsstatus im unteren Indexpbereich aufweist – bspw. ein Manager, dessen Vertrag auf zwei Jahre befristet und der neu im Betrieb ist. Aufgrund eines vermutlich sehr hohen Einkommens kann es hier zu einer Kompensation und somit zur Absicherung seiner generellen Erwerbssituation kommen. Ein hohes Gehalt erlaubt es beispielsweise, mögliche Lücken in der weiteren Erwerbsbiografie zu überbrücken.

Ein weiterer Vorteil neben der kompensatorischen Wirkung durch diese Berechnungsgrundlage liegt in der zunehmenden Spannweite der Gruppenminima und -maxima. Während in den unteren Einkommensgruppen die Differenz der Minimum- und Maximumwerte lediglich 150 Euro beträgt, fällt die Differenz beispielsweise in der 15. Gruppe mit 400 Euro deutlich höher aus. Eine Formel, die zu gleich großen Skalierungsschritten führt, würde eben diesen Aspekt nicht berücksichtigen.

Taxierung des Erwerbsstatus von abhängig Beschäftigten

Der Teilindex Erwerbsstatus beinhaltet für abhängige Beschäftigung zwei grundlegende Aspekte: a) Informationen über die vertragliche Situation, b) betriebliche Merkmale. Bei selbstständiger Tätigkeit fallen die Vertragsinformationen weg. Wie bereits beschrieben, handelt es sich beim Erwerbsstatus um ein Maß für die

Beschäftigungsstabilität. Vor diesem Hintergrund lassen sich in der Literatur empirische Evidenzen zu den jeweiligen Indikatoren finden. Mit anderen Worten: Es erfolgt eine Taxierung der Erwerbsstatus für abhängige Beschäftigung sowie selbstständige Tätigkeiten unter Berücksichtigung von wissenschaftlichen Studien zum Thema Beschäftigungsstabilität – bezogen auf die jeweiligen Einzelindikatoren.

Tabelle 4: Taxierung des Erwerbsstatus für abhängig Beschäftigte

Fristigkeit	Wert	Leiharbeit/ geringfügig	Wert	Betriebsgröße	Wert	Dauer im Betrieb	Wert
unbefristet	1	weder/noch	1	> 50 Personen	1	> 10 Jahre	1
>37 Monate	0,9	Leiharbeit	0,6	21-49 Personen	0,9	6-10 Jahre	0,9
25-36 Monate	0,8	geringfügig	0,6	11-20 Personen	0,8	3-5 Jahre	0,8
12-24 Monate	0,7			<10 Personen	0,6	1-2 Jahre	0,7
<=11 Monate	0,5						

Quelle: Eigene Darstellung

Fristigkeit

Seit den 1980er-Jahren wurden die Möglichkeiten für Betriebe ausgeweitet, Arbeitsverträge mit einer befristeten Dauer abzuschließen, um ihre personalpolitische Flexibilität zu erhöhen, Ausfallzeiten beim Stammpersonal zu kompensieren, mittelfristige Auftragsspitzen abzufedern oder projektgebundene Einstellungen vorzunehmen (vgl. Boockmann/Hagen 2005, Hohendanner 2010). Faktisch wird das Instrument der Befristung darüber hinaus als Möglichkeit genutzt, Probezeiten zu verlängern. Hierdurch haben Betriebe die Möglichkeit, die Mitarbeiter über einen längeren Zeitraum zu „testen“, bevor sie ein Arbeitsverhältnis mit vollem Kündigungsschutz eingehen.

Nach der Definition von Mückenberger entspricht nur ein unbefristeter Arbeitsvertrag einem Normalarbeitsverhältnis. Hinsichtlich der Dauer von befristeten Arbeitsverträgen ist dann davon auszugehen, dass befristete Arbeitsverhältnisse mit einer Dauer von zwei bis drei Jahren wahrscheinlich als sicherer bzw. stabiler als Arbeitsverhältnisse angesehen werden können, die einen geringeren Befristungshorizont aufweisen. Ein Blick auf den Forschungsstand bestätigt diese Annahme. Befristeten Arbeitsverträgen wird dabei oftmals eine Brückenfunktion attestiert (Bellmann/Alda 2004; Boockmann/Hagen 2005; Hohendanner/Gerner 2010; Gash 2008). Zunächst befristet abgeschlossene Verträge führen demnach in ebenso stabile Erwerbsverläufe wie Arbeitsverhältnisse, die von Anfang an unbefristet abgeschlossen wurden (ebd.). Im Vergleich europäischer Länder ist die Brückenfunktion in Deutschland am stärksten ausgeprägt. Mit anderen Worten führen in Deutschland befristete Verträge vergleichsweise häufiger zu unbefristeten Arbeitsverhältnissen (Gash 2008). Brehmer und Seifert (2009) sehen zwar bei befristeten Verträgen ein erhöhtes Risiko, im Folgejahr arbeitslos zu sein sowie geringere Weiterbildungsmöglichkeiten. Gash (2008) skizziert mit zunehmender Befristungsdauer erhöhte Chancen auf permanente Stellen. Weitere Studien verweisen auf unterschiedliche Entfristungschancen unter Berücksichtigung von Qualifikation oder Branche (Hohendanner 2010; Hohendanner/Gerner 2010; Bellmann/Alda 2004).

Für die Taxierung der Fristigkeit lässt sich also festhalten, dass längere Befristungen als stabiler angesehen werden können als solche, die lediglich einige Monate andauern. Hinzu kommt, dass die sozialen Sicherungssysteme – in Form von Arbeitslosengeld – erst ab einem Jahr Erwerbstätigkeit greifen. Dementsprechend erhalten Personen mit unbefristetem Arbeitsvertrag den Höchstwert (1), Befristungen mit mehr als drei Jahren Laufzeit einen Abweichungspunkt um eine Einheit (hier: 0,1) und den Wert 0,9. In Abständen von einem Jahr werden die Abzüge für einen geringeren Befristungshorizont fortgeführt. Somit erhalten befristet beschäftigte Personen mit einem Befristungshorizont zwischen zwei und drei Jahren den Wert 0,8 und zwischen zwölf und 24 Monaten den Wert 0,7 zugeschrieben. Erwerbssituationen mit einem Befristungshorizont von unter einem Jahr erhalten im Vergleich zur Vorguppe einen weiteren Abweichungspunkt – aufgrund des genannten Anspruches auf Arbeitslosengeld I, der erst ab einem Jahr Beschäftigung erreicht wird – und werden auf den Wert 0,5 taxiert.

Leiharbeit und geringfügige Beschäftigung

Weitere Formen der atypischen Beschäftigung, mit denen spezifische Problemlagen einhergehen, sind die Arbeitnehmerüberlassung und die geringfügige Beschäftigung. Die Nutzungsmotive von Leiharbeit reichen von der Rekrutierung neuen Personals über die Beseitigung kurzfristiger Personalengpässe und die Bereitstellung einer

generell größeren personalpolitischen Flexibilität bis hin zur Umgehung hoher Tarifstandards in bestimmten Branchen (vgl. Holst u.a. 2009). Es kann dabei davon ausgegangen werden, dass bei vielen Beschäftigten die Arbeitnehmerüberlassung als Beschäftigungsform „zweiter Wahl“ gilt und die Nutzung von Leiharbeit in der Regel auf Initiative der entleihenden Betriebe erfolgt (vgl. Holtrup 2009).

Beschäftigte in der Arbeitnehmerüberlassung und Normalbeschäftigte sind in den meisten arbeits- und sozialrechtlichen Dimensionen formal gleichgestellt. Faktisch ist jedoch eine geringere Beschäftigungssicherheit bei Leiharbeitern zu beobachten. Personen, die in Leiharbeit tätig sind, unterliegen einem höheren Entlassungsrisiko bzw. weisen sehr kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse auf (Promberger 2006; Haller/Jahn 2014). Generell gilt für Leiharbeiter ein erhöhtes Prekaritätsrisiko in der Dimension der Beschäftigungssicherheit. Brehmer und Seifert (2009) skizzieren u.a. erhöhte Risiken für Leiharbeiter, im Folgejahr arbeitssuchend zu sein. Dütsch (2011) bewertet die Leiharbeit dahingehend als prekär, dass aufgrund der Einsatzdauern in Betrieben kein kurzfristiger Puffer, sondern eher ein Aufbau von Randbelegschaften zu beobachten ist. Problematisch ist in diesem Zusammenhang, dass für Leiharbeiter keine Garantie auf Übernahme existiert bzw. die Gefahr hoch ist, in der Leiharbeit zu verweilen. Haller und Jahn (2014) skizzieren bei Leiharbeitern im Vergleich zu Normalbeschäftigten sehr kurze Beschäftigungsdauern. Während das durchschnittliche Normalarbeitsverhältnis 46 Monate andauert, beträgt dieser Wert bei Leiharbeitern lediglich 9,6 Monate. Zudem sind Beschäftigungsverhältnisse von bis zu drei Monaten nicht untypisch. Die Fluktuationsrate in der Leiharbeitsbranche ist demnach auch deutlich höher. Neben der äußerst geringen Beschäftigungssicherheit ist bei Leiharbeitern ein Partizipationsdefizit innerhalb des Betriebes zu erkennen (Promberger 2006). Dies äußert sich nicht nur durch objektive Faktoren, wie bspw. nicht vorhandenen Interessensvertretungen oder defizitären Mitsprachekulturen. Gundert und Hohendanner (2011) skizzieren in diesem Zusammenhang auch subjektiv geringere Teilhabewahrnehmung von Leiharbeitern.

Die besonderen Bedingungen in der Arbeitnehmerüberlassung fließen in den Teilindikator des Erwerbsstatus ein, sodass ein Wert von 0,6 taxiert wird.⁹

Bei der geringfügigen Beschäftigung liegen andere Bewertungskriterien zugrunde. Bei geringfügiger Beschäftigung handelt es sich um Erwerbstätigkeiten, bei denen entweder das monatliche Einkommen nicht mehr als 450 Euro beträgt oder die auf eine sehr kurze Frist angelegt sind (kurzfristige Beschäftigung nicht mehr als 50 Tage oder zwei Monate; Saisonarbeit nicht mehr als 70 Tage oder drei Monate). Der zentrale Gesichtspunkt bei der spezifischen Taxierung von geringfügigen Beschäftigten ist die Einbettung in die sozialen Sicherungssysteme. Die Einkommensdimension (bei 450-Euro-Jobs) und die Fristigkeit (bei kurzfristiger Beschäftigung und Saisonarbeit) werden bereits in anderen Teildimensionen aufgegriffen. Diese Beschäftigungsverhältnisse werden den Sozialversicherungsträgern gemeldet, dabei bezahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einen Pauschalbetrag. Mit anderen Worten: Geringfügig Beschäftigte sind in die sozialen Sicherungssysteme integriert, jedoch lediglich in der Renten- und Krankenversicherung – und das auch nicht als „vollwertiges“ Mitglied. Die jeweiligen Rentenpunkte liegen somit unter der Mindestgrenze. Zudem existiert keine Integration in die Arbeitslosenversicherung.

Die Tatsache, dass die Dimensionen Einkommen und Fristigkeit innerhalb eines anderen Teilindex Berücksichtigung finden, bedeutet für die Taxierung eine Abwertung durch die unzureichende Integration in die sozialen Sicherungssysteme. Somit wird die geringfügige Beschäftigung – wie auch die Leiharbeit – mit einem Wert von 0,6 taxiert.¹⁰

Betriebsmerkmale

Auch die Betriebsmerkmale lassen auf eine unterschiedliche Beschäftigungsstabilität schließen. In der Literatur lassen sich Befunde für eine höhere Beschäftigungsstabilität in größeren Betrieben finden (Erlinghagen/Knuth 2003; Brehmer/Seifert 2009; Bauer et al. 2008). In größeren Betrieben sind die Fluktuationsströme geringer (prozentualer Anteil an Gesamtbeschäftigten), die „Überlebenszeiten“ bzw. die Dauer von Beschäftigungsverhältnissen von Beschäftigten länger und das Prekaritätsrisiko generell geringer. Zudem haben die Beschäftigten in großen Unternehmen bessere Weiter- und Fortbildungsmöglichkeiten. Des Weiteren spielt die Betriebsgröße auch hinsichtlich des Kündigungsschutzes eine zentrale Rolle. Bis zu einer Mitarbeiterzahl von neun Personen greift die

⁹ Hierbei fließt auch ein, dass Beschäftigte in der Arbeitnehmerüberlassung de facto einen Schutzstatus haben, der dem von Beschäftigten in Kleinbetrieben unter zehn Mitarbeitern ähnelt. In dieser Betriebsgröße greift das Kündigungsschutzgesetz nicht, sodass hier der Wert 0,6 taxiert wird (s.u.).

¹⁰ Auch hier wird berücksichtigt, dass geringfügig Beschäftigte in der Regel – und entgegen der formellen Rechtslage – lediglich einen Schutzstatus haben, der mit dem von Beschäftigten in Kleinbetrieben ohne Kündigungsschutz vergleichbar ist und mit 0,6 taxiert wird (s.u.).

sogenannte Kleinbetriebsklausel. Dabei sind Auszubildende und der Geschäftsinhaber nicht berücksichtigt, spricht der Betrieb muss aus mindestens zehn weiteren Personen bestehen, damit der Kündigungsschutz greift.

Auf dieser Basis erhalten alle Personen in Großbetrieben den Wert 1. Dies sind Betriebe von über 50 Personen.¹¹ Betriebe mit einer Größe von 21 bis 49 Mitarbeitern werden auf den Wert 0,9 taxiert. Eine ähnliche Abstufung nehmen wir bei Betrieben mit einer Mitarbeiterzahl von 11 bis 20 Personen vor, sodass hier ein Wert von 0,8 taxiert wird. Der bereits angesprochene Kündigungsschutz wird an der Stelle für 10 Mitarbeiter berücksichtigt. Dementsprechend wird hier der Wert für unter 10 Mitarbeiter mit einer zusätzlichen Abwertung auf den Wert 0,6 taxiert.

Auch bei der Dauer des gegenwärtigen Beschäftigungsverhältnisses weisen die Befunde auf eine zunehmende Beschäftigungsstabilität hin, je länger das Beschäftigungsverhältnis andauert (Rothe 2009; Rhein 2010; Rhein/Stüber 2014). Demzufolge lassen sich Indizien für das Senioritätsprinzip finden: Personen, die länger im Betrieb arbeiten, sind tendenziell relativ gut vor Entlassungen geschützt bzw. wird bei Bedarf zunächst den Personen gekündigt, die erst eine kurze Zeit im Betrieb erwerbstätig sind. Auch die Tendenzen hinsichtlich eines „Turbo-Arbeitsmarktes“ – mit permanent wechselnden Beschäftigungsverhältnissen – lassen sich – zumindest in Deutschland – nicht bestätigen (Rhein 2010); jedoch sind bestimmte Branchen von einer höheren Fluktuation betroffen – wie bspw. die Zeitarbeitsbranche.

Für die Taxierung der Betriebsdauer bedeutet dies: Der Wert 1 wird für Beschäftigungsverhältnisse vergeben, die über zehn Jahre andauern. Als etwas weniger stabil, aber immer noch auf hohem Niveau, werden Arbeitsverhältnisse angesehen, die zwischen sechs und zehn Jahren andauern. Entsprechend wird der Wert mit 0,9 taxiert. Ähnlich sieht es bei der Dauer der Betriebszugehörigkeit zwischen drei und fünf Jahren aus. Hier erfolgt eine Taxierung auf den Wert 0,8. Erwerbsverhältnisse, die bis zu zwei Jahren andauern, werden als noch relativ instabil bewertet. Dementsprechend wird der Wert 0,7 taxiert.

Taxierung des Erwerbsstatus von Selbstständigen

Mit der Gruppe der Selbstständigen existiert ein weiterer Erwerbstyp, der in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung gewonnen hat. Für die Selbstständigen sind andere Referenzwerte als bei den abhängig Beschäftigten zu berücksichtigen. Für den Erwerbsstatus können insgesamt zwei Indikatoren herangezogen werden – die Betriebsgröße sowie die Dauer der Selbstständigkeit. Die Taxierung der Indikatoren ist aus Tabelle 5, die Begründung aus den folgenden Abschnitten zu entnehmen.

Tabelle 5: Taxierung des Erwerbsstatus für Selbstständige

Größe des Betriebes	Wert	Dauer der Selbstständigkeit	Wert
>5 Personen	1	> 5	1
2-5 Personen	0,9	4-5	0,9
Solo-Selbstständigkeit	0,6	3	0,7
		2	0,6
		1	0,5

Quelle: Eigene Darstellung

Betriebsgröße / Mitarbeiterzahl von Selbstständigen

Auch wenn es größere Unterschiede zwischen abhängig Beschäftigten und Selbstständigen gibt, so ist auch bei Selbstständigen die Betriebsgröße sowie die Dauer der Selbstständigkeit ein Indikator für die Stabilität der Erwerbstätigkeit. Manske und Scheffmeier (2015) differenzieren zwischen Solo-Selbstständigen und Selbstständigen in Arbeitgeberfunktion mit dem Befund, dass Solo-Selbstständigkeiten generell geringere Stabilitäten und Überlebensraten aufweisen. Diverse Untersuchungen stützen diesen Befund (Brenke 2011; Schulze-Buschhoff 2007; Koch et al. 2011). Mit anderen Worten wirkt sich die Beschäftigung von weiteren Mitarbeitern stabilisierend auf die Selbstständigkeit aus. Generell gilt: Die Mobilitätsraten bei Selbstständigen mit Mitarbeitern

¹¹ In neueren Mikrozensus-Jahrgängen können Betriebe von bis zu über 500 Mitarbeitern differenziert werden. In älteren Jahrgängen ist die größte Einheit bei der Betriebsgröße ein Wert von >50.

sind geringer als bei Solo-Selbstständigkeiten. Diese Diskrepanz hinsichtlich der Erwerbsstabilität nehmen wir zum Anlass, eine entsprechende Taxierung vorzunehmen: Selbstständige, die mehr als fünf Mitarbeiter beschäftigen, bekommen den Wert 1 zugeschrieben. Wir nehmen zudem an, dass eine geringere Anzahl an Mitarbeitern die Stabilität der Selbstständigkeit negativ beeinflussen kann. Hier spielt die Überlegung eine Rolle, dass der „Chef“ zuerst seine Mitarbeiter entlässt, bevor er seine Selbstständigkeit aufgeben muss. Bei abnehmender Beschäftigtenzahl ist das „Pufferpotenzial“ deutlich geringer als bei einer größeren Anzahl an Mitarbeitern. Dementsprechend erhalten Selbstständige mit zwei bis fünf Mitarbeitern den Wert 0,9. Die Instabilität bei Solo-Selbstständigen wurde bereits oben dargestellt. Dieser Gesichtspunkt soll auch innerhalb unserer Taxierung besonders berücksichtigt werden. Dementsprechend erhalten Solo-Selbstständige den Wert 0,6.

Dauer der Selbstständigkeit

Wie auch bei den abhängig Beschäftigten geht eine stabile Selbstständigkeit mit einer zunehmenden Verweildauer der Selbstständigkeit einher. Gerade bei einer selbstständigen Tätigkeit ist es durchaus denkbar, dass sich die Erwerbstätigkeit erst nach einer gewissen Zeit stabilisiert und als erfolgreich angesehen werden kann. Vor allem die ersten Jahre gelten für Selbstständige als Hürde. Dabei beziehen sich die Schwierigkeiten darauf, ob genug Eigenkapital vorhanden ist, inwieweit man sich einen Kundenstamm aufgebaut hat oder wie sich die Situation entwickelt, wenn ggf. in Anspruch genommene Förderungen nach drei Jahren auslaufen. Bezüglich des letztgenannten Aspektes existieren in der Literatur diverse Befunde. Caliendo et al. (2010) stellen dar, dass Personen, die als Ich AG gefördert wurden oder das Überbrückungsgeld in Anspruch genommen haben, hohe Verweilraten in der Selbstständigkeit aufweisen. Der Nachfolger dieser Förderungsmodelle, der Gründungszuschuss, hat dafür gesorgt, dass zwischen 75 und 84 Prozent der Bezieher nach über drei Jahren immer noch in der Selbstständigkeit verweilen, wie Caliendo et al. (2012) skizzieren. Die Autoren stellen zudem die Ergebnisse einer Befragung von Selbstständigen 19 Monate nach Gründung dar. Knapp 45 Prozent haben angegeben, dass sie sich ohne Gründungszuschuss nicht selbstständig gemacht hätten. Wiederum haben knapp 37 Prozent dieser Befragten angegeben, dass sie das erste Jahr nicht ohne Zuschuss überstanden hätten (ebd.: 7).

Dementsprechend sind die ersten Jahre der Selbstständigkeit als eher schwierig einzuordnen. Dieser Gesichtspunkt soll innerhalb der Taxierung berücksichtigt werden. Auf Basis des Forschungsstandes wird bzgl. der Dauer der Selbstständigkeit wie folgt taxiert: Es kann davon ausgegangen werden, dass die Erwerbssituation der Befragten, die über 5 Jahre lang ihrer Selbstständigkeit nachgehen, als stabil angesehen werden kann. Aus diesem Grund erhalten diese Personen den Wert 1. Ähnlich stabil werden selbstständige Erwerbsformen bewertet, die zwischen 4 und 5 Jahren andauern. Hier wird eine geringe Abstufung um 0,1 Einheiten vorgenommen und somit der Wert 0,9 taxiert. Nun folgt eine dreistufige Abstufung der Index-Taxierung mit zusätzlichen Abzügen um 0,1. Wie erwähnt, sind die ersten Jahre einer Selbstständigkeit als relativ schwierig und instabil einzuschätzen. Demnach erhalten Personen, die ihre Tätigkeit drei Jahre ausüben, nicht den Wert 0,8, sondern 0,7. Personen mit zwei Jahren Selbstständigkeitsdauer erhalten den Wert 0,6. Die Taxierung auf den Wert 0,5 erhalten alle Personen, die sich im ersten Jahr der Selbstständigkeit befinden.

Verknüpfung der Einzelindikatoren und Teilindizes

Nach der obigen Taxierung der jeweiligen Einzelindikatoren erfolgt im nächsten Schritt die Konstruktion der Teilindizes Einkommen und Erwerbsstatus. Da die Einkommensdimension lediglich aus einem Indikator besteht, erübrigen sich hier weitere rechnerische Operationen. Für den Erwerbsstatus hingegen müssen die jeweiligen Indikatoren miteinander verknüpft werden. Für die Verknüpfung galt es im Forschungsverlauf a) eine adäquate Indizierung zu erproben und b) eine Formel zu generieren, die den Erwerbsstatus angemessen widerspiegelt.¹² Als Ergebnis steht folgende Formel zur Berechnung des Erwerbsstatus für abhängig Beschäftigte:

$$\text{ESAB} = (\text{F} * \text{L} * \text{G}) * (\text{BG} + \text{DB}) / 2$$

ESAB= Erwerbsstatus abhängig Beschäftigte

F= Fristigkeit

L= Leiharbeit

G= Geringfügige Beschäftigung

¹² Die Plausibilitätsprüfung der verschiedenen Indizierungsmöglichkeiten ist dem Anhang II zu entnehmen.

BG= Betriebsgröße

DB= Dauer der gegenwärtigen Beschäftigung

Die vertraglichen Indikatoren werden mittels einer multiplikativen Operation miteinander verknüpft. Somit wird diesen Indikatoren ein höheres Gewicht beigemessen oder mit anderen Worten: Liegen in den vertraglichen Indikatoren Abweichungen vom Normalarbeitsverhältnis vor, fallen diese für den Gesamtindex stärker ins Gewicht als die Betriebsmerkmale. Die Vertragsindikatoren werden mit dem Mittelwert aus der Summe der Betriebsmerkmale multipliziert. Die Verknüpfung der beiden Teilindizes Einkommen und Erwerbsstatus erfolgt über eine rein multiplikative Verknüpfung über die Formel:

GIAB=ESAB*EINK

GIAB= Gesamtindex abhängig Beschäftigte

ESAB= Erwerbsstatus abhängig Beschäftigte

EINK= Einkommen

Mit der Einkommensdimension steht dem Erwerbsstatus ein Teilindex gegenüber, der lediglich aus einem Item besteht. Aufgrund des hohen Stellenwertes des Einkommens in der Bewertung von sozialen Lagen, Prekarität und Armut, erfolgt bei abhängig beschäftigten Personen eine gleichwertige, ungewichtete Verknüpfung der Einkommensdimension mit dem Erwerbsstatus.

Für die Selbstständigen fällt – wie zuvor beschrieben – die vertragliche Komponente weg, sodass lediglich die Betriebsmerkmale / Merkmale der selbstständigen Beschäftigung übrig bleiben.

ESSE=((BG+DB)/2)

ESSE= Erwerbsstatus Selbstständige

BG= Betriebsgröße

DB= Dauer der gegenwärtigen Beschäftigung

Ein zentraler Aspekt für die Berücksichtigung der folgenden Formel liegt bei den Selbstständigen in der sozialen Absicherung. Anders als bei abhängig Beschäftigten existiert für Selbstständige keine bzw. lediglich eine partielle Integration in die sozialen Sicherungssysteme. Somit muss dieses Defizit von den Selbstständigen durch das eigene Einkommen – in Form von Rücklagen o.Ä. – kompensiert werden. Dies lässt vermuten, dass das Einkommen bei den Selbstständigen einen höheren Stellenwert hat. Diesem Gesichtspunkt liegt die Adjustierung der Formel zugrunde, dass das Einkommen mit einem höheren Gewicht in die Gleichung einfließt.

GISE = ESSE *((EINK*EINK)/10)

GISE= Gesamtindex Selbstständige

ESSE= Erwerbsstatus Selbstständige

EINK= Einkommen

Ein letzter marginaler Schritt bezieht sich darauf, die entsprechenden Werte der jeweiligen Gesamtindizes in eine Variable zu vereinen. Am Ende des Indizierungsprozesses steht demnach eine Variable, die geeignet ist, die jeweilige Erwerbssituation dieser beiden Gruppen adäquat abzubilden bzw. den Grad der Erwerbsintegration für alle Erwerbstätigen im Land Bremen vergleichbar macht.

2.4 Methodische Adjustierungen und Entscheidungen

Für die Ausarbeitung der Methodik des Bremer Erwerbstätigkeitsatlas wurde eine Reihe von methodischen Aspekten behandelt sowie Plausibilitätsprüfungen und Referenzrechnungen durchgeführt. Diese sind im Detail dem Anhang II zu entnehmen. Im Folgenden findet sich eine kurze Skizze der jeweiligen Adjustierungen und methodischen Entscheidungen.

Wahl des Items für die Einkommensdimension

Im Mikrozensus liegen mehrere Einkommensvariablen vor. Die Unterschiede, Vor- und Nachteile sowie welche Konsequenzen es hätte, mit der einen oder anderen Variablen zu rechnen und warum letztlich die Entscheidung auf das persönliche Nettoeinkommen (ef436) gefallen ist, wird im Anhang II.1 erklärt.

Umgang mit fehlenden Werten

Ein gängiges Problem in der Forschung mit quantitativen Umfragedaten bezieht sich auf das Vorhandensein von fehlenden Werten. Gerade bei repräsentativen Umfragen kann es bei kleineren Grundgesamtheiten – wie bspw. im Fall von Bremen im Mikrozensus – zu Verzerrungen kommen, wenn übermäßig viele fehlende Werte vorliegen. Beim Bremer Erwerbstätigkeitsatlas werden zur Konstruktion des Integrationsindex mehrere Indikatoren miteinander verknüpft. Somit steigen auch die Zahlen und das Gewicht potenzieller Missings. Imputationen – also das Einsetzen von statistisch generierten Werten – sind hier eine Lösung. Für die jeweiligen Einzelindikatoren wurde eine Mittelwertimputation durchgeführt. Die Diskussion mit entsprechenden Erklärungen findet sich im Anhang II.2.

Latente Klassenanalyse – Validierung des Integrationsindex durch ein statistisches Verfahren

Neben der Indexkonstruktion wurde ein zweites Konstrukt gebildet, um die Erwerbstätigkeit in Bremen zu quantifizieren bzw. zu strukturieren. Anhand einer latenten Klassenanalyse wurden die Erwerbstätigen – unter Berücksichtigung derselben Indikatoren wie bei der Indexkonstruktion – anhand von Ähnlichkeitsmustern in homogene Subgruppen eingeteilt. Die Hintergründe, die Modellierung sowie die Ergebnisse sind dem Anhang IV zu entnehmen. Als zentrales Ergebnis ist jedoch vorwegzunehmen, dass die latente Klassenanalyse die Bildung der Integrationsklassen durch den Index bestätigt.

Selbstständige vs. abhängig Beschäftigte

Für Selbstständige und abhängig Beschäftigte wurde ein Index erstellt, der jeweils die Erwerbsintegration der beiden Erwerbsformen abbildet. Diesbezüglich wurden Plausibilitätstests durchgeführt, um die Praktikabilität der beiden Rechnungen zu überprüfen. Die Ergebnisse sind dem Anhang II.3 zu entnehmen. Aufgrund der Ergebnisse gehen wir davon aus, dass die Maßzahlen bzw. die Erwerbsintegration von Selbstständigen und abhängig Beschäftigten miteinander verglichen werden können.

Klasseneinteilung nach Grad der Prekarität bzw. Privilegierung

Der Integrationsindex steht als Maß für die Erwerbsintegration der Erwerbstätigen in Bremen und setzt sich zusammen aus den Dimensionen Einkommens- und Erwerbsstatus. Die Indexwerte bieten einen einheitlichen und realistischen Bewertungsmaßstab für die Gesamtheit der Erwerbssituationen der Selbstständigen und abhängig Beschäftigten im Land Bremen. Somit erhalten wir ein Konstrukt, das Auskunft über die Positionierung der Erwerbstätigen auf einer Integrationskala gibt. Mittels dieses Konstruktes sind verschiedene Analysen möglich – u.a. Median- und Mittelwertanalysen für bestimmte soziale Gruppen. Diese beziehen sich jedoch zunächst nur auf eine Unterscheidung höherer oder niedrigerer Indexwerte. Diese Differenzen lassen sich erst interpretieren, wenn eine inhaltliche Einteilung der Indexwerte vollzogen wird.

Diese Kategorisierung der Indexwerte orientiert sich am Konzept relativer Armut und definiert verschiedene Klassen im Verhältnis zum Median. Eine Übersicht findet sich in Tabelle 6.

Als prekär werden Personen eingestuft, wenn der Indexwert unterhalb 60 Prozent vom Median liegt. Die gefährdete Klasse besteht aus Personen mit einem Indexwert, der zwischen 60 und 80 Prozent vom Median liegt. Als gesichert zählen Erwerbstätige, wenn der Indexwert zwischen 80 und 150 Prozent vom Median liegt. Gehoben sind in unserem Verständnis Personen, deren Erwerbsintegration auf einen Wert zwischen 150 bis 200 Prozent vom Median fällt. Privilegierte Erwerbssituationen sind ab einem Wert von 200 Prozent vom Median zu finden. Dieser Range reicht bis 300 Prozent vom Median. Wer einen Indexwert von über 300 Prozent vom Median aufweist, wird als exklusiv bezeichnet.

Tabelle 6: Klassifizierung des Integrationsindex

Bedeutung	Einteilung
Prekär	<60% vom Median
Gefährdet	60-80% vom Median
Gesichert	80-150% vom Median
Gehoben	150-200% vom Median
Privilegiert	200-300% vom Median
Exklusiv	>300% vom Median

Quelle: Eigene Darstellung

Für jeden Mikrozensusjahrgang wird ein Medianwert ermittelt, der als Basis für die obige Einteilung fungiert. Da der Median des Integrationsindex in den Jahren 2015, 2012 und 2002 jeweils auf einem anderen Niveau liegt, unterscheidet sich über die jeweiligen Jahre der Wertebereich der Integrationsklassen (siehe Anhang II.4). Die Einteilung in diese „Integrationsklassen“ erfolgt in Anlehnung an die von der Europäischen Union verwendete Gruppierung von Armut, die auch jeweils von den amtlichen Statistiken übernommen wird. Diese Abgrenzung bietet diverse Vorteile: In erster Linie erfolgt eine allgemein anerkannte Einteilung, die zwar in der Wissenschaft diskutiert, aber dennoch u.a. in Einkommensanalysen häufig praktiziert wird. Damit einhergehend werden vom Autoren-Team ausgehende Abgrenzungen, die sich beispielsweise an fest definierten Schwellenwerten orientieren, vermieden. Somit erfolgt eine relationale Einteilung des Integrationsindex orientiert an der mittleren Verteilung der Erwerbstätigen in Bremen auf dieser Skala. Hierdurch sind ebenfalls Aussagen über die Veränderungen im Zeitverlauf möglich, da das individuelle Niveau eines jeden Erwerbstätigen auf die Gesamtheit der Erwerbstätigen bezogen wird.

Auf inhaltlicher Ebene bietet die relationale Einteilung des Konstruktes aus Einkommen und Erwerbsstatus den Vorteil, dass die Erwerbsintegration durch die verschiedenen Einzelindikatoren somit auch ein Maß an gesellschaftlicher und betrieblicher Integration beinhaltet, die in Beziehung zu anderen Individuen gesetzt wird. Somit wird eine Positionierung auf der Skala ermöglicht, die es erlaubt, sowohl quantitative als auch qualitative Aussagen über die entsprechenden Klassen zu tätigen. Exemplarisch kann durch Berücksichtigung der Empirie entsprechend argumentiert werden:

Sowohl im Einkommens- als auch im Erwerbsstatus lassen sich empirische Positionen für eine gesellschaftliche und betriebliche Integration bzw. Inklusion anführen. Das Einkommen gilt als zentrale Ungleichheitsdimension und eröffnet Individuen unterschiedliche Möglichkeiten, die eigenen Lebensziele zu verwirklichen (Huinink und Schröder 2008; Hradil 2001). Zudem können im Erwerbsstatus deutliche Unterschiede zwischen beispielsweise Kern- und Randbelegschaften oder Personen in Normalarbeit und in atypischer Beschäftigung skizziert werden: schlechtere Gesundheit, geringere Zufriedenheit, geringere Chancen auf Weiterbildung, weniger Mitbestimmung sowie erschwerte soziale Inklusion bei Abweichung vom Normalarbeitsverhältnis (Barlen 2018; Böhnke et al. 2016; Sjöberg 2016; Bellmann et al. 2015; Grund et al. 2015; Lübke 2013; Dütsch 2011; Kraemer 2008; Keller/Seifert 2007). Mit anderen Worten: Der Erwerbsstatus ist nicht nur maßgebend für die Beschäftigungsstabilität und die Sicherheit bzgl. der Einkommensgenerierung. Dieser beinhaltet indirekt auch unterschiedliche Chancen auf betriebliche und gesellschaftliche Teilhabe. Die Methodik orientiert sich mithin an einem Verständnis von gesellschaftlicher Normalität und durch die relationale Klasseneinteilung können entsprechende Abweichungen von der Normalität greifbar gemacht werden. Insofern ist davon auszugehen, dass durch die Einteilung des Integrationsindex eine Gruppierung der Erwerbstätigen erfolgt, welche realistische Rückschlüsse auf das Prekaritätsrisiko bzw. die Chance zur Privilegierung zulässt.

Methodik auf der Haushaltsebene: Konzept zur Berechnung der sozialen Lage

Gegenstand des Forschungsinteresses ist nicht nur die Frage nach der Strukturierung und Quantifizierung der Erwerbsstrukturen im Land Bremen. Ebenso wird der Frage nach der sich daraus ergebenden sozialen Lage nachgegangen. Um das Forschungsvorhaben statistisch zu unterlegen, sind weitere methodische Adjustierungen notwendig, um von der Individual- auf die Haushaltsebene zu gelangen. Diese sind:

- Erweiterung der Grundgesamtheit um Personen in Haushalten mit Bremenbezug: Sobald Analysen auf der Haushaltsebene durchgeführt werden, können nicht nur Haushalte im Land Bremen berücksichtigt werden. Mit der Gruppe der Einpendler, die in Bremen mehr als 40 Prozent der Beschäftigten ausmachen (Hausen/Muscheid 2017), wohnt ein nicht unerheblicher Anteil außerhalb der Landesgrenzen – arbeitet aber in Bremen. Um valide Aussagen über die soziale Lage der in Bremen erwerbstätigen Personen zu treffen, ist demnach eine Erweiterung der Grundgesamtheit erforderlich: Ausgewählt werden alle Personen in Haushalten, in denen mindestens eine Person im Land Bremen erwerbstätig ist (Haushalte mit „Bremenbezug“ vgl. Anhang II.4).
- Berechnung von Haushaltsklassen: Um eine Aussage über die soziale Lage des Haushaltes zu treffen, ist es erforderlich, alle im Haushalt vorhandenen Erwerbssituationen zu berücksichtigen und diese auf die Anzahl der Mitglieder im Haushalt zu beziehen. Analog zur Berechnung von Armutsgefährdung erfolgt eine Haushaltsgewichtung aller kumulierten Haushaltsindexwerte nach Vorbild der OECD. Dazu werden alle im Haushalt vorkommenden (individuellen) Indexwerte aufsummiert und anschließend durch eine Haushaltsbedarfsgewichtung dividiert. Die erste Person im Haushalt bekommt den Wert 1; jede weitere Person über 14 Jahre erhält den Wert 0,5 zugewiesen; Kinder unter 15 Jahren erhalten den Wert 0,3. Anschließend wird dieses Konstrukt in Relation zum Median gesetzt (gleiche Logik der Klassenaufteilung wie auf Individualebene).
- Bildung von „Haushaltsvorständen“ für die Analyse von Erwerbsarrangements im Haushalt: Ein Analysestrang bezieht sich auf die Frage, welche Erwerbsarrangements in Haushalten mit Bremenbezug vorliegen. In dieser vertiefenden Analyse zu Paarhaushalten werden die Erwerbssituationen der sogenannten „Haushaltsvorstände“ berücksichtigt. Dies ist vor allem in den Fällen notwendig, in denen weitere Personen, vor allem Kinder, mit im Haushalt leben. Anschließend erfolgt eine Betrachtung, welche Erwerbskombinationen in den jeweiligen Haushalten vorliegen. Weitere Informationen dazu sind dem Anhang II.6 zu entnehmen.

3. Erwerbstätigkeitsatlas

3.1 Struktur der Erwerbsintegration in Bremen

Klasseneinteilung nach dem Grad der Erwerbsintegration

Um die Erwerbsstruktur des Landes Bremen mittels eines für alle Erwerbsverhältnisse einheitlichen und realistischen Bewertungsmaßstabs abzubilden und für weitere Analysen handhabbar zu machen, werden die beiden Dimensionen „Einkommensstatus“ und „Erwerbsstatus“ zu einem Gesamtindex verknüpft. Dieser Gesamtindex wird dabei in sechs Integrationsklassen eingeteilt. Die Erwerbstätigen und ihre Beschäftigungsverhältnisse verteilen sich auf einer Skala von „prekär“ über „gefährdet“ und Varianten mittlerer Erwerbsintegration („gesichert“ und „gehoben“) bis zu denjenigen Erwerbsverhältnissen, die eine Form von „privilegierter“ Erwerbsintegration darstellen bzw. eine weitgehende Unabhängigkeit von der Art und Dauer der konkreten Erwerbstätigkeit vermitteln („exklusiv“). Da sich im Zeitverlauf das Verständnis und die konkret herangezogenen Definitionsmerkmale des „Normalarbeitsverhältnisses“ erheblich gewandelt haben und überdies in Politik und Wissenschaft unterschiedliche Zuordnungen gebräuchlich sind, kann diese Klassifizierung auch für unterschiedliche Zuordnungen genutzt werden: Bei Betonung der extremen Abweichungen von der „Normalität“ der Erwerbsintegration lassen sich die vier mittleren Kategorien von gefährdeter bis zu privilegierter Erwerbsintegration als Abstufungen eines Normalarbeitsverhältnisses begreifen; bei einem engeren Verständnis von „Normalität“ wären nur die Klassen der gesicherten und gehobenen Mitte einem Normalarbeitsverhältnis zuzurechnen. Letzteres ist das im vorliegenden Bericht vertretene Verständnis.

Orientierungshilfe zur Methodik: Die Kategorisierung der Indexwerte orientiert sich am Konzept relativer Armut und definiert verschiedene Klassen im Verhältnis zum Median. Auf dieser Basis wird aus Einkommens- und Erwerbsstatus ein Gesamtindex gebildet, der die Qualität der Erwerbsintegration, d.h. Prekarität bzw. Privilegierung, in sechs Klassen einteilt.

Tabelle 7: Basisdaten zum Integrationsindex

Statistik	2015	2012	2002/13
Fallzahl	3.146	2.911	2.357
Median der Indexwerte	4,62	4,37	4,26
Mittelwert der Indexwerte	5,16	4,95	4,73

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2002, 2012 und 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Tabelle 8: Einteilung des Gesamtindex in Integrationsklassen 2015

Bedeutung	Einteilung	Wertebereich
Prekär	<60% vom Median	0 bis < 2,77488
Gefährdet	60-80% vom Median	2,77488 bis < 3,69984
Gesichert	80-150% vom Median	3,69984 bis <6,9372
Gehoben	150-200% vom Median	6,9372 bis <9,2496
Privilegiert	200-300% vom Median	9,2496 bis <13,8744
Exklusiv	>300% vom Median	13,8744-15,0

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

¹³ Leiharbeit ist erst seit 2006 im Befragungsprogramm des Mikrozensus enthalten.

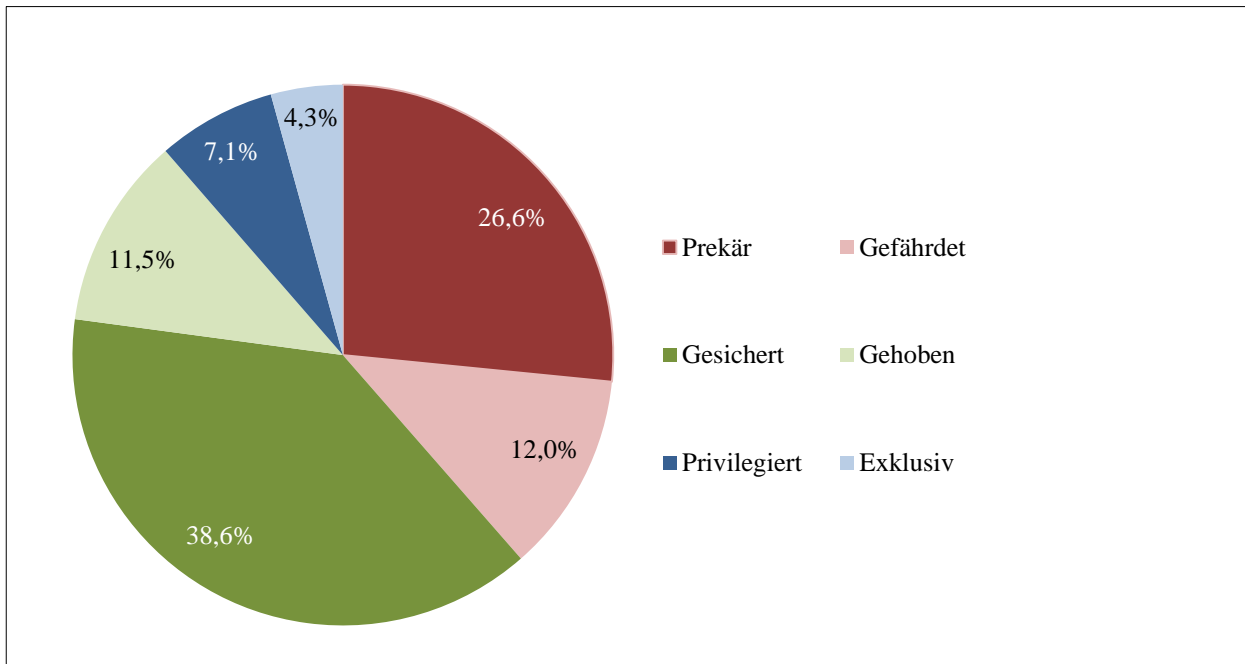
Personen, deren Indexwert weniger als 60 Prozent vom Median beträgt, bilden die Klasse „prekär“. Der Medianwert liegt 2015 bei 4,62. Dementsprechend fallen alle Personen in die prekäre Klasse, deren Indexwert unter 2,775 liegt. Nach diesem Muster werden die übrigen Klassen gebildet (s.o., Tab. 8). Personen, deren Indexwert zwischen 60 und 80 Prozent vom Median beträgt, werden als „gefährdete“ bezeichnet. Die „gesicherte Mitte“ wird als diejenige Zone definiert, in der die Indexwerte zwischen 80 und weniger als 150 Prozent vom Median liegen. Bei den darüber liegenden Abgrenzungen existieren in der Armutsforschung unterschiedliche Definitionen bzw. Orientierungswerte. Um den großen realen Differenzen in diesem Bereich gerecht zu werden, werden drei weitere Klassen eingerichtet: Personen, deren Indexwert zwischen 150 und 200 Prozent vom Median liegt werden als „gehobene Mitte“ und diejenigen, deren Indexwerte zwischen 200 und 300 Prozent vom Median liegt, als „privilegiert“ bezeichnet. Erwerbssituationen, die Indexwerte über dem dreifachen Medianwert erreichen, werden als „exklusiv“ definiert.

Die beiden Einflussgrößen für die Positionierung auf dieser Skala und damit für das Ausmaß der Erwerbsintegration¹⁴ sind mithin der Erwerbsstatus und der Einkommensstatus. Diese beiden kommen indes in unterschiedlichen Kombinationen vor und sind je nach Art der Kombination sehr unterschiedlich zu bewerten: Kurz- bis mittelfristige Beschäftigungsverträge gelten beispielsweise im Allgemeinen als sehr prekär, in der Kombination mit exorbitant hohem Einkommen (wie etwa bei Fußballprofis oder Spitzenmanagern) sind sie jedoch eher ein Bestandteil exklusiver Erwerbsverhältnisse. Umgekehrt kann ein dauerhaft gesichertes Beschäftigungsverhältnis so schlecht bezahlt sein, dass damit keine dauerhafte Existenzsicherung möglich ist. Für eine wachsende Anzahl von „working poor“ erweist sich das Erwerbsverhältnis somit trotz dauerhafter Vollzeitbeschäftigung als „prekär“. Letzteres kann Arbeitnehmer/innen in abhängiger Beschäftigung ebenso betreffen wie die zeitweilig kümmerlichen Erwerbsverhältnisse von Soloselbstständigen.

Die Verteilung des vollständigen Erwerbsintegrationsindex auf die definierten Klassen ist der folgenden Abbildung 3 zu entnehmen. Knapp 27 Prozent der in Bremen arbeitenden Personen weisen einen Indexwert auf, der unterhalb von 60 Prozent des Medians liegt, entsprechend bilden sie die Klasse der prekären Erwerbsintegration. Weitere zwölf Prozent entfallen auf die Klasse der gefährdeten Mitte. Zusammengenommen beträgt der Anteil von Personen, die auf die gefährdete oder prekäre Klasse entfallen also knapp 39 Prozent. Dabei fassen die beiden Klassen der „prekären“ sowie der „prekaritätsgefährdeten“ Erwerbsverhältnisse unterschiedliche Kombinationen aus niedrigen und mittleren Einkommens- und Erwerbsstatus, d.h. auch aus unterschiedlichen Risikolagen, zusammen (s.u., Tab. 9).

Die größte Klasse wird mit annähernd 39 Prozent nach wie vor von Personen bzw. deren Erwerbsverhältnissen gebildet, die einer gesicherten Mitte zuzurechnen sind. Zusammen mit der gehobenen Mitte, die einen Anteil am Bremer Arbeitsmarkt von knapp zwölf Prozent ausmacht, bilden diese beiden Klassen den Kernbereich des traditionellen Normalarbeitsverhältnisses. Auf diese beiden Klassen, die einen Range von 80 bis 200 Prozent vom Median umfassen, entfällt zusammen rund die Hälfte aller in Bremen arbeitenden Personen. Auch hier versammeln sich jedoch mehrere unterschiedliche Kombinationen von Einkommens- und Erwerbsstatus.

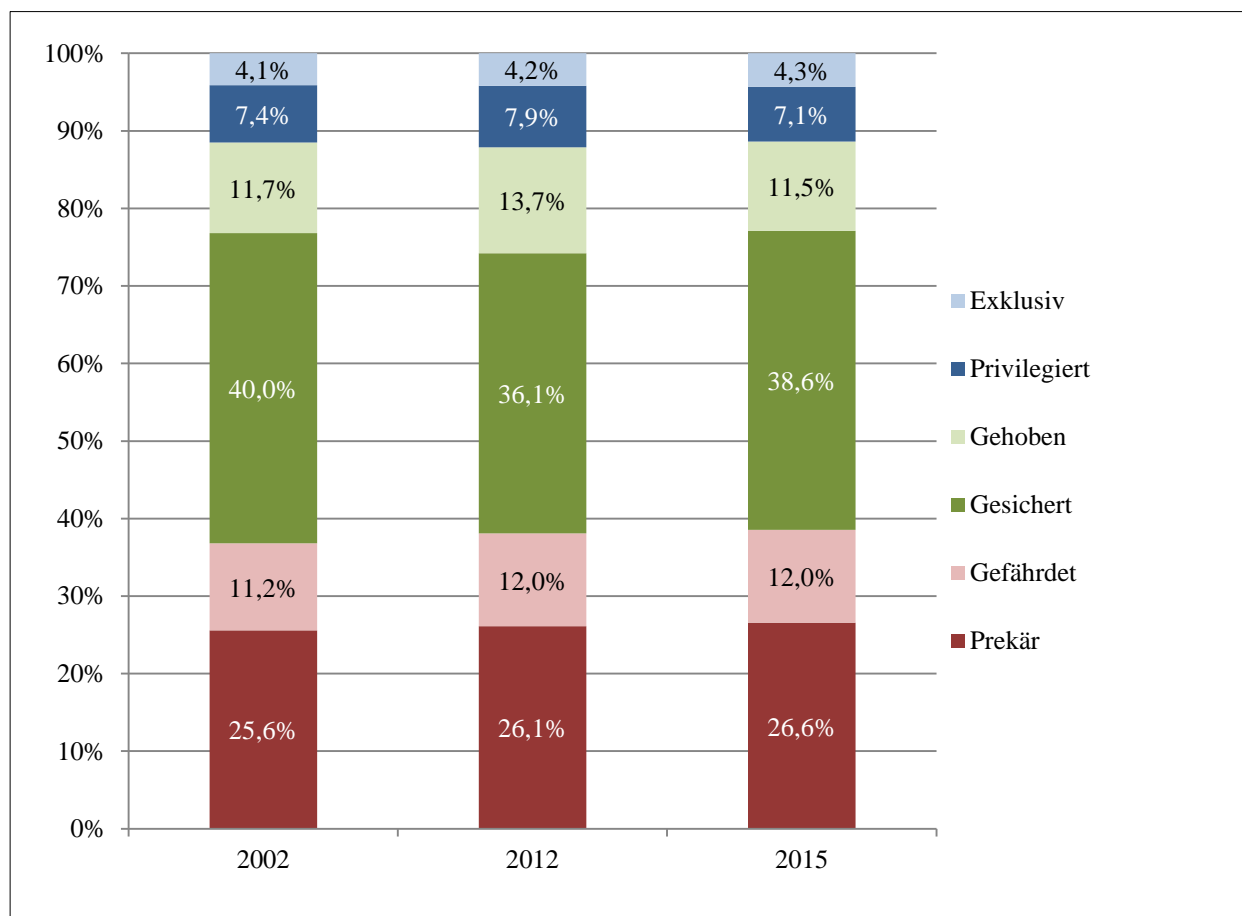
¹⁴ Zur Begründung s.o., Kap. 2.

Abbildung 3: Klassen der Erwerbsintegration (Stand 2015)

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Die Zonen der privilegierten und exklusiven Erwerbsintegration umfassen jene Erwerbsverhältnisse, deren Indexwert über dem doppelten Medianwert liegt. In Bremen entfallen auf die privilegierte Klasse rund sieben Prozent der Erwerbstätigen, deren Erwerbssituation durch zwei unterschiedliche Konstellationen gekennzeichnet sein kann: Ein Beispiel wäre eine Person in abhängiger Beschäftigung, die ein gesichertes und dauerhaftes Normalarbeitsverhältnis besitzt und damit ein Nettoeinkommen von über 3.200 Euro im Monat erzielt. Dieser Indexwert könnte aber auch erreicht werden, wenn zwar ein niedrigerer Erwerbsstatus, aber ein deutlich höheres Einkommen vorliegt, welches den Erwerbsstatus entsprechend kompensieren würde. Auf die Klasse der exklusiven Erwerbsverhältnisse mit den höchsten Index-Werten entfallen gut vier Prozent der Personen auf dem Bremer Arbeitsmarkt. Um zu dieser Klasse zu gehören, ist bei einem gesicherten Normalarbeitsverhältnis ein monatliches Nettoeinkommen von mindestens 4.000 Euro erforderlich. Bei Einschränkungen im Erwerbsstatus müsste mithin ein deutlich höheres Einkommen als 4.000 Euro erzielt werden, um der exklusiven Klasse zugeordnet zu werden. In den Zonen der privilegierten und exklusiven Erwerbsverhältnisse ist die Variationsbreite zwischen unterschiedlichen Kombinationen gering; entweder handelt es sich um vollständig sichere Erwerbsverhältnisse bei hohen Einkommen oder es handelt sich um Erwerbstätigkeiten, bei denen das Einkommen so hoch ist, dass die Frage der Erwerbs- bzw. Arbeitsplatzsicherheit weitgehend vernachlässigbar erscheint.

Mit dieser Sortierung ist für weitere Analysen eine angemessene Unterscheidung von Graden der Erwerbsintegration gegeben. Abbildung 4 zeigt die Zusammensetzung der Erwerbsstruktur des Landes Bremen aus diesen Integrationsklassen für die Jahre 2002, 2012 und 2015.

Abbildung 4: Integrationsklassen im Zeitvergleich

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2002 und 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Die Abbildung 4 verdeutlicht, dass 2015 rund 61 Prozent der Erwerbstätigen im Land Bremen hinsichtlich des Einkommens- und Erwerbsstatus weitgehend sicher in den Arbeitsmarkt integriert waren. Umgekehrt bedeutet dies aber auch, dass ein hoher Anteil von knapp 39 Prozent sich eben nicht in dieser Lage befand, sondern zu mehr als einem Viertel (26,6 Prozent) in prekären Erwerbsverhältnissen arbeitete und zu 12 Prozent stets in der Gefahr war, in prekäre Erwerbssituationen abzurutschen.

Im Zeitverlauf wird zunächst ersichtlich, dass im Bereich der prekären Erwerbstätigkeiten eine stetige Zunahme zu verzeichnen ist. Zwischen 2002 und 2015 hat sich der Anteil prekärer und gefährdeter Erwerbssituationen merklich erhöht und erreicht mit 38,6 Prozent in der Summe mittlerweile exakt den gleichen Anteil wie die Erwerbsverhältnisse der „gesicherten Mitte“. Die Gesamtheit mittlerer Erwerbstätigkeiten ist dagegen im Bereich der „gesicherten Mitte“ wie auch der „gehobenen Mitte“ von 2002 bis 2015 leicht geschrumpft.

Betrachtet man auch die Werte für 2012, zeigt sich allerdings, dass zwischen 2002 und 2015 keine kontinuierliche Entwicklung stattgefunden hat. Die vielfach anhand der Einkommensentwicklung analysierte Polarisierung der Erwerbsstruktur lässt sich bis 2012 auch anhand des Integrationsindex nachweisen; zwischen 2012 und 2015 ist dagegen zunächst lediglich eine weitere Zunahme des Anteils prekärer Erwerbsverhältnisse zu verzeichnen. Zwischen den Varianten der traditionellen Normalbeschäftigung ist dabei eine reziproke Entwicklung zu erkennen: Während der Anteil der gesicherten Mitte seit 2012 wieder um 2,5 Prozent angewachsen ist, schrumpfte die gehobene Mitte um gut 2 Prozent. Insgesamt zeichnet sich damit eine deutliche Ausweitung des unteren Bereichs der Erwerbsskala (prekäre, gefährdete und gesicherte Erwerbstätigkeit) gegenüber den oberen Klassen der Verteilung ab. Lediglich die exklusiven Erwerbsverhältnisse haben ihren Anteil von 2012 bis 2015 ebenfalls leicht vergrößert.

Die Erwerbsintegration im Zeitverlauf: Polarisierung und Heterogenisierung?

Der Erwerbsintegrationsindex kombiniert je individuelle Werte für den Einkommens- und den Erwerbsstatus. Da in beiden Dimensionen unterschiedliche Einflussgrößen wirken und diese zudem unterschiedlichen zeitlichen Dynamiken folgen, lassen sich genauere Erklärungen zur zeitlichen Entwicklung des Gesamtindex gewinnen, wenn die beiden Teilindizes einer gesonderten Betrachtung unterzogen werden.

Orientierungshilfe zur Methodik: Die Kombination von Einkommens- und Beschäftigungsstatus wird in beiden Dimensionen hier durch je drei grobe Ausprägungen (niedrig - mittel - hoch; siehe unten, Tab. 9) dargestellt. Für das Einkommen orientiert sich der Index dabei am Konzept relativer Armut. Alle Indexwerte, die unter 80 Prozent vom Median liegen (unter 1.280 Euro) entfallen auf die Kategorie „niedrig“ (entspricht den Integrationsklassen „prekär“ und „gefährdet“). Werte zwischen 80 und 200 Prozent vom Median entfallen auf die Mittelkategorie („gesicherte“ und „gehobene“ Erwerbsintegration). Personen, deren monatliches Nettoeinkommen 200 Prozent des Medians übersteigt (über 3.200 Euro), werden der Gruppe „hoch“ zugeordnet („privilegiert“ und „exklusiv“). Beim Erwerbsstatus werden Personen mit Normalarbeitsverhältnis (Indexwert 1) sowie kleineren Abweichungen in den Betriebsmerkmalen in die Gruppe „hoher Erwerbsstatus“ eingeordnet. Zur Mittelkategorie werden größere Abweichungen in den Betriebsmerkmalen oder ein Befristungshorizont von über zwei Jahren gezählt. In die Kategorie „niedrig“ entfallen Personen in Leiharbeit, geringfügiger Beschäftigung oder mit Befristungen unter zweijähriger Dauer¹⁵ sowie einkommensschwache Soloselbstständige und Selbstständige mit einer Selbstständigkeitsdauer von unter drei Jahren.

Tabelle 9: Veränderungen des Einkommens- und Erwerbsstatus zwischen 2002 und 2015

Teildimension / Ausprägung	2002	2012	2015
Einkommensstatus			
Niedrig	33,1	32,3	30,9
Mittel	59,2	57,8	57,9
Hoch	7,7	9,9	11,2
	100	100	100
Erwerbsstatus			
Niedrig	15,3	19,7	20,4
Mittel	26,4	27,8	28,6
Hoch	58,3	52,5	51,0
Darunter: Anteil Indexwert 1 (Normalarbeit)	31,6	28,2	26,5

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2002, 2012 und 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Für die Einkommensentwicklung gilt zunächst, dass der errechnete Medianwert der individuellen Nettoeinkommen im Jahr 2002 bei 1.400 Euro und in den Jahren 2012 sowie 2015 bei 1.600 Euro lag. Die Bestimmung des Teilindex „Einkommensstatus“ bezieht sich relational auf den Median und vergleicht die jeweiligen Anteile am Medianwert. Zwischen 2002 und 2012 gehen die Quoten der geringen und mittleren Einkommen zurück, während die Anteile hoher Einkommen zunehmen. Der Zuwachs im Bereich der hohen Einkommen setzt sich überdies auch bis 2015 fort; während 2002 noch 7,7 Prozent der Erwerbstätigen im Land Bremen ein Nettoeinkommen von über 3.200 Euro im Monat aufwiesen, betrug dieser Anteil im Jahr 2015 über 11 Prozent (s.o., Tab. 9).

Der Anteil mittlerer Einkommen bleibt dagegen von 2012 zu 2015 nahezu konstant und die Quote niedriger Einkommen sinkt weiter auf rd. 31 Prozent (s.o., Tab. 9). Ein knappes Drittel der Erwerbstätigen in Bremen verfügte

¹⁵ Ein Vergleich zwischen 2002 und 2012 ist hier nur mit kleineren Einschränkungen möglich, da im Mikrozensus 2002 noch keine Angaben zur Leiharbeit enthalten waren.

also im Jahr 2015 nur über ein geringes Einkommen – bei einem Median von 1.600 Euro bedeutet dies ein Einkommen von unter 1.280 Euro im Monat.

Damit bestätigt sich in der Einkommensdimension die Hypothese einer anhaltenden und sogar verstärkten Spreizung der Erwerbsstruktur nur zum Teil: Während der Anteil mittlerer Einkommen im langfristigen Vergleich etwas geschrumpft ist, nimmt die Quote auf der Seite der hohen Einkommen deutlich zu. Der Anteil der prekären Einkommensverhältnisse auf der anderen Seite geht dagegen stetig zurück, liegt aber in 2015 immer noch auf einem hohen Niveau.

Im Hinblick auf den Erwerbsstatus ist eine teilweise gegenläufige Dynamik zu erkennen: Hier ist zunächst festzustellen, dass der Anteil relativ geschützter und dauerhafter Beschäftigungsverhältnisse während der vergangenen 15 Jahre deutlich von rd. 58 Prozent (2002) auf rd. 51 Prozent (2015) abgenommen hat (s.o., Tab. 9). Die Gewichte verschieben sich in Richtung mittlerer und vor allem niedriger Erwerbsstatus, deren Anteil von 2002 bis 2015 um rd. 5 Prozentpunkte angewachsen ist. 2002 wiesen die Beschäftigungsverhältnisse von rd. 15 Prozent der Erwerbstätigen eine prekäre Kombination aus geringfügiger oder kurzzeitig befristeter Beschäftigung und/oder kurzer Betriebszugehörigkeit in kleinbetrieblichen Strukturen auf. Im Jahr 2015 war bereits mehr als jede fünfte Erwerbsperson in Bremen in einem solchen Beschäftigungsverhältnis tätig (20,4%, s.o. Tab. 9).

Auch der Anteil mittlerer Erwerbsstatus, d.h. von Beschäftigungsverhältnissen mit deutlichen Abstrichen bei Sicherheit und Dauerhaftigkeit, hat von 2002 zu 2015 um zwei Prozentpunkte zugenommen. Im Zeitverlauf wird also insgesamt deutlich: Der Anteil unsicherer und eingeschränkt sicherer Beschäftigungsverhältnisse wächst zulasten der vergleichsweise gut geschützten und dauerhaften Arbeitsverhältnisse. Dementsprechend schrumpft die Teilmenge derjenigen Erwerbsverhältnisse, die hinsichtlich der Beschäftigungsbedingungen voll und ganz einem traditionellen Normalarbeitsverhältnis entsprechen (in Tab. 9 die mit dem Indexwert 1 verzeichneten) um rd. 5 Prozentpunkte zwischen 2002 und 2015. Lediglich 26,5 Prozent der Erwerbsverhältnisse im Land Bremen entsprechen noch diesem herkömmlichen Bild eines uneingeschränkt dauerhaften und relativ sicheren Beschäftigungsverhältnisses.¹⁶ In diese Tendenz fügen sich auch die Werte für 2012 ein, sodass insgesamt eine weitgehend ungebrochene Ausbreitung von atypischen und instabilen Erwerbsverhältnissen festgestellt werden kann.

¹⁶ Hier wird der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse sogar noch geringfügig überschätzt, da aus methodischen Gründen (siehe Kap. 2 und Anhang II) einige wenige Leiharbeitsverhältnisse enthalten sind.

Tabelle 10: Kombination des Erwerbsstatus mit dem Einkommensstatus (in Prozent)

Einkommensstatus 2015				
Erwerbsstatus 2015	niedrig	mittel	hoch	gesamt
niedrig	13,3	6,8	0,4	20,4
mittel	9,2	16,8	2,6	28,6
hoch	8,4	34,4	8,2	51,0
gesamt	30,9	57,9	11,2	100,0
Einkommensstatus 2012				
Erwerbsstatus 2012	niedrig	mittel	hoch	gesamt
niedrig	13,3	6,1	0,2	19,7
mittel	9,9	15,8	2,1	27,8
hoch	9,1	35,9	7,5	52,5
gesamt	32,3	57,8	9,9	100,0
Einkommensstatus 2002				
Erwerbsstatus 2002	niedrig	mittel	hoch	gesamt
niedrig	11,1	4,0	0,2	15,3
mittel	10,6	14,5	1,3	26,4
hoch	11,4	40,7	6,2	58,3
gesamt	33,1	59,2	7,7	100,0
Mittlere, relativ sichere Erwerbsintegration (gesichert und gehoben)				
2015: 60,0%; (2012: 61,0%); (2002: 66,8%)				
Prekäre und prekariätsgefährdete Erwerbsintegration				
2015: 29,3%; (2012: 29,3%); (2002: 25,7%)				
Privilegierte und exklusive Erwerbsintegration				
2015: 10,8%; (2012: 9,6%), (2002: 7,5%)				

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2002, 2012 und 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Die detailliertere Betrachtungsweise lässt zudem grobe Rückschlüsse auf die unterschiedlichen Kombinationen von Erwerbs- und Einkommensstatus zu. Alle Varianten von Erwerbsverhältnissen, die ein geringes bis mittleres Einkommen vermitteln und gleichzeitig einen stark ungesicherten Erwerbsstatus aufweisen, werden hier als „prekär“ bzw. „prekariätsgefährdet“ (rot markiert) eingestuft. Für 2015 lässt sich erkennen, dass allein 13,3 Prozent aller Erwerbsverhältnisse sowohl durch sehr instabile Beschäftigungsbedingungen als auch ein geringes Einkommen gekennzeichnet sind. In diese Kategorie fallen zudem auch die Erwerbsverhältnisse der „working poor“, die zwar über eine abgesichertere Erwerbstätigkeit verfügen, damit aber lediglich ein geringes Einkommen erzielen (9,2% aller Erwerbsverhältnisse). Ebenfalls den prekären bzw. gefährdeten Beschäftigungsverhältnissen zuzurechnen sind diejenigen 6,8 Prozent, die zwar über ein mittleres Einkommen verfügen, dabei aber ein hohes Beschäftigungsrisiko in Kauf zu nehmen haben. Insgesamt umfasste dieser Bereich im Jahr 2015 29,3 Prozent aller Erwerbsverhältnisse im Land Bremen und ist seit 2002 um 3,6 Prozent angewachsen.

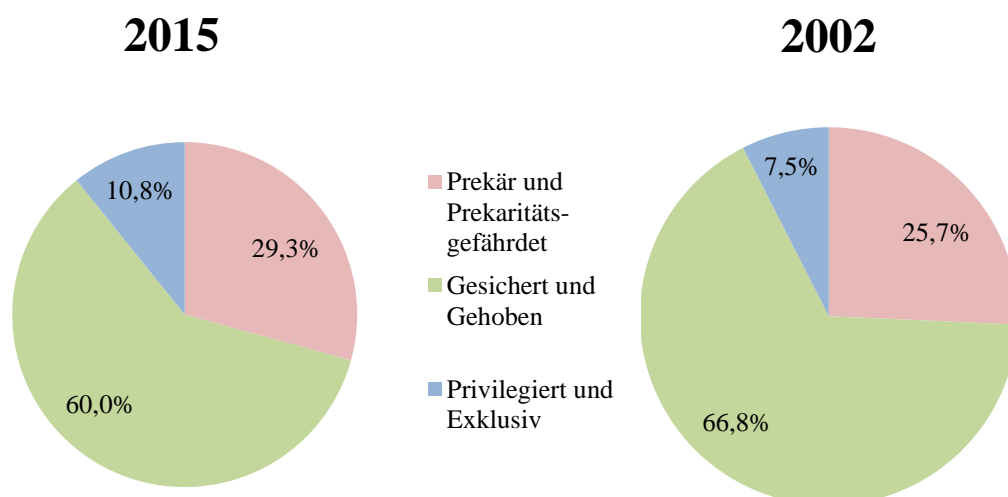
Als mittlerer und relativ gesicherter Bereich „normaler“ Erwerbsintegration werden all jene Erwerbsverhältnisse gewertet (grün markiert; s.o.), die zum einen dem traditionellen „Normalarbeitsverhältnis“ entsprechen, d.h. einen mindestens mittleren oder hohen Erwerbs- und Einkommensstatus bei nicht allzu großen Beschäftigungsrisiken

aufweisen. Dieser Bereich macht im Jahr 2015 immerhin noch 51,2 Prozent der Erwerbsverhältnisse aus. Diesem Kernbereich sind zudem jene Erwerbsverhältnisse zugeordnet, die zwar mit einem relativ hohen Arbeitsplatzrisiko behaftet sind, aber aufgrund eines hohen Einkommens dennoch ein gewisses Maß an arbeitsplatzunabhängiger Erwerbssicherheit vermuten lassen. Diese Kombination ist erwartungsgemäß eher ungewöhnlich und trifft nur in 0,4 Prozent aller Fälle zu, aber es zeigt sich, dass atypische Beschäftigung eben nicht nur Personen im Niedriglohnsektor betrifft. Ein niedriger Erwerbsstatus – bspw. Befristungen mit kurzer Dauer von weniger als zwei Jahren, die bei Berufseinsteigern in vielen Fällen eine gewisse Übergangsphase markieren – ist auf dem Bremer Arbeitsmarkt in Verbindung mit hohen oder mittleren Einkommen durchaus ebenfalls vorzufinden und hat in diesen Bereichen bis 2015 stetig zugenommen. Gleichfalls in die mittlere Kategorie der Erwerbsintegration gehört die Kombination von dauerhaft hoher Erwerbssicherheit und relativ geringem Einkommen, wie sie etwa für viele Teilzeitarbeitsplätze mit bis zur Hälfte der tariflichen Arbeitszeit typisch ist. Da diese Form der Erwerbstätigkeit z.B. im Rahmen von modernen Familienarrangements aber immer häufiger vorkommt (vgl. unten, Kap. 3.5), wird sie als eine Variante von „normaler“ Erwerbsintegration betrachtet, obwohl sie vielfach nicht für eine dauerhafte individuelle Existenzsicherung ausreichen würde. Insgesamt machte dieser Bereich in 2015 einen Anteil von 60 Prozent der Erwerbsverhältnisse in Bremen aus. Auch wenn seit 2012 der Rückgang nur sehr geringfügig ausfiel, ist dieser Bereich der traditionellen Normalerwerbstätigkeit seit 2002 damit insgesamt um 6,8 Prozentpunkte geschrumpft.

Die Gruppe der privilegiert und exklusiv erwerbsintegrierten Erwerbstätigen (blau markiert) verfügt dagegen durchweg über ein hohes Einkommen bei unterschiedlichen Graden der Erwerbssicherheit. Da die Einkommenshöhe innerhalb dieser Kategorie sehr stark variiert und nach oben praktisch unbegrenzt ist, ist hier eine sehr große innere Heterogenität - etwa von höheren Angestellten- und Beamtenverhältnissen bis zu Besitzern prosperierender Unternehmen - zu vermuten. Insgesamt handelt es sich in Bremen in 2015 um 10,8 Prozent aller Erwerbsverhältnisse, was eine Zunahme um 3,3 Prozentpunkte seit 2002 bedeutet.

Bei der getrennten Betrachtung von Einkommens- und Erwerbsstatus und ihren Kombinationen bestätigt die zeitliche Entwicklung der Erwerbsstruktur im Land Bremen mithin die Erwartung einer Polarisierung: An den Rändern der Verteilung zeigen sich zwischen 2002 und 2012 deutliche Zuwächse, während der mittlere Bereich – die verschiedenen Varianten von „Normalarbeitsverhältnissen“ (grün markiert) – beträchtlich schrumpft. Eine gesicherte bzw. gehobene Erwerbsintegration wird nach wie vor von einer Mehrheit der Erwerbstätigen erreicht, aber diese Gruppe hat deutlich an Gewicht verloren. Der Anteil privilegierter und exklusiver Erwerbsverhältnisse (blau markiert) ist dagegen ebenso merklich angewachsen wie auf der anderen Seite der Skala die Quote der prekären und prekariätsgefährdeten Beschäftigungen.

Abbildung 5: Erwerbsintegration 2002 und 2015



Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2002, 2012 und 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Diese Entwicklung fügt sich zudem in einen bemerkenswerten Trend ein. Der zurückgehende Anteil geringer Einkommen (von 33,1 Prozent auf 30,9 Prozent; vgl. Tab. 10) und der wachsende Umfang unsicherer und kurzfristiger Erwerbsverhältnisse (von insgesamt 15,3 Prozent auf 20,4 Prozent; vgl. Tab. 10) weisen auf eine Verschiebung zwischen den Dimensionen hin: In allen drei Einkommensgruppen hat der Anteil der gesicherten und dauerhaften Erwerbsverhältnisse insgesamt abgenommen; der Anteil von Personen mit niedrigem bzw. mittlerem und relativ ungesichertem Erwerbsstatus ist merklich angestiegen (s.o., Tab. 10). Prekäre Erwerbsverhältnisse sind daher aktuell häufiger durch einen unsicheren Erwerbsstatus gekennzeichnet als 2002, während Prekarität aufgrund von geringem Einkommen zurückgegangen ist.

Gleichzeitig geht aus Tabelle 10 auch hervor, dass zumindest seit 2002 eine Tendenz zur Heterogenisierung der Erwerbsstruktur zu verzeichnen ist: Während in 2002 noch ein ausgeprägter Schwerpunkt bei den mittleren und relativ gesicherten Erwerbsverhältnissen lag (siehe Tab. 10) und einige andere Varianten nur in geringen Größenordnungen vorkamen, verteilen sich die Erwerbsverhältnisse in 2015 insgesamt gleichmäßiger auf die verschiedenen Kombinationen von Erwerbs- und Einkommensstatus.

Aus den gegenläufigen Entwicklungen von Einkommens- und Erwerbsstatus erklärt sich somit auch die scheinbare Diskrepanz zwischen den Darstellungen in Abb. 3 und 4 gegenüber Abb. 5: Die erhebliche Zunahme des Anteils hoher Einkommen schlägt bei getrennter Betrachtung der Indexwerte für Einkommens- und Erwerbsstatus deutlich stärker zu Buche als bei der Kombination beider Werte in einem Index. Der Anteil hoher Einkommen hat sich zwischen 2002 und 2015 um 3,5 Prozentpunkte vergrößert, aber auch bei den hohen Einkommen ist die Quote der unsicheren Erwerbsverhältnisse von 1,5 auf 3 Prozent (niedriger bzw. mittlerer Erwerbsstatus) angestiegen (vgl. oben, Tab. 10). Mit anderen Worten: Die Tendenz zur verstärkten Verbreitung atypischer Erwerbsbedingungen erreicht zunehmend auch die höheren Einkommensklassen und trägt dazu bei, dass die Polarisierung bei den Einkommen sich im Integrationsindex seit 2012 nicht als weiteres Auseinanderdriften zwischen den oberen und den unteren Klassen der Erwerbsintegration auswirkt. Da allerdings gerade in der Klasse der privilegierten und mehr noch in der Klasse der exklusiven Erwerbsintegration die Einkommensdimension ein ungleich höheres Gewicht besitzt als in den anderen Integrationsklassen, erscheint eine Interpretation als „eingefrorene Polarisierung“ gerechtfertigt: Das Anwachsen der Zonen prekärer bzw. gefährdeter Erwerbsintegration durch die Verbreitung unsicherer Beschäftigungsbedingungen hat sich im Verlauf der letzten Jahre durch eine verbesserte Einkommenssituation etwas verlangsamt, schreitet aber nach wie vor voran. Auf der anderen Seite der Skala nehmen die Anteile hoher und sehr hoher Einkommen deutlich zu; die Quoten privilegierter und exklusiver Erwerbsintegration bleiben aber aufgrund der auch hier merklichen Zunahme von unsicheren Erwerbsbedingungen weitgehend stabil.

Im Jahr 2015 waren rund 61 Prozent der Erwerbstätigen im Land Bremen hinsichtlich Einkommens- und Erwerbsstatus weitgehend sicher in den Arbeitsmarkt integriert. Umgekehrt bedeutet dies aber auch, dass ein bedenklich hoher Anteil von knapp 39 Prozent sich eben nicht in dieser Lage befindet: Mehr als ein Viertel (26,6 Prozent) arbeitet in prekären Erwerbsverhältnissen und 12 Prozent befinden sich stets in der Gefahr, in prekäre Erwerbssituationen abzurutschen.

Für die Erwerbsstruktur des Landes Bremen bestätigt sich die These einer „bipolaren Heterogenisierung“: In der Periode von 2002 bis 2015 ist tatsächlich eine Tendenz zur Heterogenisierung der Erwerbsstruktur zu verzeichnen. Der ehemals ausgeprägte Schwerpunkt bei mittleren und relativ gesicherten Erwerbsverhältnissen weicht zunehmend einer insgesamt gleichmäßigeren Verteilung auf die verschiedenen Kombinationen von Erwerbs- und Einkommensstatus. Die erwerbstätigen Mittelschichten bilden zwar nach wie vor die größte Klasse in der bremischen Erwerbsstruktur, aber die hat seit Beginn der 2000er-Jahre deutlich an Gewicht verloren.

Die zeitliche Entwicklung der Erwerbsstruktur im Land Bremen stellt sich als „eingefrorene Polarisierung“ dar: Bis 2012 hatten sich die Anteile der oberen und der unteren Integrationsklassen zulasten der mittleren Bereiche vergrößert; seitdem ist vor allem bei den prekären Erwerbsverhältnissen der Trend zur Ausweitung am unteren Rand der Skala ungebrochen und auch am oberen Rand der Skala ist der Anteil der exklusiven Erwerbsverhältnisse bis 2015 leicht angewachsen. Die mittleren Klassen der Erwerbsintegration - die verschiedenen Varianten von „Normalarbeitsverhältnissen“ - haben zwischen 2012 und 2015 zusammen ebenfalls wieder leicht zugenommen. Insgesamt bleibt damit die Polarisierung der Erwerbsverhältnisse, wie sie sich bis 2012 herausgebildet hatte, weitgehend bestehen. Allerdings zeigt sich eine Verschiebung zwischen den Bewertungsdimensionen: Während Prekarität aufgrund von geringem Einkommen aktuell zurückgeht, sind prekäre Erwerbsverhältnisse aktuell wesentlich häufiger durch einen unsicheren Erwerbsstatus gekennzeichnet als 2002. Die anhaltende anteilige Zunahme prekärer Erwerbsintegration geht mithin in erster Linie auf die Veränderungen des Erwerbsstatus zurück. Im oberen Bereich der Skala wirkt sich die allgemeine Verbesserung der Einkommen nicht in wesentlich vergrößerten Anteilen der privilegierten und exklusiven Klassen aus, weil auch bei diesen Erwerbsverhältnissen die Ausweitung der verschiedenen Beschäftigungsrisiken verstärkt zu Buche schlägt.

3.2 Struktur der Integrationsklassen – Wer ist prekär, normal, privilegiert erwerbstätig?

Je uneinheitlicher und vielgestaltiger die Arbeits- und Erwerbsverhältnisse insgesamt werden, desto wichtiger wird die Frage, von welchen persönlichen Bedingungen oder Merkmalen die Art der Erwerbsintegration abhängt. Von der Forschung belegt ist, dass Frauen, junge und/oder gering qualifizierte Personen generell besonders hohen Prekaritätsrisiken unterliegen; einer genaueren Bestimmung von systematischen Zusammenhängen und möglicherweise kumulativen Effekten für die Erwerbsstruktur im Land Bremen gehen die folgenden Analysen nach. Dabei zeigt sich, dass die deskriptiven Ergebnisse durch multivariate Analysen im Wesentlichen bestätigt werden (s.u.).

Leichte Fortschritte bei der Erwerbsintegration von Frauen

Das männliche Ernährermodell und die dazu komplementäre Hausfrauenehe waren in Deutschland lange Zeit institutionell gestützte Normalität. Aufgrund dessen war es für Frauen schwierig, den Ansprüchen der Vollzeitnorm in Erwerbstätigkeit nachzukommen (vgl. Dingeldey 2015: S. 104) und erst in den vergangenen Dekaden hat sich die Erwerbsbeteiligung von Frauen ausgeweitet. Dennoch lassen sich nach wie vor diverse erwerbsbezogene Benachteiligungen für Frauen erkennen: So zeigen Untersuchungen, dass Frauen im Hinblick auf Einkommen bzw. Lohn gegenüber ihren männlichen Kollegen oft deutlich benachteiligt sind. Dies äußert sich nicht nur darin, dass Frauen zu höheren Anteilen in Teilzeit und zu geringeren Anteilen in besser bezahlten Führungspositionen arbeiten und somit deren Einkommen entsprechend geringer ausfällt als bei männlichen Erwerbstätigen. Frauen sind auch häufiger im Niedriglohnssektor tätig (Berninger und Schröder 2015). Hinzu kommt die Lohnspreizung bzw. das sogenannte Gender Pay Gap. Im EU-Vergleich liegt die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen in Deutschland auf einem hohen Niveau. Selbst unter Berücksichtigung verschiedener Bereinigungsverfahren (hinsichtlich u.a. Erwerbsvolumen, Qualifikation und Branche) liegt in Deutschland eine – zum Teil erhebliche – Lohnlücke vor (Klenner 2016). Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass die Erwerbsintegration bei den Frauen deutlich ungünstiger ausfällt als bei den Männern.

Tabelle 11 bestätigt zunächst diese geschlechtsspezifischen Tendenzen der Erwerbsintegration. Im Unterschied zur aktuellen Verteilung von Männern und Frauen auf dem Bremer Arbeitsmarkt insgesamt ist der Anteil von Frauen in der prekären und gefährdeten Zone deutlich erhöht. Annähernd zwei Drittel der prekär beschäftigten Personen sind weiblich, in der gefährdeten Klasse liegt der Frauenanteil bei knapp 60 Prozent, während der Frauenanteil an allen Beschäftigten nur knapp 45 Prozent ausmacht. Ein ebenso deutliches Indiz für die nach wie vor bestehende ungleiche Erwerbsintegration der Geschlechter ist die ausgeprägte Überrepräsentation von Männern in den beiden privilegierten Integrationsklassen: Zwar ist es nicht ausgeschlossen, dass sich Frauen aufgrund der Erwerbstätigkeit in privilegierten oder exklusiven Erwerbssituationen befinden; mit über 80 Prozent bzw. fast 90 Prozent dominieren in diesen Klassen jedoch klar die Männer. In der gehobenen Mitte ist nur jede fünfte Person weiblich; in der privilegierten Klasse sogar nur jede achte. Zur exklusiven Klasse hin steigt der Frauenanteil im Vergleich zur privilegierten Klasse allerdings leicht an und liegt bei rund 16 Prozent.

Tabelle 11: Struktur der Integrationsklassen nach sozialstrukturellen Merkmalen 2015

	Prekär (n=836)	Gefährdet (n=377)	Gesichert (n=1.214)	Gehoben (n=361)	Privilegier t (n=223)	Exklusiv (n=135)	Total (n=3.146)
Geschlecht							
männlich	36,6	40,3	57,1	79,0	87,4	83,7	55,4
weiblich	63,4	59,7	42,9	21,1	12,6	16,3	44,6
Alter							
15-29	28,5	17,2	12,9	7,5	1,8	3,0	15,7
30-44	29,4	36,6	35,0	36,0	27,8	24,4	32,8
45-59	31,5	39,3	42,9	46,0	61,9	53,3	41,6
60+	10,5	6,9	9,1	10,5	8,5	19,3	9,8
Niedrig	23,3	13,9	7,3	3,9	3,2	2,2	11,4
Mittel	62,2	65,8	68,2	53,3	38,3	28,9	60,8
Hoch	14,5	20,3	24,4	42,8	58,6	68,9	27,8
Migrationshintergrund							
Nein	67,6	80,1	84,3	90,9	91,0	89,6	80,8
Ja	32,4	19,9	15,7	7,1	9,0	10,4	19,2
Arbeitszeit							
Vollzeit	32,2	63,1	83,9	94,7	98,7	94,9	70,4
Teilzeit	67,8	36,9	16,1	5,3	1,4	5,2	29,6
Erwerbsform							
selbstständig ¹⁷	12,6	5,8	2,1	6,7	4,9	40,7	7,7
abhängig beschäftigt	87,4	94,2	97,9	93,4	95,1	59,3	92,3
Gesamt	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

¹⁷ Die Polarisierung der Selbstständigen zeigt sich ebenfalls bei den absoluten Zahlen. Sie häufen sich in der prekären (105) und der exklusiven (55) Klasse. In der gefährdeten (22), der gesicherten (26), gehobenen (24) und der privilegierten Klasse (11) liegen sie deutlich niedriger.

Prekär und gefährdet Erwerbstätige machen unter den erwerbstätigen Männern insgesamt rund ein Viertel aus; von den erwerbstätigen Frauen insgesamt befinden sich weit über die Hälfte in prekären oder gefährdeten Erwerbssituationen. Für weibliche Erwerbstätige sind freilich nicht nur prekäre und gefährdete Erwerbssituationen charakteristisch. In den Zonen der gesicherten Normalarbeit – mit einem Einkommen auf mittlerem Niveau – zeigt sich, dass der Frauenanteil annähernd der Gesamtverteilung entspricht. Das heißt also, dass ein relativ großer Anteil der Erwerbstätigkeit in der „Mitte“ nicht durch übermäßig starke Geschlechtsspezifika geprägt ist. Der Frauenanteil liegt hier lediglich 1,7 Prozentpunkte unter dem Gesamtdurchschnitt. Letztlich zeigt sich aber auch bei den Erwerbsverhältnissen im Bereich der Mitte der erwartete Unterschied zwischen den Geschlechtern: Von der „gesicherten“ über die „gehobene“ bis zur „privilegierten“ Klasse steigt der Anteil der Männer in der jeweiligen Klasse deutlich an, während der Anteil der Frauen demgemäß proportional sinkt.

Insgesamt hat sich seit Beginn der 1990er-Jahre der Anteil weiblicher Erwerbstätiger an der gesamten Erwerbstätigkeit aber deutlich erhöht. Auffällig ist jedoch, dass das Arbeitsvolumen der Frauen erheblich unter dem männlicher Erwerbstätiger liegt. Dies liegt selbstverständlich an der nach wie vor hohen Teilzeitquote bei Frauen (Wanger 2011) – obwohl bei einem Teil der weiblichen Beschäftigten durchaus ein Wunsch nach längeren Arbeitszeiten (ebd.; Seifert et al. 2016) festgestellt werden kann. Rund ein Fünftel der Frauen, die in Teilzeit tätig sind, wünschen sich längere Arbeitszeiten (ebd.); Männer geben bei Umfragen dagegen eher an, die Arbeitszeiten reduzieren zu wollen (vgl. Seifert et al. 2016: S. 304). Dies äußerten vor allem Personen in Vollzeit. Entsprechend ist davon auszugehen, dass sich die Diskrepanzen zwischen gewünschter und tatsächlicher Arbeitszeit bzw. die hohe (und zu einem gewissen Teil prekäre) Teilzeitquote bei Frauen auch in der Erwerbsintegration widerspiegelt.

Aus Tabelle 11 geht überdies hervor, dass Teilzeitbeschäftigung tatsächlich zu einer ungünstigen Erwerbsintegration in Bremen beiträgt (s.o.). Dies ist insofern nicht erstaunlich, als reduzierte Arbeitszeit zumeist auch mit einem entsprechend reduzierten Einkommen einhergeht und überdies in vielen Fällen mit anderen Erwerbsrisiken, z.B. Befristungen, kombiniert ist. Knapp 68 Prozent der Erwerbstätigen in der prekären Klasse und knapp 37 Prozent der gefährdet Beschäftigten sind in Teilzeit tätig. Es lässt sich also festhalten, dass Teilzeitbeschäftigung ein wichtiger Faktor zur Erklärung von prekärer und gefährdeter Erwerbsbeteiligung ist – aber keineswegs ausschließlich: Insgesamt 22,4 Prozent aller Erwerbsverhältnisse in Bremen gehören in diese Kategorie, aber immerhin auch 16,1 Prozent aller Erwerbstätigen befinden sich trotz Vollzeitbeschäftigung in prekären oder gefährdeten Erwerbssituationen. Fast jede dritte Person in der prekären und mehr als 60 Prozent in der gefährdeten Klasse weisen eine Vollzeitbeschäftigung auf. Die Erwerbsintegration von zusammen rund 16 Prozent aller Erwerbstätigen in Bremen unterliegt mithin trotz Vollzeiterwerbstätigkeit erheblichen Risiken – seien es die „Working Poor“, deren Einkommen trotz Vollzeitbeschäftigung sehr gering ausfällt, oder diejenigen, deren Erwerbssituation durch kumulierende Erwerbsrisiken gekennzeichnet ist.

Mit aufsteigender Integrationsklasse sinkt erwartungsgemäß der Anteil an Teilzeitarbeit wie auch der Frauenanteil und insofern wird die Vermutung bestätigt, dass Frauen in Teilzeitbeschäftigung in den prekären Bereichen der Erwerbstätigkeit überrepräsentiert sind. Der umgekehrte Schluss, dass prekäre (und gefährdete) Teilzeitbeschäftigung die „typische“ Frauenerwerbstätigkeit darstelle, ist dagegen nicht zulässig: Nur für 22,2 Prozent aller weiblichen Erwerbstätigen trifft diese Kombination von Teilzeitbeschäftigung mit hohen Erwerbsrisiken zu.

Tatsächlich arbeiten Männer in Bremen häufiger in Vollzeit als Frauen (Tab. 12). Gut zwei Drittel der Vollzeitbeschäftigten sind männlich; entsprechend beläuft sich der Anteil weiblicher Erwerbstätiger in Vollzeit auf ein knappes Drittel. Insgesamt wird hier ein überproportionaler Frauenanteil in den unteren Erwerbsklassen deutlich (s.u.). Unter den Teilzeitbeschäftigten ist das Verhältnis von Männern und Frauen erwartungsgemäß umgekehrt: Teilzeitarbeit ist zu drei Vierteln Frauenarbeit, aber auch hier ist unter denjenigen, die prekär oder gefährdet erwerbstätig sind, der Frauenanteil außerordentlich hoch (71,6 Prozent bzw. 85,6 Prozent). Gleichwohl wird hier ebenfalls ersichtlich, dass männliche Teilzeitbeschäftigte in der prekären Klasse überrepräsentiert sind. Mit 28,4 Prozent liegt ihr Anteil in der prekären Klasse über dem Gesamtanteil der Männer unter den Teilzeitbeschäftigten. Schließlich verdeutlichen die Tendenzmaße in Tab. 13, dass bei den prekär und gefährdet erwerbstätigen Männern sowohl in Teilzeit- als auch in Vollzeitbeschäftigung die jeweiligen durchschnittlichen Erwerbsindizes unter denen der Frauen rangieren (vgl. unten Tab. 13).

Tabelle 12: Verteilung der Geschlechter in den Integrationsklassen nach Arbeitszeit

	Vollzeit						
	Prekär (n=269)	Gefährdet (n=238)	Gesichert (n=1.019)	Gehoben (n=342)	Privilegiert (n=219)	Exklusiv (n=129)	Total (n=2.216)
Männlich	53,9	55,5	64,5	81,3	88,1	84,5	68,3
Weiblich	46,1	44,5	35,5	18,7	11,9	15,5	31,7
	Teilzeit						
	Prekär (n=567)	Gefährdet (n=139)	Gesichert (n=195)	Gehoben (n=19)	Privilegiert	Exklusiv	Total(n=930)
Männlich	28,4	14,4	18,5	36,8	.	.	24,7
Weiblich	71,6	85,6	81,5	63,2	.	.	75,3

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Überdies lässt die Verteilung in Tab. 12 auch noch eine etwas andere Interpretation zu: Immerhin ist der Anteil der Frauen in den gesicherten (81,5 Prozent) oder sogar gehobenen (63,2 Prozent) Erwerbspositionen trotz Teilzeiterwerbstätigkeit erheblich größer als der der Männer. Auch bezogen auf die Gesamtzahl der erwerbstätigen Frauen ist der Anteil weiblicher Erwerbstätiger in der Zone der Normalität (gesicherte und gehobene Erwerbsintegration) überproportional. Bezogen auf die Gesamtheit aller Erwerbstätigen bedeutet dies, dass ein Anteil von 12,2 Prozent aller erwerbstätigen Frauen trotz Teilzeiterwerbstätigkeit eine vollständige Erwerbsintegration erreicht. Dasselbe gilt lediglich für 2,5 Prozent aller erwerbstätigen Männer.¹⁸ Zu vermuten ist, dass sich hier das insbesondere bei Frauen ansteigende Qualifikationsniveau und die damit einhergehend zunehmende Frauenbeschäftigung in höherwertigen Dienstleistungsberufen (Bildungswesen, öffentliche Dienste, Banken und Versicherungen etc.) widerspiegeln (vgl. dazu unten die Branchenanalysen, Kap. 3.3).

Tabelle 13: Durchschnittliche Erwerbsintegration nach Geschlecht und Arbeitszeit

	Prekär		Gefährdet		Gesichert		Gehoben		Privilegiert		Exklusiv	
	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median
Männl.	1,46	1,45	3,22	3,21	5,49	5,51	7,99	7,73	10,91	10,25	14,84	15
VZ	1,71	1,82	3,23	3,22	5,51	5,68	8,00	7,73	10,92	10,25	14,84	15
TZ	1,24	1,17	3,10	3,03	5,09	4,97	7,81	7,73
Weibl.	1,49	1,57	3,20	3,17	5,04	4,91	7,89	7,66	10,82	10,18	14,83	15
VZ	1,89	1,99	3,25	3,21	5,14	5,00	7,87	7,66	10,90	10,40	14,85	15
TZ	1,37	1,37	3,16	3,13	4,83	4,51	7,97	8,07

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Eine Tendenz zur leichten Verbesserung der Erwerbssituation von Frauen insgesamt bestätigt sich nicht zuletzt auch im Zeitverlauf (vgl. unten, Tab. 14): Zwar bleibt der Frauenanteil an den Klassen der unsicheren Erwerbsintegration zwischen 2002 und 2015 durchweg höher als der Anteil männlicher Erwerbstätiger. Während aber im Jahr 2002 der

¹⁸ Hier wie an einigen anderen Stellen sind Bezüge zur Grundgesamtheit berechnet, die nicht extra in Tabellenform dargestellt werden.

Anteil der Frauen etwa in der prekären Klasse bei knapp 70 Prozent lag, ist dieser Anteil im Zeitverlauf gesunken und beträgt in 2015 „nur“ noch rund 63 Prozent. In der gefährdeten Klasse ist der Anteil nahezu konstant geblieben. Frauen sind zudem stärker in der gesicherten sowie gehobenen Mitte verortet. Im gesicherten Bereich hat der Anteil der Frauen von 2002 zu 2015 um 2,3 Prozentpunkte, in der gehobenen Mitte im selben Zeitraum sogar um 6,5 Prozentpunkte zugenommen. Erwerbstätige Frauen konzentrieren sich mithin zunehmend in den mittleren Klassen der „Normal“-beschäftigung. Dies zeigt sich auch in den Klassen der privilegierten und der exklusiven Erwerbsintegration, in denen der Frauenanteil von 2002 bis 2015 zum Teil stark zurückgegangen ist.

Ambivalenzen bei der altersspezifischen Erwerbsintegration

Ein weiterer zentraler Befund bezieht sich auf die Vermutung eines erschwerten Berufseinstiegs junger Erwerbstätiger. Auch wenn die Übergänge von – betrieblicher – Ausbildung in den Beruf letztlich zumeist gelingen (Seibert/Wydra-Sommagio 2017), so zeigen sich doch Probleme für beispielsweise formal hoch qualifizierte Personen, nach Beendigung des Studiums und trotz hoher Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften in höheren Positionen in gesicherte bzw. unbefristete Erwerbsarbeit zu kommen (Heisig 2015). Oftmals stehen für junge Berufseinsteiger vorerst atypische Beschäftigungsformen wie Leiharbeit oder befristete Beschäftigungen (Weber/Weber 2013) offen, in denen sie sich zunächst behaupten müssen. Gerade wenn die Unsicherheit zunimmt, das Einkommen gering ausfällt oder etwa bei Praktika als Berufseinstieg ganz ausfällt (Mörchen 2006) besteht für Jugendliche bzw. Berufseinsteiger ein hohes Prekaritätspotenzial (Dörre et al. 2004).

Die Daten aus Tabelle 14 und Tabelle 15 stützen diese Befunde. Personen in der jüngeren Altersklasse von 15 bis 29 Jahren sind in der prekären Klasse deutlich überrepräsentiert. Deutlich mehr als jede vierte Person in der prekären Zone der Erwerbsstruktur befindet sich im Alter zwischen 15 und 29 Jahren; damit sind die jungen Leute in dieser Klasse fast doppelt so häufig vertreten wie unter den Erwerbstätigen insgesamt. Dieser Anteil hat sich im Verlauf der vergangenen 13 Jahre kaum verändert und insofern kann davon ausgegangen werden, dass sich die Entwicklung hin zu einem erschwerten und prekären Einstieg in die Berufskarriere für einen bestimmten Anteil von BerufsanfängerInnen verfestigt hat.

Aus den Analysen geht ebenfalls eine leichte Ambivalenz bei den Erwerbstätigen über 60 Jahren hervor. Die Erwerbsintegration in Bezug auf das Alter verläuft nicht linear: So ist mit steigendem Alter nicht zwangsläufig eine verbesserte Erwerbsintegration zu beobachten. Der Anteil der über 60-Jährigen in der prekären Klasse fällt nämlich ebenso überdurchschnittlich aus wie in der Zone der exklusiven Erwerbsintegration. Auch hier sind die über 60-Jährigen deutlich überrepräsentiert – fast jede fünfte Person gehört hier zu dieser Alterskategorie. Neben den Personen, die sich im höheren Alter in einer sehr guten Erwerbsposition befinden, sind ebenfalls Anhaltspunkte für eine erschwerte Erwerbsintegration im Alter erkennbar. Mit anderen Worten: Es zeigt sich eine verstärkte Polarisierung der Erwerbsintegration im Alter. Bei Diskontinuitäten im Erwerbsverlauf – beispielsweise einem Berufswechsel – besteht die Gefahr, dass Erwerbstätige, um überhaupt Arbeit zu haben, in unterwertige Beschäftigung geraten (Wolnik und Holtrup 2017). Für eine anhaltende Tendenz in diese Richtung spricht, dass sich der Anteil der 60plus-Kategorie unter den prekär Erwerbstätigen von 2002 auf 2015 nahezu verdoppelt hat (von 5,8 auf 10,5 Prozent). In dieser Klasse schlägt vermutlich auch die wachsende Anzahl von RentnerInnen zu Buche, die – um Altersarmut zu entgehen – auch nach dem Renteneintritt noch erwerbstätig sind (Vogel und Scherger 2018).

Lediglich für die mittleren Altersklassen bestätigt sich das erwartbare Bild einer sich mit steigendem Alter verbessernden Erwerbsintegration: Gegenüber den Quoten der 30- bis 44-Jährigen nehmen die Anteile der 45- bis 59-Jährigen in der Zone der Normalität und der privilegierten Erwerbsintegration deutlich zu (s.u., Tab. 14). Allerdings scheint sich auch hier eine gewisse Polarisierung der Erwerbsstruktur abzuzeichnen, denn erhebliche Anteile derjenigen, die im Jahr 2002 der Kohorte zwischen 30 und 44 Jahren angehörten und sich in der prekären oder gefährdeten Zone befanden, finden sich wahrscheinlich auch unter denjenigen 45- bis 59-Jährigen wieder, die im Jahr 2015 in dieser Zone zu verzeichnen waren. Die Kohorte der 45- bis 59-Jährigen ist zwar in den problematischen Integrationsklassen nur unterrepräsentiert, aber für diejenigen, die sich mit 45 Jahren noch dort befinden, ist ein Aufstieg aus prekären und riskanten Erwerbspositionen in die Zonen gesicherter Normalität oder gar privilegierter Erwerbsintegration offenbar sehr schwierig (Tab. 14).

Polarisierung bei Qualifikation, Migration und Erwerbsform

Die Qualifikation gehört zu den wichtigsten Faktoren bei der Positionierung auf dem Arbeitsmarkt. Dabei ist erwartungsgemäß eine gewisse Linearität zu beobachten: Je höher das Qualifikationsniveau, desto höher bzw. besser fällt die Erwerbsintegration aus. Dies äußert sich darin, dass in der prekären Klasse der Anteil gering qualifizierter Personen deutlich über dem Durchschnitt liegt. In den Mittelkategorien sinkt ihr Anteil, während die Quote von Personen mit mittlerer und hoher Qualifikation zunimmt. Je besser die Erwerbsintegration ausfällt, desto stärker zeigt sich dabei der Bedeutungsgewinn von hohen Qualifikationen. Für die Klassen der privilegierten und der

exklusiven Erwerbsintegration gilt, dass hierfür niedrige Qualifikationen nur äußerst selten ausreichen; der Anteil mittlerer Qualifikationen geht in diesen Klassen im Zeitverlauf gravierend zurück. Mittlere Qualifikationen überwiegen dagegen insgesamt sehr deutlich in den Klassen der gefährdeten und der stabilen Erwerbsintegration, wobei allerdings bis 2015 ein klarer Rückgang zugunsten der höheren Qualifikationsstufen zu verzeichnen ist. Dazu trägt auch bei, dass sich im Zeitverlauf die Qualifikationsstruktur in Bremen geändert hat und mehr Personen ein abgeschlossenes Studium aufweisen. Über die gesamte Erwerbsstruktur hat sich der Anteil an hohen Qualifikationen erhöht und besonders auffällig ist dies in der gefährdeten Zone, in der zwar bessere Erwerbsbedingungen vorherrschen als in der prekären, aber (noch) keine wirklich gesicherte Erwerbsposition erreicht ist. Hier hat der Anteil von hoch qualifizierten Personen zwischen 2002 und 2015 am deutlichsten von 7,4 auf 20,3 Prozent zugenommen.

Für die Phase seit 2002 scheint sich in der Erwerbsstruktur des Landes Bremen mithin der allgemeine Akademisierungstrend insgesamt sehr deutlich auszuwirken. Angesichts der Befunde zur Verteilung der Altersklassen erscheint es naheliegend, dass die erhebliche Zunahme des Anteils Hochqualifizierter auch in den Klassen mit hohen und relativ hohen Erwerbsrisiken vor allem den verschlechterten Bedingungen für BerufsanfängerInnen geschuldet ist. Allerdings zeigen die Daten auch, dass ein hoher Qualifikationsstatus über die gesamte Berufskarriere und mit zunehmendem Alter heute für eine gelingende und hochwertige Erwerbsintegration sogar wesentlich wichtiger ist als noch zu Beginn der 2000er-Jahre.

Tabelle 14: Veränderung der Integrationsklassen nach sozialstrukturellen Merkmalen im Zeitverlauf

	Prekär		Gefährdet		Gesichert		Gehoben		Privilegiert		Exklusiv		Gesamt					
	2002	2012	2015	2002	2012	2015	2002	2012	2015	2002	2012	2015	2002	2012	2015			
Geschlecht																		
Männlich	30,3	32,5	36,6	40,7	40,4	40,3	57,1	85,4	76,0	79,0	86,5	87,4	81,7	82,8	83,7			
Weiblich	69,7	67,5	63,4	59,3	59,7	59,7	42,9	14,6	24,0	21,1	13,5	12,6	18,3	17,2	16,3			
Alter																		
15-29	28,8	26,9	28,5	24,3	23,6	17,2	12,9	*	3,5	7,5	5,5	1,8	0	*	3,0	15,3		
30-44	44,5	32,9	29,4	43,0	37,5	36,6	35,0	33,3	33,5	36,0	52,7	27,8	33,7	19,8	24,4	45,4		
45-59	21,5	31,4	31,5	28,1	30,4	39,3	42,9	50,0	54,0	46,0	37,1	61,9	55,4	59,8	53,3	41,6		
60+	5,8	8,8	10,5	4,6	8,5	6,9	9,1	*	9,0	10,5	4,7	8,5	10,9	*	19,3	5,5		
Qualifikation																		
Niedrig	31,8	24,0	23,3	20,0	14,4	13,9	7,3	3,5	1,6	3,9	7,0	3,2	*	1,8	2,2	16,6	12,1	
Mittel	58,0	57,1	62,2	72,6	65,8	65,8	68,2	35,2	26,3	53,3	71,9	38,3	*	36,0	28,9	66,4	58,5	
Hoch	10,2	18,9	14,5	7,4	19,8	20,3	24,4	61,4	72,1	42,8	21,1	62,3	*	62,3	68,9	17,0	29,4	
Migrationshintergrund																		
Nein	-	74,1	67,6	-	82,0	80,1	84,3	-	88,5	90,9	93,9	91,0	-	93,9	89,6	-	83,1	80,8
Ja	-	25,9	32,4	-	18,1	19,9	15,7	-	11,5	7,1	6,1	9,0	-	6,1	10,4	-	16,9	19,2
Erwerbsform																		
Selbstständig	13,6	13,4	12,6	6,8	6,6	5,8	3,7	2,9	5,3	6,7	7,4	4,9	45,8	54,9	40,7	8,4	9,2	7,7
Abhängig	86,4	86,6	87,4	93,2	93,4	94,2	96,3	97,1	94,8	93,4	92,6	95,1	54,2	45,1	59,3	91,6	90,8	92,3

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2002, 2012 und 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Der Migrationshintergrund fungiert auf dem Bremer Arbeitsmarkt vor allem bei den Randpositionen als starkes Differenzierungsmerkmal. Für Personen mit Migrationshintergrund zeigt sich, dass die Erwerbsintegration einem Großteil nach wie vor schwerfällt. Zumindest sind Personen mit Migrationshintergrund in der prekären Klasse überrepräsentiert: Hier liegt ihr Anteil mit 32,4 Prozent sehr deutlich über dem Durchschnitt und hat sich seit 2012 auch noch erheblich erhöht (vgl. oben, Tab. 14). Jede dritte Person weist hier mittlerweile einen Migrationshintergrund auf und bezogen auf die Gesamtzahl der erwerbstätigen Personen mit Migrationshintergrund sind es fast 45 Prozent (44,9 Prozent), die sich in einer prekären Erwerbssituation befinden. Der entsprechende Anteil bei den deutschstämmigen Erwerbstätigen beträgt 22,2 Prozent. Der Anteil prekärer Erwerbssituationen unter den MigrantInnen könnte in den folgenden Jahren noch weiter ansteigen bzw. bereits angestiegen sein, da die Arbeitsmarktintegration der großen Zahl von Geflüchteten seit 2015 vermutlich nicht sehr schnell zu bewältigen sein wird. Vor diesem Hintergrund wird in naher Zukunft die Entwicklung des Arbeitsmarktes mit besonderer Aufmerksamkeit zu beobachten sein.

Leidlich stabile Beschäftigungssituationen gelten für größere Gruppen von MigrantInnen nur in den Klassen der gefährdeten und der gesicherten Erwerbintegration. Hier entsprechen deren Anteile etwa den Anteilen an der Gesamtheit der Erwerbstätigen und hieran hat sich in den vergangenen Jahren nur wenig verändert (vgl. oben, Tab. 14). In den oberen Klassen mit guten und sehr guten Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen sind MigrantInnen dagegen nur sehr gering vertreten, wenngleich ihr Anteil unter den privilegierten und exklusiven Erwerbsverhältnissen in den letzten Jahren erkennbar angestiegen ist.

Beim Blick auf die Struktur der Integrationsklassen nach Erwerbsform zeigt sich zunächst, dass Selbstständige im Bereich der prekären Klasse überrepräsentiert sind. Aber nicht nur in den unteren, sondern ebenfalls auch in exklusiven Erwerbssituationen sind Selbstständige überproportional häufig vorzufinden. Dem erwartungsgemäß relativ großen Anteil Selbstständiger mit einer sehr guten Erwerbsposition steht mithin ein noch größerer Anteil von Soloselbstständigen und Kleinstbetrieben mit hohen Erwerbsrisiken gegenüber. In den mittleren Erwerbspositionen sind die Selbstständigen dagegen durchweg unterrepräsentiert.

Überprüfung der Effekte auf statistische Signifikanz – Regressionsanalysen

Die in den vorangegangenen Abschnitten dargestellten Ergebnisse zeigen, dass soziale Merkmale sowie der Erwerbstyp hinsichtlich der Integrationsklassen als Differenzierungsmerkmale fungieren. Diese deskriptiven Ergebnisse zeigen diverse Tendenzen auf, welche Personengruppen vermehrt von Prekarität bedroht sind. Mithilfe eines Regressionsansatzes wird im Folgenden untersucht, welche der oben dargestellten Befunde statistische Signifikanzen aufweisen. Hierzu werden die sechs Integrationsklassen in Abhängigkeit zu den verschiedenen sozialen und erwerbsbezogenen Merkmalen innerhalb eines Modells gesetzt. Somit soll nicht nur auf Signifikanzen geprüft werden; vielmehr interessieren auch die Effektstärken, die von den jeweiligen Indikatoren ausgehen. In Tabelle 15 sind die Ergebnisse des logistischen Regressionsmodells enthalten. Die Integrationsklassen werden als abhängige Variable definiert. Als unabhängige Indikatoren fungieren das Geschlecht, das Alter, das Qualifikationsniveau, der Migrationshintergrund (soziale Merkmale) sowie die Branche, Arbeitszeit und der Erwerbstyp (arbeitsbezogene Informationen).

Orientierungshilfe zur Methodik: In logistischen Regressionen werden kategoriale Variablen in Bezug zu einer Referenzkategorie – hier verarbeitendes Gewerbe – gesetzt, um zu prüfen, inwieweit die Branchen die Zugehörigkeit zu einer Klasse – hier jeweils die Integrationsklassen – bedingen. Als Referenzkategorie wird meistens die Branche mit den größten Anteilen gewählt. Das bedeutet, dass alle Effekte in Relation zum verarbeitenden Gewerbe gesetzt und entsprechend interpretiert werden müssen. Anzumerken ist dabei: Ausgehend von einer traditionellen Industriegesellschaft wird im verarbeitenden Gewerbe noch ein hoher Anteil an Normalarbeitsverhältnissen bzw. stabilen Erwerbssituationen erwartet. Die deskriptiven Analysen bestätigen diese Vermutung. Entsprechend ist bei der Interpretation der Regressionsanalysen zu berücksichtigen, dass die übrigen Branchen also in Relation zu einer Branche mit einer hohen Erwerbsintegration gesetzt werden.

Tabelle 15: Ergebnisse der logistischen Regressionsanalyse

	Prekär	Gefährdet	Gesichert	Gehoben	Privilegiert	Exklusiv
Geschlecht (1=weiblich)	1,256 ⁺	1,790***	1,413***	0,479***	0,337***	0,368***
Alter	0,960***	0,991 ⁺	1,008*	1,017**	1,044***	1,041***
Qualifikation						
Niedrig	2,714***	1,119	0,511***	0,560*	0,524	0,652
Hoch	0,413***	0,756 ⁺	0,617***	1,475**	4,183***	5,619***
Migration (1=Migrationshintergrund)	1,783***	0,912	0,906	0,600*	0,679	0,866
Branchen						
Energiewirtschaft	1,508	0,631	1,212	0,561	0,902	1,519
Baugewerbe	2,607***	2,934***	1,504*	0,283***	0,091**	1,159*
Handel + Kfz-Reparatur	2,108***	1,745*	1,187	0,350***	0,601 ⁺	0,277**
Verkehr + Lagerei	1,372	1,367	1,413*	0,416***	0,754	1,568
Gastgewerbe	2,895***	1,569	0,741	-	0,302	
Information u. Komm.	0,852	1,003	1,783*	0,667	0,862	0,540
Finanzen	0,299*	0,857	1,543 ⁺	1,209	0,894	1,025
Wirtschaftl. Dienstleistung	2,522***	1,329	1,300 ⁺	0,505**	0,195***	0,498 ⁺
Öffentlicher Sektor	0,531 ⁺	0,374*	1,204	1,410	1,258	0,580
Erziehung + Unterricht	1,565 ⁺	1,199	1,375	1,154	0,515 ⁺	0,220*
Gesundheits-, Sozialwesen	1,697*	1,974**	1,257	0,281***	0,162***	0,957
Sonst. Dienstleistungen	2,982***	1,729 ⁺	1,020	0,447*	-	0,346*
Erwerbsform (1=Selbstständig)	5,979***	0,750	0,146***	0,797	0,522	10,717***
Arbeitszeit (1=Teilzeit)	12,872***	0,993	0,240***	0,190***	0,059***	0,210***
N	3.132	3.132	3.132	3.002	2.991	3.002
Pseudo R²	34,4	4,3	9,4	14,4	24,4	28,9

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Zunächst lässt sich festhalten, dass die berücksichtigten Merkmale in unterschiedlicher Weise die Zugehörigkeit in die jeweilige Integrationsklasse auf dem Arbeitsmarkt bedingen. Die berücksichtigten Prädiktoren klären in der prekären Klasse mit rund 34 Prozent die meiste Varianz auf. Ein ebenfalls hoher Anteil der Varianz wird in der privilegierten (24 Prozent) sowie der exklusiven Klasse (~29 Prozent) aufgeklärt. Weniger Varianzaufklärung lässt sich in der gefährdeten sowie in den mittleren Klassen beobachten.

Im Modell der prekären Klasse sind bei fast allen Prädiktoren signifikante Effekte zu beobachten. Der stärkste Einzel-Effekt liegt bei der Teilzeit: Personen in Teilzeit weisen gegenüber Vollzeitbeschäftigten ein mehr als 10-fach höheres Risiko auf eine prekäre Erwerbsintegration auf. Ein ebenfalls hoher Effekt liegt bei der Erwerbsform vor. Selbstständige haben ebenfalls ein hohes Risiko auf prekäre Beschäftigung. Ebenso gefährdet sind jüngere, niedrig qualifizierte Personen sowie Personen mit Migrationshintergrund. Bei den Branchen fallen vor allem das Gastgewerbe und die sonstigen Dienstleistungen auf.

Im Modell „prekär“ in Tabelle 15 ist dagegen kein signifikanter Geschlechtseffekt zu beobachten (lediglich ein signifikanter Effekt mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von unter 10 Prozent). Wenn Teilzeit jedoch nicht im Modell berücksichtigt ist, lässt sich ein starker und signifikanter Geschlechtereffekt beobachten (Anhang III.2). Daraus lässt sich schließen: Personen in Teilzeit sowie Frauen weisen ein erhöhtes Prekaritätsrisiko auf. Jedoch betrifft prekäre Arbeit ebenfalls einen nicht unerheblichen Anteil männlicher Erwerbstätiger.

In der Klasse der „Gefährdeten“ verlieren die sozialen Merkmale für die Klassenzugehörigkeit an Relevanz und es ist lediglich beim Geschlecht ein signifikanter Effekt vorzufinden. Frauen weisen auch für die gefährdete Klasse ein gegenüber Männern um 79 Prozent erhöhtes Risiko auf, in diese Klasse zu entfallen. Teilzeit spielt hier jedoch keine Rolle mehr. Bei den anderen sozialen Merkmalen liegen die Unterschiede auf einem nicht statistisch signifikanten Niveau. Auch bei den Branchen zeigen sich weniger signifikante Effekte. Das Gastgewerbe, der Bereich Handel und Reparatur von Kfz sowie der öffentliche Sektor und das Gesundheitswesen weisen im Vergleich zum verarbeitenden Gewerbe jeweils ein erhöhtes Risiko auf, in die Klasse der Gefährdeten zu entfallen.

Dass die Klasse der gesicherten Mitte eine äußerst heterogene Klasse ist, lässt sich auch anhand der Regressionsanalysen bestätigen. Rund neun Prozent der Varianz können durch die berücksichtigten Indikatoren erklärt werden. Erneut zeigt sich ein Wechselspiel zwischen Teilzeit und dem Geschlecht: Im Modell ohne Teilzeit ist kein Geschlechtereffekt zu beobachten; im Modell mit Teilzeit hingegen schon: Vollzeitbeschäftigung spielt ab der gesicherten Mitte eine zentrale Rolle. Es zeigt sich zudem, dass Frauen höhere Chancen als Männer aufweisen, in die gesicherte Mitte zu entfallen. Zudem ist ein schwacher Alterseffekt zu beobachten: Ältere Personen weisen höhere Chancen auf, der gesicherten Mitte anzugehören. Beim Qualifikationsniveau zeigt sich: Personen mit mittlerer Qualifikation sind für die Mittelkategorie charakteristisch. Bei den Branchen weisen der Logistikbereich und das Baugewerbe erhöhte Chancen auf, zur gesicherten Mitte zu gehören. Auch Selbstständige weisen einen negativen Effekt auf. Abhängig Beschäftigte sind also charakteristisch für die Mittelkategorie.

Bei der gehobenen Mitte zeigt sich, dass die berücksichtigten Indikatoren eine größere Bedeutung haben. Männliche, ältere und Erwerbstätige ohne Migrationshintergrund weisen signifikant höhere Chancen auf, auf diese Klasse zu entfallen. Personen mit mittlerer Qualifikation sind zwar eher in dieser Klasse als Erwerbstätige mit niedriger Qualifikation. Hohe Qualifikationen weisen jedoch gegenüber mittleren Qualifikationen erhöhte Chancen auf. Bei den Branchen zeigt sich an dieser Stelle die Dominanz des verarbeitenden Gewerbes. Zu interpretieren sind die Werte wie folgt: Alle Branchen mit hier signifikanten Ergebnissen weisen deutlich geringere Chancen auf die Positionierung auf dem Arbeitsmarkt in der gehobenen Mitte auf: Baugewerbe, Handel und Kfz-Reparatur, Verkehr und Lagerei, wirtschaftliche Dienstleistungen sowie Gesundheit und Sozialwesen und sonstige Dienstleistungen.

Bei der privilegierten und exklusiven Klasse zeigt sich: Männliche, ältere und hoch qualifizierte Personen – ohne Migrationshintergrund – sind für diese Klassen charakteristisch. Den stärksten Effekt kann man bei der Erwerbsform beobachten: Selbstständige sind in der exklusiven Klasse gegenüber abhängig Beschäftigten deutlich im Vorteil. Auffällig ist der Effekt des Baugewerbes: In der exklusiven Klasse ist dies der einzige positive Effekt. Entsprechend ist dies ein Indiz für erfolgreiche Bauunternehmer im Land Bremen.

Prekäre Erwerbsbeteiligungen sind tatsächlich in erster Linie bei Frauen, jüngeren und gering gebildeten Personen zu erkennen. Dabei wurde jedoch auch deutlich, dass prekäre Beschäftigung nicht nur ein frauenspezifisches Teilzeitproblem ist: Es ist zwar nicht zu bestreiten, dass die Erwerbsintegration bei Frauen insgesamt riskanter ausfällt als bei den Männern. Prekäre Beschäftigung findet sich aber ebenfalls zu einem nicht unerheblichen Anteil bei Männern wieder. Teilzeiterwerbstätigkeit spielt als Einzeleffekt eine zentrale Rolle, da hier der stärkste Zusammenhang mit prekärer Erwerbsintegration festzustellen ist. Da Teilzeiterwerb häufig mit geringem Einkommen und zum Teil zusätzlich dazu noch mit anderen Erwerbsrisiken einhergeht, ist dies nicht verwunderlich.

Von kumulierten Erwerbsrisiken sind Frauen zwar nach wie vor sehr viel häufiger betroffen als Männer, aber (1.) gilt dies nur für ein gutes Fünftel aller erwerbstätigen Frauen und (2.) sind diese Risiken bei denjenigen Männern, die sich in der Zone der prekären oder gefährdeten Erwerbsintegration befinden, tendenziell stärker ausgeprägt als bei den Frauen. In den oberen Erwerbsklassen ist dieses Verhältnis umgekehrt. Überdies erreichen Frauen (3.) deutlich häufiger als Männer auch bei Teilzeitbeschäftigung eine gesicherte Erwerbsintegration. Insgesamt lassen sich die Daten damit auch als Tendenz zu einer langsamen aber stetigen Verbesserung der Erwerbsposition von Frauen interpretieren.

Der Migrationshintergrund spielt ebenfalls eine bestimmende Rolle für Prekarität. Offenbar gelingt es nur einem sehr kleinen Teil von MigrantInnen in zunehmendem Maße in die Klassen der sehr guten Erwerbsintegration vorzustoßen, aber für die überwiegende Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund sind die Chancen auf eine gesicherte Erwerbsintegration wesentlich kleiner als für deutschstämmige Erwerbstätige. Ambivalent fällt die Erwerbsintegration für Selbstständige aus: An den Rändern der Verteilung sind sie anteilmäßig deutlich stärker vertreten als die abhängig Beschäftigten, in der Mitte kaum vorhanden. Wesentlich stärker noch als bei den abhängig Beschäftigten sind mithin die Erwerbssituationen der Selbstständigen zwischen den extremen Positionen polarisiert.

Bei den Branchen zeigt sich eine deutliche Spreizung: Starke Branchen mit relativ wenig Prekaritätstendenzen sind u.a. das verarbeitende Gewerbe und der öffentliche Sektor. Eine sehr geringe Erwerbsintegration ist vor allem im Gastgewerbe, im Handel und in den sonstigen Dienstleistungen zu erkennen.

3.3 Erwerbsintegration in den Wirtschaftsbranchen

Insbesondere für die Frage, wie der wirtschaftliche Strukturwandel durch staatliche Rahmenbedingungen und Förderstrukturen politisch gestaltet werden kann, ist ein Blick auf Struktur und Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen von Bedeutung.

Es ist davon auszugehen, dass die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in den Branchen systematisch mit einigen zentralen Faktoren variieren. Da die Einkommens- und Schutzniveaus in größeren Betrieben in der Regel höher liegen, ist hier erstens die jeweilige Betriebsgrößenstruktur von Bedeutung (Dingeldey et al. 2015). Die spezifischen Möglichkeiten der Standardisierung, Rationalisierung und Technisierung von Betriebs- und Produktionsabläufen erlauben zweitens unterschiedliche Produktivitätsniveaus, die sich auch bei der Einkommensgestaltung auswirken (Ademmer et al. 2017). Anspruchsvolle Tätigkeiten und hohe Qualifikationsanforderungen begünstigen drittens betriebliche Strategien, Personal binden zu wollen und ihm attraktive Beschäftigungskonditionen zu unterbreiten (vgl. Groß 2015). Solche Verteilungsspielräume sind dabei viertens auch wesentlich u.a. von der Wettbewerbssituation in der Branche sowie staatlichen Reglementierungen abhängig (Arbeitnehmerkammer Bremen 2015). Nicht zuletzt spielen fünftens auch eingespielte Branchen- und Betriebskulturen eine Rolle, die sich in Form unterschiedlich starker Tarifdeckung und Mitbestimmungsroutinen, aber auch in üblichen Gepflogenheiten und ungeschriebenen Gesetzen ausdrücken und damit die Beschäftigungsstandards prägen (WSI-Tarifarchiv 2017).

Die Gesamtbilanz unserer Analysen (vgl. Kapitel 3.1) zeigt eine insgesamt höhere Erwerbsintegration, die sich im Zeitvergleich der Jahre 2002, 2012 und 2015 in sukzessiv steigenden Medianwerten ausdrückt. Hierbei sinkt die Erwerbssicherheit (Erwerbsstatus) kontinuierlich ab, zugleich steigen aber die überdurchschnittlichen Einkommen – was sich daran ablesen lässt, dass sich die Werte des arithmetischen Mittels erhöhen (2002: 5,67; 2012: 5,70; 2015: 6,00). Die Einkommenszuwächse in den höheren Erwerbssituationen kompensieren somit die allgemein sinkende Erwerbssicherheit.

Die Heterogenität der Erwerbslandschaft ist maßgeblich auf die unterschiedlichen Situationen in den Branchen zurückzuführen. Die jeweiligen Medianwerte als Ausdruck des Niveaus der Erwerbsintegration offenbaren eine enorme Spreizung zwischen den Branchen, deren Extreme einerseits das verarbeitende Gewerbe und die öffentliche Verwaltung und andererseits die sonstigen Dienstleistungen und das Gastgewerbe bilden. Der Zeitvergleich belegt zudem, dass die Unterschiede zwischen den Branchen seit 2002 noch deutlich zugenommen haben und dies einen wesentlichen Treiber einer fortschreitenden Heterogenisierung darstellt.

Die Branchen unterscheiden sich jedoch nicht nur hinsichtlich des mittleren Niveaus der Erwerbsintegration, sondern auch mit Blick auf die in ihnen vorhandenen Anteile der Integrationsklassen. Hierzu lassen sich drei Typen herausarbeiten, die ein hohes, mittleres oder niedriges Integrationspotenzial aufweisen. Es wird deutlich, dass sich kaum polarisierte Branchen ausmachen lassen, die durch hohe Anteile sowohl privilegierter als auch prekärer Klassen charakterisiert wären. Die Unterschiede in den jeweiligen mittleren Niveaus der Erwerbsintegration zeigen sich in den Branchen vielmehr in einer spezifischen Zusammensetzung und Dominanz privilegierter, normaler oder prekärer Klassen. Die Erwerbssituationen in den Branchen weisen quantitative Schwerpunkte in bestimmten Spektren der gesamten Skala der Integrationsklassen auf. Es zeigt sich damit, dass zwar eine starke Polarisierung zwischen den Branchen besteht, sich die Polarisierung in den Branchen aber in engen Grenzen hält.

Orientierungshilfe zur Methodik: Im Folgenden beziehen wir uns auf 14 Wirtschaftszweige. Die Ergebnisse werden hierarchisch nach Indexwerten aufgeführt. Für das Ranking der Branchen beziehen wir uns in erster Linie auf den Medianwert. Der Mittelwert ist zwar ebenfalls als Maß der zentralen Tendenz geeignet, jedoch ist dieser evtl. stark von Ausreißern beeinflusst. Der Medianwert gibt den mittleren Wert der Verteilung an.

Das Verhältnis von Median und Mittelwert erlaubt Rückschlüssen auf die Verteilung der Indexwerte. Liegt der Mittelwert über dem Median, ist dies auf hohe Werte bei den oberen 50 Prozent der Verteilung zurückzuführen. Liegt der Mittelwert unter dem Median, sind die Werte für die unteren 50 Prozent der Verteilung besonders niedrig. Ist beim Vergleich von Zeitreihen festzustellen, dass z.B. der Median stabil bleibt, der Mittelwert aber steigt, ist von einer Zunahme der Werte in den oberen 50 Prozent der Verteilung auszugehen. Steigt hingegen der Median, während der Mittelwert stabil über dem Median bleibt, dann ist von einer symmetrischeren Verteilung auszugehen.

Heterogene Integrationsniveaus zwischen den Branchen

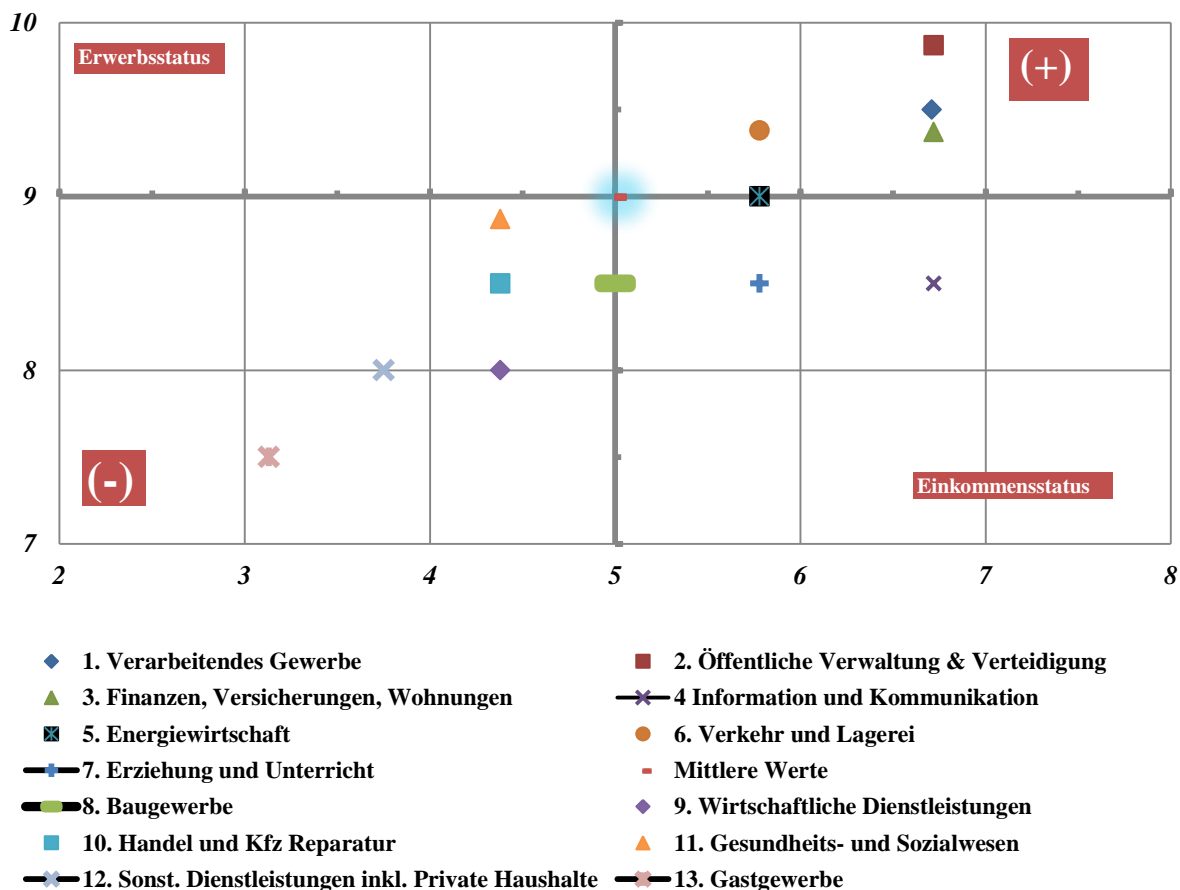
Die Spannweite der gemittelten Erwerbsintegration (Median) in den Branchen reicht von 6,72 im verarbeitenden Gewerbe bis zu 2,08 im Gastgewerbe (vgl. unten, Tab. 16). Die Werte weichen damit vom allgemeinen Durchschnitt um 45 Prozent nach oben und um 55 Prozent nach unten ab. Die Spreizung beim Erwerbsstatus ist geringer ausgeprägt (von 83% bis 110% des Durchschnitts) als diejenige beim Einkommen (von 63% bis 134%).

Die Einkommensunterschiede tragen also mehr zur Disparität der Erwerbsintegration bei als die Unterschiede in der Erwerbssicherheit. Allerdings sind beide Teildimensionen zum großen Teil parallelisiert: Branchen mit geringem Einkommensniveau weisen auch geringe Werte für den Erwerbsstatus auf, Branchen mit hohem Einkommensniveau sind zugleich durch ein vergleichsweise hohes Maß der Erwerbssicherheit geprägt.

In den Branchen kumulieren somit Vorteile und Benachteiligungen in den beiden Dimensionen des Integrationsindex (vgl. Abb. 6). In der Abbildung 6 werden die Achsen der Matrix durch die Medianwerte aller Branchen für den Erwerbs- und den Einkommensstatus gebildet. Oberhalb des Durchschnitts aller Branchen rangieren „öffentliche Verwaltung“, „verarbeitendes Gewerbe“, „Finanzdienstleistungen“ sowie mit einigem Rückstand bei den Einkommen „Verkehr und Lagerei“. Trotz der auch in diesem Bereich vorfindlichen prekären und instabilen Beschäftigungsverhältnisse bietet die öffentliche Verwaltung im Durchschnitt die Beschäftigung mit dem stabilsten Erwerbsstatus. Auf der anderen Seite der Skala findet sich mit „Gesundheits- und Sozialwesen“, „Handel und Kfz-Reparatur“ sowie den „wirtschaftlichen Dienstleistungen“ eine Gruppe von Branchen, deren Einkommen wie Erwerbsstatus zwar unterdurchschnittlich ausfallen, aber nicht allzu weit vom Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche entfernt sind. „sonstige und haushaltsnahe Dienstleistungen“ sowie das „Gastgewerbe“ bieten dagegen jeweils Kombinationen von Einkommen und Erwerbssicherheit, die vom allgemeinen Durchschnitt deutlich nach unten abweichen.

Eine Ausnahme von der beschriebenen Logik bilden lediglich die Bereiche „Erziehung und Unterricht“ sowie „Information und Kommunikation“. In diesen Branchen wird zwar überdurchschnittlich gut verdient, aber die Stabilität der Erwerbsverhältnisse liegt unter dem Durchschnitt aller Branchen.

Abbildung 6: Mittlerer Einkommens- und Erwerbsstatus (Median) in den Branchen 2015



Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Orientierungshilfe zur Methodik: Die Abbildung 6 zeigt für den Erwerbsstatus nur eine relativ schmale Bandbreite zwischen den Indexwerten 7,5 (Gastgewerbe) und 9,5 (öffentliche Verwaltung und Verteidigung). Dies ist der Verwendung des jeweiligen Medians der gesamten Branche geschuldet; die tatsächliche Spannweite der Indexwerte (zwischen dem Median der prekären und dem Median der exklusiven Erwerbsintegration) ist sehr viel größer.

Das verarbeitende Gewerbe ist durch großbetriebliche Strukturen, hohe Produktivität und ausgebaute kollektive Arbeitsbeziehungen geprägt. Nicht zuletzt die florierende Konjunktur hat dazu beigetragen, dass das verarbeitende Gewerbe im Jahr 2015 von allen Branchen den höchsten Medianwert aufweist, der um 45 Prozent über dem durchschnittlichen Medianwert der Branchen liegt (Tab. 16). Im Jahr 2012 befand sich die Industrie noch auf Platz 3 (32 Prozent über dem Durchschnittsmedian; vgl. Tab. 17). Dabei ist der Teilindex des Erwerbsstatus nahezu auf dem Niveau von 2012 geblieben. Beim Einkommen hingegen ist eine deutliche Zunahme im Mittelwert zu erkennen. Da der Medianwert konstant geblieben ist, bedeutet dies, dass im verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2015 die hohen Einkommen weiter gestiegen sind.

Tabelle 16: Ranking der Branchen 2015

2015									
	Gesamt			Einkommensdimension			Erwerbsstatus		
	Median	Mittelwert	%	Median	Mittelwert	%	Median	Mittelwert	%
1. Verarbeitendes Gewerbe	6,72	6,73	145	6,71	7,36	134	9,50	8,86	106
2. Öffentliche Verwaltung und Verteidigung ¹⁹	6,63	6,97	143	6,72	7,42	134	9,87	9,22	110
3. Finanzen, Versicherungen, Wohnungen	6,05	6,99	130	6,72	7,97	134	9,37	9,49	104
4. Information und Kommunikation	5,82	6,20	126	6,72	7,12	134	8,50	8,42	94
5. Energiewirtschaft	5,78	6,64	125	5,78	7,42	116	9,00	8,58	100
6. Verkehr und Lagerei	5,07	5,83	110	5,78	6,66	116	9,38	8,59	104
7. Erziehung und Unterricht	4,69	4,99	102	5,78	5,91	116	8,50	7,99	94
Mittlere Werte	4,62	5,16	100	5,00	6,00	100	9,00	8,30	100
8. Baugewerbe	3,94	4,47	85	5,00	5,48	100	8,50	8,07	94
9. Wirtschaftliche Dienstleistungen	3,75	4,44	81	4,38	5,76	88	8,00	7,64	89
10. Handel und Kfz-Reparatur	3,52	4,03	76	4,38	4,77	88	8,50	7,92	94
11. Gesundheits- und Sozialwesen	3,5	4,23	76	4,38	5,09	88	8,87	8,47	99
12. Sonst. Dienstleistungen inkl. Private Haushalte	2,81	3,54	61	3,75	4,81	75	8,00	7,55	89
13. Gastgewerbe	2,08	2,39	45	3,13	3,31	63	7,50	6,93	83

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

¹⁹ Hinsichtlich des Erwerbsstatus liegen relativ viele Missings in der öffentlichen Verwaltung vor. Unter Ausschluss der imputierten Werte läge der Medianwert bei 1; durch die Mittelwertimputation liegt der Wert nicht bei 1, sondern lediglich nahe 1 (exakt: 9,87).

Tabelle 17: Ranking der Branchen 2012

2012									
	Gesamt			Einkommensdimension			Erwerbsstatus		
	Median	Mittelwert	%	Median	Mittelwert	%	Median	Mittelwert	%
1. Finanzen, Versicherungen, Wohnungen	6,38	6,75	146	6,72	7,18	134	9,50	9,12	106
2. Öffentliche Verwaltung und Verteidigung	6,30	6,61	144	6,72	6,92	134	9,87	9,36	110
3. Verarbeitendes Gewerbe	5,78	6,25	132	6,72	6,84	134	9,50	8,87	106
4. Energiewirtschaft	5,43	6,24	124	5,78	6,61	116	9,50	8,82	106
5. Information und Kommunikation	5,25	5,54	120	5,78	5,85	116	8,88	8,14	99
6. Erziehung und Unterricht	4,85	5,07	111	5,78	5,87	116	8,88	8,18	99
7. Verkehr und Lagerei	4,75	5,35	108	5,00	6,12	100	9,00	8,61	100
Mittlere Werte	4,38	4,95	100	5,00	5,70	100	9,00	8,33	100
8. Baugewerbe	4,25	4,70	97	5,00	5,38	100	8,50	8,15	94
9. Handel und Kfz-Reparatur	3,72	4,28	85	4,38	4,92	88	9,00	8,25	100
10. Gesundheits- und Sozialwesen	3,5	4,26	80	4,38	5,28	88	8,88	8,22	99
11. Wirtschaftliche Dienstleistungen	3,38	4,13	77	4,38	5,39	88	8,00	7,64	89
12. Sonst. Dienstleistungen inkl. Private Haushalte	2,34	3,08	53	3,13	4,09	63	8,00	7,37	89
13. Gastgewerbe	1,85	2,17	42	2,50	3,05	50	7,26	6,87	81

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012 (On-Site), eigene Berechnungen

Der öffentliche Sektor ist ebenfalls durch eine großbetriebliche Struktur geprägt. Eine starke Mitbestimmung, hohe Tarifbindung und ein Prinzip der faktischen Unkündbarkeit machen diesen Bereich attraktiv und tragen zu langen Betriebszugehörigkeiten bei. In Bremen als Bundesland ist zudem durch die Ministerialverwaltung ein vergleichsweise hoher Anteil gut dotierter Stellen zu berücksichtigen. Insgesamt führt dies dazu, dass der öffentliche Sektor – wie 2012 – insgesamt den zweiten Rang einnimmt und 43 Prozent über der durchschnittlichen Erwerbsintegration liegt. Der Erwerbsstatus hat im Mittelwert etwas an Bedeutung verloren. Trotzdem zeichnet sich der öffentliche Sektor durch den höchsten Median aller Branchen aus. Dieser Wert liegt bei 9,87. Damit lässt sich festhalten, dass das Normalarbeitsverhältnis im öffentlichen Sektor für den Großteil der Beschäftigten nahezu Normalität ist. Beim Einkommen ist 2015 ein deutlich höherer Mittelwert als noch 2012 zu beobachten.

Der Finanzsektor ist ebenfalls wesentlich durch großbetriebliche Strukturen bei Banken und Versicherungen, durch die Digitalisierung von Prozessen, die mittlerweile gut standardisierbar sind, und einen hohen Grad der Tarifdeckung geprägt. War der Finanzsektor 2012 noch in der Spitzenposition (46 Prozent über der durchschnittlichen Erwerbsintegration), rangiert er 2015 nur noch auf dem dritten Platz – was den Median angeht (30 Prozent über dem Durchschnittsmedian). Im Mittelwert liegt hier der höchste Wert aller Branchen vor. Im Zeitverlauf fällt jedoch auf, dass der Mittelwert, nicht aber der Medianwert des Einkommens zugenommen hat, also insbesondere die überdurchschnittlichen Einkommen zugenommen haben. Ähnliches gilt für den Erwerbsstatus, der im Median abgenommen, im Mittelwert jedoch zugenommen hat. Dies lässt auf eine Polarisierung des Erwerbsstatus schließen.

Der Bereich „Information und Kommunikation“ gilt häufig als Hoffnungsträger für innovative und hoch qualifizierte Dienstleistungen, ist aber von einer heterogenen Betriebsstruktur und einem sehr geringen Grad der Tarifbindung gekennzeichnet. Diese Branche nimmt 2015 mit einer Erwerbsintegration von 26 Prozent über der durchschnittlichen Erwerbsintegration den vierten Platz ein (2012: Platz fünf; 20 Prozent über Durchschnittsmedian). Die mittleren Indexwerte – vor allem das arithmetische Mittel – liegen auf einem deutlich höheren Niveau als noch 2012. Dies ist vor allem auf einen deutlichen Zuwachs in der Einkommensdimension

zurückzuführen. Der Median des Erwerbsstatus ist gestiegen, der Mittelwert jedoch leicht gesunken, sodass hier von einem geringeren Maß der Erwerbsstabilität auszugehen ist.

Die Branche „Energieversorgung, Abfallbeseitigung“ ist vor allem durch größere Betriebe geprägt, die früher teilweise in öffentlicher Trägerschaft und/oder stark reglementierten Wettbewerbssituationen standen. Noch immer ist in diesem Bereich ein hoher Grad der Tarifdeckung festzustellen. Dieser Wirtschaftszweig weist 2015 ebenfalls höhere Werte als 2012 auf; jedoch fällt dieser Zuwachs nicht so stark aus wie im Bereich Information und Kommunikation, sodass er insgesamt auf den fünften Rang abrutscht (2015: 25 Prozent über der durchschnittlichen Erwerbsintegration; 2012: 24 Prozent über dem Durchschnittsmedian). Interessant ist dabei bei der Einkommenssituation wiederum der konstant bleibende Medianwert bei gleichzeitig steigendem Mittelwert, was auf eine Steigerung der höheren Einkommen schließen lässt. Die Werte für den Erwerbsstatus haben hingegen abgenommen.

Dass die Branche Verkehr und Lagerei sich nicht auf einfachste Dienstleistungstätigkeiten in der Logistik beschränkt, zeigt sich in ihrer relativ guten Positionierung. Im Vergleich zu 2012 (Rang 7, 8 Prozent über der durchschnittlichen Erwerbsintegration) belegt sie 2015 den sechsten Platz (10 Prozent über dem Durchschnittsmedian). Sowohl im Erwerbsstatus als auch im Einkommen sind hier höhere Indexwerte zu beobachten. Nahezu durchgängig haben sich die Werte für den Gesamtindex als auch die Teilindizes Einkommen und Erwerbsstatus verbessert.

Der Bereich „Erziehung und Unterricht“ umfasst im Wesentlichen Lehrer und Lehrerinnen im Staatsdienst und Erzieher und Erzieherinnen in unterschiedlichen Formen der Trägerschaft. Hinzu kommen Beschäftigte an Hochschulen, freie Dozentinnen und Dozenten etc. Obwohl Bildung als eines der wichtigsten Zukunftsthemen benannt wird, haben sich die Werte von 2012 auf 2015 verschlechtert. Lag der Gesamtindex 2012 noch 11 Prozent über der durchschnittlichen Erwerbsintegration, sind es 2015 nur noch 2 Prozent über dem Durchschnittsmedian).

Das Baugewerbe ist durch vorwiegend kleinbetriebliche Strukturen und ein geringes Rationalisierungspotenzial geprägt. Trotz der anhaltend guten Baukonjunktur und der starken Nachfrage nach Arbeitskräften liegt das Baugewerbe nach wie vor unverändert auf Platz 8 (15 Prozent unter der durchschnittlichen Erwerbsintegration). Im Vergleich zu 2012 (3 Prozent unter dem Durchschnittsmedian) sind hier geringere Indexwerte zu beobachten – sowohl für den Gesamtindex als auch die Teilindizes. In beiden Teilindizes sind teilweise geringere Werte zu beobachten.

Die wirtschaftlichen Dienstleistungen bilden eine Sammelkategorie, die einfachste Dienstleistungen ebenso umfasst wie etwa anspruchsvolle Ingenieur Tätigkeiten. Insgesamt haben sich ihre Indexwerte 2015 (19 Prozent unter der durchschnittlichen Erwerbsintegration) im Vergleich zu 2012 (23 Prozent unter dem Durchschnitt) verbessert (Rang 9). Der Status liegt auf gleichem Niveau; das Einkommen ist im Median gleich geblieben. Jedoch ist der Mittelwert höher, sodass dies ein Indiz dafür ist, dass ebenfalls Erwerbssituationen mit höherem Einkommen vorhanden sind – oder anders: die Spreizung in diesem Wirtschaftszweig zugenommen hat.

Der Bereich „Handel, Reparatur von Kfz“ ist eher durch eine heterogene Betriebsstruktur und wenig entwickelte kollektive Regelungsstrukturen gekennzeichnet. Er zielt auf den privaten Konsum und befindet sich in einer scharfen Wettbewerbssituation. Diese Branche hat einen Platz verloren und liegt nun auf dem 10. Platz. Das Einkommen ist leicht gesunken; der Erwerbsstatus hingegen deutlich. Entsprechend fällt auch der Gesamtindexwert dieser Branche 2015 (24 Prozent unter dem Durchschnittsmedian) geringer als noch im Jahr 2012 aus (15 Prozent unter der durchschnittlichen Erwerbsintegration).

Im Bereich Gesundheit und Soziales herrscht ein starker Kostendruck, der wesentlich durch staatliche Budgetvorgaben hervorgerufen wird. Insgesamt liegen die Werte 2015 auf einem ähnlichen Niveau wie 2012 (24 Prozent in 2015 und 20 Prozent in 2012 unter dem Durchschnittsmedian). Im Mittel ist ein marginal geringerer, im Durchschnitt ein höherer Erwerbsstatus zu beobachten. Das Einkommen ist dagegen im Mittelwert leicht rückläufig.

Wie auch 2012 belegen die letzten beiden Plätze die sonstigen und haushaltsbezogenen Dienstleistungen sowie das Gastgewerbe. Beide Branchen richten sich wesentlich auf den privaten Konsum, die Qualifikationsanforderungen sind teilweise eher gering und die Tätigkeiten nur bedingt rationalisierbar. Kollektive Regelungsformen sind lediglich rudimentär vorhanden. In beiden Bereichen hat sich jedoch die Erwerbssituation insgesamt leicht verbessert. Das Niveau der Erwerbsintegration liegt 2015 bei den sonstigen und haushaltsbezogenen Dienstleistungen 39 Prozent (2012: 47 Prozent), beim Gastgewerbe 55 Prozent unter der durchschnittlichen Erwerbsintegration (2012: 58 Prozent). In beiden Branchen ist ein gestiegener Erwerbsstatus zu beobachten. Auch in der Einkommensdimension sind – vor allem im Gastgewerbe - deutliche Zuwächse zu verzeichnen, die als erste Auswirkungen der Einführung des allgemeinen Mindestlohns interpretiert werden können, die sich in künftigen Analysen nochmals deutlicher abzeichnen könnten.

Tabelle 18: Ranking der Branchen 2002 (nur vergleichbare Branchen)

2002									
	Gesamt			Einkommensdimension			Erwerbsstatus		
	Median	Mittelwert	%	Median	Mittelwert	%	Median	Mittelwert	%
Öffentliche Verwaltung	5,87	6,29	138	6,61	6,71	132	10,0	9,49	111
Energiegewinnung und Abwasser	5,71	5,96	134	5,71	7,13	114	10	9,59	111
Erziehung und Unterricht	5,65	6,05	133	6,61	6,76	132	9,5	8,59	106
Verarbeitendes Gewerbe	5,14	5,68	121	5,71	6,4	114	9,5	9	106
Mittlere Werte	4,26	4,73	100	5	5,67	100	9	8,45	100
Baugewerbe	4,16	4,54	98	5	5,73	100	8,5	8,07	94
Gesundheits- und Soziales	3,47	3,98	81	4,29	5,2	86	9	8,2	100
Handel und Reparatur	3,43	3,93	81	4,29	4,85	86	8,5	8,12	94
Gastgewerbe	1,93	2,8	45	2,86	3,81	57	8	7,36	89

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2002 (On-Site), eigene Berechnungen

Im längerfristigen Vergleich²⁰ zum Jahr 2002 haben sich die Integrationsniveaus in den Branchen teilweise deutlich verändert (Tab. 18). Beim verarbeitenden Gewerbe, und in der öffentlichen Verwaltung haben sich die Werte für den Erwerbsstatus verschlechtert, zugleich haben sich allerdings die Einkommen positiv entwickelt, sodass sie insgesamt bessere Indexwerte aufweisen. Das Niveau der Erwerbsintegration ist im verarbeitenden Gewerbe deutlicher gestiegen (in 2002 21 Prozent und 2015 45 Prozent über dem Durchschnittsmedian) als in der öffentlichen Verwaltung (2002: 38 Prozent über dem Durchschnittsmedian, 2015: 43 Prozent über der durchschnittlichen Erwerbsintegration). In der Energiewirtschaft haben die leichten Einkommensverbesserungen die Abnahme des Erwerbsstatus nicht ausgleichen können, sodass sich die Gesamtindexwerte leicht verschlechtert haben. Lag dieser Wert 2002 noch 34 Prozent über der durchschnittlichen Erwerbsintegration, sind dies 2015 nur noch 25 Prozent. Im Baugewerbe wiederum ist der Erwerbsstatus auf relativ niedrigem Niveau stabil geblieben, während sich die mittleren Einkommen und damit auch die Gesamtindexwerte leicht verschlechtert haben (2002: 2 Prozent unter dem Durchschnittsmedian, 2015: 15 Prozent unter dem Durchschnittsmedian). Im Bereich Handel und Reparatur von Kfz ist der mittlere Statuswert leicht rückläufig. Da aber gleichzeitig der Median des Einkommens leicht gestiegen ist – also der Anteil unterdurchschnittlicher Einkommen abgenommen hat – sind im Jahr 2015 im Vergleich zu 2002 leicht verbesserte Gesamtindexwerte abzulesen. Gleichwohl ist der Abstand zur durchschnittlichen Erwerbsintegration gewachsen (2002: 19 Prozent unter dem Durchschnittsmedian, 2015: 24 Prozent unter dem Durchschnittsmedian). Die dezenten Verbesserungen im Bereich Gesundheit und Soziales sind darauf zurückzuführen, dass sich die Erwerbssicherheit (Status) im Mittel leicht erhöht hat, gleichwohl hat sich eine größere Zahl von Erwerbssituationen gebildet, die den Median des Status nach unten ziehen. Zugleich hat sich das mittlere Einkommensniveau reduziert (Mittelwert), während der entsprechende Median gestiegen ist. Dies lässt darauf schließen, dass die Zahl der unterdurchschnittlichen Einkommen abgenommen hat. Insgesamt hat sich allerdings auch im Bereich Gesundheit und Soziales die relative Erwerbsintegration verschlechtert. Erreichte sie 2002 noch ein Niveau 19 Prozent unter dem Durchschnitt, sind es 2015 schon 24 Prozent unter dem Durchschnitt. Ähnliches ist für das Gastgewerbe festzustellen. Die Werte für den Erwerbsstatus haben sich ebenso verschlechtert wie das mittlere Einkommen (Mittelwert). Aber auch hier hat der Anteil unterdurchschnittlicher Einkommen abgenommen, sodass die Gesamtindexwerte hier im Median gestiegen sind, der Mittelwert allerdings gesunken ist. Die relative Erwerbsintegration ist dabei mit 55 Prozent unter dem Durchschnitt exakt gleich geblieben. Eine durchgängige Abwärtsbewegung ist schließlich bei den drei Beobachtungszeitpunkten für den Bereich Erziehung und Unterricht zu beobachten. Geringere Erwerbssicherheit und geringere Einkommen führen zu deutlich gesunkenen Werten des Gesamtindex. Zählte dieser Bereich 2002 noch zu einer der oberen Branchen (33 Prozent über der durchschnittlichen Erwerbsintegration), ist er 2015 nur noch als nahezu durchschnittlich zu bewerten (2 Prozent über dem Durchschnittsmedian).

²⁰ Die Daten zu den Mittelwerten in den Branchen 2002 sind nur eingeschränkt mit denen aus den Jahren 2012 und 2015 zu vergleichen. Dies ist auf die zwischenzeitlich erfolgte Umstellung auf die WZ 2008 zurückzuführen. Allerdings sind auf der 1-Steller-Ebene näherungsweise Vergleiche möglich mit Ausnahme der Branchen Information und Kommunikation, Verkehr und Lagerei, wirtschaftliche Dienstleistungen, sonstige Dienstleistungen inkl. privater Haushalte. Im Anhang III.3 sind die Indexwerte aller Branchen dargestellt.

Relativ homogene Verteilung der Integrationsklassen in den Branchen

Die branchenbezogenen Mittelwerte der Erwerbsintegration signalisieren eine deutliche Heterogenität zwischen den Branchen, die zudem in der Zeit zwischen 2002 und 2015 eher noch zugenommen hat. Der Blick in die einzelnen Branchen und die Anteile der Integrationsklassen zeigt hingegen eine relative Homogenität in der Binnenverteilung. Eine deutliche Polarisierung mit gleichzeitig hohen Anteilen sowohl exklusiver und privilegierter als auch prekärer und gefährdeter Erwerbslagen ist kaum erkennbar. Vielmehr lassen sich drei Branchentypen (Tab. 19) herausarbeiten, die besonders hohe Anteile bestimmter Spektren der Erwerbsintegration aufweisen (vgl. unten, Abbildung 7).

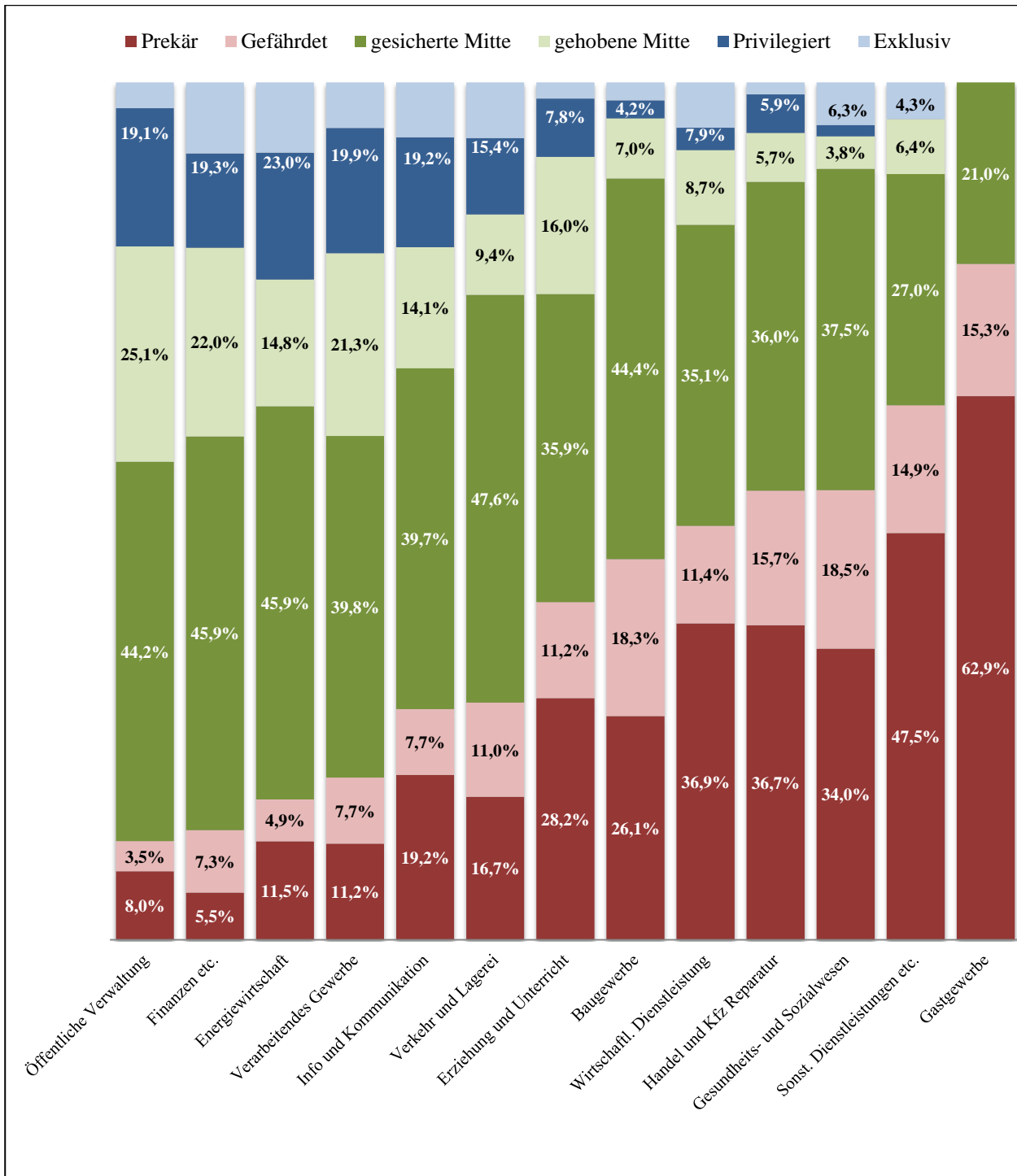
Tabelle 19: Typologie hinsichtlich Prekarität und Privilegierung der Branchen in Bremen 2015

Typus	Branchen mit einem hohen Integrationspotenzial	Branchen mit mittlerem Integrationspotenzial	Branchen mit einem niedrigen Integrationspotenzial
Merkmale	Mitte > 60%, Stark überdurchschnittliche Privilegierung, Stark unterdurchschnittliche Prekarität	Dominanz von mittleren Klassen, Privilegierung und Prekarität nahe dem Durchschnitt	Dominanz von höchstens gefährdeten Klassen, unterdurchschnittliche Mitte und unterdurchschnittliche Privilegierung
Branchen	<ul style="list-style-type: none"> • Finanzen • Öffentliche Verwaltung • Verarbeitendes Gewerbe • Energiewirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> • Verkehr und Lagerei • Information und Kommunikation • Erziehung und Unterricht • Baugewerbe 	<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftliche Dienstleistungen • Gesundheit und Sozialwesen • Handel und Kfz • Sonst. Dienstleistungen • Gastronomie

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Zu den Branchen mit guter Erwerbsintegration lassen sich solche zählen, die einen Anteil von mehr als 60 Prozent von mittleren, überdurchschnittlich viele privilegierte und relativ wenig gefährdete und prekäre Erwerbslagen haben. Hierunter fallen vier der ersten fünf Branchen des Rankings (mit Ausnahme des Bereichs Information und Kommunikation). Auffallend sind die sehr geringen Anteile an gefährdeten und prekären Positionen in der öffentlichen Verwaltung und im Finanzsektor. Diese fallen im verarbeitenden Gewerbe und in der Energiewirtschaft schon etwas höher aus. In der Energiewirtschaft ist zudem mit 23 Prozent der größte Anteil privilegierter Erwerbsintegration zu erkennen.

Abbildung 7: Verteilung der Integrationsklassen nach Branchen in Bremen 2015 (Aggregation von privilegiert und exklusiv)



Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Im Mittelfeld befinden sich zum einen die Branchen Verkehr und Lagerei sowie Information und Kommunikation. Mittlere Positionen machen dort mehr als 50 Prozent aus, während gefährdete/prekäre Konstellationen unterdurchschnittlich und privilegierte leicht überdurchschnittlich ausfallen. Information und Kommunikation ist an den Randbereichen dabei etwas polarisierter als Verkehr und Lagerei. Zum Mittelfeld zählen zum anderen auch die Bereiche Erziehung und Unterricht und das Baugewerbe, die jeweils über etwa 50 Prozent mittlere Lagen und

nahezu durchschnittlich hinsichtlich prekärer und privilegierter Positionen besetzt sind. Das Baugewerbe hat dabei etwas höhere Anteile gefährdeter und etwas geringere Anteile privilegierter Integrationsklassen.

Als Branchen mit einem niedrigen Integrationspotenzial sind die Bereiche wirtschaftliche Dienstleistungen, Handel und Reparatur von Kfz sowie Gesundheit und Soziales einzustufen. Mittlere Positionen liegen bei lediglich knapp über 40 Prozent, privilegierte Erwerbssituationen sind jeweils nur ca. acht bzw. sechs Prozent der Personen zu attestieren. Damit lassen sich jeweils nahezu (wirtschaftliche Dienstleistungen) oder über 50 Prozent (Handel und Reparatur von Kfz, Gesundheit und Soziales) bei den gefährdeten oder prekären Klassen vorfinden. Mit einem weiteren Abstand bilden wiederum die sonstigen Dienstleistungen und privaten Haushalte sowie die Gastronomie das Schlusslicht bei den Branchen mit niedrigem Integrationspotenzial. In ihnen dominieren mit über 60 Prozent (Sonstige Dienstleistungen) bzw. über 75 Prozent (Gastronomie) gefährdete oder prekäre Positionen. Während in den sonstigen Dienstleistungen neben einer kleinen Mitte noch ein kleiner Rest (4,3 Prozent) privilegierter und exklusiver Erwerbssituationen vorhanden ist, sind diese in der Gastronomie überhaupt nicht statistisch zu erkennen.

Insgesamt stimmt damit die Verteilung der Integrationsklassen in den Branchen weitgehend mit den Analysen zum Niveau der Erwerbsintegration überein (Mittelwerte). Bei den gesicherten Branchen lassen sich kaum Polarisierungstendenzen nachweisen. Hiervon wäre auszugehen, wenn ein hoher Anteil privilegierter Positionen mit einem hohen Anteil gefährdeter oder prekärer Erwerbssituationen einhergehen würde. Hier stößt allerdings der statistische Nachweis an seine Grenzen, wenn z.B. ehemals betriebsintern erbrachte Dienstleistungen (Reinigung, Bewachung, Logistik) an Fremdfirmen ausgelagert werden.²¹ In den Branchen mit einer schwach ausgeprägten Mitte zeigen sich hingegen teilweise solche Polarisierungstendenzen (z.B. Information und Kommunikation oder wirtschaftliche Dienstleistungen). Hierbei handelt es sich jedoch um sehr heterogene Dienstleistungsbranchen mit einem breiten Spektrum von Qualifikationsanforderungen sowie Betriebs- und Wettbewerbsstrukturen.

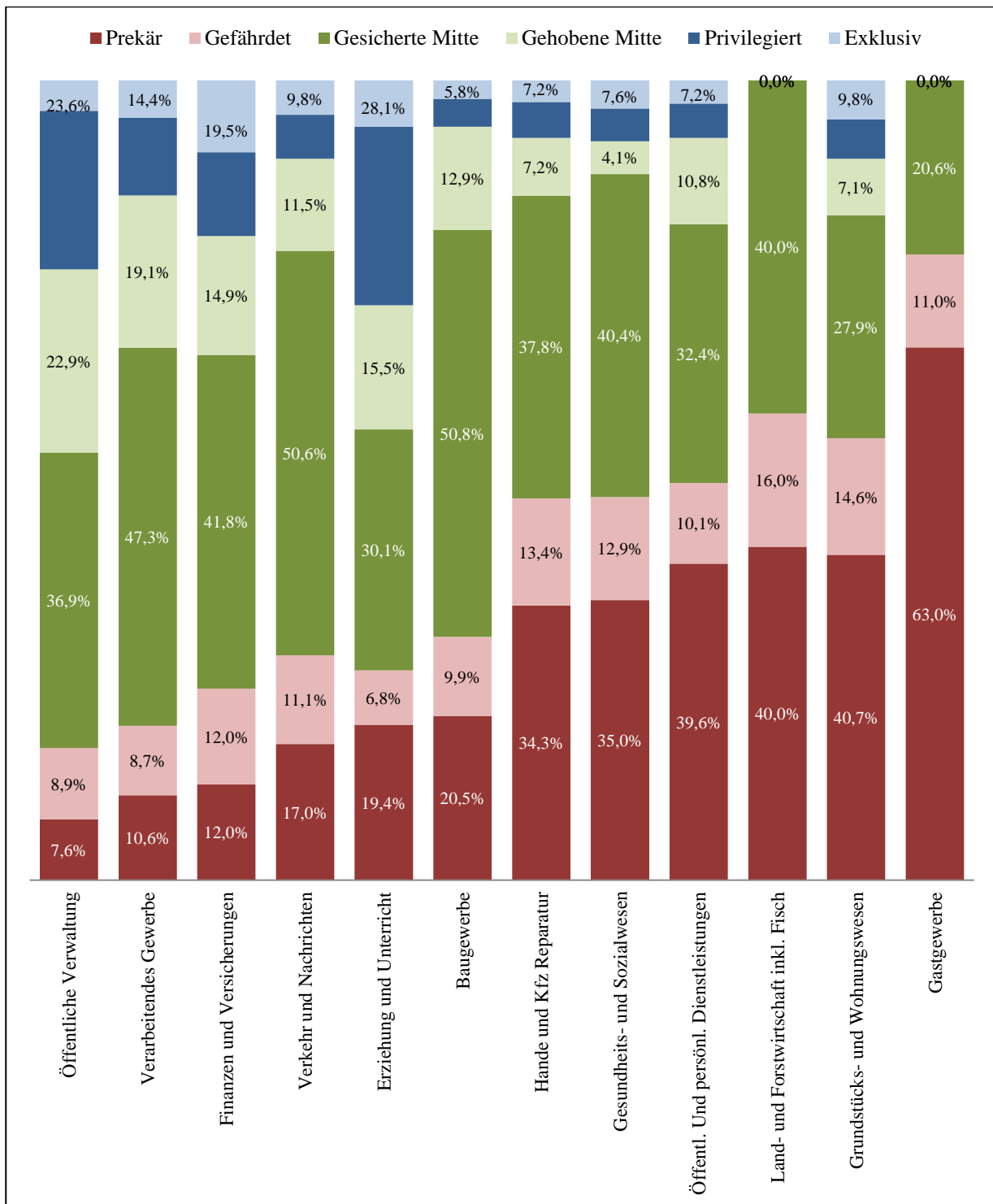
Werden die Entwicklungen hinsichtlich der Verteilung von Integrationsklassen in den Branchen über einen längeren Zeitraum verglichen, nämlich zu den Referenzpunkten 2002 und 2015, zeigt sich, dass 2002 in der öffentlichen Verwaltung die Ränder stärker ausgeprägt waren (Abb. 8). Insbesondere die gefährdete und die beiden sehr gut situierten Klassen haben seither an Gewicht verloren, die mittleren Klassen haben entsprechend gewonnen. Auch im verarbeitenden Gewerbe sind die Anteile der beiden prekären Klassen seit 2002 leicht um insgesamt 0,4 Prozentpunkte zurückgegangen, die mittleren Klassen haben 5,3 Prozentpunkte eingebüßt. Damit ist das insgesamt gestiegene Niveau der Erwerbsintegration darauf zurückzuführen, dass die beiden privilegierten Klassen stärker vertreten sind (2002: 14,4 Prozent, 2015: 19,9 Prozent). Im Bereich Erziehung und Unterricht hingegen macht sich die für die Branche insgesamt zu beobachtende Absenkung des Niveaus der Erwerbsintegration in der Verteilung von Integrationsklassen bemerkbar, da vor allem die privilegierten Klassen erhebliche Anteile verloren haben (20,3 Prozentpunkte). Zugleich sind die mittleren Klassen um 6,3 Prozentpunkte und vor allem die prekären Klassen um 13,2 Prozentpunkte gewachsen. Eine Abwärtsbewegung ist ebenfalls im Baugewerbe zu erkennen. Hier haben die privilegierten Klassen leicht an Gewicht verloren (1,6 Prozentpunkte), während sich die prekären Klassen ausgeweitet haben (2002: 30,4 Prozent; 2015: 44,4 Prozent). Dies hat auch zur Folge, dass die mittleren Klassen 12,3 Prozentpunkte eingebüßt haben. In der Branche Handel und Kfz sind die Anteile der prekären Klassen ebenfalls gestiegen (um 4,7 Prozentpunkte), während die privilegierten leicht (um 1,3 Prozentpunkte) und die mittleren um 3,3 Prozentpunkte verloren haben. Nahezu identisch hat sich die Abwärtsbewegung im Bereich Gesundheit und Soziales entwickelt. Hier haben die prekären Klassen 4,6 Prozentpunkte zugelegt, während die mittleren Klassen 3,2 Prozentpunkte und die privilegierten Klassen 1,4 Prozentpunkte verloren haben. Im Gastgewerbe schließlich haben sich die prekären Klassen ebenfalls noch einmal um 4,2 Prozentpunkte ausgeweitet. Da aber gleichzeitig der Anteil, der der gesicherten Mitte zuzurechnen ist, nahezu konstant geblieben ist, gehen die brancheninternen Verschiebungen zulasten der drei oberen Integrationsklassen.

Bei den für einen mittelfristigen Vergleich heranziehbaren Branchen lassen sich somit insgesamt drei Entwicklungsmuster herauslesen. Einzig im verarbeitenden Gewerbe ist ein durchgängiges Upgrading zu konstatieren. Der Öffentliche Dienst hingegen ist durch eine Konzentration in der Mitte und eine Abnahme der Ränder geprägt. In allen anderen hier betrachteten Branchen ist durchgängig ein negativer Fahrstuhleffekt festzustellen: Gute Erwerbspositionen schwinden und führen zu einem Aufwuchs in den beiden prekären Klassen.²²

²¹ Allerdings werden Erwerbstätige in der Arbeitnehmerüberlassung derjenigen Branche zugeordnet, in der sie zum Erhebungszeitraum eingesetzt waren.

²² Hierbei ist nochmals darauf hinzuweisen, dass der Vergleich zwischen 2002 und 2015 aufgrund der mit der WZ 2008 veränderten statistischen Erfassung nur für bestimmte Branchen möglich ist. Für verschiedene Dienstleistungsbranchen kann dieser Zeitvergleich nicht vorgenommen werden, die ggf. eine starke interne Dynamik aufweisen (z.B. Information und Kommunikation, wirtschaftliche Dienstleistungen).

Abbildung 8: Verteilung der Integrationsklassen nach Branchen in Bremen 2002
(Aggregation von privilegiert und exklusiv)



Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2002 (On-Site), eigene Berechnungen

Polarisierte Erwerbssituation von Selbstständigen auch in der Branchenperspektive

Zusätzlich zu den bisherigen Ergebnissen erlaubt es die Konzeption des Bremer Erwerbstätigkeitsatlas, Indexwerte für die Erwerbsintegration von abhängig Beschäftigten und Selbstständigen miteinander in Beziehung zu setzen. Es

ist daher möglich, die Indexwerte für die unterschiedlichen Erwerbstypen in den Branchen zu unterscheiden (Tab. 20-22). Ausnahmen bilden hierbei zwei Wirtschaftszweige, in denen keine Selbstständigen vertreten (öffentliche Verwaltung) oder die Fallzahlen für eine Auswertung zu gering sind (Energiewirtschaft).

Generell ist daran zu erinnern, dass die Gruppe der Selbstständigen sehr viel stärker polarisiert ist als diejenige der abhängig Beschäftigten. Auf der einen Seite lässt sich eine große Zahl von Selbstständigen mit sehr niedrigen Indexwerten feststellen. Auf der anderen Seite befinden sich in der privilegierten und vor allen der exklusiven Klasse überdurchschnittlich viele Selbstständige. Insgesamt ist also eine Art „Mittelstandsdelle“ bei den Selbstständigen zu konstatieren (vgl. Kapitel 3.2).

Bei einem Vergleich mit abhängig Beschäftigten lassen sich für 2015 fünf Branchen erkennen, in denen sowohl die Median- als auch Mittelwerte für Selbstständige höher ausfallen. Dies sind das verarbeitende Gewerbe, der Finanzbereich, Verkehr und Lagerei, wirtschaftliche Dienstleistungen und das Gesundheits- und Sozialwesen. Im Mittel erreichen die Selbstständigen in diesen Branchen eine gehobene, die Selbstständigen im verarbeitenden Gewerbe sogar eine privilegierte Erwerbsposition. Demgegenüber sind in den Bereichen Information und Kommunikation mit einer im Mittel gefährdeten Situation sowie Erziehung und Unterricht mit einer im Mittel prekären Position durchgängig die Selbstständigen im Nachteil. In allen übrigen Branchen zeigen sich bei Selbstständigen geringere Medianwerte, aber zugleich höhere Mittelwerte. Dies unterstreicht die starke Polarisierung selbstständiger Erwerbslagen zwischen prekären (geringerer Medianwert) und besser situierten Positionen (höherer Mittelwert).

Im Vergleich zu 2012 ist in vielen Branchen eine relative Verschlechterung der Erwerbssituation von Selbstständigen zu erkennen. Besonders deutlich zeigt sich dies im Finanzsektor, im Bereich Kommunikation und Information, den wirtschaftlichen Dienstleistungen und im Baugewerbe. In geringerem Umfang sind hiervon auch die Branchen Verkehr und Logistik (auf hohem Niveau) und Erziehung und Unterricht (auf niedrigem Niveau) betroffen. Zugewinne zeigen sich stark ausgeprägt bei Selbstständigen im verarbeitenden Gewerbe und moderat bei Selbstständigen im Gesundheits- und Sozialwesen und den wirtschaftlichen Dienstleistungen. Bei den sonstigen Dienstleistungen ist der Mittelwert und im Gastgewerbe der Median leicht angewachsen. Die in der Gesamttendenz eher fallenden Werte für die Erwerbsintegration von Selbstständigen lassen auf eine Veränderung der Situation von gut positionierten Personen schließen. Sie sprechen jedenfalls nicht für die These, dass prekäre Selbstständige die günstige Arbeitsmarktsituation nutzen, um in abhängige Beschäftigung zu wechseln. In diesem Fall hätte der Median der verbleibenden gut positionierten Selbstständigen steigen müssen. Somit liegt der Schluss nahe, dass sich entweder die Erwerbssituation gut positionierter Selbstständiger verschlechtert oder gerade ein Teil von ihnen seine selbstständige Tätigkeit aufgegeben hat.

Im längerfristigen Vergleich zwischen 2002, 2012 und 2015²³ fällt auf, dass für die Branche Bildung und Erziehung bei Selbstständigen die Fallzahlen 2002 so gering waren, dass sie statistisch nicht ausgegeben werden können. Da aber der Gesamtmedian unter dem Median für abhängig Beschäftigte liegt, war auch 2002 schon die Erwerbssituation von Selbstständigen in diesem Bereich ungünstiger als bei den abhängig Beschäftigten. Im Verarbeitenden Gewerbe lagen die Werte für Selbstständige deutlich unter denen für 2015, aber ebenso deutlich über denen für 2012. Kontinuierlich über alle drei Beobachtungszeiträume hat sich die Situation von Selbstständigen auch in den Bereichen Handel und Kfz-Reparatur und im Gastgewerbe verschlechtert. Im Baugewerbe war die Erwerbssituation für Selbstständige 2002 besser als 2015, allerdings liegen Median und Mittelwert 2002 auch deutlich unter den Werten für 2012. Gänzlich umgekehrt hierzu bildet sich die Entwicklung im Bereich Gesundheit und Soziales ab. Die mittleren Werte lagen 2002 über denen von 2012, im Vergleich zu 2015 waren sie aber noch deutlich niedriger.

Auf der Seite der abhängigen Beschäftigten ist im Gegensatz dazu zwischen 2012 und 2015 eine jeweils leichte Verbesserung in nahezu allen Wirtschaftszweigen zu erkennen, die mit der günstigeren Lage auf dem Arbeitsmarkt in Verbindung stehen dürfte. Lediglich bei den wirtschaftlichen Dienstleistungen ist ein deutlicher, im Bereich Handel/Kfz ein geringfügiger Rückgang zu beobachten. Im Bereich Erziehung und Unterricht sowie im Gesundheits- und Sozialwesen sind leicht abnehmende Werte von abhängig Beschäftigten festzustellen. Auch im längerfristigen Vergleich zu 2002 bestätigen sich leichte Verbesserungen für abhängig Beschäftigte. Durchgängig haben sich allerdings die Werte im Bereich Erziehung und Unterricht verschlechtert. Im Baugewerbe haben sich zwischen 2002 und 2012 die Erwerbsbedingungen ungünstig entwickelt, 2015 aber wieder das Niveau von 2002 erreicht.

²³ Auch hier sind Vergleiche aufgrund der Umstellung auf die WZ 2008 nur für einige Branchen möglich.

Tabelle 20: Index-Werte nach Branchen und Erwerbstyp 2015

2015						
	Gesamt		Selbstständige		Abhängig Beschäftigte	
	Median	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median	Mittelwert
1. Verarbeitendes Gewerbe	6,72	6,73	10,32	8,78	6,72	6,70
2. Öffentliche Verwaltung und Verteidigung	6,63	6,97	.	.	6,63	6,97
3. Finanzen, Versicherungen, Wohnungen	6,05	6,99	8,41	8,73	5,91	6,76
4. Information und Kommunikation	5,82	6,20	3,22	5,10	6,12	6,42
5. Energiewirtschaft	5,78	6,64	.	.	5,58	6,62
6. Verkehr und Lagerei	5,07	5,83	9,05	8,47	5,00	5,75
7. Erziehung und Unterricht	4,69	4,99	1,22	3,45	4,83	5,13
Mittlere Werte	4,62	5,16				
8. Baugewerbe	3,94	4,47	2,52	4,55	4,29	4,46
9. Wirtschaftliche Dienstleistungen	3,75	4,44	7,58	7,72	3,64	3,99
10. Handel und Kfz- Reparatur	3,52	4,03	2,69	4,46	3,56	3,99
11. Gesundheits- und Sozialwesen	3,5	4,23	8,93	7,94	3,50	3,88
12. Sonst. Dienstleistungen inkl. Private Haushalte	2,81	3,54	1,53	4,32	2,98	3,34
13. Gastgewerbe	2,08	2,39	1,76	3,21	2,01	2,31

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Tabelle 21: Index-Werte nach Branchen und Erwerbstyp 2012

2012						
	Gesamt		Selbstständige		Abhängig Beschäftigte	
	Median	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median	Mittelwert
1. Finanzen, Versicherungen, Wohnungen	6,38	6,75	13,75	10,56	5,78	6,16
2. Öffentliche Verwaltung und Verteidigung	6,30	6,61	-	-	6,30	6,61
3. Verarbeitendes Gewerbe	5,78	6,25	5,86	6,59	5,78	6,23
4. Energiewirtschaft	5,43	6,24	-	-	5,49	6,28
5. Information und Kommunikation	5,25	5,54	6,40	7,45	5,06	5,17
6. Erziehung und Unterricht	4,85	5,07	1,72	3,52	5,00	5,24
7. Verkehr und Lagerei	4,75	5,35	9,15	8,15	4,75	5,23
Mittlere Werte	4,38	4,95				
8. Baugewerbe	4,25	4,70	7,31	7,21	4,16	4,34
9. Handel und Kfz-Reparatur	3,72	4,28	4,29	6,09	3,72	4,05
10. Gesundheits- und Sozialwesen	3,5	4,26	3,34	6,73	3,50	3,97
11. Wirtschaftliche Dienstleistungen	3,38	4,13	3,28	3,62	1,72	3,52
12. Sonst. Dienstleistungen inkl. Private Haushalte	2,34	3,08	1,53	3,43	2,48	3,00
13. Gastgewerbe	1,85	2,17	1,34	3,17	1,94	2,04

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012 (On-Site), eigene Berechnungen

Tabelle 22: Index-Werte nach Branchen und Erwerbstyp 2002

2002						
	Gesamt		Selbstständige		Abhängig Beschäftigte	
	Median	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median	Mittelwert
Öffentliche Verwaltung	5,87		.		5,87	6,29
Energiegewinnung und Abwasser	5,71		.		5,71	5,96
Erziehung und Unterricht	5,65		.		5,95	6,22
Verarbeitendes Gewerbe	5,14		7,27	7,84	5,14	5,59
Mittlere Werte	4,26		3,26	5,81	4,29	4,63
Baugewerbe	4,16		3,89	4,87	4,23	4,49
Gesundheits- und Soziales	3,47		4,24	6,85	3,43	3,72
Handel und Reparatur	3,43		3,38	6,03	3,43	3,73
Gastgewerbe	1,93		2,63	5,43	1,82	2,29

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2002 (On-Site), eigene Berechnungen

Branchenspezifische Erwerbsintegration und soziale Merkmale

Unterschiedliche soziale Faktoren haben – wie in Kapitel 3.2 gezeigt – einen erheblichen Einfluss auf den Grad der Erwerbsintegration. Die Analyse dieser Faktoren jeweils für die einzelnen Branchen zeigt, dass ein originärer Brancheneffekt zu erkennen ist.

Qualifikation

Zwar unterscheiden sich die Branchen hinsichtlich der Anteile unterschiedlicher Qualifikationsniveaus, gleichwohl ermöglichen ähnliche hohe Qualifikationen unterschiedliche Qualitäten der Erwerbsintegration (Tab. 23).²⁴ So sind etwa in den Branchen mit hohem Integrationspotenzial über alle Qualifikationsniveaus hinweg Indexwerte zu erkennen, die über dem Gesamtdurchschnitt der entsprechenden Qualifikationsstufen liegen. Für die Branchen mit einem niedrigen Integrationspotenzial ist mit nahezu durchgängig unterdurchschnittlichen Werten der gleiche Zusammenhang zu erkennen.²⁵

²⁴ Auch hier wird der Indexwert in Form des Medians ausgegeben.

²⁵ Ausnahmen stellen die Werte für geringe Qualifikationen in den Bereichen Handel und Kfz sowie Gesundheit und Soziales dar, die über dem Gesamtdurchschnitt der Qualifikationsstufe liegen.

Tabelle 23: Qualifikationsstruktur und Indexwerte in den Branchen 2015

Wirtschaftszweige	Qualifikationsstufen						
	Niedrige Qualifikation		Mittlere Qualifikation		Hohe Qualifikation		Gesamt
	Anteil	Index	Anteil	Index	Anteil	Index	Anteil
Verarbeitendes Gewerbe	12,5	4,32	60,6	6,41	26,9	8,09	100
Öffentliche Verwaltung	3,9	4,5	60,8	6,38	35,3	8,07	100
Finanzen, Versicherung	1,8	.	71,1	5,78	27,2	7,66	100
Information und Kommunikation	11,3	2,33	37,5	5,37	51,3	6,51	100
Energiewirtschaft	17,1	4,15	57,1	5,10	25,7	9,56	100
Verkehr und Lagerei	11,1	3,72	72,5	5,00	16,5	8,05	100
Erziehung und Unterricht	6,0	1,00	28,2	3,09	65,7	6,04	100
Mittlere Werte	13,1	2,5	60,2	4,38	26,7	6,51	100
Baugewerbe	11,9	2,93	70,2	3,94	17,9	5,89	100
Wirtschaftliche Dienstleistungen	16,2	1,52	48,4	3,38	35,4	5,7	100
Handel und Reparatur	18,0	2,53	68,7	3,50	13,3	5,49	100
Gesundheits- und Soziales	12,8	2,73	64,1	3,44	23,2	5,20	100
Sonst, Dienstleistung	12,2	1,13	60,9	2,66	26,9	4,62	100
Gastgewerbe	32,8	1,31	63,4	2,42	3,7	4,16	100

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Zwar ist in jeder Branche das Prinzip wirksam, dass eine höhere Qualifikation mit einer besseren Erwerbssituation verbunden ist. Letztlich entscheidet allerdings nicht ausschließlich die Qualifikation, sondern maßgeblich die Branche in Verbindung mit dem Qualifikationsniveau über die Qualität der Erwerbsintegration. In diesem Sinne lässt sich ein diagonal versetztes Bild der Erwerbsintegration ablesen. In den besser situierten Branchen reicht auch eine niedrige Qualifikation aus, um im Mittel eine sichere Erwerbsintegration zu erreichen. In den Branchen am unteren Rand ist bei gering qualifizierten Personen eine zumeist prekäre Erwerbsintegration zu erkennen und selbst eine mittlere Qualifikation geht mit einem im Mittel prekären oder gefährdeten Integrationsniveau einher. In diesen Branchen liegen die Werte hoch qualifizierter Erwerbstätiger lediglich auf dem Niveau beruflich ausgebildeter Personen in den „guten“ Branchen. Eine im Mittel gehobene Erwerbsintegration ist schließlich nur bei den hoch qualifizierten Erwerbstätigen der oben positionierten Branchen festzustellen.

Der Vergleich zwischen 2002 (siehe Anhang III.3) und 2015 bestätigt diesen Befund. Auch für 2002 lässt sich somit ein prägender Einfluss der Branche auf die Erwerbssituationen festhalten. Besonders auffällig ist hier abermals der Prozess eines steigenden Qualifizierungsniveaus. Der Anteil der Hochqualifizierten ist beispielsweise um 61 Prozent (2002: 16,5 Prozent, 2015: 26,7 Prozent) gestiegen. Zugleich sind aber die Indexwerte vor allem bei den mittleren Qualifikationen gestiegen (2002: 4,29; 2015: 4,38). Sowohl bei den gering qualifizierten (2002: 2,68; 2015: 2,5) als auch bei den hoch qualifizierten Erwerbstätigen (2002: 6,91, 2015: 6,51) sind hingegen die Indexwerte gesunken.

Bei den über diesen Zeitraum vergleichbaren Branchen haben unterschiedliche Qualifikationsentwicklungen zu den divergierenden Entwicklungen der Integrationsniveaus in den Branchen beigetragen. Die Abnahme bzw. Zunahme des Anteils in der Regel besser situierten hoch qualifizierter Erwerbspersonen wirkt sich auch auf den Mittelwert aller Erwerbstätigen in der Branche aus. Während sich etwa im Bereich Erziehung und Unterricht der Anteil hoher Qualifikationen verringerte, hat sich dieser Anteil im verarbeitenden Gewerbe überdurchschnittlich entwickelt – nämlich mehr als verdoppelt.

Geschlecht

Der Blick auf die Zusammensetzung der Erwerbstätigkeit in den Branchen nach Geschlecht und die jeweiligen geschlechtsspezifischen Indexwerte geben Aufschluss darüber, inwieweit die divergierenden Niveaus der Erwerbsintegration auf das Geschlecht zurückzuführen sind (Tab. 24). Und tatsächlich sind in den Branchen mit den höchsten Indexwerten auch sehr hohe Anteile männlicher Erwerbstätiger zu erkennen. Im verarbeitenden Gewerbe und in der Energiewirtschaft stellen sie fast 80 Prozent und im Finanzbereich immerhin noch 60 Prozent. Nur in der

öffentlichen Verwaltung sind mit der Relation von 55 Prozent Männern und 45 Prozent Frauen fast ausgeglichene Geschlechteranteile wahrzunehmen. Am unteren Ende des Branchenrankings befinden sich Branchen mit einem überdurchschnittlich hohen Frauenanteil. Im Gastgewerbe und bei den sonstigen Dienstleistungen stellen sie 60 Prozent, im Bereich Soziales und Gesundheit sogar 75 Prozent. Allerdings sind in den wirtschaftlichen Dienstleistungen und in der Branche Handel und Reparatur von Kfz, die beide ebenfalls ein eher geringes Niveau der Erwerbsintegration aufweisen, annähernd gleiche Anteile von Männern und Frauen zu erkennen.

Neben den deutlich unterschiedlichen Beschäftigungsanteilen in den gut positionierten „Männerbranchen“ und eher prekären „Frauenbranchen“, zeigt sich, dass in allen Branchen die Indexwerte für beide Geschlechter gemeinsam entweder positiv oder negativ von den Durchschnittswerten in der Gesamtverteilung abweichen. Im verarbeitenden Gewerbe etwa lassen sich für Männer und Frauen gute Erwerbsbedingungen vorfinden, im Gastgewerbe sind nicht nur weibliche, sondern auch männliche Erwerbstätige von prekären Bedingungen betroffen. Es ist also festzuhalten, dass die konkreten geschlechtsspezifischen Erwerbssituationen maßgeblich auch von der Branche geprägt sind.²⁶

Tabelle 24: Geschlechterstruktur und Indexwerte in den Branchen 2015

Wirtschaftszweige	Geschlechterverteilung				Gesamt Anteil
	Männlich		Weiblich		
	Anteil	Index	Anteil	Index	
Verarbeitendes Gewerbe	78,7	6,72	21,3	4,25	100
Öffentliche Verwaltung	54,4	8,16	45,6	5,78	100
Finanzen, Versicherung	60,5	7,66	39,5	5,49	100
Information und Kommunikation	73,8	6,44	26,6	3,99	100
Energiewirtschaft	82,9	6,51	17,1	4,79	100
Verkehr und Lagerei	73,1	5,78	26,9	4,50	100
Erziehung und Unterricht	29,8	6,50	70,2	3,94	100
Mittlere Werte	55,4	5,78	44,6	3,44	100
Baugewerbe	88,3	4,29	11,7	2,91	100
Wirtschaftliche Dienstleistungen	49,8	5,20	50,3	2,83	100
Handel und Reparatur	46,7	4,70	50,3	2,97	100
Gesundheits- und Soziales	24,4	5,17	75,7	3,30	100
Sonst, Dienstleistung	40,4	3,95	59,6	2,44	100
Gastgewerbe	39,9	2,19	60,1	1,77	100

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Der Vergleich zu 2002 (siehe Anhang III.3) bestätigt die unterschiedlichen Integrationsniveaus in den „Männer- und Frauenbranchen“. Allerdings sind in den acht über diese Referenzzeitpunkte hinweg vergleichbaren Branchen für 2002 gleich drei asynchrone Geschlechtereffekte in den Branchen zu erkennen. Auffallend ist zum einen der schlechte Indexwert für Frauen im Bereich der Energiewirtschaft und die jeweils unterdurchschnittlichen Werte für Männer in der Bauwirtschaft sowie im Bereich Gesundheit und Soziales, während die der Frauen hier überdurchschnittlich ausgefallen sind. Deutlich wird auch, dass in den Bereichen Gesundheit und Soziales und Baugewerbe Frauen in 2002 im Mittel noch eine Erwerbssituation erreicht haben, die der gesicherten Mitte zuzurechnen war, 2015 aber es nur noch im Mittel für eine gefährdete Integration reicht. Bei den Männern ließ sich in der Branche Erziehung und Unterricht 2002 noch eine im Mittel gehobene Erwerbsintegration beobachten, die 2015 nur noch in die gesicherte Mitte fällt.

²⁶ Es steht dabei außer Frage, dass die gesellschaftlichen Wertigkeiten (und damit auch die Erwerbssicherheit und vor allem die Einkommen) von „Frauenberufen“ und „Männerberufen“ noch immer von einem traditionellen Geschlechterverhältnis geprägt sind und für weiblich konnotierte Tätigkeiten geringer ausfallen.

Vollzeit- und Teilzeittätigkeiten

Das Einkommen ist - als eine wesentliche Dimension der Erwerbsintegration – sehr stark vom jeweiligen Umfang der Arbeitszeit abhängig. Da Frauen häufiger in Teilzeit arbeiten (vgl. Kapitel 3.2), ist es nicht überraschend, dass sich bei der Betrachtung der jeweiligen Indexwerte je nach Arbeitszeitumfang ähnliche Tendenzen zeigen wie bei der Unterscheidung nach dem Geschlecht. So sind die Branchen am oberen Rand des Rankings nicht nur vorwiegend männlich besetzt, sondern auch von Vollzeitstätigkeiten dominiert. Allerdings sind hier auch die Finanzdienstleistungen und die öffentliche Verwaltung mit überdurchschnittlichen Vollzeitanteilen vertreten. Die Branchen am unteren Ende des Rankings hingegen sind von Teilzeittätigkeiten geprägt.

Tabelle 25: Struktur und Indexwerte in den Branchen nach Arbeitszeitumfang 2015

Wirtschaftszweige	Arbeitszeiten				
	Vollzeit		Teilzeit		Gesamt
	Anteil	Index	Anteil	Index	Anteil
Verarbeitendes Gewerbe	88,9	6,72	11,1	2,50	100
Öffentliche Verwaltung	78,4	7,55	21,6	4,56	100
Finanzen, Versicherung	79,0	6,87	21,1	4,16	100
Information und Kommunikation	71,3	6,51	28,8	2,96	100
Energiewirtschaft	94,3	6,21	5,7	1,41	100
Verkehr und Lagerei	84,2	5,78	15,8	2,73	100
Erziehung und Unterricht	57,3	6,51	42,7	2,50	100
Mittlere Werte	71,1	5,71	28,9	2,22	100
Baugewerbe	85,7	4,62	14,3	1,72	100
Wirtschaftliche Dienstleistungen	64,6	5,04	35,4	1,49	100
Handel und Reparatur	64,1	4,75	35,9	2,0	100
Gesundheits- und Soziales	57,3	4,41	42,7	2,61	100
Sonst, Dienstleistung	52,6	3,94	47,4	1,75	100
Gastgewerbe	44,2	3,5	55,8	1,20	100

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Allerdings lässt sich auch hier erkennen, dass die Erwerbssituationen von Vollzeit- und Teilzeittätigkeiten je nach Branche miteinander in Verbindung stehen. Überdurchschnittlich gute Erwerbsbedingungen herrschen beispielsweise in der Finanzbranche sowohl für Vollzeit- als auch für Teilzeiterwerbstätige, unterdurchschnittliche zeigen sich etwa im Bereich der wirtschaftlichen Dienstleistungen. Abweichungen von diesem einheitlichen Erscheinungsbild sind lediglich in der Energiewirtschaft und im Bereich Gesundheit und Soziales auszumachen. In der Energiewirtschaft sind die Teilzeitkräfte benachteiligt, im Bereich Gesundheit und Soziales sind es dagegen die Vollzeitkräfte.

Insgesamt erreichen Erwerbstätige, die in Teilzeit arbeiten, in der öffentlichen Verwaltung und in den Finanzdienstleistungen eine mittlere Erwerbsposition, die der gesicherten Mitte zugerechnet werden kann. Für Vollzeiterwerbstätige in der Gastronomie hingegen reicht es lediglich für eine im Mittel gefährdete Erwerbsintegration.

Im Vergleich zum Jahr 2002 (siehe Anhang III.3) haben sich die Vollzeitanteile insgesamt reduziert. Einzig in der Energiewirtschaft gibt es 2015 einen größeren Anteil von Vollzeitbeschäftigten. Im verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft haben sich die Teilzeitanteile nur unterdurchschnittliche entwickelt, in der Branche Handel und Reparatur von Kfz sowie im Gastgewerbe haben sie sich deutlich ausgeweitet. Auch 2002 waren die Erwerbsbedingungen in den Branchen für unterschiedliche Arbeitszeitumfänge schon parallelisiert. Ausnahmen lassen sich für das verarbeitende Gewerbe erkennen, in dem die Teilzeitbeschäftigten benachteiligt waren und – wie

auch 2015 noch – die Vollzeitbeschäftigten im Bereich Gesundheit und Soziales. Auffällig ist zudem die Entwicklung im Bereich Erziehung und Unterricht. Ermöglichten hier 2002 Teilzeiterwerbstätigkeiten eine im Mittel gesicherte und Vollzeiterwerbstätigkeiten eine im Mittel gehobene Integration, sind sie 2015 jeweils abgerutscht. Im Mittel wird 2015 durch Teilzeit nur noch eine prekäre und durch Vollzeit eine gesicherte Erwerbssituation erreicht.

Regressionsanalysen zu ausgewählten Branchen

Für diejenigen Branchen in Bremen, die eine hohe Zahl an Erwerbstätigen aufweisen, können vertiefende multivariate Analysen durchgeführt werden, um zu klären, welche Rolle jeweils soziale Faktoren hinsichtlich der Prekarität bzw. Privilegierung von Erwerbssituationen spielen. Es geht also darum, ob sich branchenspezifische Abweichungen bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Effekte von Geschlecht, Alter, Qualifikation, Migrationshintergrund und Erwerbstyp erkennen lassen (zu den allgemeinen Trends vgl. Kapitel 3.2). Dies kann mit Blick auf das verarbeitende Gewerbe, den Handel (inkl. Kfz-Reparatur), den Bereich Verkehr und Lagerei, die wirtschaftlichen Dienstleistungen sowie die Branche Gesundheit und Soziales erfolgen.

Orientierungshilfe zur Methodik: Die entsprechenden Regressionsanalysen sind im Anhang III.4 dokumentiert. Aus diesen Detailergebnissen wurde eine Synopse mit den auffälligen Befunden herausdestilliert (Tab. 26).

Insgesamt stützen die multivariaten Analysen die generellen Ergebnisse aus Kapitel 3.2: Soziale Merkmale haben einen erheblichen – und nachweislich signifikanten – Einfluss auf die Erwerbsintegration; auch in Bezug auf spezifische Branchen.

In Bezug auf das Geschlecht konnte allgemein herausgearbeitet werden, dass Frauen eher den beiden unteren und Männer den oberen Integrationsklassen zugehören. Dies bestätigt sich auch durch die vertiefenden Branchenanalysen. Abweichend davon kann dieser harsche Geschlechtereffekt im Bereich Verkehr und Lagerei nicht festgestellt werden. Auffallend ist auch, dass in der Branche Gesundheit und Soziales Frauen zwar eine hohe Wahrscheinlichkeit haben, der gefährdeten Klasse zuzugehören, ein solcher Effekt für die Zuordnung zur prekären Klasse statistisch aber nicht signifikant ist. Dafür lässt sich aber nur für den Bereich Gesundheit und Soziales ein signifikanter Zusammenhang feststellen, dass Männer eher der exklusiven Klasse zuzurechnen sind.

Die mit zunehmendem Alter steigende Wahrscheinlichkeit, dass die Erwerbstätigen höheren Integrationsklassen angehören, lässt sich auch in den vertiefenden Branchenanalysen voll umfänglich bestätigen.²⁷ Ähnliches gilt auch für die Qualifikation. Bei geringen Qualifikationen ist die Wahrscheinlichkeit höher, den beiden unteren Integrationsklassen zuzugehören, bei hohen Qualifikationen sind die Personen häufiger in den beiden oberen Klassen anzusiedeln. Dieser ansonsten sehr stringente Zusammenhang ist in den Bereichen Handel und Kfz sowie den wirtschaftlichen Dienstleistungen abgemildert, da sich die Detailergebnisse zum großen Teil nicht auf statistisch signifikantem Niveau befinden. Auffallend ist insbesondere, dass die Zugehörigkeit zur exklusiven Klasse in diesen beiden Wirtschaftszweigen vergleichsweise wenig vom Qualifikationsniveau abhängt: Auch Personen mit mittleren oder gar geringen Qualifikationen haben hier Chancen, zu dieser Klasse zu gehören.

²⁷ Eine Ausnahme bilden hier lediglich die wirtschaftlichen Dienstleistungen, in denen der Alterseffekt statistisch nicht signifikant ist.

Tabelle 26: Synopse zu den Ergebnissen der branchenbezogenen Regressionsanalysen

	Geschlecht	Alter	Qualifikation	Migration	Erwerbstyp
Verarbeitendes Gewerbe	Starke Effekte für Frauen in der prekären Klasse und für Männer in der gehobenen Mitte und der privilegierten Klasse	Erwartungskonform: je älter desto höher die Klasse	Erwartungskonform: je höher die Qualifikation, desto höher die Indexwerte	Bestätigt allgemeine Tendenz: Migration eher in der prekären und gefährdeten Klasse. Effekte bei der exklusiven Klasse, aber nicht signifikant	Starker Effekt an beiden Polen prekäre und exklusive Klasse
Handel und Kfz	Starker Effekt für Frauen in der prekären und gefährdeten Klasse und für Männer in der gesicherten und gehobenen Mitte und der privilegierten Klasse. Abgeschwächter Geschlechtseffekt bei der exklusiven Klasse, aber nicht signifikant	Erwartungskonform: je älter desto höher die Klasse	Erwartungskonform, abgeschwächter Effekt bei niedriger Qualifikation in der gehobenen Mitte und der privilegierten Klasse und bei hoher Qualifikation und der exklusiven Klasse, aber jeweils nicht signifikant	Starker Effekt bei Migration und prekäre Klasse, abgeschwächte Effekte bei Migration und gehobene Mitte und exklusive Klasse, aber nicht signifikant	Starker Effekt an beiden Polen prekäre und exklusive Klasse
Verkehr/Lagerei	Relativ schwache Effekte bei Frauen in der prekären Klasse und Männern in der privilegierten Klasse	Erwartungskonform: je älter desto höher die Klasse	Erwartungskonform, insgesamt starke Effekte	Gegen die allgemeine Tendenz: positiver Effekt von Migration zur gesicherten Mitte zu gehören	Starker positiver Effekt von Selbstständigkeit und prekäre und exklusive Klasse, aber nicht signifikant
Wirt. Dienstleistungen	Starke Effekte Frauen prekär, Männer gehobene Mitte	Erwartungskonform, aber nicht signifikant	Erwartungskonform, abgeschwächter Effekt bei niedriger und hoher Qualifikation in der exklusiven Klasse, aber nicht signifikant	Bestätigt allgemeine Tendenz	Starker Effekt Selbstständigkeit und exklusiven Klasse. Kein Effekt Selbstständigkeit und prekäre Klasse, aber nicht signifikant. Effekt Selbstständigkeit und gehobene Mitte, aber nicht signifikant
Gesundheit/Soziales	Starke Effekte Frauen gefährdet und Männer exklusiv	Erwartungskonform: je älter desto höher die Klasse	Erwartungskonform, starke Effekte für hohe Qualifikation und gehobene Mitte bzw. exklusive Klasse. Effekt hohe Qualifikation und gefährdete Klasse, aber nicht signifikant	Bestätigt allgemeine Tendenz, aber nicht signifikant	Starke Effekte an beiden Polen prekäre und exklusive Klasse

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Ergebnisse des Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Wenn Erwerbstätige einen Migrationshintergrund haben, gehören sie häufiger den unteren Integrationsklassen an. Diese allgemeine Tendenz bestätigt sich auch weitgehend in den vertiefenden Branchenanalysen. Eine Ausnahme bildet allerdings dabei der Bereich Verkehr und Lagerei, da hier Erwerbstätige mit Migrationshintergrund eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, der gesicherten Mitte zuzugehören, und die anderen Befunde insgesamt kaum statistisch signifikant sind.

Hinsichtlich der Selbstständigen bestätigt sich vor allem die Polarisierung dieser Gruppe. Es sind in der Regel starke und signifikante Effekte bei der Zuordnung zu den beiden Polen zu konstatieren. Sie haben daher hohe Wahrscheinlichkeiten entweder der prekären oder der exklusiven Klasse zuzugehören. Eine Ausnahme bilden die beiden Branchen Verkehr und Lagerei sowie die wirtschaftlichen Dienstleistungen, in denen die Wahrscheinlichkeiten für Selbstständige, der prekären Klasse zuzugehören, statistisch nicht signifikant sind.

Insgesamt bestätigen die vertiefenden Regressionsanalysen zu den ausgewählten Branchen die grundlegenden Wirkungen von Geschlecht, Alter, Qualifikation, Migrationshintergrund und Erwerbstyp. Oder anders gesagt: Alle Branchen funktionieren hinsichtlich dieser sozialen Faktoren zunächst einmal ähnlich. Im Bereich Verkehr und Lagerei herrschen allerdings besondere Bedingungen, da der geschlechtsspezifische Bias kaum nachweisbar ist, ein Migrationshintergrund kaum negative Effekte hat und Selbstständige keine höhere Wahrscheinlichkeit haben, der prekären Klasse zuzugehören. Hervorzuheben ist außerdem, dass die Wirtschaftszweige Handel und Kfz sowie wirtschaftliche Dienstleistungen augenscheinlich offener dafür sind, dass es Erwerbstätige ohne hohe Qualifikation schaffen, in die exklusive Klasse vorzudringen.

Die Branchenanalysen zeigen insgesamt ein deutlich polarisiertes Feld. Positiv heben sich solche Bereiche ab, die durch großbetriebliche Strukturen und gut ausgebaute Mechanismen der kollektiven Regulierung (Tarifdeckung und Mitbestimmungskulturen) geprägt sind. Besonders negativ fallen hingegen die Dienstleistungsbereiche auf, die auf den privaten Konsum zielen und durch geringe Qualifikationsanforderungen sowie schwache kollektive Akteure gekennzeichnet sind. Es zeigt sich dabei, dass die Werte beider Teilindizes teilweise miteinander parallelisiert sind. D.h., hohe Einkommen gehen häufig mit einem hohen Erwerbsstatus und geringe Einkommen mit eher geringeren Werten für den Erwerbsstatus einher. Auch wenn diese Korrelation nicht durchgängig zu beobachten ist, so ist doch an den beiden Rändern festzustellen, dass Chancen und Risiken in Bezug auf Einkommen und Erwerbsstabilität kumulieren.

Mit Blick auf die interne Verteilung der Integrationsklassen in den einzelnen Branchen lassen sich bei den eher großbetrieblich strukturierten gesicherten Branchen große Erwerbstätigenanteile in der Mitte feststellen, unterdurchschnittlich prekäre und überdurchschnittlich viele privilegierte Erwerbssituationen. Demgegenüber bilden bei den einfacheren Dienstleistungen die prekären und gefährdeten Positionen die Mehrheit. Auch bei ihnen kommen privilegierte Erwerbssituationen vor, sie stellen aber eine quantitativ fast marginale Erscheinung dar. Im mittleren Branchentyp lässt sich die Mehrzahl der Erwerbssituationen noch den mittleren Integrationsklassen zuordnen, die von durchschnittlich starken gefährdeten/prekären und privilegierten Klassen flankiert werden. Insgesamt bestätigt die Binnenverteilung von Integrationsklassen damit eine Polarisierung zwischen den Branchen. Eine Polarisierung in den Branchen selbst lässt sich hingegen kaum feststellen.

Die generell erhebliche Polarisierung innerhalb der Gruppe der Selbstständigen ist auch in den meisten Branchen zu erkennen. Besonders negativ fallen die Bereiche Information und Kommunikation sowie Erziehung und Unterricht aus, in denen die erfolgreichen Unternehmer nicht ausreichen, die ungünstigen Bedingungen für eine größere Zahl von prekären Selbstständigen zumindest für die Gesamtstatistik auszugleichen. Demgegenüber sind allerdings Selbstständige in einigen Branchen auch im Vergleich zu abhängig Beschäftigten bevorteilt. Für die Finanzdienstleistungen und den Bereich Gesundheit und Sozialwesen liegt die Vermutung nahe, dass hier traditionelle Formen der Selbstständigkeit bzw. Freiberuflichkeit (Versicherungsagenten, Immobilienverwalter, Ärzte) noch immer zu einer guten Erwerbssituation beitragen. Im verarbeitenden Gewerbe und auch im Bereich Verkehr und Lagerei dürfte dies auf ein klassisches Unternehmertum zurückzuführen sein, in dessen Rahmen es Erwerbstätigen durch unternehmerisches Geschick gelingt, Betriebe mit einer größeren Mitarbeiterzahl aufzubauen und sich langfristig ökonomisch zu halten.²⁸ Bei der Gegenüberstellung der jeweiligen Strukturen von Qualifikation, Geschlecht und Arbeitszeitumfang mit den Indexwerten in den Branchen bestätigt sich ein dominanter Effekt der Branche auf die Erwerbssituation. Jeder dieser Faktoren hat für sich eine gewichtige strukturierende Bedeutung, wird aber von den Bedingungen in den Branchen überlagert.

²⁸ Ob die vergleichsweise gute Situation von Selbstständigen im Bereich der wirtschaftlichen Dienstleistungen ebenfalls auf Formen hoch qualifizierter Selbstständigkeit (z.B. Ingenieurdienstleistungen) oder auf die erfolgreiche Führung größerer Unternehmen zurückzuführen ist, muss an dieser Stelle offenbleiben.

3.4 Regionale Differenzen der Erwerbsintegration

Erwerbsintegration im Bundesländervergleich

Das allgemeine Niveau der Erwerbsintegration wird durch die Maße der zentralen Tendenz, also den Mittelwert und den Median beschrieben (Tab. 27). Deren Werte fallen auf der Ebene der gesamten Bundesrepublik mit 4,36 (Median) bzw. 5,04 (Mittelwert) deutlich geringer aus als die mittleren Indexwerte im Land Bremen (4,62 Median und 5,15 Mittelwert). Die Erwerbsintegration in Bremen liegt mithin auf einem insgesamt überdurchschnittlichen Niveau.

Die Differenzierung nach neuen und alten Bundesländern verdeutlicht eine nach wie vor große erwerbsintegrative Disparität. Die Indexwerte in Westdeutschland bzw. den alten Bundesländern fallen mit einem Medianwert von 4,5 und einem arithmetischen Mittel von 5,19 deutlich höher aus als in den neuen Bundesländern (Median 3,72; Mittelwert 4,29). Dennoch liegen die Median- und Mittelwerte für Bremen auch über denen für die westdeutschen Bundesländer.

Orientierungshilfe zur Methodik: Die Analysen in diesem Kapitel orientieren sich – wie im Falle der Betrachtungen für Bremen – am Arbeitsstättenprinzip, d.h. sie beruhen auf der Gesamtzahl der Erwerbsverhältnisse in der jeweiligen Gebietseinheit. Damit die Befunde in diesem Kapitel einfach vergleichbar sind, wird überdies – sofern nicht anders ausgewiesen – der Bundesmedian für alle Gebietseinheiten als Referenzgröße genutzt. Daraus erklärt sich, dass die Indexwerte für Bremen in diesem Kapitel von den entsprechenden Werten in den anderen Kapiteln abweichen.

Tabelle 27: Tendenzen der Erwerbsintegration nach Bundesländern 2015

Gebietseinheit	Gesamt		Einkommen		Status	
	Median	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median	Mittelwert
Bundesgebiet	4,36	5,04	5,00	6,03	8,92	8,25
Westdeutschland	4,50	5,19	5,00	6,18	8,92	8,25
Ostdeutschland	3,72	4,29	4,38	5,19	8,50	8,22
Hamburg	5,04	5,81	5,78	7,14	8,92	8,36
Hessen	4,75	5,44	5,78	6,54	9,00	8,29
Bayern	4,69	5,35	5,78	6,36	8,92	8,36
Baden-Württemberg	4,62	5,32	5,78	6,35	8,92	8,22
Bremen	4,62	5,15	5,00	6,00	9,00	8,27
Nordrhein-Westfalen	4,48	5,08	5,00	6,04	8,92	8,23
Saarland	4,34	4,79	5,00	5,61	9,00	8,20
Niedersachsen	4,25	4,82	5,00	5,70	8,92	8,22
Rheinland-Pfalz	4,25	4,89	5,00	5,78	8,92	8,16
Berlin	4,16	4,78	5,00	5,90	8,50	8,18
Schleswig-Holstein	4,05	4,72	5,00	5,69	8,50	8,09
Brandenburg	3,56	4,19	4,38	5,05	8,50	8,26
Sachsen	3,56	4,14	4,38	4,99	8,50	8,21
Sachsen-Anhalt	3,56	4,12	4,38	4,94	8,58	8,23
Thüringen	3,56	4,12	4,38	4,91	8,92	8,28
Mecklenburg-Vorpommern	3,50	4,02	4,38	4,85	8,50	8,20

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Wie der Tabelle 27 zu entnehmen ist, rangiert Bremen also im Vergleich mit den anderen Bundesländern verhältnismäßig weit oben in einer Gruppe mit den wirtschaftsstarken Bundesländern Hamburg, Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Dieser Befund mag angesichts der eher ungünstigen Werte Bremens bei Sozialstruktur-, Arbeitsmarkt-, Armuts- und Bildungsindikatoren etwas verwundern: Deutlich erkennbar wird hier zunächst der Effekt einer verhältnismäßig starken, großstädtischen Wirtschaftsstruktur, der umso stärker durchschlägt, als hier nur Erwerbsverhältnisse bzw. Erwerbspersonen betrachtet werden und daher ein großer Teil der besonders armutsrelevanten Bevölkerungsteile (Kinder, Alte, Erwerbslose etc.) per se nicht berücksichtigt wird. Insofern deutet das Auseinanderklaffen von relativ guten Werten bei der Erwerbsintegration einerseits und den eher ungünstigen Werten zur sozialen Strukturierung der Gesamtbevölkerung darauf hin, dass das im Vergleich mit

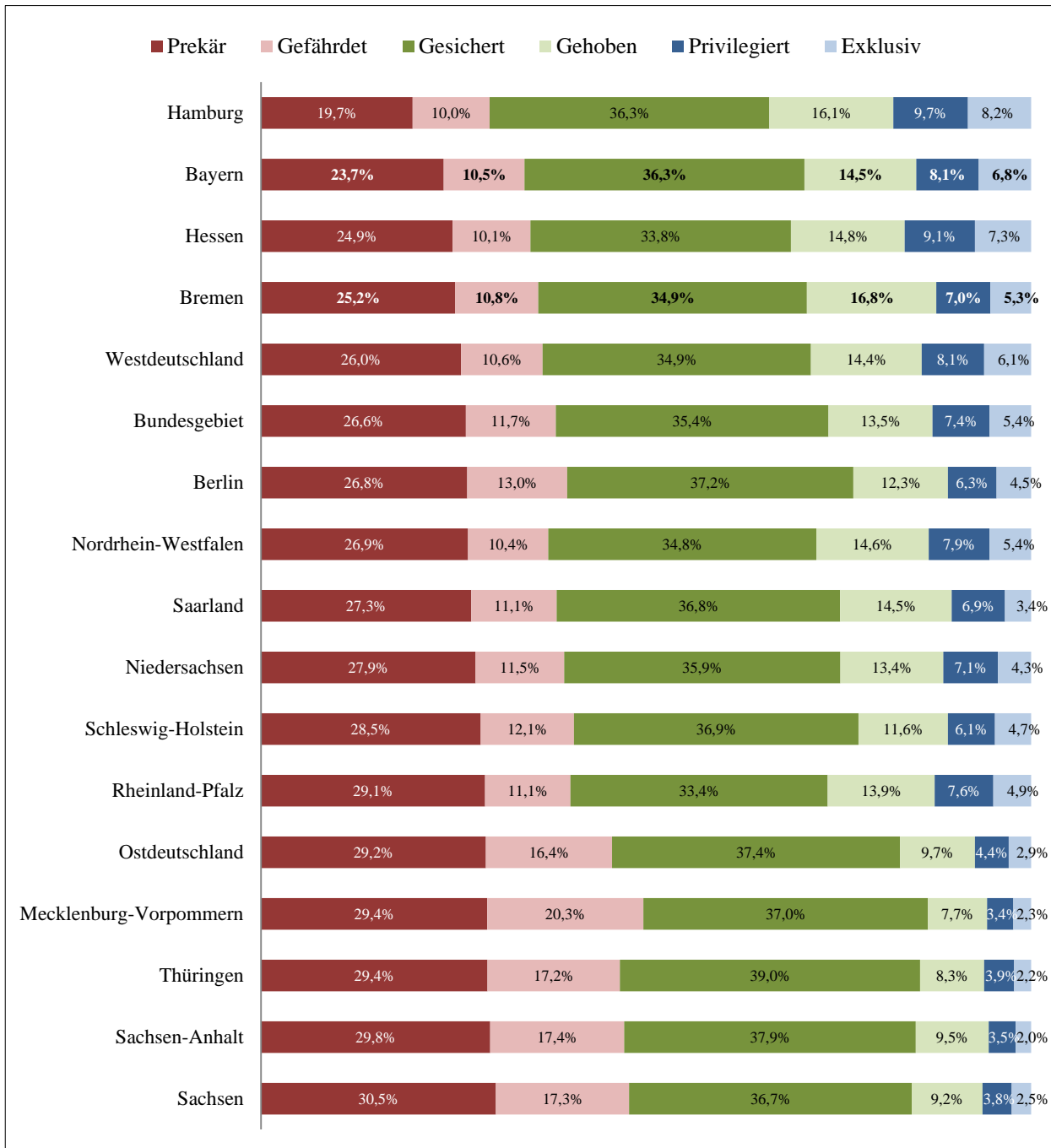
anderen Bundesländern hohe Niveau der Erwerbsintegration im Land Bremen jedoch nicht hinreicht, um die besonders ausgeprägte soziale Polarisierung zu verhindern.

Da die Armutsanalysen sich zudem vorwiegend auf Einkommensindikatoren stützen, wird eine relativ ungünstigere Position Bremens auch aus der Art der Erwerbsintegration erklärbar: Vor allem in der Einkommensdimension fällt Bremen erkennbar hinter die anderen wirtschaftsstarken Bundesländer Hamburg, Hessen, Bayern oder Baden-Württemberg zurück; tatsächlich bewegt sich Bremen beim Einkommen nur auf dem Niveau des Bundesdurchschnitts und erreicht bei Weitem nicht das Einkommensniveau des Stadtstaats Hamburg. Dies verweist auf eine möglicherweise ungünstige Position Bremens im Großstädtevergleich (s.u.). Verglichen mit den anderen Bundesländern - und trotz einer hohen Leiharbeitsquote in Bremen von ca. vier Prozent²⁹ - fällt allerdings der Erwerbsstatus für Bremen insgesamt recht positiv aus. Der Median des Erwerbsstatus liegt hier bei 9,00 und verzeichnet damit - zusammen mit Hessen und dem Saarland - den höchsten Wert in Deutschland. Und auch beim arithmetischen Mittel liegt Bremen zusammen mit Hessen, Thüringen und Bayern in der Spitzengruppe der Bundesländer. Im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt und zu den anderen Bundesländern ergibt sich daher die relativ gute Positionierung Bremens vor allem aus einem vergleichsweise hohen Erwerbsstatus.

Knapp 27 Prozent aller Erwerbstätigen im gesamten Bundesgebiet entfallen auf die prekäre Klasse und weitere knapp zwölf Prozent sind vom Abrutschen in eine prekäre Erwerbssituation bedroht. Im Bereich der gesicherten und der gehobenen Mitte befinden sich rund 50 Prozent aller Erwerbsverhältnisse (35,4 Prozent gesicherte und 13,5 Prozent gehobene Mitte; vgl. unten, Abb. 9). Im oberen Bereich der Erwerbsstruktur Deutschlands sind insgesamt gut 14 Prozent der Erwerbsverhältnisse angesiedelt: acht Prozent in der privilegierten und sechs Prozent in einer exklusiven Erwerbssituation. Der Befund aus der Analyse von Mittel- und Medianwerten bestätigt sich hier: Die Gesamtstruktur der Erwerbsintegration ist von den wirtschaftsstarken westdeutschen bis zu den ostdeutschen Bundesländern in der Tendenz „nach unten“ verschoben, d.h. dass die Anteile der prekären und prekariätsgefährdeten Erwerbstätigkeiten von West nach Ost zunehmen, während die Anteile der privilegierten Erwerbsverhältnisse in den ostdeutschen Ländern auf minimale Werte zusammenschrumpfen. Verhältnismäßig schwach ausgeprägt sind in den östlichen Bundesländern auch die Anteile der gehobenen Erwerbsintegration.

²⁹ Dieser Anteil der Arbeitnehmerüberlassung ergibt sich aus den Berechnungen auf Basis des Mikrozensus, in dem die Beantwortung der entsprechenden Frage allerdings nicht verpflichtend ist. Andere Quellen weisen für Bremen höhere Leiharbeitsquoten aus.

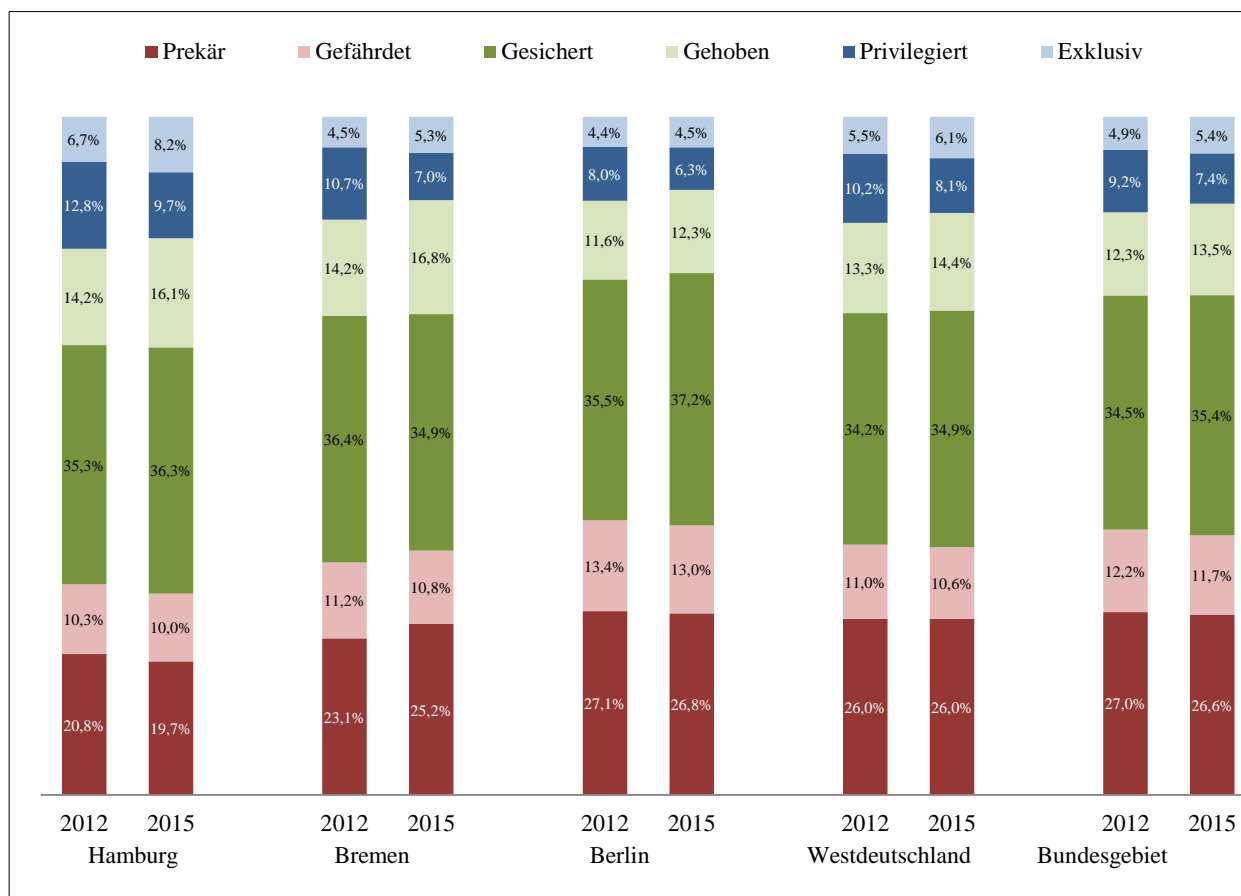
Abbildung 9: Verteilung der Integrationsklassen nach Bundesländern 2015*



*Werte für Brandenburg und Baden-Württemberg waren nicht verlässlich zu ermitteln

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Eine vergleichsweise gute Position Bremens im Ländervergleich zeigt sich etwa in den unterdurchschnittlichen Anteilen der prekären und prekärgefährdeten Erwerbsverhältnisse. Zusammen mit Hamburg weist Bremen zudem die höchste Quote traditioneller Normalbeschäftigung auf. Besonders auffällig ist überdies, dass Bremen im Jahr 2015 mit knapp 17 Prozent Spitzenreiter beim Anteil der gehobenen Mitte ist. In keinem anderen Bundesland ist der Anteil dieser Erwerbsklasse so stark ausgeprägt wie in Bremen. Der Durchschnitt auf Bundesebene liegt bei 13,5 Prozent und in den alten Bundesländern bei 14,4 Prozent.

Abbildung 10: Entwicklung der Integrationsklassen in den Stadtstaaten 2012 bis 2015

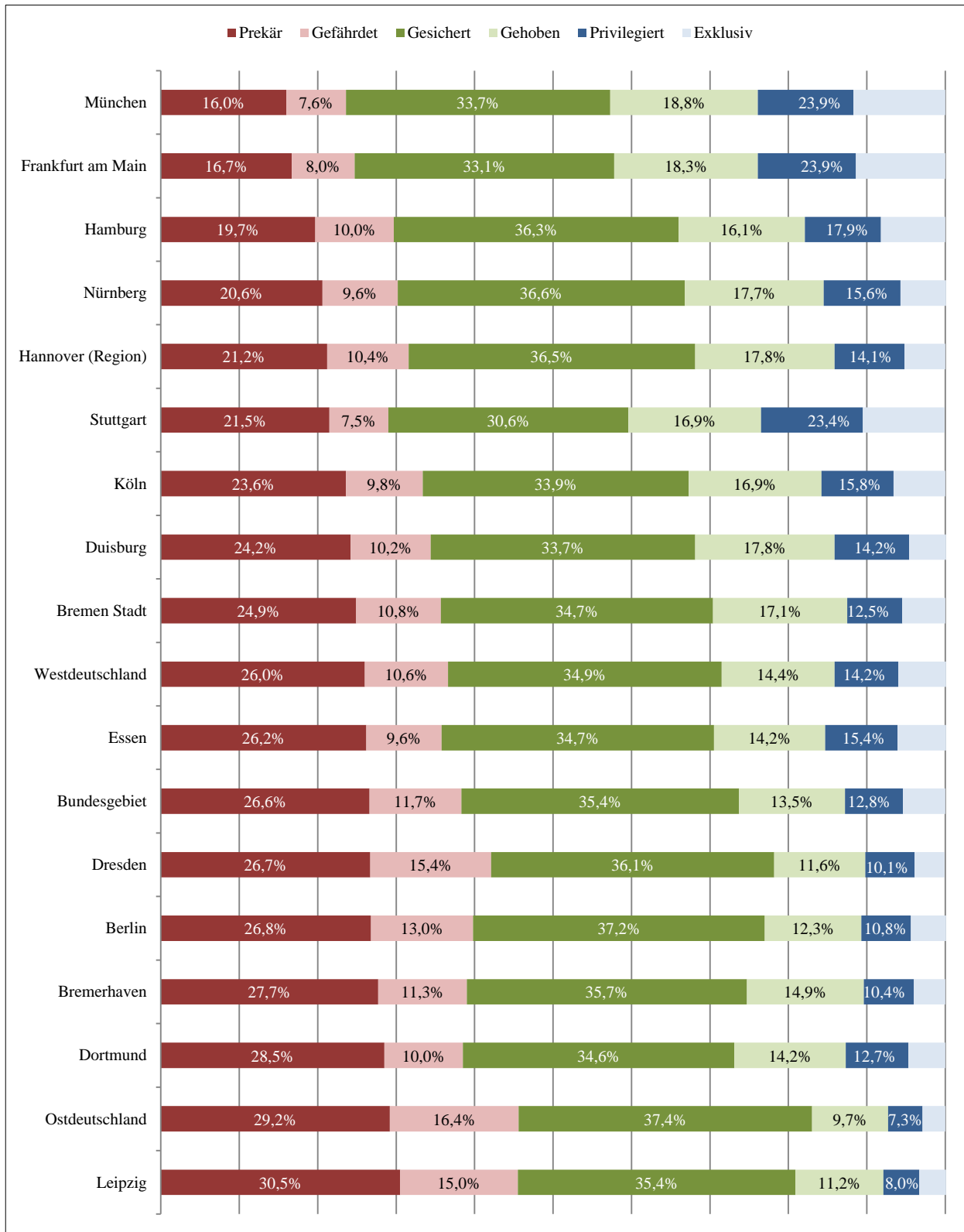
Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012 und 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Lediglich Hamburg erreicht mit 16,1 Prozent hier annähernd den Wert von Bremen. Die exklusiven und privilegierten Erwerbsverhältnisse liegen dagegen in Bremen etwa auf dem Niveau des bundesdeutschen Durchschnitts und damit deutlich unter dem Niveau Hamburgs und der anderen wirtschaftsstarken Bundesländer. Insofern ist der Befund einer verstärkten Polarisierung der Erwerbsstruktur etwas zu relativieren: Auch in Bremen hat diese Polarisierung stattgefunden (vgl. Kap. 3.1 und Abb. 10), aber im regionalen Vergleich zeigt sich, dass diese Tendenz in Bremen schwächer ausgeprägt war, als in den anderen westdeutschen Bundesländern.

Erwerbsintegration im Städtevergleich

Wegen der strukturellen Unterschiede zu den Flächenstaaten sind Vergleiche mit den anderen Stadtstaaten und insbesondere mit den anderen Großstädten aufschlussreich. Hier zeigt sich, dass während der Phase von 2012 bis 2015 sowohl in der gesamten Bundesrepublik als auch in den Stadtstaaten Hamburg und Berlin ein Rückgang der prekären Erwerbsintegration zu verzeichnen war, der sich in Bremen jedoch nicht eingestellt hat. Hier ist im Gegenteil die prekäre Beschäftigung um fast zwei Prozentpunkte angewachsen. Mit anderen Worten: Bremen steht, was die Anteile in den Klassen prekärer bzw. gefährdeter Erwerbsintegration betrifft, zwar (noch) überdurchschnittlich gut da; der bundesweit positive Trend der letzten Jahre ist jedoch in Bremen nicht angekommen und daher ist Bremen der einzige Stadtstaat mit einer negativen Entwicklung im unteren Bereich der Erwerbsstruktur.

Abbildung 11: Erwerbsstruktur im Großstädtevergleich 2015 („privilegiert“ und „exklusiv“ aggregiert)



Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Der Vergleich der Großstädte zeigt darüber hinaus etwa das erwartete Bild: Mit Anteilen von unter 30 Prozent aller Erwerbstätigen in den prekären und gefährdeten Klassen der Erwerbsintegration befinden sich Hamburg, Frankfurt/M. und München an der Spitze der Skala (Abb. 11). Insbesondere in Frankfurt und München sind auch die oberen Segmente stark ausgeprägt, über 40 Prozent der Erwerbstätigen zählen hier zu den gehobenen, privilegiert oder exklusiv Erwerbstätigen. Mit 29,6 Prozent der Erwerbstätigen in diesen Klassen rangiert die Stadt Bremen zwar weit unter dem Niveau von München und Frankfurt, liegt aber immer noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt und auch über den entsprechenden Werten für die westdeutschen Bundesländer. Umgekehrt gilt für die Indexwerte im unteren Bereich der Erwerbsskala: Mit Anteilen von 24,9 bzw. 10,8 Prozent sind die Klassen der prekären und der gefährdeten Erwerbsintegration in Bremen erheblich kleiner als in den ostdeutschen und in den Ruhrgebietsstädten (Ausnahme Duisburg, vgl. Abb. 11).

Wesentlich ungünstiger stellt sich die Situation in Bremerhaven dar: Hier stehen einer relativ kleinen Schicht von guten bis sehr guten Erwerbsverhältnissen (insgesamt 25,3 Prozent gehobene, privilegierte und exklusive) sehr viele prekäre und prekariätsgefährdete Erwerbsverhältnisse gegenüber (insgesamt 39 Prozent) (Abb. 11).

Verteilung nach sozialen Merkmalen im regionalen Vergleich

Gemessen an den jeweiligen Mittel- und Medianwerten für Bremen und das Bundesgebiet zeigt sich beim Merkmal Geschlecht, dass die Ungleichheit hinsichtlich der Erwerbsintegration von Männern und Frauen auf Bundesebene geringer ausfällt als in Bremen (Tab. 28). Sowohl beim Median als auch beim arithmetischen Mittel sind die Differenzen zwischen der Erwerbsintegration von Männern und der von Frauen auf Bundesebene kleiner als auf der Ebene des Bundeslandes Bremen.

Trotz der insgesamt überdurchschnittlich positiven Position Bremens bei der Erwerbsintegration zeigt sich in Bremen eine erhebliche Schwäche bei der Altersgruppe der unter 30-Jährigen. Deren Mittel- und Medianwerte lagen 2012 noch nahe an den Bundeswerten, aber der Abstand zu den bundesweit verbesserten Werten in 2015 ist gewachsen (Tab. 28). Der allgemeine Trend, dass Berufseinsteiger bzw. jüngere Erwerbstätige unter besonderen Prekaritätsrisiken beschäftigt werden, scheint in Bremen besonders stark ausgeprägt zu sein. Darauf deutet nicht zuletzt auch hin, dass sich die Position Bremens im Vergleich zum Bundesdurchschnitt mit steigendem Alter gravierend verbessert. In der Altersgruppe der 30- bis 44-Jährigen liegen die entsprechenden Werte etwa auf dem Niveau Gesamtdeutschlands und in den beiden höheren Altersgruppen stellt sich die durchschnittliche Erwerbsintegration in Bremen für 2012 und für 2015 deutlich positiver dar als auf der Bundesebene.

Hinsichtlich des Zusammenhangs von Qualifikationsniveau und Erwerbsintegration sind im Wesentlichen erwartungskonforme Verhältnisse vorzufinden; auffällig ist jedoch, dass die Mittelwerte der Erwerbsintegration von Hochqualifizierten in Bremen für 2015 nur etwa auf dem Niveau des Bundesdurchschnitts verharren. Dies ist insofern überraschend, als die Erwerbsstruktur von Großstädten als Oberzentren und Standorten von wissensintensiven Dienstleistungen gemeinhin überdurchschnittliche Erwerbschancen gerade für Hochqualifizierte bereitstellt. Es ist sicherlich ein ungünstiges Indiz, wenn sich dies für Bremen nicht in einer überdurchschnittlichen Erwerbsintegration von Hochqualifizierten niederschlägt. Ein Migrationshintergrund trägt – wie erwartet – erheblich zur Disparität der Erwerbsintegration bei. Gegenüber der Bundesebene sind die Erwerbspositionen von Personen mit Migrationshintergrund in Bremen jedoch noch ungünstiger und dieser Sachverhalt hat sich im Zeitverlauf bis 2015 noch verstärkt.

Tabelle 28: Mittlere Indexwerte nach sozialstrukturellen Merkmalen für Bremen und das Bundesgebiet

	Bremen				Bundesgebiet			
	Medianwert		Mittelwert		Medianwert		Mittelwert	
	2012	2015	2012	2015	2012	2015	2012	2015
Gesamt	4,38	4,62	4,95	5,15	4,00	4,36	4,70	5,04
Geschlecht								
Männlich	5,49	5,78	6,01	6,21	5,00	5,49	5,75	6,12
Weiblich	3,25	3,41	3,68	3,83	3,03	3,35	3,52	3,84
Alter								
15-29	2,81	2,81	3,04	3,24	2,91	3,19	3,06	3,31
30-44	4,25	4,59	4,74	5,10	4,25	4,50	4,79	5,10
45-59	5,20	5,37	5,70	5,81	4,50	4,91	5,21	5,61
Ü60	4,57	4,75	5,49	5,54	4,00	4,16	5,01	5,20
Qualifikation								
Niedrig	2,60	2,50	2,96	3,07	2,38	2,50	2,85	3,00
Mittel	4,25	4,38	4,57	4,68	3,72	3,94	4,08	4,37
Hoch	5,78	6,51	6,56	7,06	5,78	6,51	6,52	7,11
Herkunft								
Ohne Migrationshintergrund	4,57	4,96	5,18	5,47	4,16	4,50	4,86	5,22
Mit Migrationshintergrund	3,28	3,13	3,81	3,78	3,38	3,61	3,90	4,20

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012 und 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Erwerbsintegration nach Branchen

Im Hinblick auf die Unterscheidung von Erwerbspositionen über die Branchenstruktur wird eine enorm große Spannweite sowohl der Median- als auch der Mittelwerte zwischen den Branchen erkennbar: Die durchschnittliche Qualität der Erwerbsintegration liegt bei der Energiewirtschaft erheblich mehr als doppelt so hoch wie im Gastgewerbe und in Bremen beträgt diese Differenz für das Jahr 2015 sogar fast das Dreifache. Insgesamt befinden sich Energiewirtschaft, öffentliche Verwaltungen sowie die überwiegend großbetrieblich organisierten privaten Dienstleistungen (Finanzdienstleistungen und Versicherungen) an der Spitze der Branchenstruktur.

Überdurchschnittliche Werte bei der Kombination von Erwerbsstatus und Einkommensstatus erreichen zudem auch die Branchen Information und Kommunikation, verarbeitendes Gewerbe, Erziehung und Unterricht sowie Verkehr und Lagerei.

Tabelle 29: Vergleich der mittleren Indexwerte erwerbsbezogener Merkmale in Bremen und auf Bundesebene

	Bremen				Bundesgebiet			
	Medianwert		Mittelwert		Medianwert		Mittelwert	
	2012	2015	2012	2015	2012	2015	2012	2015
Branche								
Energiewirtschaft	5,43	5,78	6,24	6,64	5,72	5,78	6,11	6,44
Finanzen, Versicherungen, Wohnungen	6,38	6,05	6,75	6,99	5,49	5,78	6,16	6,64
Öffentliche Verwaltung und Verteidigung	6,30	6,63	6,61	6,97	5,73	5,78	6,07	6,44
Information, Kommunikation	5,25	5,82	5,55	6,20	5,37	5,73	5,88	6,32
Verarbeitendes Gewerbe	5,78	6,72	6,25	6,73	5,20	5,71	5,68	6,09
Erziehung und Unterricht	4,85	4,69	5,07	4,99	4,38	4,59	5,00	5,20
Verkehr und Lagerei	4,75	5,07	5,35	5,83	4,25	4,46	4,60	4,86
Mittlere Werte	4,38	4,62	4,95	5,15	4,00	4,36	4,70	5,04
Baugewerbe	4,25	3,94	4,70	4,47	3,94	4,25	4,46	4,79
Wirtschaftliche Dienstleist.	3,38	3,75	4,13	4,44	3,19	3,75	4,32	4,85
Gesundheits- und Sozialwesen	3,50	3,5	4,26	4,23	3,38	3,63	4,10	4,37
Handel und Kfz-Reparatur	3,72	3,52	4,28	4,03	3,17	3,50	3,76	4,18
Land- und Forstwirtschaft	3,00	.	3,63	.	2,81	3,00	3,17	3,40
Sonst. Dienstleistungen und priv. Haush.	2,34	2,81	3,08	3,54	2,03	2,43	2,96	3,25
Gastgewerbe	1,85	2,08	2,17	2,39	1,99	2,10	2,39	2,62
Erwerbstyp								
Selbstständige		3,61		5,98		3,34		5,62
Abhängig Beschäftigte		4,62		5,07		4,38		4,97

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012 und 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Der Vergleich der Indexwerte über die gesamte Wirtschaftsstruktur lässt erkennen, dass das Niveau der Erwerbsintegration in Bremen höher liegt als im Bundesgebiet insgesamt und dass sich dies seit 2012 auch nicht geändert hat. Im Bereich der überdurchschnittlich starken Branchen fällt insbesondere die gute Position des verarbeitenden Gewerbes sowie der Verkehrs- und Lagereibranche auf, die in Bremen weitaus bessere Werte aufweisen als im Bundesdurchschnitt und annähernd auf dem Niveau der starken großbetrieblich organisierten Dienstleistungsbereiche, zum Teil sogar darüber, liegen. Hier wird deutlich, dass die Wirtschaftsstruktur Bremens nach wie vor relativ günstige Bedingungen für Einkommens- und Erwerbsstatus auch in der Industrie und im traditionell stark ausgeprägten Verkehrs- und Logistiksektor aufweist. Im Unterschied dazu verharren diejenigen Branchen, die am ehesten für eine starke und moderne Dienstleistungsentwicklung stehen, in Bremen auf einem unterdurchschnittlichen Niveau. Information und Kommunikation, Erziehung und Unterricht sowie die wirtschaftlichen Dienstleistungen erreichen auch 2015 nur Mittelwerte unterhalb des Bundesdurchschnitts. Der Umstand, dass in diesen Sektoren im Schnitt weniger verdient wird und mehr Beschäftigungsrisiken zu verzeichnen sind als auf Bundesebene, verweist auf eine Schwäche der bremischen Wirtschaftsstruktur gerade in diesen, für zukünftige Entwicklungen wichtigen Bereichen.

Bei denjenigen Wirtschaftsbranchen, deren durchschnittliches Niveau der Erwerbsintegration unterhalb des gesamtwirtschaftlichen Durchschnitts liegt, fällt auf, dass in diesen Bereichen für Bremen fast durchweg eine ungünstigere Dynamik als im Bundesgebiet festzustellen ist. Baugewerbe, wirtschaftliche Dienstleistungen, Gesundheits- und Sozialwesen, Handel und Kfz-Reparatur sowie Gastgewerbe bieten in Bremen im Durchschnitt ungünstigere Erwerbsbedingungen als auf Bundesebene und haben ihre Position zum Teil sogar in den letzten Jahren (von 2012 bis 2015) verschlechtert. Lediglich die sonstigen und haushaltsnahen Dienstleistungen bieten im Land Bremen – allerdings auf einem insgesamt niedrigen Niveau – bessere Chancen der Erwerbsintegration als im gesamten Bundesgebiet.

Bei der Unterscheidung von Selbstständigen und abhängig Beschäftigten weisen die Median- und Mittelwerte durchweg auf eine sehr viel größere Spreizung bei den Selbstständigen hin. Dies gilt für das gesamte Bundesgebiet genauso wie für Bremen, wobei das Niveau der Erwerbsintegration in Bremen sowohl für abhängig Beschäftigte als auch für Selbstständige insgesamt höher ist als auf Bundesebene. Insgesamt bestätigt sich, dass bei den Selbstständigen die Spanne zwischen kümmerlichen und riskanten auf der einen und sehr einträglichen Erwerbsverhältnissen auf der anderen Seite erheblich größer ist als bei den abhängig Beschäftigten.

Über die gesamte Erwerbsstruktur hinweg erreicht Bremen im Vergleich mit den anderen Bundesländern eine verhältnismäßig gute Position. Die durchschnittlichen Einkommen liegen etwa auf dem Niveau des gesamten Bundesgebiets und die Risiken für Beschäftigung und soziale Sicherheit fallen im Schnitt etwas geringer aus. Starke Anteile der gesicherten und vor allem der gehobenen Mitte sorgen dafür, dass in Bremen die Tendenz zur Polarisierung der Erwerbsverhältnisse schwächer ausgeprägt war, als in den anderen westdeutschen Bundesländern. Gleichwohl hat die Spreizung der Erwerbsstruktur in Bremen nach wie vor ein erhebliches Ausmaß und insbesondere im Bereich der prekären Erwerbsverhältnisse ist in Bremen nicht die Entlastung zu verzeichnen, die es seit 2012 in Deutschland insgesamt und in den anderen Stadtstaaten gegeben hat. Im Großstädtevergleich schneidet die Stadt Bremen verhältnismäßig gut ab, auch wenn sie nicht die positiven Werte Hamburgs und der wirtschaftsstarken süddeutschen Standorte aufweist; Bremerhaven rangiert dagegen auch bei der Erwerbsintegration im hinteren Bereich.

Auf eine gewisse Schwäche der bremischen Erwerbsstruktur insgesamt weist auch die relativ ungünstige Erwerbsintegration für junge, hoch qualifizierte Berufseinsteiger ebenso hin, wie die nach wie vor ausgeprägte Benachteiligung von Frauen bei der Erwerbsintegration. Im Branchenvergleich bestätigen sich für Bremen insgesamt die verhältnismäßig positiven Effekte einer starken, großstädtischen Wirtschaftsstruktur für die Bedingungen der Erwerbsintegration; allerdings werden von der positiven Gesamtsituation einige gravierende Schwächen in der bremischen Erwerbsstruktur vor allem in weiten Teilen der Dienstleistungssektoren verdeckt.

3.5 Erwerbsintegration, Haushalt und soziale Lage

Mit den bisherigen Analysen lassen sich Aussagen über individuelle Ressourcen und Risiken treffen, allerdings noch nicht über deren Auswirkungen auf die soziale Lage. Solche Aussagen sind erst möglich, wenn die Ebene der jeweiligen privaten Haushalte berücksichtigt wird und die Erwerbssituationen aller Haushaltsmitglieder sowie der Gesamtbedarf der in ihnen lebenden Personen mit in die Analyse einfließen. Darüber hinaus spielen hier selbstverständlich auch weitere Einkommensarten wie zum Beispiel Einkommen aus Vermögen, Transfers oder sonstige Einkommen eine Rolle; in einem weiteren Sinne auch nichtmonetäre Ressourcen in Form von sozialem oder kulturellem Kapital. In zahlreichen Untersuchungen ist aber festgestellt worden, dass die Mobilisierbarkeit und Verfügbarkeit all dieser Ressourcen nicht zuletzt auch von der individuellen Erwerbsintegration abhängt. Insofern ist davon auszugehen, dass mit der Kombination von individueller Erwerbsintegration und deren Einbettung in den konkreten Haushaltskontext eine maßgebliche Determinante der sozialen Lage erfasst ist. Der Haushalt wird dabei als der Kontext der Lebensführung begriffen, in der Risiken und Chancen von Prekarität oder Privilegierung kumulieren können, häufig aber auch eine Kompensation individueller Erwerbssituationen zu beobachten ist (Dingeldey 2015).

Unterschiedliche Risiken der individuellen Erwerbsteilhabe zu kompensieren, gehört auch zur realen Anwendung des Normalarbeitsverhältnisses, die schon immer durch einen geschlechtsspezifischen Bias bestimmt war. Ihm entsprechende Beschäftigungssituationen ließen sich in der fordistischen Blütezeit bis in die späten 1970er/frühen 1980er Jahre vor allem in den männlich dominierten Industrie- und Dienstleistungsbereichen vorfinden. Sie waren dabei eingebettet in ein spezifisches Modell geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und ein damit einhergehendes erwerbsbezogenes Haushaltsarrangement. Im Rahmen des klassischen Ernährermodells kam den Männern die Rolle zu, durch die eigene, alleinige Erwerbstätigkeit ein ausreichendes Einkommen zu erzielen, während den Frauen Haushalts- und Sorgetätigkeiten zugewiesen wurden. Unter anderem durch die steigende normative Erwerbsneigung und faktische Erwerbsbeteiligung von Frauen entstand nach und nach eine modernisierte Fassung dieses

Ernährermodells, in dem Männer immer noch als Hauptverdiener fungieren, Frauen aber selbst durch Zuerwerb zum Haushaltseinkommen beitragen. Sowohl die klassische als auch die modernisierte Form des Ernährermodells sind mit Risiken für Frauen behaftet. Sie erwerben keine oder lediglich geringere eigene Rentenansprüche und werden aufgrund ihrer durch Familienphasen unterbrochenen Erwerbsbiografien sowie ihrer Teilzeittätigkeit bei Einkommen oder Aufstiegschancen benachteiligt – Risiken, die sich im Falle einer Trennung/Scheidung besonders drastisch auswirken. Aufgrund dieser empirisch nachweisbaren Problemkonstellation wird seit geraumer Zeit das Modell der „Adult worker“ (oder „Doppelversorger“) als neues sozial- und arbeitspolitisches Leitbild diskutiert, dass auf eine stärker egalitäre Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen abstellt und auf eine zumindest vollzeitnahe Beschäftigung von Frauen zielt (Leitner u.a. 2004).

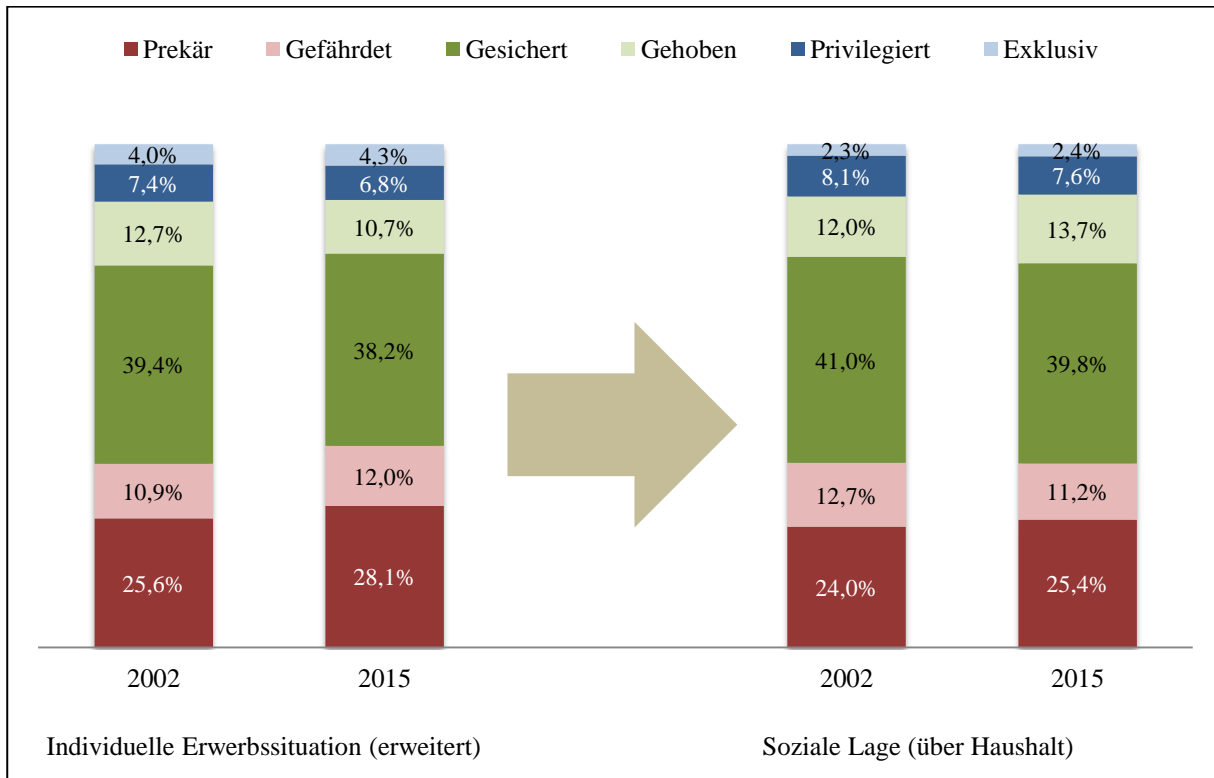
Haushalt mit begrenzter Kompensationswirkung

Bei der Betrachtung der sozialen Lagen im Land Bremen – inkl. der zusätzlich berücksichtigten Haushaltsmitglieder³⁰ – wird deutlich, dass sich ein relativ hoher Anteil der Haushalte in einer prekären oder gefährdeten sozialen Lage befindet. Damit lassen sich zumindest solche Thesen relativieren, die dem Haushalt eine hohe Kompensationsleistung zusprechen. Wie im weiteren Verlauf noch verdeutlicht wird, bedingen bestimmte Faktoren die soziale Lage in erheblichem Ausmaß. So sind Paarhaushalte insgesamt deutlich besser situiert als die Haushalte von Singles und Alleinerziehenden. Zudem bestätigen die Analysen bisherige Befunde aus der Armutsforschung: Paare mit Kindern oder Alleinerziehende weisen ein erhöhtes Risiko auf, sich in einer prekären sozialen Lage zu befinden. Aber nicht nur das Vorhandensein eines weiteren erwerbstätigen Partners wirkt sich auf die soziale Lage aus; das Erwerbsarrangement in den jeweiligen Haushalten hat einen erheblichen Anteil daran, wie sich die soziale Lage gestaltet.

Die relativ geringe Kompensationsleistung des Haushaltes wird anhand eines Vergleichs zwischen der individuellen Erwerbssituation und der sozialen Lage ersichtlich (Abbildung 12). Träfe es zu, dass der Haushalt einen Großteil individueller prekärer Lagen auffangen würde, müssten die Anteile der unteren Integrationsklassen deutlich geringer ausfallen. Entsprechend ist dieser Befund ein Indiz dafür, dass der Haushalt individuelle Erwerbsrisiken nicht in dem erwarteten Ausmaß abfedert. Auf der Individualebene lässt sich – unter Berücksichtigung der adjustierten Grundgesamtheit – für 2015 ein Anteil von prekären und gefährdeten individuellen Erwerbssituationen von 40,1 Prozent beobachten. Der Anteil der Haushalte jedoch, der sich in einer gefährdeten bzw. prekären sozialen Lage befindet, beträgt 36,6 Prozent. Somit beläuft sich die Kompensationsleistung des Haushaltes im unteren Bereich sozialer Lagen auf 3,5 Prozentpunkte. Demgegenüber nehmen die drei Klassen „gesichert“ (von 38,2% auf 39,8%), gehoben (von 10,7% auf 13,7%) und privilegiert (von 6,8% auf 7,6%) zu. Hinzu kommt, dass bei den „Exklusiven“ eine Abnahme von der Individualebene zur sozialen Lage des Haushalts zu beobachten ist. Oder mit anderen Worten: Unter Berücksichtigung aller Haushaltsmitglieder sind 2,4 Prozent der Haushalte in einer exklusiven sozialen Lage. Entsprechend lässt sich hier ein Trend beobachten, der auf eine Nivellierung am oberen Rand schließen lässt.

Vergegenwärtigt man sich die Entwicklung der sozialen Lage im Zeitvergleich, dann werden mehrere Aspekte deutlich (Abbildung 12): Zunächst ist festzustellen, dass die beiden unteren Haushaltsklassen zwischen 2002 und 2015 mit einem Anteil von 36,7 Prozent bzw. 36,6 Prozent nahezu konstant geblieben sind. Auffallend ist jedoch, dass der Anteil an prekären Haushalten auf zuletzt 25,4 Prozent gestiegen ist, der Anteil gefährdeter Haushalte entsprechend abgenommen hat. Bei den beiden oberen Klassen ist hingegen eine nur leichte Abnahme zu erkennen (2002: 10,4 Prozent, 2015: 10 Prozent). Dabei hat vor allem die privilegierte Klasse verloren. Auch die beiden mittleren Klassen sind entsprechend der anderen Segmente weitgehend konstant. Leichte interne Verschiebungen sind jedoch von der gesicherten Mitte hin zur gehobenen Mitte zu erkennen.

³⁰ Methodischer Hinweis: Erwerbstätige in Bremen können auch außerhalb der Landesgrenzen wohnen. Um diese Personen in den Analysen zu berücksichtigen, erfolgt eine Erweiterung der Grundgesamtheit um Personen in Haushalten, in denen mindestens eine Person im Land Bremen erwerbstätig ist. Entsprechend sind in der neuen Grundgesamtheit alle Erwerbstätigen – wie in den bisherigen Analysen – enthalten, jedoch um die Personen angereichert, die in den entsprechenden Haushalten leben – auch wenn diese nicht in Bremen erwerbstätig sind. Der Unterschied der Verteilung der Integrationsklassen zwischen Individual- und Haushaltsebene kann dem Anhang III.5 entnommen werden.

Abbildung 12: Entwicklung der individuellen Erwerbssituation und der sozialen Lage 2002 zu 2015

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2002, 2012 und 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Mit Blick auf die Kompensationsleistung auf der Haushaltsebene ist somit festzustellen, dass die Anteile der beiden unteren Klassen auf der Individualebene zusammen stärker zugenommen haben (2002: 36,5%, 2015: 40,1%), während sich dies auf der Haushaltsebene nicht niederschlägt. Es werden also – allerdings in einem bescheidenen Umfang - 2015 mehr Risiken auf der Haushaltsebene aufgefangen als noch 2002.

Einflüsse von Lebensformen und Erwerbsarrangements in Paarhaushalten auf Erwerbsintegration und soziale Lage

Das Hauptaugenmerk der Analysen zur sozialen Lage liegt auf der Zusammensetzung des Haushaltes. Dabei werden zwei Konzepte angewendet: a) eine Differenzierung nach Lebensformen und b) eine Betrachtung von Haushaltserwerbskonstellationen. Dies hat den Vorteil, dass zunächst alle Lebensformen – Singles, Alleinerziehende sowie Personen mit Partnern (mit und ohne Kinder) – in die Analysen einbezogen werden. Daraus entwickelt sich die Frage nach der sozialen Lage in Paarhaushalten.³¹

In Tabelle 30 sind die gewichteten Haushaltsindexwerte nach der Lebensform dargestellt. Zunächst zeigt sich, dass Haushalte ohne Partner im Mittel geringere Werte der Erwerbsintegration aufweisen. Das betrifft sowohl Alleinerziehende (also Personen ohne Partner mit Kind), deren Indexwert im Vergleich zu den anderen Lebensformen am geringsten ausfällt. Zwar auf einem etwas höheren Niveau als bei alleinerziehenden Personen, aber dennoch deutlich unter dem Niveau von Personen, die in Partnerschaft leben, fallen die mittleren Indexwerte

³¹ Wie aus den vorangegangenen Kapiteln deutlich wurde, konnten im Zusammenhang mit der individuellen Erwerbsintegration eine Reihe von sozialen und erwerbsbezogenen Faktoren identifiziert werden. In Bezug auf die soziale Lage wurden deshalb ebenfalls entsprechende Analysen – differenziert nach Merkmalen des Haupteinkommensbezieherers – durchgeführt (Anhang III.5). Die Ergebnisse decken sich mit den Befunden zur Struktur der Erwerbsintegration aus Kapitel 3.2: Die soziale Lage wird u.a. von individuellen Merkmalen der Haushaltsmitglieder bestimmt.

von Singles aus. Ehepaare weisen vergleichsweise hohe Indexwerte auf; die höchsten Werte liegen bei nicht verheirateten Paaren ohne Kinder vor.

Tabelle 30: Mittlere Haushaltsindexwerte nach Lebensform

Lebensform	Gewichtete Haushaltsindexwerte	
	Mittelwert	Median
Ehepaare mit Kindern	4,95	4,49
Nicht verheiratete Paare mit Kindern	4,27	4,09
Alleinerziehende	3,27	3,00
Ehepaare ohne Kinder	5,84	5,78
Nicht verheiratete Paare ohne Kinder	6,27	6,01
Singles	4,81	4,38

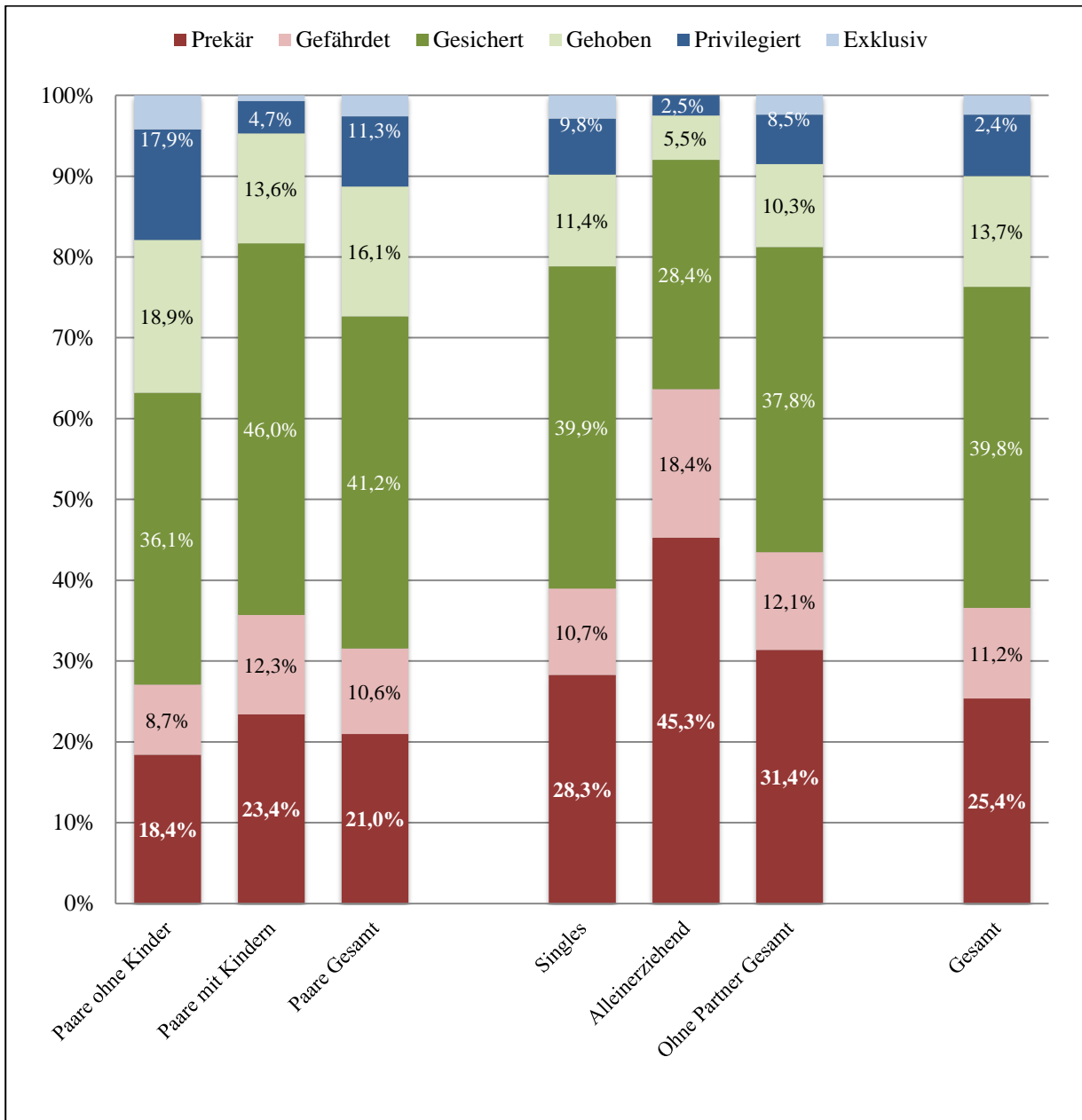
Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Die deutlichen Unterschiede zwischen den einzelnen Lebensformen – vor allem in Abhängigkeit von der Existenz von Kindern im Haushalt – offenbaren sich nicht nur bei den Mittelwerten der Indexwerte, sondern auch bei der Verteilung über die Integrationsklassen (vgl. unten, Abbildung 13)³². Bei Paaren (insgesamt) sind die Anteile der prekären Klassen (prekär und gefährdet) im Vergleich zu den Anteilen bei Haushalten ohne Partner deutlich reduziert. Während bei Paaren die Anteile der prekären und gefährdeten Klasse knapp 32 Prozent betragen, liegt bei Haushalten ohne Partner (insgesamt) alleine der Anteil an der prekären Klasse bei rund 31 Prozent. Hinzu kommt ein Anteil von nochmals rund zwölf Prozent in der gefährdeten Klasse. Paare weisen in allen weiteren Klassen höhere Anteile auf: Die gesicherte und gehobene Mitte sowie die beiden privilegierten Klassen haben einen teilweise deutlich größeren Umfang als bei den Personen ohne Partner.

Eine Unterscheidung danach, ob Kinder im Haushalt leben, zeigt, dass bei Paaren mit Kindern höhere Anteile an den prekären Klassen als bei Paaren ohne Kinder zu beobachten sind. Zusammengenommen fällt dieser Anteil jedoch im Vergleich zur Gesamtverteilung unterdurchschnittlich aus. Bei Haushalten ohne Partner sieht dies etwas anders aus. Bei beiden Lebensformen sind überdurchschnittliche Anteile in der gefährdeten Klasse zu erkennen. Während der Anteil der Singles in der prekären Klasse rund 28 Prozent beträgt, liegt dieser Anteil bei Alleinerziehenden nochmals deutlich höher, und zwar bei rund 45 Prozent. Paare ohne Kinder weisen darüber hinaus die niedrigsten Anteile an den prekären Klassen von rund 18 Prozent auf. Zudem sind die Anteile der Paare ohne Kinder in den gehobenen und privilegierten Klassen mit großem Abstand am höchsten. Hervorzuheben ist jedoch auch der relativ hohe Anteil der exklusiven Klasse bei den Singles.

³² Aufgrund der teilweise geringen Fallzahlen werden die Anteile der privilegierten und exklusiven Klasse zusammengefasst; eine optische Differenzierung bleibt allerdings erhalten.

Abbildung 13: Integrationsklassen nach Lebensform („privilegiert“ und „exklusiv“ aggregiert)



Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Festzuhalten bleibt damit, dass Alleinerziehende mit Blick auf die soziale Lage erwartungsgemäß das größte Prekaritätsrisiko aufweisen. Fast zwei Drittel aller Alleinerziehenden-Haushalte weist eine prekäre oder gefährdete Lage auf. Bei Single-Haushalten ist eine eher ambivalente Situation zu beobachten. Mehr als jeder Vierte weist eine prekäre Lage auf. Zugleich ist bei ihnen aber auch ein vergleichsweise hoher Anteil in der exklusiven Klasse zu beobachten. Paare weisen im Vergleich zu den Haushalten ohne Partner ein höheres Integrationsniveau auf. Aber auch bei ihnen führt die Existenz von Kindern zu risikoreicheren sozialen Lagen.

Die soziale Lage von Paarhaushalten wird wesentlich durch das jeweilige Erwerbsverhalten bestimmt.³³ Hierzu lassen sich für Paarhaushalte unterschiedliche Arrangements herauspräparieren, die eine Nähe zu den drei idealtypischen Erwerbskonstellationen aufweisen. Das klassische Ernährermodell liegt dann vor, wenn nur eine Person einer Erwerbstätigkeit nachgeht, während der Partner/die Partnerin nicht erwerbstätig oder arbeitslos ist. Das modernisierte Ernährermodell kann dann unterstellt werden, wenn das zweite erwerbstätige Haushaltsmitglied sich in einer Erwerbssituation befindet, die individuell maximal der prekären oder gefährdeten Klasse zuzuordnen ist, also ein reiner Zuerwerb im finanziell und/oder zeitlich geringeren Umfang vorliegt bzw. die Erwerbssituation sehr unsicher ist. Von der Praktizierung eines Doppelversorger-Arrangements ist dann auszugehen, wenn beide Partner jeweils für sich betrachtet mindestens der gesicherten Mitte zugerechnet werden können.

Tabelle 31: Haushaltsklassen und Erwerbsarrangements in Paarhaushalten mit Kindern

Haushalterwerbskonstellation	Klassisches Ernährermodell: Nicht-Erwerbstätige/ arbeitsloser Partner	Modernisiertes Ernährermodell: Zweite Erwerbsperson ist höchstens der gefährdeten Klasse zuzurechnen	Doppelversorger-Modell: Zweite Erwerbsperson ist mindestens der gesicherten Mitte zuzurechnen	Gesamt
Haushaltsklasse				
Prekär	55,6	44,4		100
Gefährdet	35,6	64,3		100
Gesicherte Mitte	20,5	57,5	22,0	100
Gehobene Mitte	15,6	35,1	49,4	100
Privilegiert		33,3	66,7	100
Exklusiv				
Gesamt	28,9	52,3	18,8	100

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Für alle Paarhaushalte – ob in ihnen nun Kinder leben oder nicht - zeigt sich zunächst eine übereinstimmende Grundtendenz: Wird das Erwerbsarrangement mit der sozialen Lage des Haushalts (also der Integrationsklasse des gesamten Haushalts) in Beziehung gesetzt, dann stellt sich die soziale Lage umso ungünstiger dar, je traditioneller das Erwerbsverhalten ausgeprägt ist. Oder umgekehrt: Besser situierte Lagen setzen mehrheitlich ein egalitäres Erwerbsmodell voraus (Tab. 31 und 32). In 29 Prozent der Paarhaushalte mit Kindern ist das klassische Ernährermodell festzustellen, 52 Prozent verfolgen das modernisierte Ernährermodell und 19 Prozent praktizieren das Doppelversorger-Modell. In Haushalten, die der prekären Klasse zuzurechnen sind, gibt es mehrheitlich (55%) nur eine aktiv erwerbstätige Person. Von der gefährdeten bis hin zur gehobenen Haushaltsklasse nimmt der Anteil dieses klassischen Ernährermodells aber sukzessive ab. In der privilegierten oder exklusiven Klasse ist es gar nicht mehr zu erkennen. Auf der anderen Seite gewährleistet das Doppelversorger-Modell bei Paarhaushalten mit Kindern eine mindestens gesicherte soziale Lage, ab der gehobenen Mitte ist es das dominante Erwerbsarrangement. Das modernisierte Erwerbsmodell wiederum ist in der prekären Haushaltsklasse zu 44 Prozent zu erkennen. In der gefährdeten Klasse wird es von ca. zwei Drittel der Haushalte gelebt, in der gesicherten Mitte sind es immerhin noch 57 Prozent. In der gehobenen Mitte und in der privilegierten Haushaltsklasse ist es mit einem Anteil von jeweils etwa einem Drittel präsent.

Der Blick auf die Paarhaushalte ohne Kinder offenbart eine überraschend hohe Bedeutung des klassischen Ernährermodells. Sein Anteil liegt über dem der Paarhaushalte mit Kindern. Dies gilt insbesondere für die prekäre und die gefährdete Haushaltsklasse, sodass festzuhalten ist, dass die Erwerbslosigkeit des Partners bei den Paaren

³³ Um die Erwerbskonstellationen in den Haushalten zu analysieren, wurden zunächst „Haushaltsvorstände“ identifiziert, die die jeweils höchsten Werte der individuellen Erwerbsintegration aufweisen. In Paarhaushalten wurde zusätzlich die weitere Erwerbsperson nach individueller Integrationsklasse hinzugefügt, um Informationen über die jeweilige Erwerbskonstellation im Haushalt zu gewinnen. Zu erwähnen ist dabei, dass lediglich rund 91 Prozent der Haushalte mit Erwerbskontext Bremen enthalten sind. In der Analyse konnten solche Haushalte nicht berücksichtigt werden, in denen beispielsweise beim Einkommen fehlende Werte vorliegen (und somit kein Indexwert erstellt werden konnte) oder Haushalte, in denen die Stellung der Haushaltsmitglieder untereinander nicht trennscharf ist.

ohne Kinder im Haushalt als eine zentrale Ursache für eine ungünstige soziale Lage wirkt. Das Doppelversorger-Modell ist bei Paarhaushalten ohne Kinder ebenfalls überdurchschnittlich ausgeprägt (30%) und sichert eine dann zumeist gehobene, privilegierte oder exklusive Lage ab. Das modernisierte Ernährermmodell hat hingegen ein vergleichsweise geringes Gewicht (39%). Dies gilt vor allem in der gehobenen Mitte. Hervorzuheben ist allerdings, dass in der gesicherten Mitte auch bei kinderlosen Paarhaushalten das modernisierte Ernährermmodell eine relativ große Bedeutung hat.

Tabelle 32: Haushaltsklassen und Erwerbsarrangements in Paarhaushalten ohne Kinder

Haushaltserwerbs-konstellation	Klassisches Ernährermmodell: Nicht-Erwerbstätige/arbeitsloser Partner	Modernisiertes Ernährermmodell: Zweite Erwerbsperson ist höchstens der gefährdeten Klasse zuzurechnen	Doppelversorger-Modell: Zweite Erwerbsperson ist mindestens der gesicherten Mitte zuzurechnen	Gesamt
Haushaltsklasse				
Prekär	70,3	29,7		100
Gefährdet	65,2	34,9		100
Gesicherte Mitte	25,2	56,7	18,1	100
Gehobene Mitte	9,8	20,3	69,9	100
Privilegiert	9,7	30,6	59,7	100
Exklusiv			100	
Gesamt	31,8	38,7	29,6	100

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Kompensation in Paarhaushalten – Wer kompensiert wo?

Um die Kompensationsdynamik in den einzelnen Haushaltsklassen zu analysieren, wurden die jeweiligen individuellen Erwerbslagen der beiden Partner miteinander in Beziehung gesetzt (siehe hierzu Tab. 33).³⁴

Die Auswertung der Kompensationsdynamik in den einzelnen Haushaltsklassen zeigt, dass bei Paarhaushalten mit Kindern ein insgesamt höheres Kompensationsvolumen vorliegt. Dies gilt vor allem für die prekäre, die gesicherte und gehobene Haushaltsklasse. In der gefährdeten Klasse ist das Kompensationsvolumen bei den Paarhaushalten ohne Kinder leicht höher, in der privilegierten Haushaltsklasse ist es nahezu gleich. Auffallend ist, dass das Kompensationsvolumen fast kontinuierlich ansteigt, je höher die soziale Lage des Haushalts angesiedelt ist.

Orientierungshilfe zur Methodik: Im Folgenden wurde die Menge der Klassenaufstiege und –abstiege durch das Erwerbsarrangement in Paarhaushalten ausgewertet. Abstiege liegen dann vor, wenn sich die individuelle Integrationsklasse über der Haushaltsklasse befindet; Aufstiege, wenn die individuelle Integrationsklasse unter der Haushaltsklasse liegt. Da durch den Haushalt mehrere Klassen übersprungen werden können, sind Auf- und Abstiege gewichtet berücksichtigt. Ist z.B. die zweite Erwerbsperson nicht erwerbstätig, erreicht aber im Haushalt die gehobene Mitte, dann liegt ein gewichteter Aufstieg von 4 Klassen vor (über prekär (1), gefährdet (2), gesichert (3) zu gehoben (4)). Die Summe der Aufstiege und Abstiege wird zur Gesamtzahl der Haushalte in dieser Haushaltsklasse in Relation gesetzt, um einen Indikator für das jeweilige Kompensationsvolumen zu gewinnen. Dieser gibt dann Auskunft über das Kompensationsvolumen pro Haushalt. Die Differenz von Aufstiegen und Abstiegen wird zur Gesamtzahl der Haushalte in dieser Haushaltsklasse in Relation gesetzt, um eine Maßzahl für die Wirkung der Kompensation zu erhalten. Diese Maßzahl entspricht dann dem durchschnittlichen Gesamtaufstieg/-abstieg beider Partner in dieser Haushaltsklasse.

³⁴ Die differenzierten Tableaus zu den Erwerbsarrangements befinden sich im Anhang III.6.

Hinsichtlich der Kompensationswirkung sticht ins Auge, dass die Werte in der prekären Haushaltsklasse nur gering ausfallen. In Paarhaushalten ohne Kinder steigt die Klassenzuordnung durch den Haushalt nur um 0,22 Klassen an, bei Paarhaushalten ohne Kinder ist die Wirkung sogar negativ (-0,46), d.h., hier verschlechtert sich die Situation der beteiligten Personen mehr, als dass sich ihre Lage verbessern würde. Während sich bei den Paarhaushalten mit Kindern in der gesicherten (0,55) und gehobenen Mitte (0,82) nur ein relativ geringer positiver Effekt des Haushalts erkennen lässt, ist dieser in der gefährdeten (1,07) und in der privilegierten (1,89) Haushaltsklasse deutlich stärker. Bei den Haushalten ohne Kinder ist dagegen die Kompensationsdynamik nach oben verschoben. Hier ist insbesondere eine stärkere Kompensationswirkung in der gesicherten (1,54), in der privilegierten (2,46) und in der exklusiven Haushaltsklasse (2,00) zu beobachten.

Es zeigt sich also vor allem bei Paarhaushalten mit Kindern: Unter Berücksichtigung der sozialen Lage ist ein „Klebe-Effekt“ in der prekären Klasse zu erkennen. Arbeitslose Personen werden weniger stark „nach oben gezogen“; vielmehr ist ein „Push-Effekt“ zu beobachten, der Personen mit einer gefährdeten oder gesicherten Erwerbsintegration nach unten drückt. In der gefährdeten Klasse hingegen ist ein erhöhtes Kompensationsniveau vorzufinden. Erst hier beginnt eine verstärkt positive Kompensation. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Klassengröße relativ gering ist; entsprechend bleibt in den unteren Integrationsklassen die erhoffte Kompensation oftmals aus; prekäre Lagen verfestigen sich.

Tabelle 33: Kompensation in Paarhaushalten

Haushalts- klasse	N gesamt	Anteil I in %	Abstiege gewichtet	Aufstiege gewichtet	Kompensatio nsvolumen*	Kompensatio nswirkung**	Verhältnis Aufstiege/ Abstiege
Paarhaushalte mit Kindern							
prekär	142	21,4	145	79	1,58	-0,46	0,54
gefährdet	87	13,1	55	148	2,33	1,07	2,69
gesichert	341	51,3	348	537	2,60	0,55	1,54
gehoben	77	11,6	104	167	3,52	0,82	1,61
privilegiert	18	2,7	14	48	3,44	1,89	3,43
exklusiv	0	0,0	-	-	-	-	-
Summe	665	100,1					
Paarhaushalte ohne Kinder							
prekär	128	18,0	62	90	1,19	0,22	1,45
gefährdet	66	9,3	48	114	2,45	1,00	2,38
gesichert	293	41,3	66	516	1,99	1,54	7,82
gehoben	133	18,7	99	211	2,33	0,84	2,13
privilegiert	68	9,6	33	200	3,43	2,46	6,06
exklusiv	22	3,1	-	44	2,00	2,00	-
Summe	710	100					

* Summe der gewichteten Aufstiege und Abstiege geteilt durch die Fallzahl der jeweiligen Haushaltsklasse

** Differenz der gewichteten Aufstiege und Abstiege geteilt durch die Fallzahl der jeweiligen Haushaltsklasse

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

In den Mittelkategorien ist eine eher geringe Kompensationsleistung zu beobachten. Hier gilt eher Heterogenität durch Homogenität: Es herrschen auch hier heterogene soziale Lagen vor. Diese werden jedoch vermehrt durch homogene Erwerbskonstellationen als durch größere Kompensationen bedingt. In den oberen Klassen steigt das Kompensationspotenzial an. Entsprechend kann konstatiert werden, dass individuelle prekäre Lagen oftmals auch dann bestehen bleiben, wenn der Haushalt berücksichtigt wird. Entsprechend zeigt sich gerade für Haushalte mit Kindern, dass die Kompensationsleistung des Haushaltes nicht ausreicht, um prekäre Lagen zu überwinden (Klebe-Effekt).

Die soziale Lage im Land Bremen ist durch einen nicht unerheblichen Anteil an Haushalten geprägt, die eine prekäre bzw. gefährdete Situation aufweisen. Dieser Anteil liegt 2015 bei knapp 37 Prozent. In der sozialwissenschaftlichen Debatte wird häufig davon ausgegangen, dass individuelle erwerbsbezogene Risikolagen im Haushalt aufgefangen würden. Die durchgeführten Analysen zeigen jedoch einen relativ geringen Kompensationseffekt. Der Anteil der beiden unteren Integrationsklassen sinkt von der individuellen zur Haushaltsebene um lediglich 3,5 Prozentpunkte. Im Zeitverlauf (2002-2015) hat sich die soziale Lage der Haushalte mit Bremenbezug leicht verändert. Prekäre soziale Lagen haben sich leicht erhöht und machen einen Anteil von etwas mehr als 25 Prozent aus. Gefährdete und gesicherte nehmen an Bedeutungen ab; die gehobene Haushaltsklasse wiederum hat Zuwächse zu verzeichnen. Kleinere Abnahmen sind in den Klassen „privilegiert“ und „exklusiv“ zu beobachten. Jedoch konnte anhand der Analysen gezeigt werden, dass die Kompensationsleistung des Haushaltes 2015 stärker ausfällt als noch 2002.

Darüber hinaus konnte aufgezeigt werden, dass in bestimmten Lebensformen ein erhöhtes Prekaritätsrisiko vorzufinden ist. Es lässt sich generell festhalten, dass sich Personen ohne Partner – Singles oder Alleinerziehende – häufiger in gefährdeten und prekären Lagen befinden. Hier spielt die Tatsache eine Rolle, dass kein Kompensationspotenzial im Haushalt vorhanden ist. Besonders deutlich zeigt sich dies vor allem bei Alleinerziehenden. Knapp 64 Prozent der alleinerziehenden Haushalte mit Bremenbezug weisen eine höchstens gefährdete soziale Lage auf. In Ergänzung zu gängigen Befunden aus Einkommensanalysen wird auch unter Berücksichtigung der Erwerbssicherheit eine Benachteiligung von alleinerziehenden Personen sichtbar. Es zeigt sich aber auch bei Paaren mit Kindern ein erhöhter Anteil an prekären und gefährdeten sozialen Lagen – im Vergleich zu Paaren ohne Kinder. Die Existenz von Kindern erhöht damit das Risiko, dass sich ein Haushalt in einer schwierigeren sozialen Lage befindet.

Die Analysen konnten ebenfalls aufzeigen, dass das klassische Ernährermodell von nur noch 30 Prozent der Paarhaushalte „praktiziert“ wird. Dabei weisen die Zahlen auf ein erhöhtes Prekaritätsrisiko dieses Modells hin. Mit anderen Worten bedeutet dies: Das klassische Ernährermodell reicht oftmals nicht aus, um prekäre oder gefährdete soziale Lagen zu vermeiden.³⁵ Das modernisierte Ernährermodell ist in Haushalten mit Bremenbezug am häufigsten vorzufinden. Dies beinhaltet die Erwerbstätigkeit einer weiteren Person, die jedoch höchstens der gefährdeten Klasse zuzurechnen ist. In etwa 45 Prozent der Paarhaushalte in Bremen ist dieses Modell vorzufinden. Die Zahlen zeigen hier eine abnehmende – aber immer noch vorhandene – Bedeutung von prekären und gefährdeten Lagen. Diese beiden Modelle haben eine größere Bedeutung, wenn sich Kinder im Haushalt befinden. Das Doppelversorger-Modell, in dem die zweite Erwerbsperson mindestens eine gesicherte Erwerbssituation aufweist, ist vor allem in gehobenen, privilegierten und exklusiven Haushalten vorzufinden, oder anders: Mit einem klassischen oder auch modernisierten Ernährermodell ist es schwer, eine gehobene soziale Lage zu erreichen. Der Großteil der Haushalte, die zur gehobenen und privilegierten Haushaltsklasse gehören, praktiziert das Doppelversorger-Modell; in der exklusiven Klasse ist es ausschließlich vorzufinden. Haushalte mit Kindern erreichen allerdings diese exklusive Haushaltsklasse so gut wie nicht.

Insgesamt zeigt sich also, dass der Haushalt die individuellen Erwerbsrisiken nur begrenzt aufzufangen vermag. Darüber hinaus wird klar ersichtlich, dass es erhebliche Risiken birgt, das klassische Alleinernehmermodell zu praktizieren und avancierte soziale Lagen eher auf der Basis des egalitären Doppelversorger-Modells beruhen.

4. Fazit

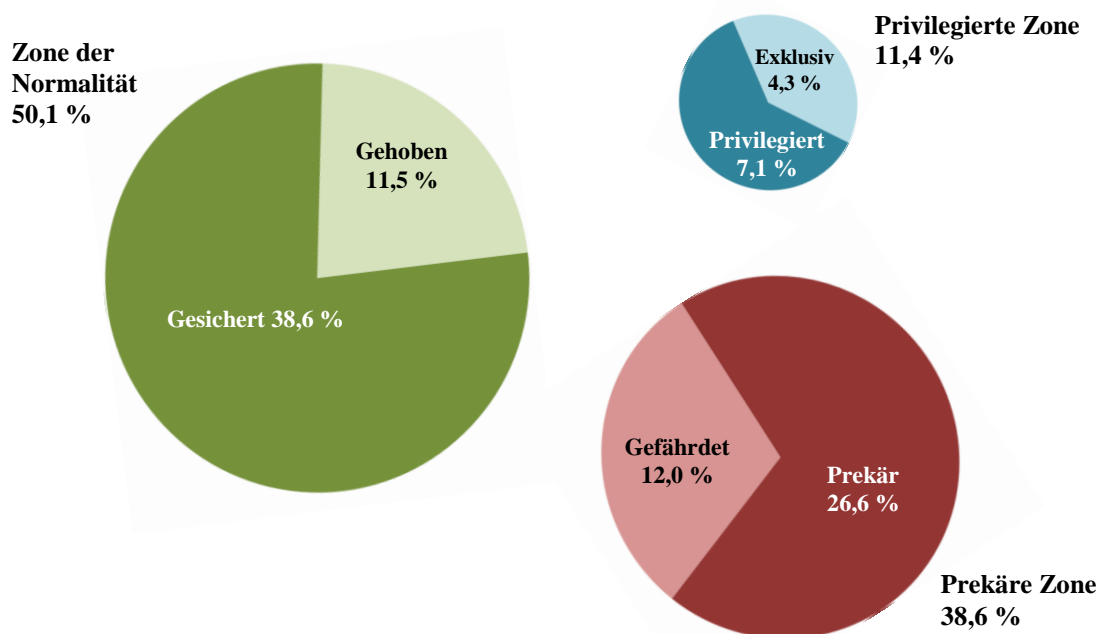
Repräsentative Analyse der gesamten Erwerbsstruktur im Land Bremen kann vielfältig genutzt werden.

Mit dem Erwerbstätigkeitsatlas wurde eine Methodik entwickelt, die es ermöglicht, alle Erwerbsverhältnisse im Lande Bremen durch einen einheitlichen Index zu beschreiben und zu bewerten. Mit dem vom IAW mit Daten des Mikrozensus entwickelten „Erwerbsintegrationsindex“ wird die Struktur des Erwerbssystems im Lande Bremen repräsentativ abgebildet. In jeder der sechs Integrationsklassen zwischen den Polen „Prekarität“ und „Privilegierung“ signalisiert eine bestimmte Kombination von Einkommens- und Erwerbsstatus jeweils einen bestimmten Grad bzw. eine bestimmte Qualität der Erwerbsintegration. Gemessen wird der Grad der Erwerbsintegration an den Abweichungen von einem „Normalarbeitsverhältnis“ nach oben und nach unten. Art und Qualität der Erwerbsintegration einzelner Individuen werden so zu einer Skala von Klassen der Erwerbsintegration

³⁵ Es muss an dieser Stelle allerdings offenbleiben, zu welchen Anteilen es aus einem frei gewählten Hausfrauenmodell resultiert oder durch Arbeitslosigkeit, gesundheitlichen Beeinträchtigungen usw. eines Partners hervorgerufen wird.

zusammengefasst, die in vielfacher Weise für weitere Analysen - etwa die Differenzierung nach individuellen Merkmalen wie Geschlecht, Alter, Familienstand, vor allem aber Beruf, Bildung und Qualifikation oder Haushaltskontext - genutzt werden kann.

Abbildung 14: Die Basisstruktur der Erwerbsintegration in Bremen 2015



Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Prekäre und gefährdete Erwerbspositionen haben stetig zugenommen und sind mittlerweile genauso häufig wie gesicherte Erwerbsverhältnisse.

Wenn die Kombination von Einkommensstatus und Erwerbssicherheit betrachtet wird, umfasst die Zone der traditionellen Normalität, d.h. einer gesicherten oder gehobenen Mitte nur gut 50 Prozent aller Erwerbstätigen; privilegierte Erwerbsverhältnisse machen gut 11 Prozent aus. Umgekehrt bedeutet dies aber eben auch, dass ein bedenklich hoher Anteil von knapp 39 Prozent sich eben nicht in einer gesicherten Lage befindet, sondern zu mehr als einem Viertel unmittelbar in prekären Erwerbsverhältnissen arbeitet und sich zwölf Prozent in einer gefährdeten Erwerbssituation befinden. Die gesamte Zone der Prekarität umfasst somit genauso viele Personen mit ihren Erwerbsverhältnissen wie die gesicherte Mitte. Hochgerechnet auf die Gesamtzahl der Erwerbsverhältnisse im Land Bremen bedeutet dies, dass hier 111.720 prekäre und 50.400 gefährdete Beschäftigungsverhältnisse zu verzeichnen sind; in der Klasse der gesicherten Erwerbsverhältnisse versammeln sich 162.120 Personen mit ihrer Erwerbstätigkeit und einer gehobenen Erwerbsintegration erfreuen sich 48.300 Personen. Privilegiert bzw. exklusiv ins Erwerbssystem integriert sind 29.820 bzw. 18.060 Erwerbsverhältnisse.³⁶ (Berechnet auf Basis des Jahresdurchschnitts 2015; Quelle: Statistisches Landesamt Bremen/Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“).

³⁶ Berechnet auf Basis des Jahresdurchschnitts 2015; Quelle: Statistisches Landesamt Bremen/Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass zwischen Erwerbstätigenrechnung und Mikrozensus konzeptionelle Unterschiede bestehen. Die genannten absoluten Zahlen sind daher als Näherungswerte zur Illustration zu verstehen.

Die Erwerbsstruktur wird heterogener und bleibt polarisiert.

Mit Einführung des Mindestlohns in Deutschland und seit einiger Zeit wieder wachsenden Reallöhnen geht die Schere zwischen hohen und niedrigen Einkommen nicht mehr weiter auseinander. Dennoch bleibt die Spreizung der Erwerbsverhältnisse weitgehend unverändert. Ursächlich dafür ist vor allem die zunehmende Verbreitung instabilerer Erwerbsverhältnisse über die gesamte Skala von Erwerbstätigkeiten. Der Anstieg der Einkommen am oberen Rand der Erwerbsskala wirkt sich deshalb lediglich in einer geringfügigen Zunahme exklusiver Erwerbsintegration aus. Die Ausweitung unsicherer Erwerbsintegration trifft die prekären Erwerbsverhältnisse am unteren Rand der Verteilung aber wesentlich häufiger, während Prekarität aufgrund von geringem Einkommen zurückgegangen ist. Insofern verzeichnet insbesondere die Klasse der Erwerbstätigen in prekären Erwerbsverhältnissen trotz verbesserter Einkommensdurchschnitte ein anhaltendes Wachstum.

Überdies ist eine Tendenz zur Heterogenisierung der Erwerbsstruktur zu verzeichnen: Verglichen mit 2002 verteilen sich die Beschäftigungsverhältnisse in 2015 insgesamt gleichmäßiger auf die gesamte Skala der verschiedenen Kombinationen von Erwerbs- und Einkommensstatus. Eine Ausnahme hiervon bilden nach wie vor die Selbstständigen: Deren Erwerbsintegration verteilt sich stark polarisiert auf die Ränder der Gesamtstruktur.

Typische Benachteiligungen bleiben weitgehend bestehen; neue kommen hinzu.

Die Analysen zur sozialen Struktur der Erwerbsklassen bestätigen sehr deutlich die Einflüsse von Geschlecht, Alter, Qualifikation und Migrationshintergrund: Frauen sind bei der Erwerbsintegration generell nach wie vor erheblich benachteiligt. Insbesondere in den Klassen der gesicherten bis exklusiven Erwerbsintegration sind Frauen auch bei Vollzeitbeschäftigung nach wie vor deutlich unterrepräsentiert, während sie umgekehrt in den prekären und gefährdeten Zonen der Erwerbsskala überproportional häufig vertreten sind. Gleichwohl wird auch ersichtlich, dass vor allem in den Bereichen mittel- und hoch qualifizierter Dienstleistungstätigkeiten mit den Trends der Akademisierung und Feminisierung eine verbesserte Erwerbsintegration von Frauen auch bei Teilzeitarbeit einhergeht.

Die individuelle Qualifikation ist nach wie vor zentrale Bedingung für die Qualität der Erwerbsintegration und eine hohe Qualifikation ist mit zunehmendem Alter für eine gelingende und hochwertige Erwerbsintegration über die gesamte Berufskarriere hinweg heute sogar noch wichtiger als zu Beginn der 2000er Jahre. Dies gilt, obwohl ein Aufwuchs des Anteils von Personen mit hoher Qualifikation in der prekären Zone zu erkennen ist. Hier macht sich u.a. bemerkbar, dass sich die Einstiegsbedingungen für junge Erwerbstätige stetig verschlechtert haben, da in vielen Branchen und Unternehmen eine verlängerte Einstiegs- und Selektionsphase aus Praktika und befristeten Beschäftigungsverhältnissen und/oder eine Besetzung bestimmter Positionen regelhaft mit wechselnden Personen (z.B. in der Wissenschaft) praktiziert wird. Ebenfalls bei der Altersgruppe 60+ zeigen sich neben hohen Anteilen in der privilegierten auch wachsende Anteile in der prekären Zone. Die Chance, mit einem mittleren oder gar geringen Qualifikationsniveau eine gehobene oder privilegierte Erwerbsposition zu erreichen, ist seit 2002 gesunken.

Beim Migrationshintergrund zeigt sich - bei genereller Benachteiligung - eine gewisse Polarisierung. Die Anteile in der Mitte sinken, die Anteile an den Rändern steigen leicht.

Polarisierende Effekt in der Gesamtstruktur werden von den Erwerbsbedingungen in den einzelnen Wirtschaftsbranchen verstärkt; zwischen den Wirtschaftsbranchen wächst die ohnehin beträchtliche Spannweite der Erwerbsintegration weiter an.

Ein weit auseinandergezogenes Spektrum reicht von Branchen, die durch großbetriebliche Strukturen und gut ausgebaute kollektive Regulierung (Tarifdeckung und Mitbestimmungskulturen) geprägt sind bis zu den Dienstleistungsbereichen, die auf den privaten Konsum zielen und durch geringe Qualifikationsanforderungen sowie schwache kollektive Akteure und Organisation gekennzeichnet sind. Zu den Ersteren zählen neben den Betrieben des verarbeitenden Gewerbes vor allem die großbetrieblich organisierten Dienstleistungsbereiche der Energiewirtschaft, der öffentlichen Dienste und der Finanzwirtschaft. Diese Branchen sind in erster Linie durch eine starke Mitte, d.h. einen großen Anteil gesicherter und gehobener Erwerbsintegration, geprägt und weisen zudem überdurchschnittlich viele privilegierte Erwerbssituationen auf. Am anderen Ende der Skala befinden sich die heterogenen Dienstleistungsbereiche von Handel und Kfz-Reparatur, sonstigen Dienstleistungen und Gastgewerbe. Die Erwerbsstruktur in diesen Bereichen ist zu einem erheblichen Teil dadurch gekennzeichnet, dass sich hier ein modernes Dienstleistungsproletariat versammelt. Stärker als die Polarisierung innerhalb der einzelnen Branchen fallen die gravierenden Unterschiede zwischen den Branchen ins Gewicht. Die Polarisierung zwischen den Branchen hat seit 2002 deutlich zugenommen.

Auffallend ist überdies, dass die Werte des Erwerbs- wie des Einkommensstatus in den Branchen parallelisiert sind; d.h., hohe Einkommen gehen in der Regel mit einem hohen Erwerbsstatus einher und dort, wo geringe Einkommen

erzielt werden, finden sich auch die ungünstigeren Werte für den Erwerbsstatus. Dieser Zusammenhang tritt besonders ausgeprägt an den Rändern der Verteilung auf. Festzuhalten ist mithin, dass je nach Branche eher die Chancen oder eher die Risiken in Bezug auf Einkommen und Erwerbsstabilität kumulieren.

In allen Branchen wirken hinsichtlich der persönlichen Merkmale der Erwerbstätigen weitgehend ähnliche Verteilungsmechanismen. Lediglich in der Logistik (Verkehr und Lagerei) herrschen exzeptionelle Bedingungen, da hier ein geschlechtsspezifischer Bias kaum nachweisbar ist, ein Migrationshintergrund kaum negative Effekte hat und Selbstständige keine erhöhte Wahrscheinlichkeit haben, der prekären Klasse anzugehören. Hervorzuheben ist außerdem, dass die Wirtschaftszweige Handel und Kfz-Reparatur sowie wirtschaftliche Dienstleistungen augenscheinlich offener dafür sind, dass es Erwerbstätige ohne hohe Qualifikation schaffen, in die exklusive Klasse vorzudringen.

Besonders negativ fallen die Bereiche Information und Kommunikation sowie Erziehung und Unterricht bei der Erwerbsintegration von Selbstständigen auf, deren durchschnittliche Werte für die Erwerbsintegration in 2015 erheblich unter den Werten für abhängig Beschäftigte lagen. Hier sind offensichtlich besonders viele kümmerliche und instabile Erwerbsverhältnisse von (Solo)selbstständigen vorzufinden.

Bremen nimmt im Ländervergleich eine Spitzenposition ein; der Vergleich mit Großstädten fällt durchwachsen aus.

Im Branchen- wie im Regionalvergleich bestätigen sich für Bremen insgesamt die verhältnismäßig positiven Effekte einer starken, großstädtischen Wirtschaftsstruktur für die Bedingungen der Erwerbsintegration; allerdings werden von diesem positiven Gesamtbild einige gravierende Schwächen in der bremischen Erwerbsstruktur verdeckt. Diese erstrecken sich zum einen auf weite Teile der Dienstleistungssektoren und zum anderen auf die relativ ungünstige Erwerbsintegration von jungen, hoch qualifizierten Berufseinsteigern und von (Solo)–Selbstständigen bzw. ExistenzgründerInnen ebenso wie auf die nach wie vor ausgeprägte Benachteiligung von Frauen bei der Erwerbsintegration.

Die durchschnittlichen Einkommen liegen in Bremen etwa auf dem Niveau des gesamten Bundesgebiets und die Risiken für Beschäftigung und soziale Sicherheit fallen sogar etwas geringer aus. Allerdings hat die anhaltende Zunahme prekärer Erwerbsintegration auch in Bremen Raum gegriffen und insbesondere mit Blick auf die anderen Stadtstaaten war in Bremen nicht die Entlastung bei den prekären Erwerbsverhältnissen zu verzeichnen, die es seit 2012 in den anderen Stadtstaaten gegeben hat. Dies ist als ein starker Hinweis zu interpretieren, dass die vergleichsweise gute Position Bremens im Länder- und Bundesvergleich nicht über die auch an anderer Stelle festgestellten Schwächen der bremischen Wirtschaftsstruktur im Vergleich mit anderen Großstädten in Deutschland hinwegtäuschen sollte.

Die Analyse der Erwerbsstruktur betrachtet eben nur die Erwerbsverhältnisse bzw. Erwerbspersonen, während ein großer Teil der besonders armutsrelevanten Bevölkerungsteile (Kinder, Alte, Erwerbslose etc.) hier nicht berücksichtigt wird. Insofern deutet das Auseinanderklaffen von relativ guten Werten bei der Erwerbsintegration einerseits und den ungünstigen Werten zur sozialen Strukturierung der Gesamtbevölkerung darauf hin, dass das im Vergleich mit anderen Bundesländern hohe Niveau der Erwerbsintegration im Land Bremen dennoch nicht hinreicht, um die besonders ausgeprägte soziale Polarisierung zu verhindern, wie sie sich beispielsweise in der Armutsgefährdungsquote ausdrückt.

Prekäre individuelle Erwerbsintegration wird durch den Haushalt nur selten kompensiert.

Die tatsächliche soziale Lage wird jenseits der individuellen Erwerbsintegration bzw. der Qualität des individuellen Erwerbsverhältnisses zu einem großen Teil davon bestimmt, in welche Beziehungen und Verpflichtungen das einzelne Individuum eingebettet ist. Im Haushalt wirkt sich die Verfügbarkeit der individuellen Ressourcen auf die soziale Lage aller Mitglieder aus:

Die soziale Struktur im Land Bremen ist insgesamt durch einen beträchtlichen Anteil an Haushalten in einer prekären bzw. gefährdeten sozialen Situation geprägt (37%)³⁷. Im Zeitverlauf hat sich die soziale Lage der Haushalte leicht verändert. Insbesondere die Anzahl prekärer sozialer Lagen hat seit 2002 zugenommen und macht allein rd. 25% aller Haushalte aus.

³⁷ Grundgesamtheit ist hier die Gesamtzahl der Haushalte mit mindestens einem erwerbstätigen Haushaltsmitglied, dessen Arbeitsstätte sich im Land Bremen befindet.

Insbesondere Kinder erhöhen das Prekaritätsrisiko des Haushalts enorm. Erwartungsgemäß wirkt sich dies besonders stark in den Haushalten von Alleinerziehenden aus, die zu mehr als 60 Prozent der prekären oder gefährdeten Klasse angehören. Den Gegenpol dazu bilden die Paare ohne Kinder. Drei Viertel von ihnen gehören zu den gesicherten oder privilegierten Klassen. Eindrücklich bestätigt wird hier für Bremen der allgemeine Trend, dass ein hohes Niveau an Wohlstand und sozialer Sicherheit am ehesten bei Kinderlosigkeit und doppelter Erwerbstätigkeit im Haushalt zu erlangen ist. Wenn also den geringen Geburtenraten und damit dem demografischen Wandel wirksam begegnet werden soll, bleibt es auf der politischen Tagesordnung, die negativen Auswirkungen auf die soziale Lage zu beseitigen, wenn sich Menschen dafür entscheiden, Kinder zu bekommen.

Personen ohne Partner – Singles oder Alleinerziehende – befinden sich besonders häufig in gefährdeten und prekären Lagen. Hier spielt neben den individuellen Erwerbsrisiken auch die Tatsache eine Rolle, dass kein Kompensationspotenzial im Haushalt vorhanden ist. Besonders deutlich zeigt sich dies bei Alleinerziehenden. Knapp zwei Drittel aller Alleinerziehendenhaushalte weisen eine bestenfalls gefährdete soziale Lage auf. Die Existenz von Kindern erhöht freilich auch bei Paarhaushalten das Risiko, sich in einer prekären oder gefährdeten sozialen Lage wiederzufinden.

Um die langfristige soziale Sicherung aller Haushaltsmitglieder zu gewährleisten, hat sich ein modernisiertes Ernährermodell etabliert, bei dem eine zweite Person im Haushalt mindestens in Teilzeit erwerbstätig ist, und so die zusätzlichen Ressourcen einbringt, die für eine soziale Lage jenseits der Armutsgrenze und deren dauerhafter Absicherung erforderlich sind. Das klassische Alleinverdienermodell ermöglicht es kaum noch, im eigenen Haushalt eine gehobene soziale Lage zu erlangen. Vielmehr kann dieses Modell als ein großes soziales Risiko gewertet werden. Hier liegt die Vermutung nahe, dass es zu größeren Teilen auch nicht (mehr) auf einem frei gewählten Hausfrauenmodell beruht, sondern überwiegend durch Arbeitslosigkeit eines Partners hervorgerufen wird. Um dagegen der gehobenen, der privilegierten bzw. gar der exklusiven Klasse anzugehören, müssen die beiden Partner zumeist ein Erwerbsarrangement praktizieren, das dem Doppelverdiener-Modell folgt, d.h. eine gefestigte Erwerbsintegration beider Partner aufweist.

Der Vergleich zwischen der Individual- und der Haushaltsebene zeigt, dass der Haushalt die individuellen Erwerbsrisiken nur in relativ geringem Umfang aufzufangen vermag. Der Anteil der prekären und gefährdeten Integrationsklassen sinkt von der individuellen zur Haushaltsebene um lediglich 3,5 Prozentpunkte. Über alle Haushaltstypen hinweg betrachtet (d.h. inkl. der Singles und Alleinerziehenden) ist die Kompensationswirkung des Haushalts also nicht besonders ausgeprägt. Haushalte in Armutslagen werden häufig aus Personen gebildet, deren individuelle Risiken sich zu einer gemeinsam prekären Lage summieren. Dieser Befund ist insofern bemerkenswert als andere Studien eine stärkere Kompensation durch den Haushalt feststellen, dabei aber lediglich die Einkommensdimension berücksichtigen. Wenn also mittels des Erwerbsstatus die Risiken für Erwerbssicherheit und langfristige soziale Stabilität bis hin zum Erwerb von auskömmlichen Rentenansprüchen einbezogen werden, dann ist nur in relativ wenigen Fällen eine Kompensationsleistung des Haushalts wirksam. Eine Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die sich auf die Kompensationsleistung des Haushaltes verlässt, würde mithin zu kurz greifen.

5. Literaturverzeichnis

- Ademmer, M./Bickenbach, F./Bode, E./Boysen-Hogrefe, J./Fiedler, S./Gern, K.-J./Görg, H./Groll, D./Hornok, C./Jannsen, N./Kooths, S./Krieger, C. (2017): Produktivität in Deutschland – Messbarkeit und Entwicklung. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik 12/2017
- Arbeitnehmerkammer Bremen(2015): Strukturwandel in Bremen. Befunde und Herausforderungen. Bremen
- Barlen, V. (2018): Zwischen zwei Arenen. Betriebliche Mitbestimmung bei Leiharbeit und Werkverträgen. Wiesbaden
- Bauer, T./K., Schmucker, A./Vorell, M. (2008): Beschäftigungsbeitrag von kleinen und mittleren Unternehmen: Viel Umschlag, wenig Gewinn. IAB-Kurzbericht 23/2008
- Bellmann, L./Alda, H. (2004): Betriebliche Personal- und Beschäftigungspolitik zwischen Flexibilität und Stabilität. In: WSI-Mitteilungen 5/2004, S. 255-261
- Bellmann, L./Grunau, P./Leber, U. (2015): Beteiligung atypisch Beschäftigter an beruflicher Weiterbildung. In: Severing, E./Baethge, M. (Hrsg.): Sicherung des Fachkräftepotenzials durch Nachqualifizierung. Befunde - Konzepte – Forschungsbedarf. Bielefeld, S. 37-51
- Berninger, I./Schröder, T. (2015): Niedriglohn und Working Poor. Normalarbeit differenziert nach Geschlecht und Branche. In: Dingeldey, I./Holtrup, A./Warsewa, G. (Hrsg.): Wandel der Governance der Erwerbsarbeit. Wiesbaden, S. 169-189
- Boehle, M. (2015): Armutsmessung mit dem Mikrozensus. Methodische Aspekte und Umsetzung für Querschnitts- und Trendanalysen. Gesis-Papers 16/2015
- Böhnke, P./Rennberg, A.-C./Valdes Cifuentes, I. (2016): Atypische Beschäftigung und Gesundheit in Europa. In: WSI-Mitteilungen 2/2016, S. 113-120
- Boockmann, B./Hagen, T. (2005): Befristete und andere „atypische“ Beschäftigungsverhältnisse: Wird der Arbeitsmarkt funktionsfähiger. In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung 38/2005, S. 305-324
- Brehmer, W./Seifert, H. (2009): Sind atypische Beschäftigungsverhältnisse prekär? eine empirische Analyse sozialer Risiken. In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung 4/2008, S. 501-531
- Brenke, K. (2011): Solo-Selbständige in Deutschland–Strukturen und Erwerbsverläufe. Untersuchung für das BMAS – Endbericht. Berlin
- Brinkmann, U./Dörre, K./Röbenack, S./Kraemer, K./ Speidel, F. (2006): Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Bonn
- Caliendo, M./Hogenacker, J./ Künn, S./Wießner, F. (2012): Gründungszuschuss für Arbeitslose: Bislang solider Nachfolger der früheren Programme. IAB-Kurzbericht Nr. 2/2012
- Caliendo, M./Künn, S./Wießner, F. (2010): Die Nachhaltigkeit von geförderten Existenzgründungen aus Arbeitslosigkeit: Eine Bilanz nach fünf Jahren. In: Zeitschrift für Arbeitsmarkt-Forschung 4/2010, S. 269-291
- Castells, Manuel. (2001): Das Informationszeitalter. Bd. 1. Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Opladen
- Dahrendorf, Ralf (1983): Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht. In: Matthes, J. (Hrsg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982. Frankfurt/New York: Campus, S. 25-37
- Deutschmann, C. (2002): Postindustrielle Industriesoziologie. Theoretische Grundlagen. Arbeitsverhältnisse und soziale Identitäten. Weinheim
- Dingeldey, I. (2011): Der aktivierende Wohlfahrtsstaat. Governance der Arbeitsmarktpolitik in Dänemark, Großbritannien und Deutschland. Frankfurt am Main

- Dingeldey, I. (2015): Institutionelle Dualisierung und Geschlecht. In: Dingeldey, I./Holtrup, A./Warsewa, G. (Hrsg.): Wandel der Governance der Erwerbsarbeit. Wiesbaden, S. 101-124
- Dingeldey, I./Holtrup, A./Warsewa, G. (Hrsg.) (2015): Wandel der Governance der Erwerbsarbeit. Wiesbaden
- Dingeldey, I./Holtrup, A./Warsewa, G. (2015a): Einleitung: Wandel der Governance von Erwerbsarbeit. In: Dingeldey, I./Holtrup, A./Warsewa, G. (Hrsg.): Wandel der Governance der Erwerbsarbeit. Wiesbaden, S. 1-19
- Dingeldey, I./Holtrup, A./Warsewa, G. (2015b): Alte, neue oder keine Normalitäten? In: Dingeldey, I./Holtrup, A./Warsewa, G. (Hrsg.): Wandel der Governance der Erwerbsarbeit. Wiesbaden, S. 339-356
- Dombois, R./Holtrup, A. (2015): Machtzentren der Mitbestimmung. Betriebsräte in der Multi-Arenen-Perspektive. In: Dingeldey, I./Holtrup, A./Warsewa, G. (Hrsg.): Wandel der Governance der Erwerbsarbeit. Wiesbaden, S. 195-220
- Dörre, K. (2004): Flexible Arbeit, diskontinuierliche Lebensverläufe. Chancen und Risiken für Jugendliche/junge Erwachsene. In: Krekel, E. M./Walden, G. (Hrsg.): Zukunft der Berufsausbildung in Deutschland: Empirische Untersuchungen und Schlussfolgerungen. Ergebnisse der BiBB-Fachtagung am 4. und 5. November 2003 in Bonn. Berichte zur beruflichen Bildung 273. Bielefeld, S. 132-154
- Dörre, K. (2009): Prekäre Beschäftigung. Ein unterschätztes Phänomen in der Debatte um die Marktsteuerung und Subjektivierung von Arbeit. In: Lohr, K./Nickel, H. M. (Hrsg.): Subjektivierung von Arbeit. Riskante Chancen. Münster, S. 180-206
- Dütsch, M. (2011): Wie prekär ist Zeitarbeit? Eine Analyse mit dem Matching-Ansatz. In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung 4/2011, S. 299-318
- Erlinghagen, M./Knuth, M. (2003): Arbeitsmarktdynamik zwischen öffentlicher Wahrnehmung und empirischer Realität. WSI Mitteilungen 8/2003, S. 503-509
- FDZ Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Mikrozensus 2002 – On-Site-File. Informationen unter <http://www.forschungsdatenzentrum.de/bestand/mikrozensus/index.asp>
- FDZ Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Mikrozensus 2011 – Scientific-Use-File. Informationen unter <http://www.forschungsdatenzentrum.de/bestand/mikrozensus/index.asp>
- FDZ Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Mikrozensus 2012 – On-Site-File. Informationen unter <http://www.forschungsdatenzentrum.de/bestand/mikrozensus/index.asp>
- FDZ Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Mikrozensus 2012 – Scientific-Use-File. Informationen unter <http://www.forschungsdatenzentrum.de/bestand/mikrozensus/index.asp>
- FDZ Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Mikrozensus 2015 – On-Site-File. Informationen unter <http://www.forschungsdatenzentrum.de/bestand/mikrozensus/index.asp>
- Finch, H./Bronk, K. (2011): Conducting Confirmatory Latent Class Analysis Using Mplus. In: Structural Equation Modeling: A Multidisciplinary Journal, 18: 1, S. 132 — 151
- Freie Hansestadt Bremen, Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport (Hrsg.) (2015): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen. Bremen
- Fritsch, M./Kritikos, A./Sorgner, A. (2015): Verdienen Selbständige tatsächlich weniger als Angestellte? DIW-Wochenbericht 7/2015, S. 134-141
- Gash, V. (2008): Bridge or trap? Temporary workers' transitions to unemployment and to the standard employment contract. In: European Sociological Review 5/2008, S. 651-668
- Geiser, C. (2010): Datenanalyse mit MPlus. Wiesbaden

- Goedicke, A./Ellenberger, T. (2015): Die betriebliche Governance von Vereinbarkeit und Verfügbarkeit. In: Dingeldey, I./Holtrup, A./Warsewa, G. (Hrsg.): Wandel der Governance der Erwerbsarbeit. Wiesbaden, S. 245-269
- Gorz, A. (1989): Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft. Berlin
- Groß, M. (2015): Die Auswirkung des Wandels der Regulierung von Arbeitsbeziehungen auf die Lohnungleichheit. In: Dingeldey, I./Holtrup, A./Warsewa, G. (Hrsg.): Wandel der Governance der Erwerbsarbeit. Wiesbaden, S. 131-168
- Grund, C./Martin, J./Minten, A. (2015): Beschäftigungsstruktur und Zufriedenheit von Zeitarbeitnehmern in Deutschland. In: Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung 2/2015, S. 138-169
- Gundert, S./Hohendanner, C. (2011): Leiharbeit und befristete Beschäftigung: Soziale Teilhabe ist eine Frage von stabilen Jobs. IAB-Kurzbericht 4/2011
- Haller, P./Jahn, E. (2014): Zeitarbeit in Deutschland. Hohe Beschäftigungsdynamik und kurze Beschäftigungsdauer. IAB-Kurzberichte 13/2014
- Hausen, K.-O./Muscheid, J. (2017): Immer mehr Arbeitnehmer pendeln zur Arbeit. In: Kammer Kompakt. Bremen
- Heisig, U. (2015): Vom „Organization Man“ zur „Boundaryless Career“ in der Wissensarbeit. In: Dingeldey, I./Holtrup, A./Warsewa, G. (Hrsg.): Wandel der Governance der Erwerbsarbeit. Wiesbaden, S. 315-335
- Hohendanner, C. (2010): Befristete Arbeitsverträge zwischen Auf- und Abschwung. Unsichere Zeiten, unsichere Verträge. IAB Kurzbericht 14/2010
- Hohendanner, C./Gerner, H. D. (2010): Die Übernahme befristet Beschäftigter im Kontext betrieblicher Personalpolitik. In: Soziale Welt 1/2010, S. 27-50
- Holst, H./Nachtwey, O./Dörre, K. (2009): Funktionswandel von Leiharbeit. Arbeitsheft 61 der Otto-Brenner-Stiftung. Frankfurt a.M.
- Holtrup, A. (2009): Subjektives Erleben von Zeitarbeit. In: Arbeitnehmerkammer Bremen (Hrsg.): Zeitarbeit in Bremen. Bremen, S. 143-211
- Holtrup, A. (2008): Individualisierung der Arbeitsbeziehungen? München und Mering
- Holtrup, A./Mehlis, P. (2004): Arbeitsbeziehungen im Wandel. Theoretischer Rahmen und Modell zur empirischen Analyse neuer Formen der Regulierung von Arbeit. iaw-Arbeitspapier 5. Bremen
- Hotze, J. (2015): Entwicklung der Haushaltseinkommen im Land Bremen. Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen
- Hradil, S. (2001): Soziale Ungleichheit in Deutschland. Wiesbaden
- Huinink, J./Schröder, T. (2008): Sozialstruktur Deutschlands. Stuttgart
- Kleemann, F. (2012): Subjektivierung von Arbeit. Eine Reflexion zum Stand des Diskurses. Arbeits- und Industriesoziologische Studien 2/2012, S. 6-20
- Klenner, C. (2016): Gender Pay Gap – die geschlechtsspezifische Lohnlücke und ihre Ursachen. Policy Brief WSI 07/2016
- Koch, A./Rosemann, M./Späth, J. (2011): Soloselbstständige in Deutschland: Strukturen, Entwicklungen und soziale Sicherung bei Arbeitslosigkeit. Bonn
- Kraemer, K. (2008): Prekarität – was ist das? In: Arbeit. Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik 2/2008, S. 77-90
- Krause, A./Köhler, C. (2015): Unsicherheit als Element betrieblicher Personalpolitik. In: Dingeldey, I./Holtrup, A./Warsewa, G. (Hrsg.): Wandel der Governance der Erwerbsarbeit. Wiesbaden, S. 221-243

- Kress, Ulrike (1998): Vom Normalarbeitsverhältnis zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes – Ein Literaturbericht. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 3/1998, S. 488-505
- Lampert, T./Kroll, L./Müters, S./Stolzenberg, H. (2013): Messung des sozioökonomischen Status in der Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland (DEGS1). Bundesgesundheitsblatt-Gesundheitsforschung-Gesundheitsschutz 5-6/2013, S. 631-636
- Leitner, S./Ostner, I./Schatzenstaller, M. (2004): Einleitung: Was kommt nach dem Ernährer-modell? Sozialpolitik zwischen Re-Kommodifizierung und Re-Familialisierung. In: Leitner, S./Ostner, I./Schatzenstaller, M. (Hrsg.): Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Wiesbaden, S. 9-27
- Lübbe, H. (2013): Exklusion durch Arbeit? Eine Studie über die sozialen Kosten atypischer Beschäftigung. Berlin, Zugriff unter:
http://www.weiterdenken.de/sites/default/files/downloads/Luebbe_Artikel_Exklusion_barrierefreier.pdf
(29.06.2018)
- Manske, A./Scheffelmeier, T. (2015): Werkverträge, Leiharbeit, Solo-Selbstständigkeit: Eine Bestandsaufnahme. WSI-Diskussionspapier No. 195
- Marchenko, Y. (2009): "Multiple-imputation Analysis Using Stata's mi Command." Präsentation auf dem Stata UK Gruppen Treffen 2009; London, UK, am 10. September 2009
- Matuschek, I./Kleemann, F./Voß, G. G. (2002): Personaler Arbeitsstil. Ein Konzept zur Untersuchung subjektiver Arbeit. In: Moldaschl, M./Voß, G. G. (Hrsg.): Subjektivierung von Arbeit. München/Mehring; S.219-240
- Mohr, C. (2017): Das Ende der Arbeit (wie wir sie kennen). In: IPG (Internationale Politik und Gesellschaft), 3/2017- Zugriff unter www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/das-ende-der-arbeit-wie-wir-sie-kennen-1892/
(25.06.2018)
- Mörchen, M. (2006): Praktikum als prekäre Beschäftigung - Ausbeutung oder Chance zur Integration? Sozialforschungsstelle Dortmund, Beiträge aus der Forschung Nr. 149
- Mückenberger, U.(1985): Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses. Zeitschrift für Sozialreform 7/1985: S. 415-435 und S. 457-475
- Mückenberger, U.(2015): Dimensionen des Wandels im deutschen Arbeitssystem angesichts Postfordismus und Globalisierung. In: Dingeldey, I./Holtrup, A./Warsewa, G. (Hrsg.): Wandel der Governance der Erwerbsarbeit. Wiesbaden,S.71-98
- Offe, C. (1973): Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie. Frankfurt a.M.
- Offe, C./ Hinrichs, K. (1984): Sozialökonomie des Arbeitsmarktes: primäres und sekundäres Machtgefälle. In: Offe, C. (Hrsg.): „Arbeitsgesellschaft“. Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven. Frankfurt am Main/New York, S. 44-86
- Oppen, M. (2011): Dienstleistungsarbeit unter öffentlich-privater Regie. Größere Chancen und mehr Risiken. WZ Brief Arbeit 10/2011. Berlin
- Promberger, M. (2006): Leiharbeit – Flexibilität und Prekarität in der betrieblichen Praxis. In: WSI Mitteilungen 5/2006, S. 263-269
- Promberger, M.(2008): Arbeit, Arbeitslosigkeit und soziale Integration. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 40-41/2018, S. 7-15.
- Rhein, T./Stüber, H. (2014): Beschäftigungsdauer im Zeitvergleich. IAB Kurzbericht 3/2014
- Rhein, T. (2010): Beschäftigungsdynamiken im internationalen Vergleich. IAB-Kurzbericht 19/2010
- Rifkin, J. (1995): Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Frankfurt/New York
- Rothe, T. (2009):Arbeitsmarktentwicklung im Konjunkturverlauf: Nicht zuletzt eine Frage der Einstellungen. IAB-Kurzbericht 13/2009

- Rubin, D. B. (1987): *Multiple Imputation for Nonresponse in Surveys*. New York et al.
- Ryosten, P. (2004): Multiple imputation of missing values. In: *The Stata Journal*, 3/2004, S. 227-241
- Sauer, D. (2001): *Zur Zukunft industrieller Erwerbsarbeit*. Unveröff. Diskussionspapier
- Schulze-Buschhoff, K. (2007): *Neue Selbstständige im europäischen Vergleich: Struktur, Dynamik und soziale Sicherheit*. Edition der Hans-Böckler-Stiftung 201. Düsseldorf
- Schumann, M. (2002): Das Ende der kritischen Industriosozologie? *SOFI-Mitteilungen* 30/2002, S.11-25
- Seibert, H./Wydra-Somaggio, G. (2017): *Berufseinstieg nach der betrieblichen Ausbildung: Meist gelingt ein nahtloser Übergang*. IAB-Kurzbericht 20/2017
- Seifert, H. (2017): Wie lassen sich Entwicklung und Strukturen atypischer Beschäftigung erklären? In: *WSI-Mitteilungen* 1/2017, S. 5-15
- Seifert, H./Holst, E./Matiaske, W./Tobsch, V. (2016): *Arbeitszeitwünsche und ihre kurzfristige Realisierung*. In: *WSI-Mitteilungen* 4/2016, S. 300-308
- Sennett, R. (1998): *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*. Berlin
- Sennett, R. (2005): *Die Kultur des neuen Kapitalismus*. Berlin
- Sjöberg, O. (2016): Employee collective voice and short-term sickness absence in Europe. In: *European Journal of Industrial Relations*, 1/2016, S. 1-18
- Solga, H./Berger, P. A./Powell, J. J. (2009): *Soziale Ungleichheit–Kein Schnee von gestern!*. In: Solga, H./Berger, P. A./Powell, J. J. (Hrsg.): *Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse*. Frankfurt/New York, S. 11-45
- Statistisches Bundesamt (2017): *Anteil atypischer Beschäftigung unverändert bei 21 %*. Pressemitteilung vom 16. August 2017, 281/17
- Statistisches Bundesamt (2018): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus*. Wiesbaden
- Statistisches Landesamt Bremen (2017): *Die Arbeitnehmerverdienste im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich. 3. Quartal 2016 und Jahr 2015*. Bremen
- Stauder, J./Hüning, W. (2004): *Die Messung von Äquivalenzeinkommen und Armutsquoten auf der Basis des Mikrozensus*. *Statistische Analysen und Studien NRW Bd. 13*, S. 9-31
- Toutenburg, H./Heumann, C./Nittner, T. (2004): *Statistische Methoden bei unvollständigen Daten*. Sonderforschungsbereich 386, Discussion Paper 380. München
- Vogel, B. (2010): *Staatliche Regulierung von Arbeit*. In: Böhle, F./Voß, G. G./Wachtler, G. (Hrsg.): *Handbuch Arbeitssoziologie*. Wiesbaden, S. 913-928
- Vogel, C./Scherger, S.(2018): *Einleitung: Arbeit im Alter - zu Erwerbstätigkeit und freiwilligem Engagement im Ruhestand*. In: Scherger, S/ Vogel, C. (Hrsg.): *Arbeit im Alter. Zur Bedeutung bezahlter und unbezahlter Tätigkeiten in der Lebensphase Ruhestand*, Wiesbaden, S. 1 - 25
- Van Blanckenburg, K./Geist, A./Hadamitzky, M. (2008): *Imputation bei unvollständigen Datensätzen*. In: *WiSt-Zeitschrift für Studium und Forschung* 5/2008, S. 245-249
- Voß, G. G./Pongratz, H. J. (1998): *Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft?* In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 1/1998,S.131-158
- Wanger, S. (2011): *Ungenutzte Potentiale in der Teilzeit. Viele Frauen würden gerne länger arbeiten*. IAB-Kurzbericht 9/2011

- Warsewa, G. (2015): Individuen als neue Akteure des Erwerbssystems: Chancen für reflexive Arbeitsgestaltung. In: Dingeldey, I./Holtrup, A./Warsewa, G. (Hrsg.): Wandel der Governance der Erwerbsarbeit. Wiesbaden, S. 45-69
- Weber, B./Weber, E. (2013): Bildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit. IAB-Kurzbericht 4/2013
- Wolnik, K./Holtrup, A. (2017): Berufswechsel – Chancen und Risiken. Ausmaß, Motive, Gestaltungserfordernisse. In: Arbeit und Wirtschaft in Bremen 22. Bremen
- WSI-Tarifarchiv (2017): Statistisches Taschenbuch. Tarifpolitik 2017. Düsseldorf

Anhang

Anhang I: Zum Verständnis und zur Interpretation des Indexes	93
1. Warum ein Index?	93
2. Was beinhaltet der Index?	93
3. Wie sind die Indexwerte zu interpretieren?	94
4. Was sind die Intergartionsklassen?	95
Anhang II: Methodische Adjustierungen und Entscheidungen	96
1. Wahl des Items für die Einkommensdimension	96
2. Umgang mit fehlenden Werten	98
3. Vergleichbarkeit der Indexwerte von Selbstständigen und anhängig Beschäftigten	100
4. Klassenteilung nach Grad der Prekarität bzw. privilegierung	102
5. Methodik für Analysen auf der Haushaltsebene: Konzept zur Berechnung der sozialen Lage	102
Anhang III: Ergänzende Ergebnisse und Auswertungen	103
1. Übersicht über die Einzelindikatoren in Ursprungsform (Kapitel 3)	103
2. Struktur der Integrationsklassen (Kapitel 3.2)	104
3. Erwerbsintegration in den Wirtschaftsbranchen 2002 (Kapitel 3.3):	107
4. Regressionsanalysen zur Erwerbsintegration in quantitativ bedeutsamen Wirtschaftszweigen in Bremen (Kap. 3.3)	109
5. Erwerbsintegration, Haushalt und soziale Lage (Kap. 3.5)	111
6. Detaillierte Auswertungstabellen zu den Erwerbskonstellationen in Paarhaushalten (Kap. 3.5)	114
Anhang IV: Latente Klassenanalyse – Validierung der Indexanalysen durch ein paralleles statistisches Verfahren	117

Anhang I: Zum Verständnis und zur Interpretation des Indexes

1. Warum ein Index?

Zunächst erscheint es sinnvoll, sich den Vorteil eines Indizierungsverfahrens vor Augen zu führen. Dazu werfen wir einen Blick auf die gegenwärtige Arbeitsmarktforschung. In dieser steht die Diskussion im Fokus, inwieweit sich atypische Beschäftigungsformen zulasten von Normalarbeitsverhältnissen ausgebreitet haben und welche Bedeutung dies für Akteure bzw. Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt hat. Exemplarisch können die Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes (u.a. 2017) herangezogen werden. Hier werden die Anteile an Normalarbeit und atypischer Beschäftigung prozentual auf die Gesamtzahl der Erwerbstätigen bezogen und entsprechende Veränderungen im Zeitverlauf akzentuiert. Auch in anderen Veröffentlichungen zum Thema (u.a. Seifert 2017) werden die Anteile atypischer Beschäftigung dargestellt und des Weiteren nach sozialstrukturellen Merkmalen hin untersucht. Diverse Untersuchungen zu dieser Thematik liegen bereits vor; jedoch beziehen sich diese oftmals auf eine reine Deskription der Anteile der atypischen Beschäftigungsformen in Bezug zur Gesamtbeschäftigtenzahl – sowie der Entwicklung im Zeitverlauf. Entsprechende Studien diskutieren das Prekaritätspotenzial der atypischen Beschäftigungsformen (u.a. Promberger 2006; Brehmer/Seifert 2009; mehr siehe Kapitel 2.3). Es bleibt jedoch bei einer Bezugnahme auf eine bestimmte atypische Beschäftigungsform.

Die Konstruktion eines Indexes bietet verschiedene Vorteile: Der Index ermöglicht es u.a., verschiedene strukturelle Arbeitsmarktindikatoren in einer Maßzahl zu vereinen. Auf der Individualebene liegen für die verschiedenen Indikatoren Informationen vor, die wir rechnerisch miteinander so kombinieren, dass am Ende über eine Aggregation sowohl quantitative (wie viele Personen?) als auch qualitative Aussagen (wer ist prekär, normal, privilegiert?) ermöglicht werden. Das bedeutet dann, dass anhand der Verortung der Personen auf der Integrationsskala eine Bewertung von objektiv messbarer Integration vorgenommen werden kann. So gehen wir innerhalb unseres Ansatzes über eine reine Deskription von Einzelindikatoren hinaus, indem die Kombination verschiedener Merkmale ein neues Licht auf den Arbeitsmarkt werfen kann. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang der weitere Vorteil, dass in einem solchen Indizierungsverfahren diverse Kompensationen, aber auch Verstärkungen bzw. Kumulierungen stattfinden können. Wenn beispielsweise eine Person in einem Merkmal Nachteile aufweist, können andere Merkmale hier bei entsprechender Ausprägung kompensatorisch wirken. Andererseits ist es denkbar, dass ebenfalls komplett nachteilige Erwerbssituationen identifiziert werden könnten, wenn bei mehreren Indikatoren Benachteiligungen vorliegen. Hinzu kommt, dass bei tiefergehenden Analysen nicht mehr verschiedenste Indikatoren in einzelnen Analyseschritten berücksichtigt werden müssen. Somit wird eine Vergleichbarkeit in den Analysen – beispielsweise durch Erstellung eines Rankings – vereinfacht. Entsprechend verspricht ein Index hier einen methodischen bzw. analytischen Mehrwert.

2. Was beinhaltet der Index?

Im Grunde beinhaltet der Index zwei Hauptdimensionen, die bei dem Indizierungsverfahren eine zentrale Rolle spielen: auf der einen Seite die Einkommensdimension, auf der anderen Seite der Erwerbsstatus. In der heutigen Gesellschaft ist das Einkommen eine der zentralen Dimensionen sozialer Ungleichheit (u.a. Huinink/Schröder 2008; Hradil 2001; Solga et al. 2009). Durchaus existieren verschiedene Einkommensarten. Die wichtigsten Einkommensarten sind jedoch nach wie vor das Einkommen aus unselbstständiger Tätigkeit, Einkommen aus Unternehmertätigkeiten sowie Einkommen aus Vermögen und bilden somit die Grundlage für materiellen Wohlstand (vgl. Huinink/Schröder 2008: S. 116 f.). Im Bereich der Arbeitsmarktanalysen finden sich Untersuchungen und Statistiken hinsichtlich der Verdienste von bestimmten Personen(-gruppen) bzw. von Beschäftigten in bestimmten Branchen (vgl. Statistisches Landesamt Bremen 2017).

Neben dem Einkommen bezieht sich die zweite Hauptdimension auf den Erwerbsstatus. Im Fokus steht hier die Frage, inwieweit das Einkommen, welches aus der Erwerbsarbeit generiert wird, auch künftig gesichert ist. Oder mit anderen Worten: Welche Erwartungssicherheit haben die Beschäftigten hinsichtlich der Generierung eines Einkommens? Um diesem Aspekt nachzukommen, werden entsprechend mehrere Indikatoren gewählt, die zusammengenommen als Maß für die Beschäftigungsstabilität angesehen werden können. Als Bezugsrahmen orientieren wir uns wie erwähnt am Konzept Mückenbergers (1985) zum Normalarbeitsverhältnis. Im Zentrum steht dabei die Frage, ob die verschiedenen Indikatoren so ausgeprägt sind, dass von einem Normalarbeitsverhältnis gesprochen werden kann. Dabei stellen wir jeweils gegenüber, ob:

- ein befristetes oder unbefristetes Beschäftigungsverhältnis vorliegt
- die Weisungsbefugnis beim Unternehmen liegt, bei dem Arbeitnehmer unter Vertrag sind (Thema Leiharbeit)
- eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vorliegt (geringfügige Beschäftigung)
- der Betrieb durch seine Merkmale Stabilität und Sicherheit liefern kann – durch die Betriebsgröße und Dauer der Betriebszugehörigkeit

Somit liegen für den Erwerbsstatus zwei Komponenten vor: Auf der einen Seite stehen vertragliche Aspekte im Fokus. Liegt bei den Arbeitnehmern eine Befristung oder ein Leiharbeitsverhältnis vor? Oder entfällt der Aspekt der sozialen Absicherung, indem durch eine geringfügige Beschäftigung lediglich Pauschalbeträge in die sozialen Sicherungssysteme gezahlt werden? Auf der anderen Seite werden Informationen auf der betrieblichen Ebene berücksichtigt. Wie die Literaturbegutachtung zeigt, geht eine unterschiedliche Beschäftigungsstabilität mit der Betriebsgröße sowie der Dauer im Betrieb (Senioritätsprinzip) einher.

In Kombination mit dem Einkommen steht am Ende der Integrationsindex. An dieser Stelle muss ergänzt werden, dass diese Verknüpfung der Indikatoren lediglich für die Gruppe der abhängig Beschäftigten steht. Bei Personen in selbstständigen Tätigkeiten entfallen die vertraglichen Aspekte, da kein Abhängigkeitsverhältnis zu einem Arbeitgeber besteht. Der Erwerbsstatus setzt sich dann entsprechend über die Betriebsmerkmale, jedoch mit anderer Voraussetzung zusammen:

- Ist eine Person in selbstständiger Tätigkeit solo-selbstständig? Oder führt die Personen ein Unternehmen und ist selbst in Arbeitgeberposition?
- Wie lange besteht die selbstständige Tätigkeit?

Entsprechend gilt es hier, andere Maßstäbe als bei den abhängig Beschäftigten zu verwenden. In der Gesamtheit ist jedoch davon auszugehen, dass wir – und das zeigt die literaturgeleitete Taxierung – zwei Konstrukte unterschiedliche gebildet haben, die jedoch den Erwerbsstatus dieser beiden Erwerbsformen adäquat abbilden. Somit gehen wir davon aus, in der Gesamtheit eine Maßzahl für jeden Erwerbstätigen zu generieren, die eine Vergleichbarkeit zwischen abhängig Beschäftigten und Selbstständigen erlaubt.

3. Wie sind die Indexwerte zu interpretieren?

Eine generelle Schwierigkeit bei Indizes bezieht sich auf die Interpretierbarkeit der Skala. Mathematisch kann man jeden Indikator bzw. jedes Item miteinander verknüpfen. Problematisch ist dabei die Interpretierbarkeit der Werte, die am Ende des Indizierungsprozesses stehen. Aus diesem Grund wurden die Indikatoren, die für das Einkommen und den Erwerbsstatus stehen, entsprechend umkodiert bzw. nach einer bestimmten Logik taxiert.

In Anlehnung an die von Mückenberger identifizierten Merkmale des Normalarbeitsverhältnisses (sozialversicherungspflichtig, dauerhaft, unbefristet in Vollzeit in einem Großbetrieb), erfolgt eine Betrachtung der individuellen Erwerbssituation der Respondenten. Liegt demnach ein Normalarbeitsverhältnis vor bzw. weist eine Person all diese Kriterien auf, bekommt diese Person für den Erwerbsstatus – in einer neu generierten Variablen – den Wert 1 zugeschrieben. Jede Abweichung vom Normalarbeitsverhältnis in einem der Indikatoren bewirkt einen bestimmten Abzug vom Wert 1 – je nach Ausmaß und Anzahl der Abweichungen. Für den Erwerbsstatus liegt ein Wertebereich von quasi 0 und 1 vor.³⁸

Auch beim Einkommen nehmen wir eine Taxierung auf einer Skala vor. Diese ist jedoch relational am Median orientiert. Orientierungspunkt ist hier der Median (2015: 1.600 €), den wir auf den Wert 5 taxieren. Zwischen 0 und 10 wird der Großteil der Einkommensgruppen taxiert. Jedoch ist hier die Besonderheit, dass wir Werte über den Wert 10 hinauslaufen lassen. Eine Person mit einem Einkommen von ca. 3.200 € würde dann beispielsweise erst den Wert 10 erhalten. Alle Einkommen, die darüber liegen, werden entsprechend mit einem Wert über 10 taxiert. Dies ist der Überlegung geschuldet, dass ein hohes Einkommen einen schlechteren Erwerbsstatus kompensieren kann. Da einige Personen allerdings ein exorbitant hohes Einkommen aufweisen, wäre tendenziell ein Indexwert von bis zu

³⁸ Der geringstmögliche Wert liegt bei 0,117 – Ausgedrückt in Worten: Befristung unter zwölf Monaten, geringfügig Beschäftigte in der Leiharbeit, die in einem Unternehmen mit weniger als zehn Personen arbeiten und weniger als zwei Jahre im Betrieb tätig sind. Vergleich dazu: Der Wert 1 wird bei Normalarbeitsverhältnissen vergeben: unbefristet, keine Leiharbeit oder geringfügige Beschäftigung bei einer Betriebsgröße von mehr als 50 Personen sowie einer Beschäftigungsdauer von mehr als 10 Jahren.

56 denkbar. Da am Ende jedoch eine abgrenzbare Skala stehen soll, beträgt der Maximalwert 15 (alle Werte, die darüber liegen, werden entsprechend gedeckelt).

Letztlich beinhaltet der Index als Maß die Kombination aus Erwerbsstatus und Einkommen. Der Indexwert steht also für ein um die Erwerbsstabilität angereichertes Einkommen. Hier ist bereits eine kompensatorische Komponente des Einkommens enthalten. Um ein Gefühl für die Aussagekraft der Indexwerte zu bekommen, können einige Beispiele hilfreich sein:

- Personen mit mittlerem Einkommen (1.600 €) in einem Normalarbeitsverhältnis würden einen Indexwert von genau 5 aufweisen.
- Personen mit einem Indexwert von 10 können diesen Wert durch mehrere Kombinationsvarianten erreichen:
 - Einkommenswert (ca. 3.200 €) und Normalarbeitsverhältnis
 - Einen Erwerbsstatus von bspw. 8 (entweder durch Befristung oder Abzügen in den Betriebsmerkmalen) und einem Einkommen von über 4.000 €

Die genauen Formeln und rechnerischen Verknüpfungen sind dem Kapitel 2.3 zu entnehmen. Weitere Gedankenspiele können entsprechend nach Betrachtung dieser Formeln vorgenommen werden. Generell gilt: Je mehr Abweichungen im Normalarbeitsverhältnis vorliegen, desto geringer fällt der Indexwert aus. Irgendwann kann in der Realität – außer bei einigen Ausnahmen – das Einkommen nicht mehr den Erwerbsstatus kompensieren. So ist es schwer denkbar, dass eine Person in der Arbeitnehmerüberlassung beispielsweise einen Indexwert von deutlich über 10 aufweist, da hier entsprechende Abzüge bei der Vertragsform stattgefunden haben, die nicht mehr durch das Einkommen kompensiert werden können.

4. Was sind die Integrationsklassen?

Mit dem Integrationsindex wurde also ein Konstrukt generiert, das als Maßzahl für die individuelle Erwerbssituation steht. Anhand der Beispiele mag man ad hoc zu Einschätzungen kommen, welche Indexwerte bspw. für eine privilegierte Erwerbssituation stehen. Um jedoch genaue Abgrenzungen vorzunehmen, beziehen wir uns bei der Einteilung des Integrationsindex in sogenannte Integrationsklassen auf ein Konzept aus der Armutsforschung. Als relationales Maß werden in der Armutsforschung Abstufungen orientiert am Median vorgenommen. Somit lässt sich dann statistisch ermitteln, welche Personen anhand des Haushaltsnettoäquivalenzeinkommens als arm bzw. gefährdet, aber auch als reich einzustufen sind.

Nach diesem Prinzip gehen auch wir vor. Wir berücksichtigen zwar nicht das Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen als solches. Dennoch beinhaltet unser Konstrukt ein um den Erwerbsstatus angereichertes Einkommen. Dementsprechend schauen wir, wie viel Prozent der Fälle von der „Medianerwerbssituation“ nach oben in Richtung Privilegierung sowie nach unten in Richtung Prekarisierung abweichen.

Dabei ist zu betonen, dass es sich bei den Klassen um eine Bewertung anhand objektiver Indikatoren handelt. Mit anderen Worten arbeiten wir anhand des Integrationsindex, der Integrationsklassen und unter Verwendung verschiedener Differenzierungsmerkmale (Soziodemografie, Branchen, Bundesländer) heraus, wie viele Personen sich letztlich in einer prekären Erwerbssituation befinden. Durch die Berücksichtigung der Haushaltsebene kann dann geschaut werden, inwieweit im Haushalt prekäre durch mittlere oder privilegierte Erwerbssituationen kompensiert werden können. Es sei aber hinzugefügt: Wir bleiben innerhalb unseres Forschungsansatzes auf einer rein objektiven Ebene. Ein subjektives Prekaritätsempfinden (u.a. Kraemer 2008) wird innerhalb dieses Forschungsansatzes nicht berücksichtigt.

Anhang II: Methodische Adjustierungen und Entscheidungen

1. Wahl des Items für die Einkommensdimension

Die Einkommensdimension basiert – wie dargestellt – auf der Taxierung bzw. Umkodierung des persönlichen Nettoeinkommens (ef436). Im Mikrozensus liegt jedoch auf der Individualebene mit dem Monatsnettoverdienst (ef422) eine weitere Einkommensangabe vor.

Tabelle 34: Gegenüberstellung der Einkommensvariablen auf der Individualebene

Variable	Item	Inhalt	Anmerkung
Persönliches Nettoeinkommen	ef436	Summe des persönlichen Nettoeinkommens (Summe aller Einkünfte) im vergangenen Monat	Liegt tendenziell für alle Personen vor
Monatsnettoverdienst	ef422	Höhe des monatlichen Nettogehaltes/monatlicher Lohn im Durchschnitt	Liegt lediglich für abhängig Beschäftigte vor

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012/2015 (On-Site), eigene Darstellung

Beim Monatsnettoverdienst liegt ausschließlich eine Auskunft über den Lohn bzw. das Gehalt aus der Erwerbstätigkeit vor. Im Gegensatz dazu beinhaltet das persönliche Nettoeinkommen neben Einkünften aus Erwerbstätigkeit auch Einkommen aus Vermögen sowie Transferzahlungen. Zudem unterscheiden sich die Variablen hinsichtlich der Erwerbsform: Während das persönliche Nettoeinkommen prinzipiell für alle Personen vorliegen kann, bezieht sich der Monatsnettoverdienst ausschließlich auf abhängig Beschäftigte (inkl. beamteter Personen). Personen in selbstständiger Tätigkeit haben hier keine Angaben gemacht (bzw. wurde diese Frage selbstständigen Personen nicht gestellt).

Da wir jedoch sowohl an einer möglichst unverzerrten Einkommensvariablen als auch an der Gesamtheit der Erwerbstätigen in Bremen interessiert sind, wurden verschiedene methodische Adjustierungen sowie Plausibilitätsprüfungen vorgenommen. Insgesamt wurden von uns mittels des Scientific-Use-Files vom Mikrozensus 2012 Analysen für insgesamt drei Konzepte durchgeführt. Dabei wurden jeweils fertige Indizes erstellt und diese miteinander verglichen:

1. Lohn für abhängig Beschäftigte und ein bereinigtes Einkommen für Selbstständige
2. Persönliches Nettoeinkommen in Ursprungsform für beide Erwerbstypen
3. Imputierter³⁹ Lohn für abhängig Beschäftigte und bereinigtes Einkommen für Selbstständige

Bei der Variante 1 und 3 wird für die abhängig Beschäftigten der Lohn gewählt. Für die Selbstständigen erfolgt eine Bereinigung der Einkommensvariable „persönliches Nettoeinkommen“ um die Personen, die jeweils ausschließlich Einkommen aus der Erwerbstätigkeit generieren. Bei der dritten Variante wird zusätzlich eine Imputation für die abhängig Beschäftigten durchgeführt, da aufgrund der Freiwilligkeit der Beantwortung dieses Items zusätzlich fehlende Werte vorliegen. Die Vor- und Nachteile sind in der Tabelle 35 zusammengefasst.

³⁹ Informationen hinsichtlich der Nutzung von Imputationen sind dem Anhang II.2 zu entnehmen.

Tabelle 35: Vor- und Nachteile unterschiedlicher Einkommensvarianten

	Variante A (Lohn und bereinigtes Einkommen)	Variante B (Nettoeinkommen)	Variante C (Imputierter Lohn und bereinigtes Einkommen)
Pro	<ul style="list-style-type: none"> • Erwerbseinkommen • Einfache Umsetzung • Keine statistischen Artefakte 	<ul style="list-style-type: none"> • Wenig Ausfälle, Fallzahl hoch • Vergleichbarkeit mit vorherigen MZ Jahren • Vergleichbarkeit zwischen abhängig Beschäftigten und Selbstständigen • Keine statistischen Artefakte • Einfache Umsetzung 	<ul style="list-style-type: none"> • Erwerbseinkommen • Hohe Fallzahl durch Imputation • Möglichkeit zur Beleuchtung der abhängig Beschäftigten als Einzelgruppe
Contra	<ul style="list-style-type: none"> • Ausfälle hoch, da freiwillige Angabe; • Verzerrung aufgrund von Missings • Eingeschränkte Vergleichbarkeit zwischen abhängig Beschäftigten und Selbstständigen • Aber auch: Verzerrung wegen Nettoeinkommensbereinigung • Kein Jahresvergleich mit früheren Daten (Lohn erst ab 2012 enthalten) 	<ul style="list-style-type: none"> • Kein „reines“ Erwerbseinkommen • Verzerrung wegen anderer Einkommensarten zu erwarten 	<ul style="list-style-type: none"> • Eingeschränkte Vergleichbarkeit zwischen abhängig Beschäftigten und Selbstständigen • Aufwendige Umsetzung • Kein Jahresvergleich mit früheren Daten • Mathematische Artefakte (aber wissenschaftlich Begründbar) • Auch: Verzerrung wegen Nettoeinkommensbereinigung

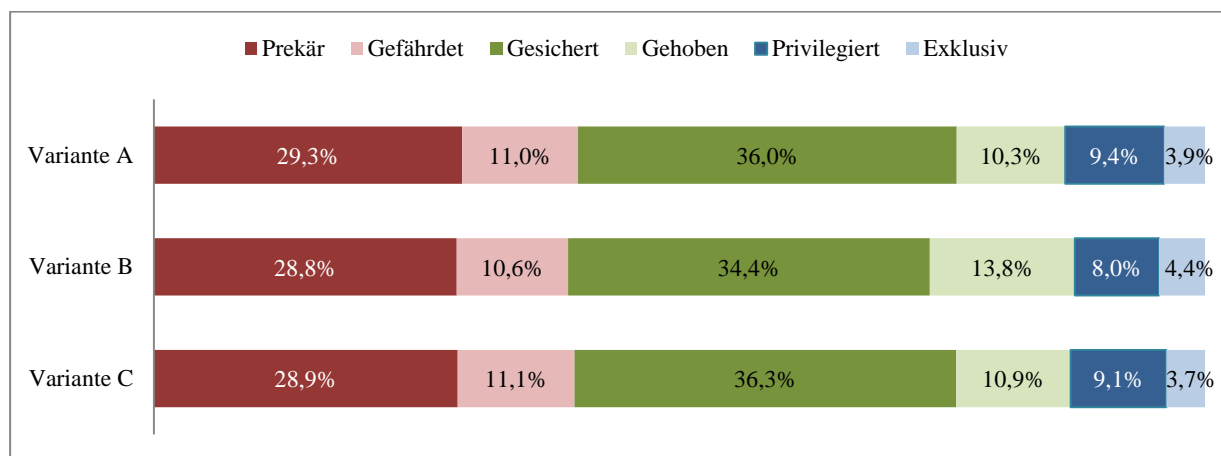
Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012/2015 (On-Site), eigene Darstellung

Die Variante mit dem persönlichen Nettoeinkommen weist nicht nur eine einfache Umsetzung auf. Die Vorteile überwiegen: Fallzahlen, real beobachtete Werte (kein statistisches Konstrukt) sowie die Vergleichbarkeit mit früheren Datensätzen. Ein Blick auf die Indexmittelwerte sowie Verteilung der Integrationsklassen verdeutlicht: Alle Varianten bringen vergleichbare Ergebnisse hervor. Die Indexmittel- und Medianwerte liegen ebenfalls auf vergleichbarem Niveau. Entsprechend wird aufgrund der Vorteile das persönliche Nettoeinkommen gewählt.

Tabelle 36: Median- und Mittelwerte der Einkommensvarianten nach sozialen Merkmalen

	Variante A (Lohn und Netto)		Variante B (nur Netto)		Variante C (imputiert Lohn und Netto)	
	Median	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median	Mittelwert
Mann	5,49	6,03	5,37	5,90	5,49	6,00
Frau	3,12	3,77	3,15	3,62	3,19	3,80
15-29 Jahre	2,1	2,89	2,02	2,70	2,23	2,93
30-44 Jahre	4,5	4,95	4,33	4,75	4,38	4,90
45-59 Jahre	5,49	5,91	5,20	5,79	5,49	5,94
60+	4,5	5,39	4,5	5,64	4,38	5,36
Niedrige Qualifikation	1,87	2,57	1,7	2,49	1,88	2,57
Mittlere Qualifikation	4,62	4,99	4,5	4,85	4,62	4,98
Hohe Qualifikation	6,04	7,13	6,04	6,84	6,09	7,02

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012 (Scientific Use-File), eigene Darstellung

Abbildung 15: Verteilung der Integrationsklassen der unterschiedlichen Einkommens-Varianten

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012 (Scientific Use-File), eigene Darstellung

2. Umgang mit fehlenden Werten

Ein gängiges Problem in der Forschung mit quantitativen Umfragedaten bezieht sich auf das Vorhandensein von fehlenden Fällen. Gerade bei repräsentativen Umfragen kann es bei kleineren Grundgesamtheiten – wie bspw. im Fall von Bremen im Mikrozensus – zu Verzerrungen kommen, wenn übermäßig viele fehlende Werte vorliegen. In der Literatur finden sich verschiedene Verfahren, wie mit fehlenden Werten umgegangen werden kann (u.a. Toutenburg et al. 2004; Rubin 1987). Eine Analyse von lediglich vollständigen Daten, auch als „listwise deletion“ bekannt, hätte eben den Effekt zur Folge, dass bei einem fehlenden Wert eines Falls in einer Variablen dieser Fall aus der Analyse ausgeschlossen wird. In unserem Fall würde ein solches Vorgehen zu einer Vielzahl von fehlenden Werten führen, da aufgrund der Verknüpfung von fünf Indikatoren zum Erwerbsstatus die Wahrscheinlichkeit höher ist, dass eine befragte Person in einem der relevanten Indikatoren einen fehlenden Wert aufweist. Dementsprechend soll ein statistisches Verfahren zum Einsatz kommen, um die Zahl fehlender Fälle zu minimieren.

Multiple Imputation

Nach der Begutachtung der Literatur haben wir uns zunächst für die Nutzung einer multiplen Imputation entschieden (Rubin 1987). Mit anderen Worten haben wir den Gesamtindex über die Verknüpfung der jeweiligen Einzelindikatoren zu den Teildimensionen Einkommen und Erwerbsstatus, sowie deren Verknüpfung gebildet. Im Anschluss haben wir mittels Hilfsvariablen – Alter, Geschlecht, Qualifikation, Migrationshintergrund, Branche sowie Erwerbsform (abhängig Beschäftigte und Selbstständige) ein multiples Imputationsmodell berechnet. Gegenüber anderen Verfahren hat die multiple Imputation diverse Vorteile: Im Gegensatz zu Mittelwertimputationen, bei denen lediglich ein Mittel-, Median- oder Moduswert imputiert wird, wird die Varianz durch die Modellierung nicht oder nur geringfügig verringert. Im Kontrast zu „Single Imputationen“ wird nicht nur ein Wert errechnet, sondern eine vorher definierte Anzahl von Werten, aus denen sich näherungsweise validere Werte ableiten lassen (u.a. van Blanckenburg et al. 2008; Toutenburg et al. 2004; Royston 2004).

Wirft man einen Blick auf die Statistiken des Integrationsindex vor und nach der multiplen Imputation, wird deutlich, dass Mittelwert und Median auf einem ähnlichen Niveau liegen; die Anzahl der Fälle, für die ein Indexwert erstellt werden konnte, ist deutlich höher. Zudem hat sich die mittlere Streuung nur geringfügig verringert (Hinweis auf eine gelungene Imputation).

Tabelle 37: Index-Tendenzen vor und nach der Imputation

Integrationsindex	Observationen	Mittelwert	Median	Standardabweichung
Gesamtindex normal	2.242	4,95	4,375	3,36
Multiple Imputation	2.945	4,91	4,375	3,19

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012 (On-Site), eigene Berechnungen

Eine Überprüfung der imputierten Werte verdeutlicht jedoch folgendes Problem: Personen in den unteren Indexbereichen werden tendenziell überschätzt. Die taxierten Werte der Einzelindikatoren (Befristung, Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung, Betriebsgröße, Dauer der Betriebszugehörigkeit sowie Einkommen) wurden den imputierten Werten gegenübergestellt. Nun konnte anhand der Formel zur Berechnung des Erwerbsstatus geschaut werden, welcher Index-Wert potenziell möglich ist, wenn der bestmögliche Wert (Wert =1) bzw. der potenziell niedrigste Wert im jeweiligen Indikator eingesetzt werden würde (je nach Indikator zwischen 0,5 und 0,7). Ein fiktives Beispiel zur Verdeutlichung dieses Aspektes wird im Folgenden geliefert:

Tabelle 38: Logik der Imputationsevaluierung anhand eines fiktiven Beispiels

Person	Erwerbsstatus					Einkommen	Potentielle Werte	
	F	GB	L	BG	DB	Eink	PNW	PHW
A	1	1	1	.	1	0,5	4	5
B	.	1	1	0,7	0,9	0,375	1,5	3
C	1	1	.	0,9	0,8	0,3125	1,6	2,7

Quelle: eigene Darstellung

F = Fristigkeit

GB = Geringfügige Beschäftigung

L = Leiharbeit

BG = Betriebsgröße

DB = Dauer im Betrieb

Ein =Einkommen

PNW = Potentiell niedrigster Wert

PHW = Potentiell höchster Wert

Person A: Angenommen für diese Person liegt ein fehlender Wert bei der Betriebsgröße vor (gekennzeichnet durch einen Punkt). Ohne statistischer „Behandlung“ würde dieser Fall aus der Analyse ausgeschlossen werden. Würde man nun den niedrigsten (0,6) bzw. höchsten (1) Wert für die Betriebsgröße einsetzen, bekäme man nach Anwendung der Formeln einen Indexwert im Fall von 0,6 von 4 sowie im Fall von 1 von 5. Selbst wenn man vom bestmöglichen Fall ausgehen würde, läge der höchste Indexwert bei 5.

Person B: Nun liegt bei der Befristung ein fehlender Wert vor. Das gleiche Prinzip kommt auch hier zum Einsatz: Der potenziell niedrigste Wert läge bei 1,5; der höchste Wert bei 3.

Person C: Bei der Leiharbeit liegt ein fehlender Wert vor. Die Spannweite der potenziellen Werte liegt zwischen 1,6 und 2,7.

Die Indexlogik wurde nochmals anhand der obigen Beispiele verdeutlicht. Im Forschungsprozess lagen die imputierten Werte oftmals im plausiblen Bereich. Jedoch zeigte sich an einigen Stellen – vor allem im unteren Indexbereich – eine Überschätzung der imputierten Werte. Dies hätte zur Folge, dass die unteren Integrationsklassen geringer ausfallen würden bzw. die Mitte um diese Personen „angereichert“ würde. Eine Vermutung zur Erklärung dieses Aspektes bezieht sich auf die Datenstruktur: Das Einkommen liegt gruppiert vor. Eine Differenzierung nach sozialstrukturellen Merkmalen liefert vermutlich nicht genug Trennschärfe, um die unteren Klassen adäquat zu berücksichtigen. Aus diesem Ergebnis lässt sich also ableiten, dass eine Imputationsmethode verwendet werden sollte, die sich auf die jeweiligen Einzelindikatoren bezieht.

Mittelwertimputation der Einzelindikatoren

Generell werden Mittelwertimputationen weniger empfohlen. Eine Folge von Mittelwertimputationen ist eine verringerte Varianz der Verteilung im Datensatz (Toutenburg et al. 2004: S.18). Ein Argument, dass trotzdem für die Nutzung einer Mittelwertimputation spricht, ist, dass der Index aus mehreren Einzelindikatoren zusammengesetzt ist. Entsprechend fällt ein fehlender Wert nicht allzu sehr ins Gewicht und wird größtenteils von den anderen Indikatoren kompensiert/korrigiert. In der Durchführung zeigt sich sogar, dass die Streuung der Verteilung durch die Mittelwertimputation kaum von der nicht imputierten Variante unterscheidet (siehe Tab. 39). Entsprechend bleibt festzuhalten: Für die Indexbildung – an der mehrere Indikatoren berücksichtigt werden – sowie aufgrund der Datenstruktur – gruppierte Einkommensgruppen – lässt sich festhalten, dass die Mittelwertimputation ein zufriedenstellendes Ergebnis hervorbringt. Aus diesem Grund wird diese Imputationsvariante im Bremer Erwerbstätigkeitsatlas verwendet.

Tabelle 39: Vergleich von multipler und Mittelwertimputation⁴⁰

Integrationsindex	Imputation-Variante	Observationen	Mittelwert	Median	Standardabweichung
Gesamtindex normal	Keine	2.242	4,95	4,375	3,36
Multiple Imputation	Imputation des Gesamtindex (top down)	2.945	4,91	4,375	3,19
Mittelwertimputation	Imputation der Einzelindikatoren (bottom up)	2.911	4,95	4,375	3,35

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012 (On-Site), eigene Berechnungen

3. Vergleichbarkeit der Indexwerte von Selbstständigen und abhängig Beschäftigten

Die Index-Konstruktion für die im Bremer Erwerbstätigkeitsatlas berücksichtigten Erwerbstypen – Selbstständige und abhängig Beschäftigte – unterscheidet sich insofern, dass einerseits bei den Selbstständigen Informationen zu der vertraglichen Situation nicht enthalten sind (bzw. nicht sein können), andererseits lassen wir bei den Selbstständigen aufgrund fehlender Integration in die sozialen Sicherungssysteme das Einkommen mit einem höheren Gewicht in die Analysen einfließen. Auf inhaltlicher Ebene liefern wir begründete Annahmen dafür, dass die von uns konstruierten Indizes die jeweilige Erwerbssituation der beiden Erwerbstypen widerspiegeln. Zusätzlich dazu haben wir verschiedene Plausibilitätstests durchgeführt. Anhand von fiktiven Personen wurde versucht, die Vergleichbarkeit der Erwerbssituationen von Selbstständigen und abhängig Beschäftigten zu prüfen.

⁴⁰ Die Methodik wurde mittels des Mikrozensus 2012 (On-Site) erarbeitet. Entsprechend beziehen sich diese methodischen Aspekte auf die Daten von 2012.

Tabelle 40: Plausibilitätstest zur Vergleichbarkeit von abhängig Beschäftigten und Selbstständigen anhand fiktiver Personen

Beruf/Position	Fristigkeit	Leih/ Gering	B.-Größe	Dauer	Einkommen	Indexwert
<i>Beispiel 1</i>						
Geschäftsführer eines inhabergeführten größeren Unternehmens	-	-	>50 P.	>30 J.	In Mio.	15
Mitarbeiter Autobranche	Nein	Nein	>50 P.	>30 J.	2.700 €	8,6
Fiktive Selbstständigkeit	-	-	>50 P.	>30 J.	2.700 €	7,4
Solo-Selbstständiger	-	-	1 P.	>30 J.	2.700 €	5,9
<i>Beispiel 2</i>						
Ladenbesitzer/in (Chef v. Kassierer)	-	-	>50 P.	6 J.	2.500 €	5,9
Kassierer/In	Nein	Nein	>50 P.	6 J.	1.200 €	3,6
Fiktive Selbstständigkeit	-	-	>50 P.	6 J.	1.200 €	1,4
Solo-Selbstständiger Ladenbesitzer	-	-	1 P.	6 J.	1.200 €	1,1
<i>Beispiel 3</i>						
Selbstständiger Dachdeckermeister mit Mitarbeitern	-	-	15 P.	4 J.	3.000 €	8,6
Angestellter Dachdecker	Nein	Nein	15 P.	4 J.	1.800 €	4,6
Fiktive Selbstständigkeit	-	-	15 P.	4 J.	1.800 €	3,2
Solo-Selbstständiger Dachdecker	-	-	1 P.	4 J.	1.800 €	2,5

Quelle: eigene Darstellung

In Tabelle 40 werden anhand eines stark vereinfachten Beispiels Erwerbssituationen durchgespielt, die einen ersten Eindruck darüber geben, inwieweit sich die jeweiligen Selbstständigen von ihren ggf. vorhandenen Angestellten unter Berücksichtigung der aufgeführten Parameter unterscheiden. Dabei werden nur einige Beispiele unserer Plausibilitätstests aufgeführt. Zur Vereinfachung erfolgt eine Kontrastierung von Unternehmern mit unbefristetem Personal, selbstständigen Personen mit gleichen Einkommen sowie einer Solo-Selbstständigen Person mit gleichen Einkommen.

4. Klasseneinteilung nach Grad der Prekarität bzw. Privilegierung

Für die jeweiligen Mikrozensus-Jahrgänge können jeweils unterschiedliche Medianwerte für die Gesamterwerbsintegration ermittelt werden. Entsprechend basiert die Einteilung der Integrationsgruppen in den jeweiligen Jahren auf unterschiedliche Werte. Tabelle 42 enthält eine Übersicht über die Basisdaten zum Integrationsindex sowie Schwellenwerte für die Einteilung der Integrationsklassen.

Tabelle 41: Basisdaten zum Integrationsindex

Statistik	2015	2012	2002
Fallzahl	3.146	2.911	2.357
Median der Indexwerte	4,62	4,37	4,26
Mittelwert der Indexwerte	5,16	4,95	4,73
Range des Indexes	0 bis 15	0 bis 15	0 bis 15
Integrationsklasse	Range		
Prekär	0 bis < 2,772	0 bis < 2,622	0 bis < 2,556
Gefährdet	2,772 bis < 3,696	2,622 bis < 3,496	2,556 bis < 3,408
Gesichert	3,696 bis < 6,93	3,496 bis < 6,555	3,408 bis < 6,39
Gehoben	6,93 bis < 9,24	6,555 bis < 8,74	6,39 bis < 8,52
Privilegiert	9,24 bis < 13,86	8,74 bis < 13,11	8,52 bis < 12,78
Exklusiv	13,86 bis 15,0	13,11 bis 15,0	12,78 bis 15,0

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2002, 2012 und 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

5. Methodik für Analysen auf der Haushaltsebene: Konzept zur Berechnung der sozialen Lage

Auf der Individualebene – Erwerbstätige im Land Bremen – liegen im Mikrozensus 2015 Angaben von N=3.346 Erwerbstätigen vor. Da für die Konstruktion des Integrationsindex mehrere Indikatoren und Merkmale ausschlaggebend sind, beläuft sich das die Anzahl der Personen, für die ein Indexwert erstellt werden konnte – aufgrund von fehlenden Werten in den Items „Stellung im Beruf“, sowie im Einkommen und den Indikatoren zum Erwerbsstatus – auf N=3.146 Erwerbstätige.

Aufgrund der im Methodenkapitel (2.4) aufgeführten Aspekte erfolgt eine Erweiterung der Grundgesamtheit um Personen in Haushalten mit Bremenbezug auf insgesamt N=5.897 Personen. Um ein Beispiel zu geben: Arbeitet ein alleinerziehender Vater in Bremen, wohnt aber in Niedersachsen, werden alle Haushaltsmitglieder – Vater und Kind – in den Analysen berücksichtigt. Hier differenzieren wir zwischen erwerbstätigen Personen und nicht erwerbstätigen Personen. So wäre ein weiteres denkbare Szenario, dass eine Mutter in Bremen arbeitet, aber in Hamburg wohnt. Sofern der Vater ebenfalls erwerbstätig ist, fließt auch dessen Indexwert in die Analysen ein, wenn dieser nicht in Bremen arbeitet.

Für die Betrachtung der Haushaltsebene beziehen wir uns auf zwei Konzepte: Auf der einen Seite beleuchten wir Haushaltserwerbskombinationen in Haushalten mit Erwerbsbezug zu Bremen. Hier beziehen wir uns auf ein traditionelles Familienkonzept, indem die Erwerbssituation der beiden Partner bzw. Mutter und Vater im Haushalt berücksichtigt werden. Auf der anderen Seite schauen wir uns das Erwerbspotenzial im Haushalt an. Hier fließen dann alle Indexwerte von arbeitenden Personen in die Analysen ein, welches dann entsprechend nach der Zahl der Haushaltsmitglieder gewichtet wird. Personen ohne aktuelle Erwerbstätigkeit erhalten für die Analysen den Indexwert 0.

Anhang III: Ergänzende Ergebnisse und Auswertungen

1. Übersicht über die Einzelindikatoren in Ursprungsform (Kapitel 3)

Tabelle 42: Verteilung der dem BEA zugrunde liegenden Einzelindikatoren

Indikator	N	Anteil in Prozent
Stellung im Beruf		
Selbstständige	251	7,7
Darunter:		
Solo-Selbstständige	140	4,3
Mit Mitarbeitern	111	3,4
Abhängig Beschäftigte	2.975	92,2
Fristigkeit		
Unbefristet	2.669	86,8
Über 3 Jahre	42	1,4
Zwischen 2 und 3 Jahren	107	3,5
Zwischen 1 und 2 Jahren	170	5,5
Unter einem Jahr	86	2,8
Leiharbeit ⁴¹		
Ja	86	3,7
Nein	2.219	96,3
Geringfügige Beschäftigung		
Ja	312	9,4
Nein	3.020	90,6
Betriebsgröße		
Unter 10 Personen	322	11,1
11-20 Personen	384	13,2
21- unter 50	458	15,7
>50	1.751	60,1
Dauer im Betrieb		
1-2 Jahre	778	26,7
3-5 Jahre	467	16,0
6-10 Jahre	448	15,4
>10 Jahre	1219	41,9
Einkommen (über Gruppenmittelwerte)	Median	Mittelwert
	1600	1924,95

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

⁴¹ Für die Leiharbeit liegen übermäßig viele fehlende Werte vor. Entsprechend ist hier die Gesamtfallzahl geringer (wird unten im Abschnitt bzgl. der Imputationen erläutert).

2. Struktur der Integrationsklassen (Kapitel 3.2)

Sind geringere Werte der Erwerbsintegration von jungen Erwerbstätigen durch die Konstruktion des Integrationsindex bedingt?

Mit Blick auf den Indikator „Dauer der Betriebszugehörigkeit“ liegt der Einwand nahe, dass junge Erwerbstätige systematisch geringere Werte der Erwerbsintegration aufweisen müssen. Tatsächlich können sie aufgrund ihres kürzeren Erwerbsverlaufs häufig nicht die Betriebszugehörigkeiten aufweisen wie ältere Erwerbstätige. Allerdings sind auf der einen Seite mehrere Indikatoren vorhanden, die eine Abweichung in einem Index-Merkmal kompensieren können. Hinzu kommt, dass die Gewichtung der vertragsbezogenen Indikatoren stärker in das Ergebnis einfließt als die Betriebsmerkmale. So wäre beispielsweise bei Berufsanfängern, deren Einkommen auf mittlerem Niveau liegt, bei Normalarbeit (außer bei der Beschäftigungsdauer) ein Indexwert von 4,25 möglich. Dieser Wert würde ausreichen, um in die Klasse „gesicherte Mitte“ zu entfallen. Selbst bei einem geringeren Einkommen (zwischen 1.300 und 1.500 Euro) wäre bei Berufsanfängern (Erwerbseinsteigern) bei Normalarbeit außer bei der Beschäftigungsdauer ein Indexwert von 3,71 möglich. Auch dieser Wert würde reichen, um in die gesicherte Mittelkategorie zu entfallen. Die schlechteren Indexwerte für junge Erwerbstätige können daher nicht allein auf kurze Betriebszugehörigkeiten oder moderate Einkommensabschläge in der Berufseinstiegsphase zurückgeführt werden.

Separate geschlechterspezifische Regressionsanalysen

In Ergänzung zu den Analysen, die in Tabelle 15 (Ergebnisse der logistischen Regressionsanalyse) dargestellt sind, wurde eine weitere Kontrolle durch die Spezifikation der Regressionsanalysen für männliche und weibliche Erwerbstätige (Tab. 43 und 44) durchgeführt. Hintergrund hierfür ist die Frage, ob Teilzeit überwiegend bei Frauen zu beobachten ist bzw. sich lediglich bei weiblichen Erwerbstätigen ein signifikanter Effekt bei der Teilzeit beobachten lässt.

Aus den Analysen geht hervor, dass auch in den Modellen für männliche Erwerbstätige signifikante Effekte in den Integrationsklassen zu erkennen sind. Besonders deutlich hebt sich die Effektstärke der Teilzeit bei den Männern im prekären Bereich ab. Anhand eines höheren Anteils an aufgeklärter Varianz (Pseudo R^2 ~42%) sowie einer äußerst hohen Effektstärke lassen sich Rückschlüsse darauf ziehen, dass männliche Personen, die in Teilzeit erwerbstätig sind, ein erhöhtes Prekaritätsrisiko aufweisen.

Tabelle 43: Ergebnisse der logistischen Regressionsanalysen für männliche Erwerbstätige

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	Prekär	Gefährdet	Gesichert	Gehoben	Privilegiert	Exklusiv
Alter	0,951***	0,975**	1,003	1,015*	1,044***	1,042***
<i>Qualifikation</i>						
Niedrig	3,774***	1,077	0,562**	0,553 ⁺	0,489***	0,610
Hoch	0,316***	0,622*	0,442***	1,177	3,775	5,925***
Migration (1=Migrationshintergrund)	1,558*	1,006	1,052	0,657 ⁺	0,705	1,027
<i>Branchen</i>						
Energiewirtschaft²	2,828*	0,254	1,113	0,633	0,993	1,598
Baugewerbe⁴	4,329***	2,687**	1,651	0,263***	0,099**	0,187*
Handel + Kfz-Reparatur⁵	3,529***	1,374	1,477	0,421**	0,669	0,250*
Verkehr + Lagerei⁶	2,832**	1,252	1,400	0,381***	0,738	1,433
Gastgewerbe⁷	4,335**	0,668	1,720	-	0,462	-
Informatio⁸	0,967	0,825	1,954	0,734	0,876	0,618
Finanzen⁹	0,774	0,914	0,825	1,294	0,881	1,086
Wirtschaftl. Dienstleistung¹⁰	3,944***	1,416	1,614	0,616*	0,244***	0,499 ⁺
Öffentlicher Sektor¹¹	0,907	0,375	0,677	1,338	1,430	0,683
Erziehung + Unterricht¹²	2,005	1,661	2,029	1,127	0,311*	0,170*
Gesundheits- Sozialwesen¹³	3,258**	1,206	1,982	0,237**	0,205**	1,107
Sonst. Dienstleistungen¹⁴	4,595***	1,354	2,043	0,468	-	0,418
Erwerbsform (1=Selbstständig)	5,973***	1,232	0,153***	0,749	0,451	8,425***
Arbeitszeit (1=Teilzeit)	34,740***	0,840	0,179***	0,169**	0,358**	0,273**
N	1.734	1.737	1.737	1.688	1.679	1.688
Pseudo R²	41,7	4,4	9,4	8,6	17,4	23,4

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen
 Odds Ratios; Referenzkategorie: Qualifikation=Mittlere Qualifikation; Branchen = verarbeitendes Gewerbe
⁺p<.1, *p<.05, **p<.01, ***p<.001

Tabelle 44: Ergebnisse der logistischen Regressionsanalysen für weibliche Erwerbstätige

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	Prekär	Gefährdet	Gesichert	Gehoben	Privilegiert	Exklusiv
Alter	0,968***	1,002	1,014**	1,028**	1,046**	1,029
<i>Qualifikation</i>						
Niedrig	2,104**	1,086	0,399***	0,523	0,953	0,967
Hoch	0,441***	0,937	1,030	3,434***	9,475***	3,186 ⁺
<i>Migration</i> (1=Migrationshintergrund)	1,945***	0,841	0,685*	0,287 ⁺	0,472	0,338
<i>Branchen</i>						
Energiwirtschaft ²	0,464	2,367	2,149	-	-	-
Baugewerbe ⁴	1,734	2,212	0,619	0,506	-	-
Handel und Kfz-Reparatur ⁵	1,101	2,357*	0,822	0,123*	0,250	0,379
Verkehr und Lagerei ⁶	0,508 ⁺	1,744	1,355	0,691	0,953	2,884
Gastgewerbe ⁷	1,526	2,578*	0,392*	-	-	-
Informatio ⁸	0,538	1,632	1,765	0,443	0,864	-
Finanzen ⁹	0,081**	0,930	3,356**	1,046	0,953	0,663
Wirtschaftl. Dienstleistung ¹⁰	1,341	1,498	0,991	0,266*	-	0,571
Öffentlicher Sektor ¹¹	0,274**	0,421	2,123*	1,452	0,607	-
Erziehung und Unterricht ¹²	0,824	1,245	0,856	0,794	0,475	0,410
Gesundheits-Sozialwesen ¹³	0,805	2,746**	0,978	0,312*	0,058**	0,658
Sonst. Dienstleistungen ¹⁴	1,546	2,387*	0,567 ⁺	0,375	-	0,163
<i>Erwerbsform</i> (1=Selbstständig)	6,978***	0,351*	0,094***	0,851	1,544	30,119***
Arbeitszeit (1=Teilzeit)	7,636***	1,009	0,268***	0,218***	0,099	0,154 ⁺
N	1.395	1.390	1.395	1.304	1.018	1.177
Pseudo R ²	25,6	3,4	14,9	20,3	27,6	37,8

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Odds Ratios; Referenzkategorie: Qualifikation=Mittlere Qualifikation; Branchen = verarbeitendes Gewerbe

⁺p<.1, *p<.05, **p<.01, ***p<.001

3. Erwerbsintegration in den Wirtschaftsbranchen 2002 (Kapitel 3.3):

In Ergänzung zu den Analysen aus dem Kapitel 3.3 sind im Folgenden die mittleren Indexwerte für alle Branchen im Jahr 2002 abgetragen. Die folgenden Tabellen 45-48 beziehen sich damit nicht nur auf die Branchen, die nach der Umstellung auf die WZ 2008 noch relativ valide noch mit späteren Zeitpunkten vergleichbar sind.

Tabelle 45: Ranking der Branchen 2002 (alle Branchen)

	2002					
	Gesamt		Einkommensdimension		Erwerbsstatus	
	Median	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median	Mittelwert
Öffentliche Verwaltung	5,87	6,29	6,61	6,71	10,0	9,49
Energiegewinnung und Abwasser	5,71	5,96	5,71	7,13	10	9,59
Erziehung und Unterricht	5,65	6,05	6,61	6,76	9,5	8,59
Kredit und Versicherungen	5,43	6,05	5,71	7,05	9,5	8,93
Verarbeitendes Gewerbe	5,14	5,68	5,71	6,4	9,5	9
Verkehr und Nachrichten	4,75	5,01	5	5,8	9,36	8,82
Mittlere Werte	4,26	4,73	5	5,67	9	8,45
Baugewerbe	4,16	4,54	5	5,73	8,5	8,07
Gesundheit und Soziales	3,47	3,98	4,29	5,2	9	8,2
Handel und Reparatur	3,43	3,93	4,29	4,85	8,5	8,12
Öffentl. und persönl. Dienstleistungen	3,43	3,93	4,29	5,29	8,1	8,07
Grundstücks- und Wohnungswesen	3,06	3,93	4,29	5,13	8	7,62
Land- und Forstwirtschaft	2,86	3,3	3,57	4,12	8,94	7,73
Gastgewerbe	1,93	2,8	2,86	3,81	8	7,36

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2002 (On-Site), eigene Berechnungen

Tabelle 46: Qualifikationsstruktur und Indexwerte in den Branchen 2002 (alle Branchen)

	Niedrige Qualifikation		Mittlere Qualifikation		Hohe Qualifikation		Gesamt
	Anteil	Index (Median)	Anteil	Index (Median)	Anteil	Index (Median)	Index (Median)
Öffentliche Verwaltung	11,0	2,86	66,4	5,36	22,6	8,75	5,87
Energiegewinnung und Abwasser	.	3,54	.	5,93	.	-	5,71
Erziehung und Unterricht	6,3	0,69	22,1	3,39	71,6	6,61	5,65
Kredit und Versicherungen	8,2	4,63	85,3	5,66	6,6	7,37	5,43
Verarbeitendes Gewerbe	15,3	3,96	72,3	5,14	12,4	9,82	5,14
Verkehr und Nachrichten	23,2	3,80	67,8	4,80	9,0	6,61	4,75
Mittlere Werte	19,1	2,68	64,5	4,29	16,5	6,91	4,26
Baugewerbe	16,3	2,65	74,8	4,50	8,9	7,44	4,16
Gesundheit und Soziales	16,4	1,99	63,6	3,57	20,0	4,91	3,47
Handel und Reparatur	23,7	1,76	68,8	3,75	7,5	5,59	3,43
Öffentl. und persönl. Dienstleistungen	22,7	2,22	59,4	3,32	18,0	5,14	3,43
Grundstücks- und Wohnungswesen	22,4	1,29	53,7	3,34	23,8	5,66	3,06
Land- und Forstwirtschaft	.	2,86	.	3,84	.	-	2,86
Gastgewerbe	48,4	1,71	46,9	2,59	4,7	-	1,93

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2002 (On-Site), eigene Berechnungen

Tabelle 47: Geschlechterstruktur und geschlechtsbezogene Indexwerte in den Branchen 2002 (alle Branchen)

Wirtschaftszweige	Geschlechterverteilung				
	Männlich		Weiblich		Gesamt
	Anteil	Index (Median)	Anteil	Index (Median)	Index (Median)
Öffentliche Verwaltung	60,1	6,91	39,9	4,04	5,87
Kredit und Versicherungen	45,6	6,61	51,4	4,88	5,71
Erziehung und Unterricht	34,3	6,61	65,7	5,07	5,65
Energiegewinnung und Abwasser	76,5	6,14	23,5	2,09	5,43
Verarbeitendes Gewerbe	76,8	5,71	23,2	3,57	5,14
Verkehr und Nachrichten	65,7	5,00	34,3	3,86	4,75
Mittlere Werte	54,3	5,14	45,7	3,21	4,26
Baugewerbe	82,6	4,50	17,4	3,50	4,16
Gesundheit und Soziales	23,2	5,07	76,8	4,29	3,47
Öffentl. und persönl. Dienstleistungen	46,2	3,39	53,8	4,31	3,43
Handel und Reparatur	45,7	4,62	54,3	2,20	3,43
Grundstücks- und Wohnungswesen	48,7	4,25	51,3	2,06	3,06
Land- und Forstwirtschaft	60,0	3,62	40,0	1,93	2,86
Gastgewerbe	44,9	2,00	55,1	1,66	1,93

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2002 (On-Site), eigene Berechnungen

Tabelle 48: Struktur und Indexwerte in den Branchen nach Arbeitszeitumfang 2002 (alle Branchen)

Wirtschaftszweige	Arbeitszeiten				
	Vollzeit		Teilzeit		Gesamt
	Anteil	Index (Median)	Anteil	Index (Median)	Index (Median)
Öffentliche Verwaltung	84,1	6,61	16,0	3,41	5,87
Energiegewinnung und Abwasser	76,5	6,14	23,5	2,09	5,71
Erziehung und Unterricht	63,8	6,91	36,2	3,52	5,65
Kredit und Versicherungen	82,9	5,71	17,1	2,36	5,43
Verarbeitendes Gewerbe	91,1	5,71	8,9	1,55	5,14
Verkehr und Nachrichten	82,6	5,00	17,4	2,04	4,75
Mittlere Werte	76,5	5,00	23,5	1,71	4,26
Baugewerbe	86,1	4,50	13,9	0,97	4,16
Gesundheit und Soziales	60,0	4,29	40,0	2,14	3,47
Öffentl. und persönl. Dienstleistungen	77,2	4,07	22,8	1,24	3,43
Handel und Reparatur	73,4	4,25	26,7	1,50	3,43
Grundstücks- und Wohnungswesen	63,5	4,25	36,6	1,03	3,06
Land- und Forstwirtschaft	76,7	3,83	23,3	1,74	2,86
Gastgewerbe	65,4	2,81	34,6	0,90	1,93

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2002 (On-Site), eigene Berechnungen

4. Regressionsanalysen zur Erwerbsintegration in quantitativ bedeutsamen Wirtschaftszweigen in Bremen (Kap. 3.3)

Die Tabellen 49-53 beinhalten die Ergebnisse von Regressionsanalysen, die zu den Branchen in Bremen durchgeführt wurden, die eine ausreichend große Fallzahl von Erwerbstätigen umfassen. Die wesentlichen Resultate wurden in einer Synopse (siehe oben, Tab. 26) zusammengefasst.

Tabelle 49: Ergebnisse der Regressionsanalysen für das verarbeitende Gewerbe

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	Prekär	Gefährdet	Mitte gesichert	Mitte gehoben	privilegiert	Exklusiv
Geschlecht (1=weiblich)	13,280***	1,302	1,142	0,317**	0,266**	0,165
Alter	0,962 ⁺	0,965*	0,999	0,995	1,048***	1,038 ⁺
<i>Qualifikation</i>						
Niedrig	2,946*	1,231	0,627	0,694	0,684	-
Hoch	0,137**	0,459	0,485*	0,825	3,842***	13,057***
Migration (1=Migrationshintergrund)	3,875**	1,818 ⁺	1,108	0,445*	0,604	1,175
Erwerbsform (1=Selbstständig)	23,506**	-	0,222	0,385	0,344	10,115*
N	504	496	504	504	504	451
Pseudo R²	29,2	5,1	2,3	4,2	12,9	22,7

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen
Odds Ratios; Referenzkategorie: Qualifikation = Mittlere Qualifikation; ⁺p < .1, *p < .05, **p < .01, ***p < .001

Tabelle 50: Ergebnisse der Regressionsanalysen für den Bereich Handel (inkl. Kfz-Reparatur)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	Prekär	Gefährdet	Mitte gesichert	Mitte gehoben	privilegiert	Exklusiv
Geschlecht (1=weiblich)	3,198***	2,010*	0,490**	0,090**	0,110**	0,602
Alter	0,976*	0,983	1,026**	0,998	1,039*	1,017
<i>Qualifikation</i>						
Niedrig	1,682 ⁺	1,133	0,537*	0,937	0,966	-
Hoch	0,246**	1,141	1,244	2,171	3,562*	2,193
Migration (1=Migrationshintergrund)	2,307**	0,683	0,572*	0,948	0,781	1,764
Erwerbsform (1=Selbstständig)	2,752*	1,137	0,165**	1,255	1,141	21,336*
N	416	416	416	416	416	348
Pseudo R²	12,5	2,7 ⁴²	8,9	12,0	15,9	24,9

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen
Odds Ratios; Referenzkategorie: Qualifikation = Mittlere Qualifikation; ⁺p < .1, *p < .05, **p < .01, ***p < .001

⁴² Keine Signifikanz in der Grundgesamtheit.

Tabelle 51: Ergebnisse der Regressionsanalysen für den Bereich Verkehr und Lagerei

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	Prekär	Gefährdet	Mitte gesichert	Mitte gehoben	privilegiert	Exklusiv
Geschlecht (1=weiblich)	1,802 ⁺	1,776	1,023	0,547	0,296 ⁺	0,478
Alter	0,972 ⁺	0,995	0,993	1,031 [*]	1,038 [*]	1,009
<i>Qualifikation</i>						
Niedrig	2,883 ^{**}	1,466	0,555	0,277	0,490	0,871
Hoch	0,750	0,557	0,275 ^{***}	1,258	5,814 ^{***}	7,060 ^{***}
Migration (1=Migrationshintergrund)	1,278	0,900	1,955 [*]	0,297	0,109 [*]	0,664
Erwerbsform (1=Selbstständig)	2,775	-	0,230 ⁺	0,733	0,703	9,684 ^{***}
N	372	361	372	372	372	372
Pseudo R²	5,7	2,0	5,2	5,5	16,2	16,5

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen
Odds Ratios; Referenzkategorie: Qualifikation = Mittlere Qualifikation; +p< .1, *p< .05, **p< .01, ***p< .001

Tabelle 52: Ergebnisse der Regressionsanalysen für den Bereich wirtschaftliche Dienstleistungen

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	Prekär	Gefährdet	Mitte gesichert	Mitte gehoben	privilegiert	Exklusiv
Geschlecht (1=weiblich)	2,514 ^{***}	1,398	0,862	0,196 ^{**}	-	0,378
Alter	0,999	0,995	0,991	1,010	1,023	1,026
<i>Qualifikation</i>						
Niedrig	2,318 [*]	1,079	0,412 [*]	0,309	-	0,520
Hoch	0,354 ^{***}	0,988	1,259	2,043 ⁺	11,526 ^{**}	1,744
Migration (1=Migrationshintergrund)	2,685 ^{***}	1,025	0,476 [*]	0,686	0,547	0,350
Erwerbsform (1=Selbstständig)	1,029	0,815	0,205 ^{**}	1,936	-	19,500 ^{***}
N	377	377	377	377	137	377
Pseudo R²	15,3	0,6 ⁴³	7,2	14,1	12,1 ⁴⁴	35,3

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen
Odds Ratios; Referenzkategorie: Qualifikation = Mittlere Qualifikation; +p< .1, *p< .05, **p< .01, ***p< .001

⁴³ Keine Signifikanz in der Grundgesamtheit.

⁴⁴ Keine Signifikanz in der Grundgesamtheit.

Tabelle 53: Ergebnisse der Regressionsanalysen für den Bereich Gesundheit und Soziales

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	Prekär	Gefährdet	Mitte gesichert	Mitte gehoben	privilegiert	Exklusiv
Geschlecht (1=weiblich)	1,324	3,163**	0,692	0,807	1,023	0,148**
Alter	0,974**	1,005	1,011	1,067**	0,987	1,020
Qualifikation						
Niedrig	1,712	1,398	0,481*	-	-	-
Hoch	0,418**	1,280	0,618	7,960***	-	11,998**
Migration (1=Migrationshintergrund)	1,373	1,142	0,697	1,115	-	0,565
Erwerbsform (1=Selbstständig)	3,081**	0,233 ⁺	0,454**	0,354	0,553	25,873***
N	400	400	400	354	81	354
Pseudo R²	5,5	4,3 ⁴⁵	7,5	14,8	13,6 ⁴⁶	51,5

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen
Odds Ratios; Referenzkategorie: Qualifikation = Mittlere Qualifikation; ⁺ $p < .1$, * $p < .05$, ** $p < .01$, *** $p < .001$

5. Erwerbsintegration, Haushalt und soziale Lage (Kap. 3.5)

Von der Individualebene zur erweiterten Lokation zur sozialen Lage

In Abbildung 16 sind die Integrationsklassen für die unterschiedlichen Grundgesamtheiten/Aggregationsebenen dargestellt. Die Integrationsklassen im ersten Balken entsprechen der Verteilung für Erwerbstätige, deren Arbeitsstätte im Bundesland Bremen liegt. Sie stellen die individuelle Erwerbssituation dar, auf die sich unsere Analysen zumeist bezogen (mit Ausnahme der Haushaltsebene in Kap. 3.5) Der zweite Balken beinhaltet alle Erwerbstätigen, die in Haushalten wohnen, in denen mindestens eine Person in Bremen erwerbstätig ist (ohne Erwerbslose und Nichterwerbspersonen). Der dritte Balken stellt die Indexwerte aller Haushalte dar, in denen mindestens eine Person im Land Bremen erwerbstätig ist. Der zweite Balken bildet also weiterhin individuelle Daten ab, während der dritte Balken den Wert von Haushalten wiedergibt, in den die individuellen Werte aller Haushaltsmitglieder einfließen und bedarfsgewichtet werden.

Vergleicht man zunächst nur die Werte für die individuelle Erwerbssituation (Balken 1 und 2), dann zeigen sich ein erhöhter Anteil prekärer Erwerbssituationen und leicht verringerte Werte für die Gruppen der gesicherten und gehobenen Mitte sowie der privilegierten Gruppe. D.h., dass diejenigen Personen in Haushalten mit Erwerbsbezug zu Bremen, die aber nicht selber in Bremen arbeiten, über geringere Indexwerte verfügen und somit insgesamt die Verteilung der Integrationsklassen leicht nach unten verschieben. Dies lässt darauf schließen, dass die in solchen Haushalten lebende zweite erwerbstätige Person entweder außerhalb Bremens weniger sichere Erwerbsbedingungen vorfindet oder einem Zuerwerb nachgeht, aus dem geringere Einkommen resultieren (z.B. wegen einer Teilzeittätigkeit).

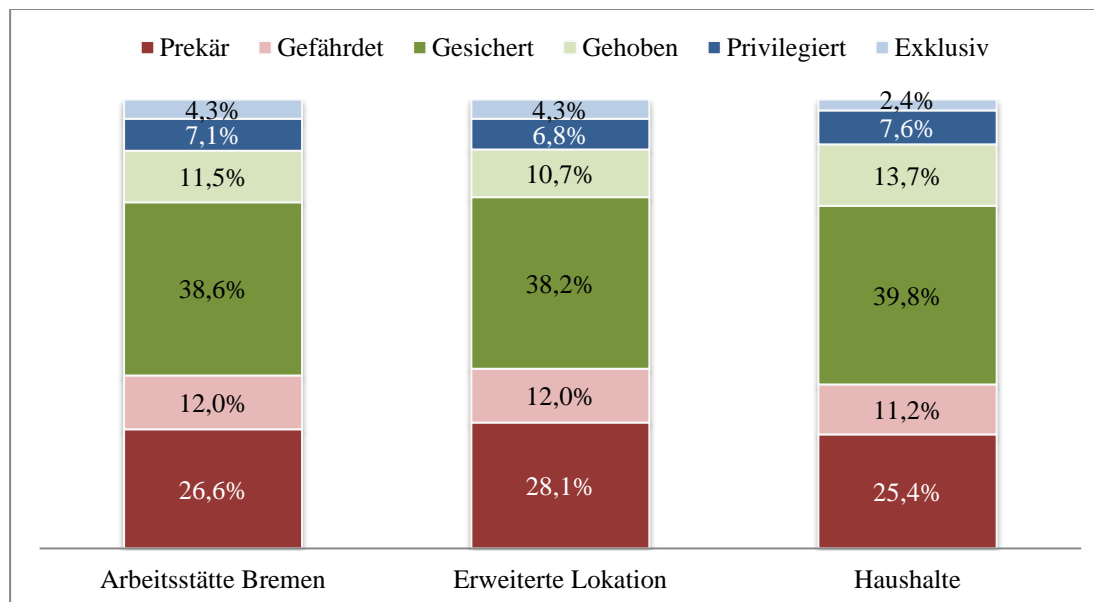
Aus dem Vergleich von Individual- und Haushaltsebene (Balken 2 und 3) kann abgelesen werden, dass die Anteile an beiden Rändern abnehmen. Die herausgehobene privilegierte Gruppe nimmt von 4,3 Prozent auf 2,4 Prozent, die prekäre Gruppe von 28,1 Prozent auf 25,4 Prozent und die gefährdete Gruppe von zwölf Prozent auf 11,2 Prozent ab. Demgegenüber nehmen die drei Gruppen der gesicherten Mitte (von 38,2% auf 39,8%), der gehobenen Mitte (von 10,7% auf 13,7%) und die privilegierte Gruppe (von 6,8% auf 7,6%) zu. Es lässt sich damit insgesamt eine moderate Nivellierung in der Mitte erkennen. Kompensationseffekte in den unteren beiden Gruppen sind zwar vorhanden, da ihr gemeinsamer Anteil von 40,1 Prozent auf 36,6 Prozent, also 3,5 Prozentpunkte abnimmt. Die These, dass

⁴⁵ Keine Signifikanz in der Grundgesamtheit.

⁴⁶ Keine Signifikanz in der Grundgesamtheit.

prekäre oder gefährdete Erwerbssituationen in großem Umfang im Haushalt aufgefangen werden, lässt sich allerdings aufgrund des Datenmaterials nicht erhärten.

Abbildung 16: Vergleich der Klassenverteilung für unterschiedliche Lokationen/Bezugsebenen



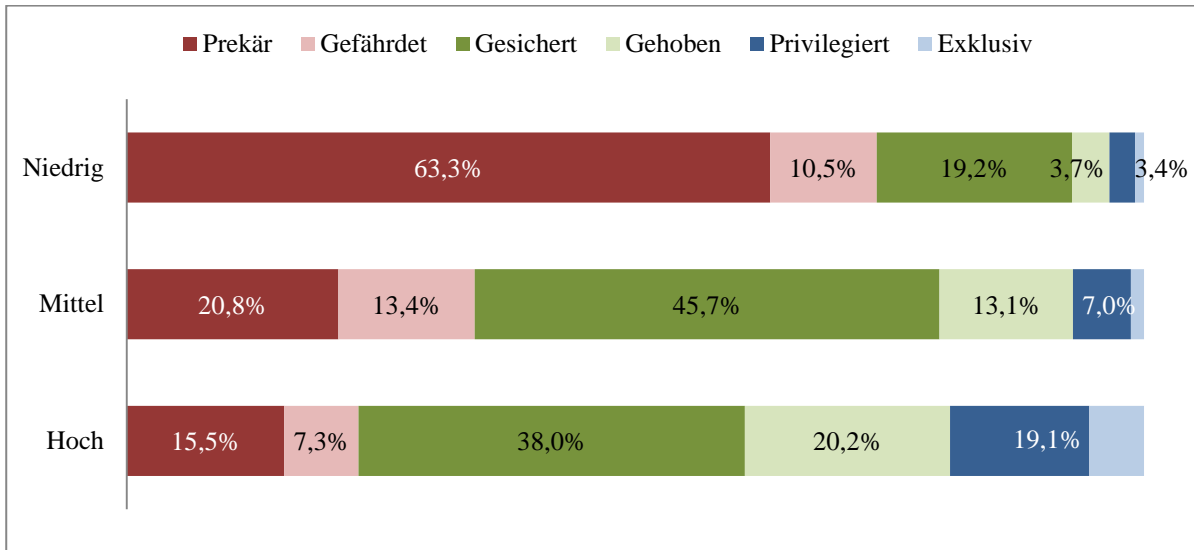
Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Soziale Merkmale des Haupteinkommensbeziehers/der Haupteinkommensbezieherin

Auf der Haushaltsebene können soziale Merkmale des Haupteinkommensbeziehers bzw. der Haupteinkommensbezieherin berücksichtigt werden. In den Abbildungen 17 und 18 sind die Verteilungen der Haushaltsklassen unter Berücksichtigung der Qualifikation und des Geschlechts des Haupteinkommensbeziehers/der Haupteinkommensbezieherin enthalten.

Die Analysen zeigen, dass fast 2/3 der Haushalte (63,3%) in die prekäre Gruppe entfallen, wenn der Haupteinkommensbezieher ein niedriges Qualifikationsniveau aufweist. Zusammen mit der gefährdeten Gruppe entspricht das einem Anteil von knapp 74 Prozent. Weist also der Haupteinkommensbezieher keine Berufsausbildung auf, besteht somit ein hohes Risiko, dass der Haushalt über eine eher geringe Erwerbsintegration bzw. über ein geringes Erwerbspotenzial verfügt. Weniger dramatisch sieht dies bei den anderen beiden Qualifikationsniveaus aus: Hat der Haupteinkommensbezieher (oder die Haupteinkommensbezieherin) eine Berufsausbildung abgeschlossen, entspricht diese Verteilung eher der Gesamtverteilung der Haushaltsklassen (vgl. Abb. 12). Es sind jedoch leicht geringere Anteile in den beiden prekären sowie in den beiden höchsten Haushaltsklassen zu beobachten; die Mittelkategorie fällt jedoch entsprechend größer aus. Wie zu erwarten war, zeigt sich auch hier, dass eine hohe Qualifikation zum Großteil vor Prekarität schützt, aber nicht vollständig. Nichtsdestoweniger zeigt sich, dass der Anteil der wohlhabenden, privilegierten und reichen Gruppe zusammen bei rund 40 Prozent liegt, wenn der Haupteinkommensbezieher ein abgeschlossenes Studium aufweist. Ebenfalls knapp 40 Prozent entfallen auf die gesicherte Mitte. Mit einem kumulierten Anteil von knapp 20 Prozent fallen die prekäre und gefährdete Gruppe am geringsten aus.

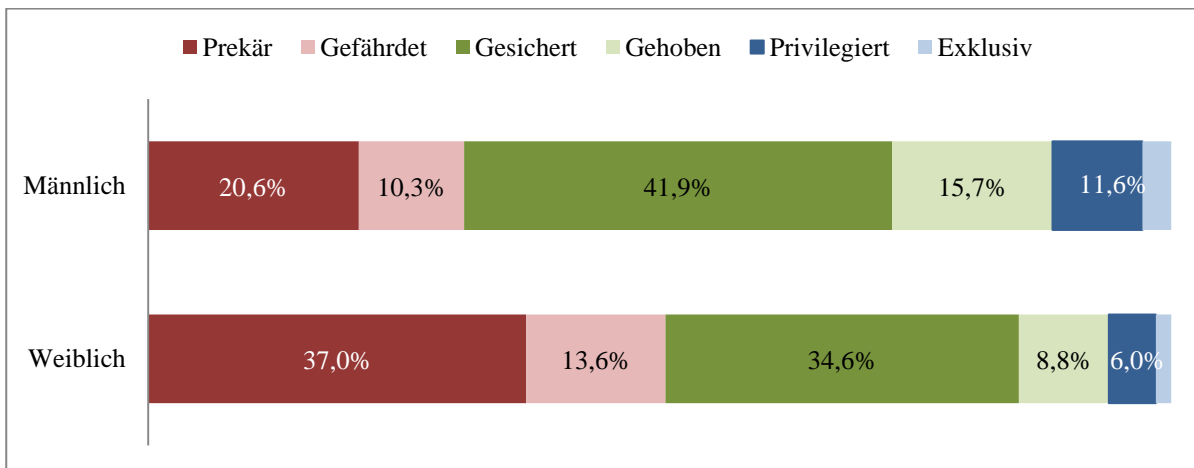
Abbildung 17: Klassenverteilung nach Qualifikation des Haupteinkommensbeziehers



Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Wird das Geschlecht des Haupteinkommensbeziehers berücksichtigt, zeigt sich die ungleiche Situation von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Wie bereits in Kapitel 3.1 beschrieben, weisen Frauen im Schnitt geringere Indexwerte auf und sind überwiegend in den prekäreren Gruppen vorzufinden oder mit anderen Worten: Die Erwerbsintegration von Frauen liegt deutlich unter dem Niveau der Erwerbsintegration von Männern. Was das jedoch für den Haushalt bedeutet, zeigt sich ebenfalls in Abbildung 18. Ist der Haupteinkommensbezieher im Haushalt weiblich, entfällt etwa die Hälfte der Haushalte in die prekäre oder die gefährdete Gruppe – wobei der Anteil an der prekären Gruppe mit knapp 37 Prozent äußerst hoch ausfällt. Auch auf der Haushaltsebene verdeutlicht sich die erschwerte Lage für weibliche Erwerbstätige.

Abbildung 18: Klassenverteilung nach Geschlecht des Haupteinkommensbeziehers



Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

6. Detaillierte Auswertungstabellen zu den Erwerbskonstellationen in Paarhaushalten (Kap. 3.5)

Die Tabellen 54-59 geben die Auswertungen zu den Erwerbskonstellationen von Paarhaushalten in den unterschiedlichen Haushaltsklassen im Detail wieder. Die Ergebnisse wurden anhand der Indikatoren „Kompensationsvolumen“ und „Kompensationswirkung“ zusammengeführt (Tab. 33 des Haupttextes).

Tabelle 54: Erwerbskonstellationen in Paarhaushalten der prekären Haushaltsklasse

In Prozent		Individuelle Klasse des Partners/der Partnerin							
		Erwerbslos	Prekär	Gefährdet	Gesichert	Gehoben	Privilegiert	Exklusiv	Gesamt
Individuelle Klasse der Haupterwerbsperson	Mit Kindern (N=142)								
	Prekär	24,6	13,4	38,0
	Gefährdet	6,3	15,5	21,8
	Gesichert	24,6	15,5	40,1
	Gehoben	*
	Privilegiert
	Exklusiv
	Gesamt	55,6	44,4	100
	Ohne Kinder (N=128)								
	Prekär	36,7	20,3	57,0
	Gefährdet	28,1	9,4	37,5
	Gesichert	5,5	5,5
	Gehoben
	Privilegiert
Exklusiv	
Gesamt	70,3	29,7	100	

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Tabelle 55: Erwerbskonstellationen in Paarhaushalten der gefährdeten Haushaltsklasse

In Prozent		Individuelle Klasse des Partners/der Partnerin							
		Erwerbslos	Prekär	Gefährdet	Gesichert	Gehoben	Privilegiert	Exklusiv	Gesamt
Individuelle Klasse der Haupterwerbsperson	Mit Kindern (N=87)								
	Prekär	4,6	36,8	41,4
	Gefährdet	.	8,0	8,0
	Gesichert	21,8	9,2	6,9	*	.	.	.	37,9
	Gehoben	9,2	3,4	12,6
	Privilegiert	*	*
	Exklusiv	.	*
	Gesamt	35,6	57,5	6,9	100
	Ohne Kinder (N=66)								
	Prekär	.	7,6	7,6
	Gefährdet	.	19,7	19,7
	Gesichert	65,2	7,6	72,7
	Gehoben	*
	Privilegiert
Exklusiv	
Gesamt	65,2	34,8	100	

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Tabelle 56: Erwerbskonstellationen in Paarhaushalten der gesicherten Haushaltssklasse

In Prozent		Individuelle Klasse des Partners/der Partnerin							
		Erwerbslos	Prekär	Gefährdet	Gesichert	Gehoben	Privilegiert	Exklusiv	Gesamt
Individuelle Klasse der Haupterwerbsperson	Mit Kindern (N=341)								
	Prekär	*	*						
	Gefährdet	*		0,9					0,9
	Gesichert	2,9	11,4	8,5	14,4				37,2
	Gehoben	6,5	13,2	5,0	4,4	*			29,0
	Privilegiert	9,1	11,4	4,1	2,1				26,7
	Exklusiv	2,1	1,5	1,5		1,2			6,2
	Gesamt	20,5	37,5	19,9	20,8	1,2			100
	Ohne Kinder (N=293)								
	Prekär								
	Gefährdet		3,4	3,1					6,5
	Gesichert	12,3	28,0	15,4	18,1				73,7
	Gehoben	10,2	5,8	1,0	*				17,1
	Privilegiert	2,7		*	*				2,8
Exklusiv			*						
Gesamt	25,3	37,2	19,5	18,1				100	

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Tabelle 57: Erwerbskonstellationen in Paarhaushalten der gehobenen Haushaltssklasse

In Prozent		Individuelle Klasse des Partners/der Partnerin							
		Erwerbslos	Prekär	Gefährdet	Gesichert	Gehoben	Privilegiert	Exklusiv	Gesamt
Individuelle Klasse der Haupterwerbsperson	Mit Kindern (N=77)								
	Prekär
	Gefährdet
	Gesichert	.	*	*	5,2	.	.	.	5,2
	Gehoben	3,9	*	.	7,8	*	.	.	11,7
	Privilegiert	.	10,4	*	20,8	.	.	.	31,2
	Exklusiv	11,7	24,7	*	10,4	5,2	*	*	51,9
	Gesamt	15,6	35,1	.	44,2	5,2	.	.	100
	Ohne Kinder (N=133)								
	Prekär
	Gefährdet
	Gesichert	.	.	*	43,6	18,0	.	.	.
	Gehoben	.	3,8	8,3	8,3	*	.	.	43,6
	Privilegiert	9,8	5,3	3,0	*	.	.	.	38,3
Exklusiv	*	*		*	.	.	.	18,0	
Gesamt	9,8	9,0	11,3	51,9	18,0	.	.	100	

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Tabelle 58: Erwerbskonstellationen in Paarhaushalten der privilegierten Haushaltsklasse

In Prozent		Individuelle Klasse des Partners/der Partnerin							Gesamt
		Erwerbslos	Prekär	Gefährdet	Gesichert	Gehoben	Privilegiert	Exklusiv	
Individuelle Klasse der Haupterwerbsperson	Mit Kindern (N=18)								
	Prekär
	Gefährdet
	Gesichert
	Gehoben	.	.	.	*	*	.	.	.
	Privilegiert	.	.	.	22,2	.	.	.	22,2
	Exklusiv	*	33,3	*	44,4	*	*	*	77,8
	Gesamt	.	33,3	.	66,7	.	.	.	100
	Ohne Kinder (N=68)								
	Prekär
	Gefährdet
	Gesichert	.	.	.	*
	Gehoben	.	.	.	7,4	13,2	.	.	20,6
	Privilegiert	.	8,8	4,4	23,5	*	.	.	36,8
Exklusiv	10,3	14,7	4,4	13,2	*	.	5,9	42,6	
Gesamt	10,3	23,5	8,8	44,1	13,2	.	5,9	100	

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Tabelle 59: Erwerbskonstellationen in Paarhaushalten der exklusiven Haushaltsklasse

In Prozent		Individuelle Klasse des Partners/der Partnerin							Gesamt
		Erwerbslos	Prekär	Gefährdet	Gesichert	Gehoben	Privilegiert	Exklusiv	
Individuelle Klasse der Haupterwerbsperson	Mit Kindern (N=0)								
	Prekär
	Gefährdet
	Gesichert
	Gehoben
	Privilegiert
	Exklusiv	*	.
	Gesamt	100
	Ohne Kinder (N=22)								
	Prekär
	Gefährdet
	Gesichert
	Gehoben	*	.	.
	Privilegiert	*	13,6	.	13,6
Exklusiv	*	.	.	45,5	18,2	*	22,7	86,4	
Gesamt	.	.	.	45,5	18,2	13,6	22,7	100	

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 (On-Site), eigene Berechnungen

Anhang IV: Latente Klassenanalyse – Validierung der Indexanalysen durch ein paralleles statistisches Verfahren

Mit dem Integrationsindex wurde innerhalb des Bremer Erwerbstätigkeitsatlases eine neue Methodik zur Messung objektiver Integration entwickelt. Die Indexkonstruktion sowie die Taxierung der dafür berücksichtigten Indikatoren basieren auf einer Berücksichtigung der Literatur sowie diverser theoretischer Überlegungen. Zur Validierung der eigens erstellten Methodik sowie als Ergänzung zu den durchgeführten Analysen wurde mit der latenten Klassenanalyse ein Verfahren gewählt, das weniger durch Vorgaben von Forscherseite betroffen ist und anhand eines standardisierten Verfahrens Klassifizierungen von Personen in homogene Subgruppen vornimmt (hierzu siehe Geiser 2010: S. 235 ff.). Die Gruppenbildung orientiert sich an Ähnlichkeiten im Antwortverhalten der Respondenten. Mit anderen Worten: Je ähnlicher die Antwortmuster der Befragten in den zu berücksichtigen Einzelindikatoren sind, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie derselben Klasse zugeordnet werden. Als Ergebnis wird eine Variable mit der Information über die Klassenzugehörigkeit aller in der Analyse berücksichtigten Personen generiert, sodass im Anschluss weitere Analysen durchgeführt werden können.

Die in der latenten Klassenanalyse verwendeten Indikatoren entsprechen exakt denen der Indexkonstruktion (siehe Tab. 60). Der Unterschied liegt jedoch in der Skalierung der jeweiligen Indikatoren. Hier wurde keine Taxierung – orientiert an der Abweichung vom Normalarbeitsverhältnis – durchgeführt. Die Ausprägungen der Indikatoren weisen ein hierarchisch-kategoriales Skalenniveau auf.⁴⁷ Dies gilt auch für die Einkommensvariable. Anhand des Konzeptes der Armutforschung wurden in Abstufung vom Median Gruppierungen vorgenommen.⁴⁸ Anzumerken ist, dass für Selbstständige und abhängig Beschäftigte jeweils eigenständige Rechnungen vorgenommen wurden.

Tabelle 60: Übersicht über die Indikatoren der latenten Klassenanalyse

Abhängig Beschäftigte					
Fristigkeit	Leiharbeit	Geringfügig	Betriebsgröße	Betriebszugehörigkeit	Einkommen
Unbefristet	Ja	Ja	> 50 Personen	> 10 Jahre	Armutsgefährdet
>37 Monate	Nein	Nein	21-49 Personen	6-10 Jahre	Einkommensschwach
25-36 Monate			11-20 Personen	3-5 Jahre	Mitte
12-24 Monate			<10 Personen	1-2 Jahre	Einkommensstark
<=11 Monate					Reich
					Superreich
Selbstständige					
			Betriebsgröße	Dauer Tätigkeit	Einkommen
			Solo- Selbstständig	> 5 Jahre	Armutsgefährdet
			2-5 Personen	4-5 Jahre	Einkommensschwach
			>5 Personen	3 Jahre	Mitte
				2 Jahre	Einkommensstark
				1 Jahr	Reich
					Superreich

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012 (Scientific Use-File), eigene Darstellung

Latente Klassenanalysen können in zwei Varianten durchgeführt werden: explorativ und konfirmatorisch.⁴⁹ Der Grundgedanke eines explorativen Ansatzes, dem wir nachgehen, bezieht sich darauf, durch Modellvergleiche mit

⁴⁷ Kategorial bzw. hierarchisch kategorial skalierte Variablen bilden die Voraussetzung für die Durchführung einer latenten Klassenanalyse.

⁴⁸ Für die Bildung der Einkommensgruppen wurde das „spitze geschätzte“ Nettoeinkommen – einen vom Statistischen Bundesamt errechneten Wert für das Nettoeinkommen gewählt. Gruppen unter 60 Prozent vom Median = Armutsgefährdet; 60-80% vom Median = Einkommensschwach; 80-150% vom Median = Mitte; 150-200% vom Median = Einkommensstark; 200-300% vom Median = Reich; über 300% vom Median = Superreich.

⁴⁹ Zum Unterschied zwischen explorativer und konfirmatorischer Klassenanalyse siehe u.a. Finch/Bronk (2011).

unterschiedlichen Klassenzahlen das Modell zu identifizieren, welches a) die beste Anpassung an die Daten aufweist, b) mit relativ wenig Klassen auskommt und c) gut interpretierbare Klassen aufweist (vgl. Geiser 2010). Dementsprechend wurden sowohl für die abhängig Beschäftigten und für die Selbstständigen jeweils verschiedene Modelle mit aufsteigender Klassenzahl spezifiziert und anschließend das Modell gewählt und interpretiert, welches den Empfehlungen von Geiser (2010) am nächsten kommt. Die Tabellen 61 und 64 beinhalten die Modellparameter der jeweiligen Klassenlösungen für abhängig Beschäftigte und Selbstständige.

1) Abhängig Beschäftigte

Tabelle 61: Modellparameter der Klassenlösungen für abhängig Beschäftigte

Klassenzahl	3	4	5
Likelihood-Wert	-8.424,1	-8.348,4	-8.322,4
Verbesserung ggü. Vormodell		75,7	26
Informationskriterien:			
AIC	16.954,2	16.838,4	16.822,8
BIC	17.249,0	17.233,8	17.317,9
BIC-Adj	17.080,6	17.008,2	17,035,1
Entropy-Wert	0,754	0,659	0,673
Hauptdiagonale: Mittlere Klassenzuordnungswahrscheinlichkeit			
1. Klasse	0,912	0,846	0,779
2. Klasse	0,931	0,874	0,777
3. Klasse	0,798	0,736	0,891
4. Klasse		0,925	0,881
5. Klasse			0,712
6. Klasse			
7. Klasse			

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012 (Scientific Use-File), eigene Darstellung

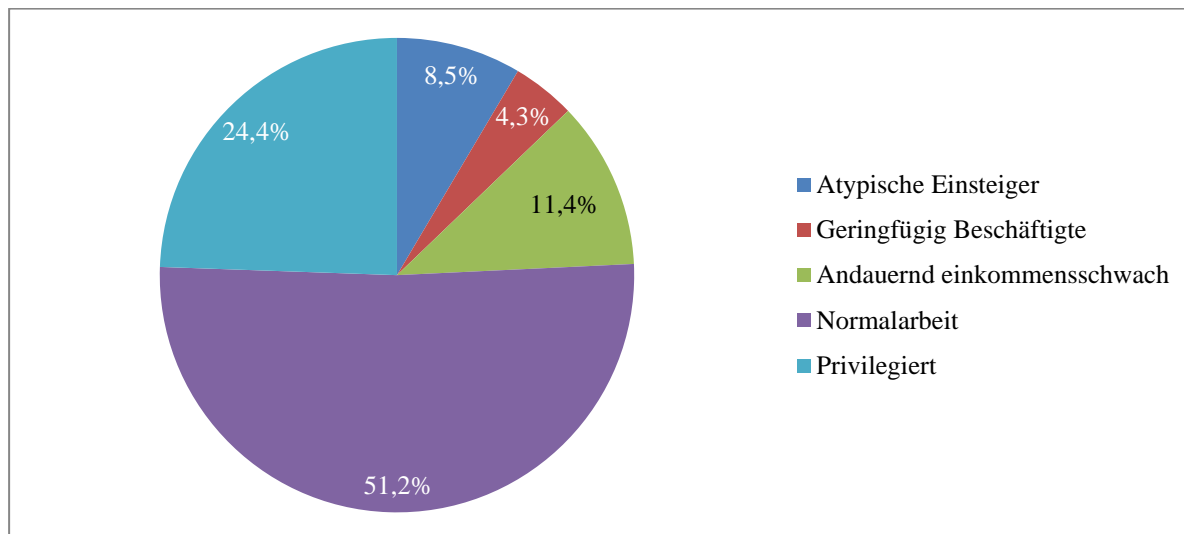
Die 4-Klassenlösung weist in den Informationskriterien Vorteile gegenüber dem 3-Klassenmodell auf. Zudem ist eine Modellverbesserung im Likelihood-Wert zu erkennen. Entsprechend ist dies ein Hinweis, dass die 4-Klassenlösung zu präferieren ist. Betrachtet man jedoch das 5-Klassenmodell, dann zeigt sich ein Anstieg im Entropy-Wert. Zudem ist hier der AIC-Wert am besten und die Zuordnungswahrscheinlichkeiten der Klassen sind ebenfalls auf zufriedenstellendem Niveau. Entsprechend sind diese Aspekte ein Indiz dafür, dass die Extraktion einer weiteren Klasse einen Mehrwert hat. Dementsprechend wird das 5-Klassenmodell präferiert. Im nächsten Schritt erfolgt eine inhaltliche Interpretation der jeweiligen Klassen. Dabei werden in den Klassen die klassenbedingten Antwortwahrscheinlichkeiten berücksichtigt. Vereinfacht gesagt werden die Verteilungen der Ausprägungen der jeweiligen Indikatoren in den Klassen betrachtet und anhand der unterschiedlichen Ausprägungsmuster Vermutungen über die inhaltliche Bedeutung der Klasse aufgestellt. Aus Tabelle 62 wird ersichtlich:

Rund vier Prozent der abhängig Beschäftigten in Bremen entfallen auf eine Klasse, die stark durch geringfügige Beschäftigung geprägt ist. Diese Erwerbssituationen sind im Großteil unbefristet, dennoch ist ein nicht zu vernachlässigender Anteil befristet beschäftigt. Zudem sind größere Betriebe ebenso charakteristisch wie die Dauer der Beschäftigung zwischen ein und zwei Jahren. Neben dieser Gruppe existiert eine weitere Gruppe, welche durch eine geringe Entlohnung gekennzeichnet ist. Diese Erwerbssituationen sind unbefristet und dauern deutlich länger an als die in der Gruppe der geringfügig Beschäftigten. Insgesamt entfallen auf diese Gruppe rund elf Prozent. Weitere knapp neun Prozent entfallen auf eine Gruppe, die vom Einkommen her eher der Mitte bzw. unteren Mitte zugeordnet werden kann. Die ausschlaggebenden Aspekte beziehen sich jedoch auf die vermehrte atypische Beschäftigung und die kurze Dauer des Arbeitsverhältnisses. Diese Klasse kann als Berufseinsteiger – vermutlich im Zusammenhang mit befristeten Arbeitsverhältnissen – bzw. als Erwerbseinsteiger über atypische Beschäftigung bezeichnet werden. Die größte Klasse entfällt mit rund 51 Prozent auf die „durchschnittliche stabile Beschäftigung“. Ein mittleres Einkommen bei kaum auftretenden atypischen Beschäftigungsmerkmalen sowie überwiegende Beschäftigung in größeren Betrieben und das bei einer relativ langen Beschäftigungsdauer sind hier charakteristisch. Die letzte Klasse ist als privilegierte Klasse zu bezeichnen: Höhere Einkommen und Normalarbeit sind hier charakteristisch.

Tabelle 62: Klassenbedingte Antwortwahrscheinlichkeiten/abhängig Beschäftigte

5 Klassen-Lösung (in %)	1.	2	3	4	5
Relative Armut					
Armutsgefährdet	55,5	83,2	6,2	21,9	1,1
Einkommenschwache Mitte	19,9	16,8	0,6	31,3	24,1
Mitte	20,3	0	26,2	40,8	69,2
Einkommensstarke Mitte	3,6	0	41,2	4,7	3,6
Reich	0,6	0	24,8	1,2	0
Superreich	0	0	1,0	0	2,0
Fristigkeit					
Unbefristet	100	63,5	99,3	41,4	98,8
> 3 Jahre	0	0	0	2,6	1,2
24-36 Monate	0	0	0,2	7,1	0
12-24 Monate	0	11,3	0,3	32,9	0
< 12 Monate	0	25,2	0,2	16,0	0
Geringfügig					
Nein	63,4	2,7	100	96,5	100
Ja	36,6	97,3	0	3,5	0
Leiharbeit					
Nein	98,3	100	97,7	86,0	96,6
Ja	1,7	0	2,3	14,0	3,4
Betriebsgröße					
> 50 Mitarbeiter	21,1	37,1	88,5	67,1	58,6
21-49	11,2	15,3	5,0	11,9	18,0
10-20	25,0	30,0	4,3	14,1	12,6
< 10	42,6	17,6	2,2	7,0	10,8
Dauer im Betrieb					
> 10 Jahre	19,1	0	69,8	0	41,8
6-10 Jahre	22,4	0	12,7	0	22,2
3-5 Jahre	25,2	7,3	8,6	14,1	20,8
1-2 Jahre	33,2	92,7	8,9	85,9	15,2
Größe (in %)	11,4	4,3	24,4	8,5	51,2
Größe (n)	220	84	470	164	987
Bezeichnung	Geringver- dienend	Geringfügig	Privilegiert	Einsteiger Atypisch	Mittlere stabile Erwerbstä- tigkeit

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012 Scientific Use File, eigene Berechnungen

Abbildung 19: Ergebnis der latenten Klassenanalyse/abhängig Beschäftigte

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012 Scientific Use File, eigene Berechnungen

Eine Differenzierung der latenten Klassen nach sozialstrukturellen Merkmalen verdeutlicht folgendes Bild: In der geringfügigen Klasse sind Frauen sowie jüngere Personen und Personen mit niedriger Qualifikation deutlich überrepräsentiert. Überdurchschnittliche Anteile lassen sich auch in der einkommensschwachen Klasse erkennen: Hier ist der Geschlechtereffekt nochmals stärker ausgeprägt; dafür ist der Alterseffekt etwas abgemildert. Bei den atypischen Einsteigern ist ebenfalls der Anteil der Frauen überdurchschnittlich, jedoch nicht so stark ausgeprägt wie in den vorherigen Gruppen. Auffällig ist hier jedoch der stark überdurchschnittliche Anteil der Personen unter 30 Jahren. Dies ist ein Indiz für eine erschwerte Berufseinstiegsphase für junge Erwerbstätige, die oftmals durch atypische Beschäftigung geprägt ist. Ebenso wird deutlich, dass Hochqualifizierte hier leicht überdurchschnittliche Werte aufweisen.

In der Klasse „mittlere stabile Erwerbstätigkeit“ liegen in den sozialen Merkmalen annähernd durchschnittliche Werte vor. Einzige Auffälligkeit: Ein überdurchschnittlicher Anteil von mittleren Qualifikationen. Charakteristisch für die „privilegierte“ Klasse: männliche und ältere Personen sowie ein hohes Qualifikationsniveau.

Tabelle 63: Soziale Merkmale der Klassen/abhängig Beschäftigte

Anteile in %	Geringfügig	Einkommensschwach	Einsteiger Atypisch	Mittlere stabile Erwerbstätigkeit	Privilegiert	Gesamt
<i>Geschlecht</i>						
Männlich	39,3	24,6	45,1	52,4	74,7	53,5
Weiblich	60,7	75,5	54,9	47,6	25,3	46,6
<i>Alter</i>						
15-29	47,6	20,0	39,6	14,4	4,5	16,2
30-44	23,8	25,9	35,4	37,3	33,0	34,2
45-59	19,1	39,1	22,6	41,5	54,5	41,8
60+	9,5	15,0	2,4	6,8	8,1	7,8
<i>Qualifikation</i>						
Niedrig	51,2	32,9	27,0	13,8	4,9	16,6
Mittel	31,0	58,5	46,7	72,1	58,0	63,4
Hoch	17,9	8,7	23,3	14,1	37,1	20,1

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012 Scientific Use File, eigene Berechnungen

2) Selbstständige

Bei den selbstständigen zeigt sich, dass ebenfalls die 5-Klassenlösung die zu präferierende Lösung ist. Zwar weisen die Informationskriterien beim 3-Klassenmodell die besten Werte auf. Jedoch zeigt sich, dass sich das Modell zur 4- sowie 5-Klassenlösung verbessert. Zudem steigt der Entropy-Wert jeweils an und ist bei der 5-Klassenlösung am höchsten. Zudem zeigt sich: Die Zuordnungswahrscheinlichkeiten der Klassen fallen für die 5-Klassenlösung insgesamt am höchsten aus.

Tabelle 64: Modellparameter der Klassenlösungen für Selbstständige

Klassenzahl	3	4	5	6
Likelihood-Wert	-683,2	-677,7	-672,1	-670,6
Verbesserung ggü. Vormodell		5,5	5,6	1,5
Informationskriterien:				
AIC	1.430,5	1.441,5	1.452,2	1.471,1
BIC	1.536,5	1.584,0	1.631,1	1.686,5
BIC-Adj	1.435,1	1.447,7	1.460,1	1.480,5
Entropy-Wert	0,807	0,846	0,922	0,773
Hauptdiagonale:				
Mittlere Klassenzuordnungswahrscheinlichkeit				
1. Klasse	0,918	0,792	0,785	0,760
2. Klasse	0,904	0,939	0,788	0,824
3. Klasse	0,863	0,983	0,960	0,952
4. Klasse		0,809	0,979	0,705
5. Klasse			0,994	0,783
6. Klasse				0,771

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012 (Scientific Use-File), eigene Darstellung

Bei den Selbstständigen wird deutlich, dass der Indikator „Betriebsgröße“ zentral für die Bewertung einer Selbstständigkeit ist. Dies wird dadurch ersichtlich, dass drei Klassen jeweils durch eine Kategorie der Betriebsgröße geprägt sind. Eine Klasse bezieht sich auf Solo-Selbstständige, deren Erwerbstätigkeit seit mehreren Jahren andauert – bei sehr unterschiedlichem monetärem Erfolg. Auf diese Gruppe entfallen rund 33 Prozent der Selbstständigen. Eine weitere Gruppe bezieht sich auf Kleinunternehmer, deren Erwerbstätigkeit seit längerem besteht. Jedoch sind im Vergleich zu den Solo-Selbstständigen überwiegend erfolgreiche bzw. stabile Selbstständigkeiten zu beobachten. Hier sind insgesamt knapp 22 Prozent der Selbstständigen enthalten. Mit rund 27 Prozent entfällt eine Gruppe auf privilegierte Großunternehmer, deren Selbstständigkeit seit mehreren Jahren andauert und einen großen finanziellen Erfolg bedeutet. Die übrigen zwei Gruppen entfallen auf Selbstständigkeiten, die in einem Fall als eher prekär zu bezeichnen sind. Hier sind ein äußerst geringes Einkommen und eine sehr kurze Dauer der Erwerbstätigkeit prägend. Es sind überwiegend Solo-Selbstständige, aber auch zu einem bestimmten Anteil Kleinunternehmer vorzufinden. Diese Gruppe – prekäre Einsteiger – macht knapp acht Prozent der Selbstständigen aus. Die letzte Klasse ist vor allem durch den Faktor Mittelfristigkeit geprägt. Hier sind vermehrt

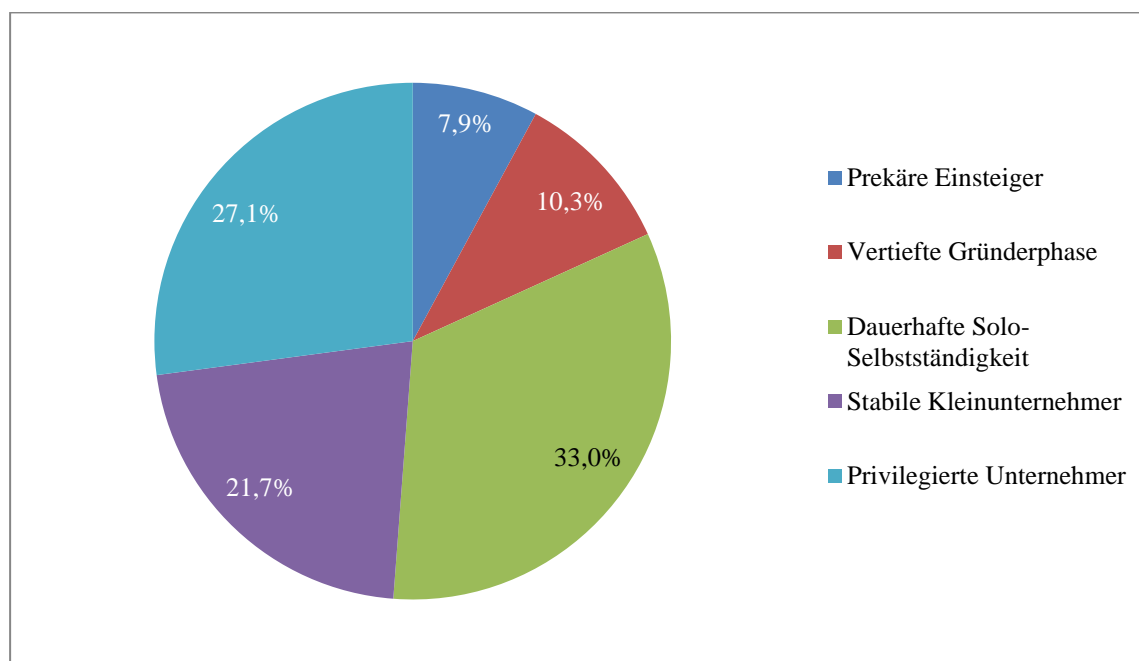
Erwerbssituationen vorzufinden, die zwischen drei und vier Jahren andauern. Mit anderen Worten haben diese Erwerbstätigen die Gründerphase überstanden und befinden sich in einer etwas stabileren Situation als die prekären Einsteiger. Hier sind bei entweder geringerem oder höherem Erfolg Solo-Selbstständige und Großunternehmer zu finden. Diese Gruppe der vertieften Gründerphase beinhaltet rund zehn Prozent der Selbstständigen in Bremen.

Tabelle 65: Klassenbedingte Antwortwahrscheinlichkeiten/Selbstständige

5 Klassen	1.	2	3	4	5
<i>Armutseinteilung</i>					
Relative Armut	65,7	0	24,5	3,8	16,2
Armutsgefährdete Mitte	24,6	45,0	13,1	0	10,1
Mitte	0	0	35,9	18,1	22,8
Mitte Einkommensstark	0	38,3	14,9	16,5	19,0
Reich	9,7	16,7	7,1	27,3	25,1
Superreich	0	0	4,5	34,3	6,8
<i>Betriebsgröße</i>					
1 Mitarbeiter	71,6	56,4	100	0	0
2-5 Mitarbeiter	28,4	0	0	0	100
>5 Mitarbeiter	0	43,6	0	100	0
<i>Dauer im Betrieb</i>					
1-2 Jahre	100	0	10,9	0	0
3-4 Jahre	0	86,1	10,3	4,6	2,3
5-6 Jahre	0	13,9	15,5	0	0
>6 Jahre	0	0	63,3	95,4	97,7
Größe (in %)	7,9	10,3	33,0	27,1	21,7
Größe (n)	16	21	67	55	44
Bezeichnung	Prekäre Einsteiger	Vertiefte Gründerphase	Dauerhafte Solo-Selbstständige	Privilegierte Großunternehmer	Stabile Kleinunternehmer

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012 (Scientific Use-File), eigene Darstellung

Abbildung 20: Ergebnis der latenten Klassenanalyse/Selbstständige



Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012 Scientific Use File, eigene Berechnungen

Auch bei den Selbstständigen wurde eine Analyse mit sozialstrukturellen Merkmalen durchgeführt. Prekäre Einsteiger sind vor allem Personen zwischen 30 und 44 Jahren. Auffällig ist hier, dass überdurchschnittliche Werte bei niedrigen Qualifikationen vorliegen. In der vertieften Gründerphase sind überdurchschnittlich viele Frauen vertreten. Zudem spielt das Alter eine Rolle: Überwiegend Personen unter 45 Jahren sind hier vorzufinden. Leicht überproportional liegt der Anteil niedriger Qualifikationen; stärker überdurchschnittlich fällt der Anteil an Personen mit mittlerer Qualifikation aus. Auch bei den dauerhaft Solo-Selbstständigen sind Frauen überrepräsentiert. Das Alter spielt eine untergeordnete Rolle. Auffällig ist der hohe Anteil an hohen Qualifikationen. Das stabile Kleinunternehmertum ist charakterisiert durch männliche, ältere sowie niedrig und mittel qualifizierte Personen. Bei den privilegierten Großunternehmern zeigt sich ähnliches, mit einem Unterschied: Zwar sind auch hier Männer und ältere Personen deutlich überrepräsentiert. Auffällig ist der überdurchschnittliche Anteil an hohen Qualifikationen.

Tabelle 66: Soziale Merkmale der Klassen/Selbstständige

Anteile in %	Prekäre Einsteiger	Vertiefte Gründerphase	Dauerhafte Solos	Stabiles Kleinunternehmertum	Privilegierte Großunternehmer	Gesamt
<i>Geschlecht</i>						
Männlich	68,8	52,4	56,7	70,5	81,8	67,0
Weiblich	31,3	47,6	43,3	29,6	18,2	33,0
<i>Alter</i>						
15-29	.	19,1	.	.	.	3,5
30-44	75,0	38,1	28,4	22,7	21,8	30,1
45-59	18,8	23,8	46,3	52,3	52,7	44,8
60+	.	19,1	22,4	25,0	25,5	21,7
<i>Qualifikation</i>						
Niedrig	25,0	19,1	13,4	20,5	9,1	15,3
Mittel	43,8	57,1	37,3	52,3	45,5	45,3
Hoch	31,3	23,8	49,3	27,3	45,5	39,4

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012 Scientific Use File, eigene Berechnungen

3) Fazit latente Klassenanalyse

Die Ergebnisse der latenten Klassenanalyse lassen sich stichpunktartig zusammenfassen:

- Die Analysen haben ergeben, dass sich die Ergebnisse der LCA und des Indexes unter Berücksichtigung diverser Merkmale sehr ähneln
 - Validität des Indexes geprüft
 - In etwa eine vergleichbare Klassenzahl konnte extrahiert werden. Bei der Index-Variante wurde nochmals eine weitere Gruppe differenziert, deren Erwerbsintegration extrem gut ausfällt.
- Es ist zu erwähnen, dass die latenten Klassen und die Klassen des Integrationsindex nicht direkt vergleichbar sind. Bei den Klassen aus der latenten Klassenanalyse handelt es sich um hierarchisch kategoriale Klassen, denen wir aufgrund von Interpretationen einen gewissen Inhalt zuweisen. Bei den Integrationsklassen handelt es sich hingegen um eine Gruppierung einer metrischen Variablen.
- Die Ergebnisse weisen zwar verschiedene Akzentuierungen auf, dennoch können im Großen und Ganzen vergleichbare Ergebnisse erzielt werden.

Impressum

Herausgeber

Institut Arbeit und Wirtschaft (iaw)
Universität / Arbeitnehmerkammer Bremen
Wiener Straße 9
28359 Bremen

Arbeitnehmerkammer Bremen
Bürgerstraße 1
28195 Bremen

Umschlaggestaltung

GfG / Gruppe für Gestaltung, Bremen

Titelfotos

fotolia.com / Dan Race
fotolia.com / CHW
fotolia.com / auremar
fotolia.com / Carl-Juergen Bautsch

Druck

Girzig + Gottschalk GmbH, Bremen

1. Auflage 2019
ISSN: 2195-7266

Bestellung

Institut Arbeit und Wirtschaft (iaw)
Geschäftsstelle
Telefon 0421.218-61704
iaw-info@uni-bremen.de

Die Arbeitnehmerkammer Bremen vertritt als Körperschaft des öffentlichen Rechts die Interessen der im Land Bremen beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Um diesem gesetzlichen Auftrag auf der Basis aktueller wissenschaftlicher Forschungsergebnisse umfassend gerecht zu werden, kooperiert die Arbeitnehmerkammer mit der Universität Bremen. Teil dieser Kooperation ist das Institut Arbeit und Wirtschaft (iaw), das gemeinsam von beiden Häusern getragen wird. Schwerpunkte des iaw sind die Erforschung des Strukturwandels von Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft, insbesondere in seinen Auswirkungen auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Im Rahmen dieser Reihe werden die Forschungsergebnisse, die aus der Kooperation zwischen Arbeitnehmerkammer und iaw hervorgehen, veröffentlicht.

Arbeitnehmerkammer Bremen
Bürgerstraße 1
28195 Bremen
Telefon 0421.3 63 01-0
Telefax 0421.3 63 01-89
info@arbeitnehmerkammer.de
www.arbeitnehmerkammer.de

iaw – Institut Arbeit und Wirtschaft
Universität Bremen
Wiener Straße 9
28359 Bremen
Telefon 0421.2 18-6 17 04
Telefax 0421.2 18-6 17 07
iaw-info@uni-bremen.de
www.iaw.uni-bremen.de



Der Bremer Erwerbstätigkeitsatlas – Zur Strukturierung des Erwerbssystems im Lande Bremen

Das ehemals auf dauerhafte Vollzeitbeschäftigung zugeschnittene Erwerbssystem hat dazu beigetragen, in Deutschland das Ausmaß sozialer Ungleichheit zu begrenzen; Ausbildung und Beruf sorgten in der Regel für verlässliche Positionen in der gesellschaftlichen Sozialstruktur und waren mit erwartbaren Niveaus dauerhafter Einkommen und typischen Karriereverläufen unterlegt. Mit vielschichtigen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft durch Globalisierung, Tertiarisierung, Digitalisierung und Flexibilisierung der Arbeit haben sich in den letzten Jahrzehnten die Strukturen der Erwerbsarbeit jedoch grundlegend gewandelt. Arbeitsmarkt und Erwerbssystem reagieren darauf, indem Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen für alle Erwerbstätigen vielfältiger und heterogener werden, Berufsbiographien sich instabiler und weniger planbar gestalten und prekäre Beschäftigungsformen anhaltend ausgeweitet werden. In dem Maße, in dem staatliche Institutionen und Unternehmen sich aus der Verantwortung für dauerhaft stabile Beschäftigung zurückgezogen haben, erfordert die Bewältigung von Risiken in Arbeit, Beschäftigung und Berufsverlauf neue und zusätzliche Anstrengungen der Individuen, Haushalte und Familien. Wie diese Tendenzen sich auf die Struktur des Erwerbssystems im Lande Bremen insgesamt, für einzelne Gruppen von Arbeitnehmer*innen oder für einzelne Branchen auswirken, wird im Bremer Erwerbstätigkeitsatlas analysiert.